

**Wir sind nicht intolerant; Gern unterstellen sich die Deutschen
Ausländerfeindlichkeit, wenn es um Flüchtlinge geht. Ein seltsamer,
ungerechtfertigter Selbsthass. Aber es stimmt: Nicht jede Einwanderung
wird als Gewinn empfunden**

Die Welt

Samstag 30. November 2013

Copyright 2013 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT

Section: FORUM; Leitartikel; S. 3; Ausg. 280

Length: 1065 words

Byline: Gerd Held

Body

Für den Moment ist „Lampedusa“ aus den Schlagzeilen, doch die Wirkung des Gesamtthemas der **Migration** hält an. Sein Einfluss auf die politische Stimmungslage in Europa ist unübersehbar. Wer nur die beschwörenden Appelle für „mehr Offenheit“ hört, muss dabei den Eindruck bekommen, die Bürger seien besonders engherzig geworden. Auch in Deutschland wird vielfach behauptet, in der Mitte der Gesellschaft gewinne eine generelle Ausländerfeindlichkeit an Einfluss. Findet also eine moralische Rückentwicklung statt, die die Deutschen intoleranter werden lässt? Dafür gibt es keinen Anhaltspunkt. Man muss sich nur an seinem Arbeitsplatz oder bei seinen alltäglichen Besorgungen umsehen. Wo es um die polnische Kollegin oder den türkischen Nachbarn geht - um den sichtbaren und greifbaren Mitmenschen also - , findet man einen freundlichen, entspannten und bisweilen humorvollen Umgangston, auch echtes Interesse an Neuigkeiten vom anderen. Ein Ressentiment gegen Ausländer sieht anders aus.

Die deutsche Gesellschaft ist auch wenig geneigt, für Missstände sofort fremde Sitten, Götter oder Gene verantwortlich zu machen. Der Export- und Reiseweltmeister neigt in diesen Dingen inzwischen mehr zur Neugier und zum Vertrauensvorschuss. Dazu kommt eine Veränderung in unserer politischen Verfassung, die für die **Migrationsfrage** sehr bedeutsam ist: Die Reform des Staatsbürgerschaftsrechts von 2005 privilegiert nicht mehr die Abstammung. Eine andere ethnische Herkunft ist kein Hindernis mehr, um Deutscher zu werden. Es ist bemerkenswert, wie problemlos diese Änderung hierzulande akzeptiert wurde. Sie gehört nun einfach zum nationalen Konsens.

Und doch gibt es in der Bevölkerung eine zunehmende Skepsis beim Thema Migration. Die Skepsis richtet sich nicht gegen die Menschen, die nach Deutschland kommen wollen. Auch an Mitgefühl für die Notlagen, die zur Migration führen, fehlt es nicht. Viele Bürger sind hilfsbereit, und trotzdem haben sie das Gefühl, dass etwas nicht stimmt. Denn bei der Migration hat sich ein Bereich entwickelt, in dem die Regulation hilflos zu sein scheint und

Wir sind nicht intolerant Gern unterstellen sich die Deutschen Ausländerfeindlichkeit, wenn es um Flüchtlinge geht. Ein seltsamer, ungerechtfertigter Selbsthass....

auch nicht mit Nachdruck daran gearbeitet wird, das zu ändern. Da gibt es die Erfahrung in deutschen Großstädten, dass sich die Zahl der Zuwanderer aus Rumänien und Bulgarien sprunghaft erhöht hat und in Stadtteilen konzentriert, die schon als „schwierig“ gelten.

Besondere Sorge macht den Bürgern, dass offenbar keine Behörde verlässliche Informationen über die Existenzweise der Zuwanderer hat. Die Nachbarn sehen verwahrloste Wohnungen und zehnjährige Kinder, die mit einer Blechbüchse zum Betteln eingesetzt werden, ohne dass jemand einschreitet. Dann wurde eine Studie der EU-Kommission bekannt, in der die Tatsache der neuen Armutseinwanderung schlichtweg ignoriert wurde und vollmundig jede Migration zum „Gewinn“ für die Empfängerländer erklärt wurde. Das hat in den betroffenen Städten heftige Empörung ausgelöst, auch bei den gestandenen Sozialpolitikern vor Ort. Es ist diese Art der Problemverleugnung, die aus einzelnen Schwierigkeiten bei der Integration das Bild entstehen lässt, die Migration bewege sich insgesamt in einem außergesetzlichen Sonderbereich. Dazu trägt auch - im Fall der Asylbewerber - die Tatsache bei, dass die Anerkennungsverfahren sehr lange dauern und es dann, bei einem negativen Bescheid, oft zu einer sogenannten Duldung kommt, einen Wartezustand auf Dauer.

Mit Verwunderung hörte die Öffentlichkeit auch von einem „Protestmarsch“ von Würzburg nach Berlin, den Flüchtlinge unternahmen, die nur ein Aufenthaltsrecht in Bayern hatten. Bis heute ist ihr Status nicht geklärt. So entsteht der Eindruck, die Migration sei ein so „sensibles“ Thema, dass man mit demonstrativem Druck etwas erreichen kann, während das rechtsstaatliche Verfahren im Grunde unmenschlich sei.

Das deutsche Grundgesetz gibt in Artikel 11, Absatz 2 dem Staat das Recht, in bestimmten Fällen die Freizügigkeit seiner Bürger einzuschränken. Wie soll ein deutscher Staatsbürger verstehen, dass für ihn zumutbar ist, was für einzelne Migrantengruppen zur Menschenrechtsverletzung erklärt wird? Die Komplex „Migration“ setzt sich aus sehr unterschiedlichen Realitäten zusammen. Da gibt es einen dringenden Bedarf an qualifizierten und hoch qualifizierten Berufstätigen. Um sie wirbt die Wirtschaft, und sie hat dabei das Argument auf ihrer Seite, dass diese Migration zum allgemeinen Wohlstand erheblich beiträgt. Hier gibt es kaum Konflikte.

Dann gibt es unterschiedliche Gruppen, die alle mehr oder weniger an die Hilfsbereitschaft des aufnehmenden Landes appellieren müssen: Flüchtlinge aus Kriegs- und Katastrophengebieten oder Menschen, die als politische Verfolgte Asyl suchen, oder Zuwanderer aus armen Ländern. Jede diese Gruppen hat ihre guten Gründe, und es gereicht einer Nation zur Ehre, wenn sie hier ihre Tür öffnet. Diese humanitäre Kraft ist aber begrenzt, besonders in unserer Epoche, in der es viele Millionen Menschen gibt, die Gründe zur Migration hätten.

Jede Einwanderungspolitik muss deshalb auswählen, mit rechtsstaatlichen Verfahren, die dafür sorgen, dass die dringlichsten Fälle zum Zuge kommen und nicht das Recht der Stärkeren gilt. Sie braucht gesonderte Türen für Flüchtlinge, für Asylbewerber und auch für Armutseinwanderer - mit jeweils eigenen Regelungen. Das macht die Migrationspolitik unübersichtlich. Doch es ist nicht diese Unübersichtlichkeit, die die Menschen gegenwärtig skeptisch macht. Für sie ist die Einwanderung unübersichtlich geworden, weil sie keine klaren und durchsetzbaren Regelungen von Rechten und Pflichten sehen, sondern eine wachsende Grauzone. So sehen sie ihre ursprüngliche Hilfsbereitschaft missbraucht und entwertet. Dies Gefühl verstärkt sich, weil die offizielle Rede über die Migration immer nur ein „Mehr“ kennt und es nie ein „Genug“ gibt. Die Bürger sollen sich aufgeschlossen zeigen und gleichzeitig akzeptieren, dass bei der Migration die Not so groß ist, dass sie jede gesetzliche Regelung außer Kraft setzt. Das hält auch die größte Mitmenschlichkeit nicht aus.

Wo das rechtsstaatliche Element der Begrenzung und Kontrolle fehlt, werden die Menschen auf die Dauer engherziger, als es notwendig wäre. Die Gegenprobe ist möglich: Wenn es klare und durchgesetzte Regeln gibt, wird auch die Bereitschaft wieder wachsen, die eigene Tür etwas weiter zu öffnen.

Die offizielle Rede über die Migration kennt immer nur ein „Mehr“ und nie ein „Genug“

Wir sind nicht intolerant Gern unterstellen sich die Deutschen Ausländerfeindlichkeit, wenn es um Flüchtlinge geht. Ein seltsamer, ungerechtfertigter Selbsthass....

End of Document

Ausland Kompakt II; Ukraine: Timoschenko hat Angst, vergiftet zu werden
++ Flüchtlinge: Syrer weiter größte Gruppe der Asylbewerber

Die Welt

Samstag 15. September 2012

Copyright 2012 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT

Section: POLITIK; Kompakt; S. 7; Ausg. 217

Length: 287 words

Body

Ukraine

Timoschenko hat Angst, vergiftet zu werden

Die inhaftierte ukrainische Oppositionsführerin Julia Timoschenko (51) hat nach eigenen Angaben Angst, dass sie mit radioaktivem Gift getötet werden könnte. Deshalb protestierte die Ex-Regierungschefin jetzt dagegen, dass Aufseher bei einer Durchsuchung ihre beiden Geigerzähler beschlagnahmten, wie Medien berichteten. Die Gefängnisleitung veröffentlichte ein Foto von dem in einem Buch versteckten Strahlungsmessgerät. Timoschenkos Anwalt Sergej Wlassenko sagte, die Leitung habe davon gewusst. Die Politikerin war im Oktober 2011 wegen Amtsmissbrauchs zu sieben Jahren Haft verurteilt worden. In der Klinik in Charkow ist sie wegen eines Bandscheibenvorfalles.

Flüchtlinge

Syrer weiter größte Gruppe der Asylbewerber

Immer mehr Syrer beantragen wegen des Bürgerkriegs in ihrer Heimat Asyl in Deutschland. Wie das Bundesinnenministerium in Berlin mitteilte, wurden im August 680 Asylanträge von Syrern gezählt. Im Juli waren es 608 Anträge, im Juni 388. Syrer stellten damit vor Antragstellern aus Mazedonien (620) und Afghanistan (609) die größte Gruppe der Asylbewerber. Insgesamt stellten im August 5239 Menschen beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge Asylanträge. Das waren 16,5 Prozent mehr als im Vormonat und 30,1 Prozent mehr als im August 2011. 789 Asylbewerber wurden im August als Flüchtlinge nach der Genfer Konvention anerkannt.

Von Januar bis August haben den Angaben zufolge 33.284 Menschen Asyl in Deutschland beantragt, das waren 17,7 Prozent mehr als im Vorjahreszeitraum. Die größten Gruppen unter ihnen waren Flüchtlinge aus Afghanistan (4781), dem Irak (3517) und Syrien (2963). 6162 Antragsteller wurden in diesem Jahr bisher als Flüchtlinge anerkannt.

Ausland Kompakt II Ukraine : Timoschenko hat Angst, vergiftet zu werden ++ Flüchtlinge: Syrer weiter größte Gruppe der Asylbewerber

Load-Date: January 12, 2013

End of Document

Falsche Humanisten; Rund um das Flüchtlingsdrama vor Lampedusa hört man die abwegigsten Forderungen, was die EU zu tun hätte. Der Maßnahmenkatalog muss vielschichtig sein

Die Welt

Donnerstag 10. Oktober 2013

Copyright 2013 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: FORUM; Essay; S. 2; Ausg. 236

Length: 1030 words

Body

Wie wollen Deutschland und die anderen 27 Mitgliedsländer der Europäischen Union künftig mit Zuwanderern aus dem Gebiet der EU, aber auch mit **Flüchtlings** und **Asylsuchenden** aus Drittstaaten umgehen? Das ist eine fundamentale Frage für freie Gesellschaften. Sie berührt zugleich auch die Grundpfeiler der Union. Diese Woche berieten die EU-Innenminister, mit der Tragödie von Lampedusa im Bewusstsein, darüber. Der Rauch der Debatte hat sich mittlerweile gelegt, klar ist nun: Selbst nach dem Bootsunglück vor Lampedusa mit mehr als 300 Toten in Sichtweite der italienischen Küste wird in der europäischen **Flüchtlingspolitik** in absehbarer Zukunft alles so bleiben, wie es ist. Trotz neuer Initiativen, wie einer geplanten Verstärkung der zuvor finanziell geschwächten Grenzschutzbehörde Frontex, passiert im Kern gar nichts. Das nächste Unglück ist lediglich eine Frage der Zeit und des Wetters. Ebenso wie bei der **Flüchtlingspolitik** wird es auch bei der sogenannten Armutseinwanderung, vor allem aus Bulgarien und Rumänien, keine Veränderung geben - deutsche Städte wie Duisburg, Mannheim, München oder Berlin können nicht mit Entlastung rechnen.

War die Aufregung der vergangenen Tage nur politischer Budenzauber? Waren die gegenseitigen Vorwürfe und Aufrechnereien beim Ministertreffen letztlich nur Teil einer großen Inszenierung? Nein. Alles bleibt so, wie es war, weil es schwer ist, eine eindeutig bessere Lösung zu benennen - und sie dann auch noch in einem komplizierten Geflecht aus divergierenden Interessen durchzusetzen. Das gilt vor allem für die **Flüchtlingspolitik** der Europäer.

Salon-Humanisten werfen der Europäischen Union gerne Abschottungspolitik gegenüber Flüchtlingen vor, sie reden von einer „Festung Europa 2.0“. Die Empörung der Gerechten hat nach der Tragödie von Lampedusa wieder besonders Konjunktur. Sie ist aber einseitig. Denn es ist nicht nur ein genuines Recht von Staaten, Grenzen zu sichern, sondern auch eine Pflicht gegenüber den eigenen Bürgern. Wenn ein Staat darüber zu entscheiden hat, wie durchlässig er seine Grenzen gestaltet, dann muss er dabei nicht nur das große Leid der Flüchtlinge bedenken, sondern auch, wie viel Zuwanderung die eigene Gesellschaft aushält. Diese Abwägung ist extrem schwierig, sie muss immer wieder angepasst werden, denn keine Gesellschaft ist statisch. Das zeigt das Beispiel Griechenland: Das Land kann wegen der wirtschaftlichen Depression heute nicht mehr so viele Flüchtlinge verkraften wie noch vor zehn Jahren. Aus den Wärmestuben der Gerechten schallt es stetig: Wir haben die moralische Pflicht, den

Falsche Humanisten Rund um das Flüchtlingsdrama vor Lampedusa hört man die abwegigsten Forderungen, was die EU zu tun hätte. Der Maßnahmenkatalog muss vielschichtig....

Ärmsten zu helfen. Das ist richtig, aber dieser Satz kann nur eingeschränkt gelten: Wir haben die moralische Pflicht, den Ärmsten zu helfen, solange es geht. Eine liberalere Einwanderungspolitik würde nicht nur die europäischen Gesellschaften überfordern, sondern auch falsche Anreize setzen, immer mehr Zuzug generieren und die Heimatländer der Flüchtlinge schlimmstenfalls ausbluten lassen.

Auf der anderen Seite haben Menschen aus Ländern wie Eritrea, der Zentralafrikanischen Republik oder Syrien das Recht, ihrem Elend zu entfliehen. Sie sind teilweise seit Jahren auf der Flucht, sie riskieren ihr Leben und das Leben ihrer Kinder. Die Europäer haben nicht das Recht, diese Menschen als reine „Wirtschaftsflüchtlinge“ abzutun. Sie haben die Pflicht, im Rahmen ihrer Möglichkeiten zu helfen. Kann Europa mehr tun? Ja. Dabei ist die verstärkte Bekämpfung von Schleusertum aber keine gute Idee, denn das ändert gar nichts.

Europa muss - nicht nur aus Nächstenliebe, sondern aus kalkulierte ökonomischen Eigennutz - mehr Geld in die Hand nehmen als bisher, um den Flüchtlingen und deren Heimatländern zu helfen. Was ist zu tun? Erstens: Der gemeinsame europäische „Flüchtlingsfonds“ muss erheblich aufgestockt und flexibler werden. Zweitens: Die Europäer sollten bereit sein, mehr Geld in die Herkunftsländer der Flüchtlinge zu investieren. Drittens: Länder wie Malta, die im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung mit besonders vielen Asylbewerbern zu kämpfen haben, sollten mehr Unterstützung aus der EU bekommen. Viertens: Die Lastenverteilung muss gerechter werden, ein europäischer Verteilungsschlüssel für Flüchtlinge ist notwendig. Für Deutschland würde das kaum etwas ändern, aber einige Länder wie Polen müssten dann mehr Flüchtlinge aufnehmen. Fünftens: Mehr legale Mobilität für Migranten sollte in einem gewissen Umfang möglich sein, beispielsweise durch Visaerleichterungen - allerdings auf der Basis klar definierter „Rückübernahmeabkommen“.

Neben der Migration von außerhalb der EU kommen aber auch Zuwanderer aus dem Gebiet der Europäischen Union in die einzelnen EU-Länder. 2012 kamen allein nach Deutschland netto mehr als 400.000 Menschen. Die meisten von ihnen machen von ihrem Recht der Freizügigkeit innerhalb der EU-Grenzen Gebrauch, sie folgen dem Kapital. Das ist aus Sicht der innereuropäischen Migranten rational und gut für beide Seiten, solange die Zuwanderer Arbeit haben. Allerdings gibt es auch eine „Migration in den Sozialstaat“ (Hans-Werner Sinn), vor allem von Bulgaren und Rumänen. Diese Art der Migration kann das Klima vergiften, sie schadet der Freizügigkeit insgesamt. Laut Bundesagentur für Arbeit erhielten im Juni dieses Jahres 32.600 Bulgaren oder Rumänen Kindergeld in Deutschland - ein Anstieg von 44 Prozent innerhalb von zwölf Monaten. Die Zahl der bulgarischen Hartz- IV-Empfänger wiederum stieg in einem Jahr um fast 40 Prozent auf 35.400. Die Zahlen mögen in Relation zu den Gesamtausgaben für Sozialleistungen nicht ins Gewicht fallen - trotzdem wiegen sie schwer, weil nicht selten dahinter auch Missbrauch zu vermuten ist. Das Problem besteht, aber die EU wird es nicht lösen. Berlin sollte jetzt selbst tätig werden: Der eherne Grundsatz, dass Eltern mit Wohnsitz in Deutschland automatisch Anspruch auf Kindergeld haben, sollte revidiert werden. Berlin muss das nur anpacken. Wichtig ist auch, dass sich die deutschen Behörden gegenseitig besser informieren über die Daten von Migranten. Das Problem der sogenannten Armutsmigration ist viel einfacher zu lösen als das Flüchtlingsproblem.

War die Aufregung der vergangenen Tage nur politischer Budenzauber?

Graphic

dpa/Tim Brakemeier

Ein Flüchtling zimmert sich in Berlin ein eigenes Zelt

Tim Brakemeier

Load-Date: October 10, 2013

Falsche Humanisten Rund um das Flüchtlingsdrama vor Lampedusa hört man die abwegigsten Forderungen, was die EU zu tun hätte. Der Maßnahmenkatalog muss vielschich....

End of Document

Deutschland Kompakt I; Teppich-Affäre: FDP hält Vorwürfe an Minister Niebel für geklärt ++ Schleswig-Holstein: „Dänen-Ampel“ einigt sich auf Koalitionsvertrag ++ Sozialleistung: Dank Beratung weniger Migranten in Hartz IV ++ Justiz: Bewährungsstrafen für Neonazi-Anführer ++ Asylbewerber: Weitere Iraner treten in Hungerstreik

Die Welt

Dienstag 12. Juni 2012

Copyright 2012 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT

Section: POLITIK; Kompakt; S. 4; Ausg. 135

Length: 727 words

Body

Teppich-Affäre

FDP hält Vorwürfe an Minister Niebel für geklärt

Die Teppich-Affäre von Entwicklungshilfeminister Dirk Niebel ist aus Sicht der FDP weitgehend erledigt. „Dirk Niebel hat einen Fehler eingestanden, den er korrigiert. Er hat sich klar und deutlich erklärt“, sagte Parteichef Philipp Rösler der „Welt“. Er nahm seinen Parteifreund gegen Rücktrittsforderungen der Opposition in Schutz. „Dirk Niebel hat das Vertrauen der gesamten FDP“, so Rösler. „Der Sachverhalt ist aufgeklärt“, meinte auch Generalsekretär Patrick Döring. Das „Einfuhrvergehen“ sei durch eine „Verkettung von Umständen“ erfolgt, nun verzolle der Minister nach. Niebel war in die Schlagzeilen geraten, weil er bei einem Afghanistanbesuch einen Teppich zum privaten Gebrauch erworben hatte, der dann unverzollt mit einer Maschine des Bundesnachrichtendienstes (BND) nach Deutschland gebracht wurde. Döring schob die Verantwortung der deutschen Botschaft in Kabul zu, diese „hat den Transport organisiert“. Eine Absprache von Niebel mit dem BND-Chef habe es nicht gegeben: „Es gab keinen Auftrag von Herrn Niebel.“ Die Opposition fordert weiter Aufklärung, Politiker der SPD und der Linken darüber hinaus Niebels Rücktritt. CSU-Chef Horst Seehofer sagte, er habe zu dem Vorgang zwar „eine Meinung, aber nicht die Kraft, sie zu äußern“. Es gebe wichtigere Probleme. „Trotzdem muss das rechtmäßig sein und korrekt, das ist völlig klar.“

Schleswig-Holstein

„Dänen-Ampel“ einigt sich auf Koalitionsvertrag

Die Spitzen von SPD, Grünen und SSW in Schleswig-Holstein haben am Montagabend in Kiel ihren Koalitionsvertrag offiziell unterschrieben. Das Dreierbündnis will an diesem Dienstag den Sozialdemokraten Torsten

Deutschland Kompakt I Teppich-Affäre: FDP hält Vorwürfe an Minister Niebel für geklärt ++ Schleswig-Holstein : „Dänen-Ampel“ einigt sich auf Koalitionsvertrag +....

Albig zum Ministerpräsidenten wählen. Die sogenannte Dänen-Ampel hat im Landtag nur eine Stimme mehr als CDU, FDP und Piratenpartei. Ob Albig auch Stimmen von Piraten bekommt, war offen. Am Montagabend stand noch ein Gespräch mit den Parlamentsneulingen auf seinem Programm. Schwerpunkte im Koalitionsvertrag der „Dänen-Ampel“ sind Bildung, Energiewende, Gerechtigkeit und solide Finanzen. SPD-Landeschef Ralf Stegner sprach von einem „historischen Vorgang“. Die Grünen-Vorsitzende Marlene Löhr sagte, Schleswig-Holstein habe es verdient, dass dieses Dreierbündnis fünf Jahre halte.

Sozialleistung

Dank Beratung weniger Migranten in Hartz IV

Eine frühzeitige und umfassende Beratung führt nach Erkenntnissen von Experten dazu, dass weniger Zuwanderer für längere Zeit in Hartz IV abrutschen. Hatten 2011 vor der entsprechenden Beratung noch 55 Prozent von ihnen Arbeitslosengeld II bezogen, so verringerte sich ihr Anteil nach Abschluss der Migrationsberatung auf 39 Prozent. Das geht aus der Bilanz des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) hervor. Im Vorjahr waren erstmals systematisch Daten zur Migrantenberatung erfasst worden. Ernüchternd sind die Daten des Bundesamtes bei der Anerkennung ausländischer Schul- und Berufsabschlüsse. Insgesamt hätten im Vorjahr 12.336 Zuwanderer wegen ihres ausländischen Schul- und Berufsabschlusses um Rat gefragt. Anerkannt worden seien die Abschlüsse nur in 912 Fällen.

Justiz

Bewährungsstrafen für Neonazi-Anführer

Im neu aufgerollten Prozess gegen fünf mutmaßliche Rädelsführer der verbotenen Neonazi-Kameradschaft „Sturm 34“ sind vier Männer zu Bewährungsstrafen von bis zu zwei Jahren verurteilt worden. Das Dresdner Landgericht befand sie am Montag der Bildung einer kriminellen Vereinigung und teilweise der schweren Körperverletzung und Sachbeschädigung für schuldig. Gegen einen fünften Angeklagten verhängten die Richter eine Geldstrafe. Während des Bestehens der Gruppe war es besonders im Jahr 2006 in und um Mittweida zu brutalen Überfällen gekommen, bei denen mehrere Menschen verletzt wurden. Der Prozess wurde aufgerollt, weil der Bundesgerichtshof ein erstes Urteil teilweise aufgehoben hatte.

Asylbewerber

Weitere Iraner treten in Hungerstreik

Drei weitere iranische Asylbewerber haben sich in Unterfranken die Lippen zugenäht und sind in einen Hungerstreik getreten, um als politische Flüchtlinge anerkannt zu werden. Zwei Frauen aus Würzburg und Bayreuth sowie ein Augsburgener wollen nur noch Wasser trinken, wie die Protestgruppe mitteilte. Bereits in der vergangenen Woche hatten vier Iraner in Würzburg auf gleiche Weise für eine Verbesserung der Asylbedingungen und den sofortigen Stopp der Abschiebungen demonstriert.

Load-Date: September 12, 2012

111 Euro mehr für Flüchtlinge; Bundesverfassungsgericht verschafft Asylbewerbern das Existenzminimum. Regierung verspricht rasche Neuregelung

Die Welt

Donnerstag 19. Juli 2012

Copyright 2012 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK; S. 5; Ausg. 167

Length: 1005 words

Byline: Stefan Von Borstel

Highlight: Seit 1993 wurde die Höhe der Zahlungen nicht verändert. Nun steigen sie ab sofort auf 336 Euro monatlich. Die Union lehnt allerdings eine generelle Gleichstellung mit Hartz-IV-Empfängern ab - und plädiert für Sachleistungen

Body

Asylbewerber bekommen ab sofort deutlich mehr Geld vom Staat. Die bisherigen Geldleistungen verstoßen gegen die Menschenwürde und müssen deshalb sofort an das Hartz-IV-Niveau angeglichen werden. Dies hat das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe am Mittwoch entschieden.

Asylbewerber bekommen zurzeit 225 Euro pro Monat, Hartz-IV-Bezieher hingegen 374 Euro. Das Bundesverfassungsgericht berief sich in seiner Entscheidung auf Artikel 1 des Grundgesetzes, wonach die Würde des Menschen unantastbar ist. Politische Erwägungen, die Leistungen niedrig zu halten, um „Wanderungsbewegungen“ zu vermeiden, seien nicht zu rechtfertigen: „Die Menschenwürde ist **migrationspolitisch** nicht zu relativieren“, sagte der Vizepräsident des Gerichts, Ferdinand Kirchhof.

Im Zusammenhang mit dem Existenzminimum sagte er: „Als Menschenrecht gilt es für alle Personen, also auch für **Asylbewerber**, in gleichem Maße.“ Es sichere nicht nur das körperliche Überleben, sondern auch die Pflege zwischenmenschlicher Beziehungen und „ein Mindestmaß an Teilhabe am gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Leben“. Die Geldleistung sei offensichtlich unzureichend, weil sie seit 1993 trotz erheblicher Preissteigerungen nicht angehoben wurde, sagte Kirchhof. Die Sätze seien nicht nachvollziehbar berechnet und nicht realitätsgerecht.

Der Gesetzgeber muss nun unverzüglich eine Neuregelung erlassen. Bis dahin hat das Bundesverfassungsgericht eine Übergangsregelung in Kraft gesetzt, die ab sofort gilt. Danach erhält ein alleinlebender Erwachsener statt 225 nun 336 Euro und ein Jugendlicher zwischen 15 und 18 Jahren 260 statt bisher 200 Euro. Für Flüchtlinge mit laufenden Gerichtsverfahren gelte dies rückwirkend ab dem Jahr 2011 (Az.: 1 BvL 2/11).

111 Euro mehr für Flüchtlinge Bundesverfassungsgericht verschafft Asylbewerbern das Existenzminimum. Regierung verspricht rasche Neuregelung

Nach dem Asylbewerberleistungsgesetz sollen die Flüchtlinge grundsätzlich nur Sachleistungen bekommen. Vielen Ländern ist das aber zu aufwendig, und sie zahlen Geld aus. In Ländern wie etwa Bayern, in denen vorrangig Sachleistungen gewährt werden, muss allerdings das als Barauszahlung vorgeschriebene Taschengeld von rund 40 auf 130 Euro monatlich erhöht werden.

In Deutschland gibt es rund 130.000 Asylbewerber, Kriegsflüchtlinge und Geduldete. Die Ausgaben für sie beliefen sich 2010 auf 815 Millionen Euro. Der Deutsche Landkreistag rechnet nun mit Mehrkosten von bis zu 130 Millionen Euro im Jahr. Allerdings erhalten Asylbewerber und geduldete Ausländer nach vier Jahren heute schon den Hartz-IV-Satz, das sind rund 33.200 Flüchtlinge.

Das oberste deutsche Gericht entschied über eine Vorlage des Landessozialgerichtes (LSG) Nordrhein-Westfalen. Dem LSG liegen die Klagen eines irakischen Kurden und einer inzwischen eingebürgerten minderjährigen Tochter einer seit 14 Jahren in Deutschland lebenden Nigerianerin vor. Das Gericht hatte die Leistungen für zu niedrig und daher für verfassungswidrig gehalten; daher legte es die beiden Fälle den Karlsruher Richtern vor.

Die schwarz-gelbe Bundesregierung kündigte an, sie werde „unverzüglich eine verfassungskonforme, das heißt ableitbare, transparente und realitätsgerechte Neuregelung erarbeiten“. Das Bundesarbeitsministerium begrüßte die „klaren Vorgaben“ des Gerichts für die Neuregelung. Eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe sei bereits dabei, Eckpunkte zu erarbeiten. Dem Vernehmen nach gibt es dabei aber noch Streit über die Höhe der künftigen Leistungen. Der Bundesrat muss einer Neuregelung zustimmen.

Das von SPD und Grünen regierte Nordrhein-Westfalen forderte eine Abschaffung des Asylbewerberleistungsgesetzes. Das Asyl-Urteil des Bundesverfassungsgerichts sei „eine peinliche Nachhilfe“ für die Bundesregierung, sagte der nordrhein-westfälische Innenminister Ralf Jäger (SPD). „Die Berliner Koalition hat dringend notwendige Reformen sehenden Auges auf die lange Bank geschoben.“

Unionspolitiker forderten eine rasche Neuregelung. „Schließlich erreichten Deutschland im vergangenen Jahr mehr als 45.000 Asylbewerber“, argumentierte der innen- und rechtspolitische Sprecher der CSU-Landesgruppe im Bundestag, Stephan Mayer. Eine vollständige Gleichstellung mit den Empfängern von Hartz-IV-Leistungen sei allerdings nicht zwingend geboten. „Eine stärkere Berücksichtigung von Sachleistungen anstelle von Geldleistungen erscheint möglich und sinnvoll.“

Der CDU-Arbeitsmarktpolitiker Karl Schiewerling betonte ebenfalls, das Bundesverfassungsgericht habe keine grundsätzliche Gleichstellung von Asylbewerbern und Hartz-IV-Empfängern gefordert. „Eine Differenzierung ist somit weiterhin möglich, wenn in einem transparenten Verfahren nachgewiesen wird, dass ein abweichender Bedarf besteht.“ Die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts gebe „dem Gesetzgeber sowie den Ländern bei der praktischen Umsetzung vor Ort weiterhin einen erheblichen Gestaltungsspielraum“.

CSU-Innenpolitiker Mayer forderte zudem, bei der Neuregelung „auch weiterhin migrationspolitische Erwägungen heranzuziehen“. Dies lehnte der Koalitionspartner FDP umgehend ab. „Eine migrationspolitische Motivation, wonach die Leistungssätze gering sein sollen, um möglichst geringe Asylbewerberzahlen zu bekommen, ist mit der FDP nicht zu machen“, kündigte der Obmann der Liberalen im Arbeitsausschuss, Pascal Kober, an. Er forderte, neben der raschen Umsetzung des Verfassungsgerichtsurteils müsse auch über die Arbeitserlaubnis von Flüchtlingen gesprochen werden. „Asylbewerber sollten eine Arbeitserlaubnis erhalten, sodass sie auch die Chance zur Selbstversorgung und Beschäftigung bekommen“, meinte Kober. Darüber hinaus müssten die Asylverfahren dringend verkürzt werden.

In Deutschland ist das Arbeiten für Flüchtlinge mit Aufenthaltsgestattung bislang im ersten Jahr verboten. Asylsuchende können erst danach eine Arbeitserlaubnis bei der Ausländerbehörde beantragen. Sie gilt aber nur für eine ganz bestimmte Tätigkeit in einem konkreten Betrieb. Sie müssen sich also zunächst darum bemühen, einen Arbeitsplatz zu finden, und können erst danach den Antrag auf Erlaubnis stellen. Typische Branchen für solche Tätigkeiten sind der Bau, die Gastronomie und das Reinigungsgewerbe.

111 Euro mehr für Flüchtlinge Bundesverfassungsgericht verschafft Asylbewerbern das Existenzminimum.
Regierung verspricht rasche Neuregelung

Graphic

dapd/Kim Graf

Vielerorts gibt es zentrale Aufnahmestellen für Flüchtlinge wie hier in Zirndorf bei Nürnberg. Zurzeit leben rund 130.000 Asylbewerber in Deutschland

Load-Date: September 12, 2012

End of Document

**Doppelpass auf Zeit; In den Koalitionsgesprächen wird ein
Kompromissvorschlag zum Streit über die Staatsbürgerschaft von
Migranten diskutiert**

Die Welt

Samstag 2. November 2013

Copyright 2013 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK; S. 4; Ausg. 256

Length: 1149 words

Byline: Freia Peters

Body

Die sich anbahnende Große Koalition hat ein Projekt ins Auge gefasst, womit das Verhältnis zwischen Deutschen und Einwanderern völlig neu definiert würde: die doppelte Staatsbürgerschaft. In den Koalitionsverhandlungen spielt das Thema eine große Rolle. „Ohne Doppelpass keine Große Koalition“, zitierte die türkische Zeitung „Hürriyet“ jüngst die Vizevorsitzende der SPD, Aydan Özoguz. In der ersten Sitzung der Koalitionsgruppe Integration und **Migration** zu Beginn der Woche ist das Thema aber lediglich angetippt worden. Die Befürchtung bestätigte sich: Es herrscht vollkommener Dissens. Die SPD will die doppelte Staatsbürgerschaft generell einführen und die Optionspflicht streichen. „Unsere Forderung ist auf dem Tisch: Wir wollen die Optionspflicht abschaffen und die Mehrstaatlichkeit ermöglichen“, sagte Özoguz der „Welt“. Bislang erlaubt Deutschland nur Bürgern der EU und der Schweiz zwei Pässe. Für Bürger aller anderen Länder müssen besondere Voraussetzungen vorliegen. Israelis und US-Amerikaner aber bekommen ohne allzu große Umstände Papiere beider Länder. Die Frage der doppelten Staatsbürgerschaft ist vor allem eine Frage der Türken. Denn in Deutschland geborene Kinder türkischer Eltern erhalten seit Januar 2000 den deutschen Pass. Zwischen 18 und 23 Jahren müssen sie sich jedoch entscheiden und einen der beiden Pässe wieder abgeben (Optionsmodell). Wer sich nicht bei den Behörden meldet, verliert automatisch die deutsche Staatsbürgerschaft. Aus Sicht von Wissenschaftlern ein „integrationspolitischer Fehlschlag“.

Für die Union jedoch ist bereits die Optionsregelung ein großer Kompromiss. Jetzt aber zeigte CSU-Chef Horst Seehofer überraschend Veränderungsbereitschaft und brachte den Vorschlag einer „ruhenden Staatsbürgerschaft“ ins Spiel. Hält sich ein Deutscher türkischer Abstammung in der Türkei auf, geht demnach die deutsche Staatsbürgerschaft in eine Art Schlafmodus, wählen etwa darf derjenige dann nur in der Türkei. Kehrt er nach Deutschland zurück, wird die deutsche Staatsbürgerschaft wieder aktiviert. So eine Regelung gibt es etwa zwischen Spanien und lateinamerikanischen Ländern.

Doppelpass auf Zeit In den Koalitionsgesprächen wird ein Kompromissvorschlag zum Streit über die Staatsbürgerschaft von Migranten diskutiert

Um Seehofers Vorschlag umzusetzen, müsste Deutschland mit der Türkei ein zwischenstaatliches Abkommen aushandeln - keine unkomplizierte Angelegenheit. Nicht nur Innenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) ist gegen Seehofers Vorschlag. „Ich sehe aufgrund unserer bisherigen Erfahrungen nicht, welchen Vorteil ein solches Modell haben sollte“, sagte auch SPD-Vize Aydan Özoguz. „Wir nehmen Mehrstaatlichkeit ja in vielen Fällen schon hin.“

Nun gilt es, einen neuen Vorschlag zu verhandeln: einen „Doppelpass mit Generationenschnitt“. Das Modell hat der Sachverständigenrat Deutscher Stiftungen für Integration und Migration (SVR) entwickelt. Demnach sollen in Deutschland geborene Kinder von Zuwanderern den Doppelpass bekommen - und zwar lebenslang. Diese wiederum sollen ihren Kindern aber die Staatsangehörigkeit ihrer Großeltern nicht mehr automatisch, sondern nur noch auf Antrag weitergeben. In der vierten Generation dann soll keine Weitergabe mehr möglich sein. Mit einem solchen Generationenschnitt soll vermieden werden, dass Personen die Staatsangehörigkeit eines Landes besitzen, das ihre Familien bereits vor Generationen verlassen haben und nur noch auf Urlaubsreisen besuchen.

Es gibt Stimmen aus der Union, die den Vorschlag „vernünftig“ finden. Schließlich verhindert eine solche Regelung eine unbegrenzte Weitergabe der Staatsangehörigkeit nach dem „ius sanguinis“ (Abstammungsprinzip) und so eine Anhäufung von Mehrfachstaatsangehörigen. Das wirft vor allem demokratietheoretische Probleme auf, wenn Personen in Staaten wählen können, von deren Gesetzgebung sie kaum betroffen sind. Andererseits: Auch für diese Regelung müsste die Grundlage ein Abkommen zwischen Deutschland und der Türkei sein. Die Regierung in Ankara dürfte nur schwer zu überreden sein, einer Aufgabe der türkischen Staatsbürgerschaft für die dritte, spätestens vierte Einwanderergeneration zuzustimmen.

Die große Schlacht findet wohl am Donnerstag nächster Woche statt. Dann wollen die Untergruppe Migration und die Arbeitsgruppe Innen und Recht gemeinsam über den Doppelpass reden.

Am Freitag herrschte beim zweiten Treffen der Koalitionsgruppe gute Stimmung. „Wir sind sehr gut im Gespräch“, sagte Markus Ulbig (CDU), sächsischer Innenminister, der „Welt“. „Allerdings stehen die Themen, die schwierig zu verhandeln sind, ja erst noch an: Asyl, doppelte Staatsbürgerschaft. Der Vorschlag des SVR ist sicherlich der komplizierteste.“ Beim Thema „Willkommenskultur“ hingegen ist man sich einig - die gilt es zu verbessern. „Die Ausländerbehörden müssen auch Dienstleister sein, da müssen wir umdenken“, sagte Ulbig. „Das darf und muss nicht viel Geld kosten, die Willkommensbotschaft können vor allem auch die Mitarbeiter der Behörden aussenden.“

Sachsen könnte da Modell sein. Vor zwei Jahren führte Ulbig das Projekt „Akzess“ ein. Fachkräfte und Forscher werden in den Ausländerämtern in Dresden, Leipzig und Chemnitz bevorzugt behandelt. Innerhalb von vier Wochen wird über Aufenthaltstitel und Arbeitsgenehmigung entschieden. Grund: Das ostdeutsche Bundesland mit der stärksten Wirtschaft fand für viele Positionen nicht die passenden Bewerber. Ulbig gab also das Leitbild an die Ausländerbehörden: Alle aus dem Ausland sollen sich freundlich angenommen fühlen. Aber auch: Menschen, die zum Arbeiten nach Sachsen kommen, sollen einen effizienteren Behördenweg gehen als solche, die aus humanitären Gründen kommen.

Der Präsident des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge, Manfred Schmidt, hatte jüngst angeregt, gut ausgebildeten Flüchtlingen bundesweit ein Asylverfahren zu ersparen und ihnen stattdessen schnell Zugang zum deutschen Arbeitsmarkt zu ermöglichen. In der Union ist die Meinung dazu gespalten. Innenminister Hans-Peter Friedrich ist skeptisch, ein „humanitäres Problem mit den Mitteln der Arbeitsmigration“ zu lösen.

Die Integrationsbeauftragte Maria Böhmer (CDU) sowie Ulbig sprachen sich für eine Vorstufe des Asylverfahrens aus, in der geprüft werden soll, ob ein Flüchtling als Arbeitsmigrant infrage kommt. „Von jährlich 100.000 Antragstellern aus Asylgründen haben zehn Prozent eine höhere Qualifikation“, sagte Ulbig der „Welt“. „Dieses Potenzial dürfen wir nicht verschenken.“ Bislang müssen Flüchtlinge das Land wieder verlassen, wenn sie nicht als politisch Verfolgte eingestuft werden - egal, wie gut sie ausgebildet sind.

Viele von ihnen wissen nicht, dass sie gar nicht Asyl beantragen müssen, um in Deutschland zu bleiben, sondern auch eine Blaue Karte bekommen könnten, die Hochqualifizierten einen Jobeinstieg ermöglicht. „Eine solche Verfahrensänderung unterstütze ich sehr“, sagte Özoguz. „Die entsprechenden Sachbearbeiter müssen künftig erkennen: Dieser Mensch wäre wichtig für uns!“

Doppelpass auf Zeit In den Koalitionsgesprächen wird ein Kompromissvorschlag zum Streit über die Staatsbürgerschaft von Migranten diskutiert

Entscheiden soll der Lebensmittelpunkt, nicht der Pass der Großeltern

Graphic

PA/dpa/Wolfgang Kumm

Wird der Doppelpass akzeptiert, erübrigen sich solche Kampagnen wie die des Berliner Senats

dpa Picture-Alliance / Wolfgang

Load-Date: November 2, 2013

End of Document

Fluchtpunkt Deutschland; Mehr Asylanträge: Immer mehr verzweifelte Menschen aus Krisenländern suchen den Schutz der Bundesrepublik. Die Aufnahmestellen kommen an ihre Grenzen

Die Welt

Dienstag 4. September 2012

Copyright 2012 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT

Section: POLITIK; S. 6; Ausg. 207

Length: 1187 words

Byline: Hannelore Croll

Kristian Frigelj

Johannes Wiedemann

Highlight: Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg erwägen Notmaßnahmen, um das Problem in den Griff zu kriegen

Body

Es war das Ende einer Odyssee: 195 nordafrikanische **Flüchtlinge** sind am Montag in Hannover gelandet, um in Deutschland ein neues Leben anzufangen. Die Männer und Frauen aus dem Sudan, Tunesien, Eritrea, Äthiopien und Somalia waren in Libyen als Gastarbeiter tätig gewesen und während des blutigen Aufstands gegen Diktator Muammar al-Gaddafi in das Lager Choucha in Tunesien **geflüchtet**. Sie sind die ersten **Flüchtlinge**, die auf Grundlage des Ende 2011 von der Innenministerkonferenz beschlossenen Ansiedlungsprogramms nach Deutschland gekommen sind. Im Rahmen des „Resettlement“-Programms sollen 900 besonders schutzbedürftige **Flüchtlinge** bis Ende 2014 in Deutschland aufgenommen werden.

Der **Flüchtlingsorganisation** Pro **Asyl** geht das aber nicht weit genug: Es würden dringend 900 weitere Plätze für **Flüchtlinge** gebraucht. Im Lager in Tunesien gebe es nicht genügend Trinkwasser, die medizinische Versorgung sei mangelhaft. Zudem forderte Pro **Asyl**, Deutschland und die EU-Staaten müssten angesichts der sich immer weiter verschärfenden Situation an der syrisch-türkischen Grenze mehr tun. Die Türkei brauche nicht nur Zelte und Medikamente, sondern mehr Unterstützung dabei, um **Flüchtlingen** aus Syrien und anderen Ländern helfen zu können. „Wer eine Schließung der türkischen Grenzen verhindern will, muss dort festsitzenden **Flüchtlingen** eine Perspektive geben.“

Fluchtpunkt Deutschland Mehr Asylanträge: Immer mehr verzweifelte Menschen aus Krisenländern suchen den Schutz der Bundesrepublik. Die Aufnahmestellen kommen an....

Allerdings steigt schon jetzt bundesweit die Zahl der Erstanträge auf Asyl stark - immer mehr verzweifelte Menschen aus Krisenländern wie Syrien, Afghanistan, dem Irak und dem Iran suchen Schutz in Deutschland. Im Vergleich zum Juni nahm die Zahl im Juli um rund 15 Prozent auf 4498 zu. Verglichen mit dem Juli 2011 war das ein Anstieg um 30,8 Prozent. Am häufigsten bewarben sich Flüchtlinge aus Syrien: Im Juli gingen 608 Anträge ein - ein starker Anstieg im Vergleich zum Vormonat (388) und dreimal so viele wie im Juli 2011. Noch ist die Zahl der nach Deutschland geflüchteten Syrer überschaubar: Von Januar bis Juli beantragten insgesamt 2246 Syrer Asyl in der Bundesrepublik; nur 100 von ihnen sind als politische Häftlinge anerkannt worden. Den anderen Flüchtlingen droht aber keine sofortige Abschiebung; die Innenministerkonferenz hatte sich wegen des blutigen Bürgerkriegs in Syrien im März auf einen sechsmonatigen Abschiebestopp geeinigt. Wie das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge der „Welt“ mitteilte, bekommen syrische Flüchtlinge in der Regel „einen einjährigen Aufenthaltstitel, der weiter verlängert werden kann“. Doch da sich das Ende des Syrien-Konflikts nicht abzeichnet, drängt sich die Frage auf: Wie sollte die Bundesrepublik künftig reagieren, wenn immer mehr Syrien-Flüchtlinge kommen?

Laut Bundesregierung ist der Fall klar: Deutschland wird diese nicht in großem Stil aufnehmen. Der Menschenrechtsbeauftragte Markus Löning (FDP) betont, humanitäre Hilfe vor Ort sei geboten, also in Syrien selbst oder den Nachbarländern. Die SPD-Bundestagsfraktion hält diese Festlegung für unangebracht. Der Vizevorsitzende Gernot Erler sagte der „Welt“: „Eine stärkere Unterstützung der Anrainerstaaten, die bislang die Hauptlast der Flüchtlingsströme tragen, ist in jedem Fall erforderlich.“ Mehr als 200.000 Flüchtlinge hielten sich in der Türkei, in Jordanien, dem Irak und dem Libanon auf - eine „ungeheure Belastung“ für diese Länder. Erler betonte, dass die EU nicht darum herumkäme, selbst Flüchtlinge aufzunehmen, wenn deren Zahl nicht abnehme. Die Bundesregierung sei gefordert, „dieses Thema aktiv aufzugreifen, um eine humanitäre Tragödie zu verhindern.“

Noch weiter geht Grünen-Fraktionsvize Josef Winkler. „Die Forderung nach einer aktiven Aufnahme syrischer Bürgerkriegsflüchtlinge und dem Ansatz des ‚Schutzes in der Region‘ sind kein Gegensatz, sondern bedingen einander“, sagte Winkler mit Blick auf die Linie der Regierung. Seine Partei fordere, dass Deutschland unbürokratisch Flüchtlinge aufnehme. „Dies verstehen wir auch als einen Akt der Solidarität gegenüber diesen Nachbarstaaten, die schon viel geleistet haben bei der Flüchtlingsaufnahme.“ Ein solcher Schritt Deutschlands und der EU solle „den Anrainerstaaten helfen, ihre Grenzen auch weiterhin offen zu halten - und so ‚Schutz in der Region‘ auch in Zukunft zu ermöglichen“.

Erschwert wird die Flüchtlingshilfe allerdings durch den Umstand, dass die ersten Bundesländer bereits jetzt an ihre Kapazitätsgrenzen stoßen, was die Aufnahme von Asylbewerbern angeht. In den Erstaufnahmeeinrichtungen bleiben die Flüchtlinge in der Regel einige Tage. Dort wird der Asylantrag angelegt, bevor die Bewerber auf die eigentlichen Unterkünfte in den Kommunen verteilt werden. Wie viele Menschen ein Bundesland aufnehmen muss, wird jährlich über einen Schlüssel berechnet, der sich nach Steuereinnahmen und Bevölkerungszahl richtet. Ausgerechnet zwei Bundesländer, die mit die meisten Asylbewerber aufnehmen müssen, beklagen nun aber schon überfüllte Erstaufnahmeeinrichtungen: Nordrhein-Westfalen, das rund 21 Prozent aller Asylbewerber aufnimmt, und Baden-Württemberg (13 Prozent).

In NRW ist die Zahl der Asylanträge laut Landesinnenministerium stark gestiegen - von 790 (Juli 2011) auf 1184 (Juli 2012). „In allen Einrichtungen gibt es Engpässe wegen des großen Andrangs. Wir prüfen sehr intensiv, eine neue Unterbringungsmöglichkeit einzurichten“, sagte ein Sprecher der „Welt“. Es sei „nicht zu erwarten gewesen, dass Asylbewerber in diesem Maße nach Deutschland und nach Nordrhein-Westfalen kommen“. Vor allem aus Syrien und Afghanistan kämen viele Menschen. Die zentralen vier Einrichtungen des Landes sind überbelegt, und Kommunen haben Probleme, rasch Platz zu schaffen. Nordrhein-Westfalens Grünen-Landeschefin Monika Düker macht allerdings auch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge für die schwierige Lage verantwortlich. Dort sei ein „Bearbeitungsstau entstanden, sodass die Menschen viel zu lange in den Landesaufnahmestellen verbleiben, bevor sie auf die Kommunen verteilt werden können.“ Dükers Forderung: „Der Bund muss dringend ausreichendes Personal für die Anhörungen zur Verfügung stellen und darf nicht auf unzulässige Videoanhörungen zurückgreifen.“

Auch in Baden-Württemberg „spannt es total bei der Unterbringung“, sagte Gerhard Mauch vom Städtetag des Bundeslandes der „Welt“. Die zentrale Aufnahmestelle in Karlsruhe, die Platz für 930 Asylsuchende hat, ist längst überfüllt. Das Regierungspräsidium musste schon Wohnungen anmieten, um 100 Menschen vorläufig

Fluchtpunkt Deutschland Mehr Asylanträge: Immer mehr verzweifelte Menschen aus Krisenländern suchen den Schutz der Bundesrepublik. Die Aufnahmestellen kommen an....

unterzubringen, bis über ihr Asylverfahren entschieden ist. 2011 waren rund 5250 Flüchtlinge im deutschen Südwesten angekommen, dieses Jahr erwartet Integrationsministerin Bilkay Öney (SPD) an die 6000.

Erschwerend kommt hinzu: Manche Kreise weigern sich schlicht, nach der Erstaufnahme weitere Asylbewerber bei sich aufzunehmen. Welche das sind, will das Integrationsministerium zwar nicht sagen. Öney sah sich aber schon gezwungen, schriftliche Abmahnungen zu verschicken, damit sich die Lage in Karlsruhe nicht noch weiter verschärft. Auch an einer Notstrategie wird gefeilt: Künftig sollen ehemalige Hotels oder Kasernen leichter als Unterbringung für Flüchtlinge genutzt werden dürfen.

Load-Date: December 31, 2012

End of Document

Die Schweiz will nicht mehr schön sein; Zu viele Flüchtlinge aus Europa und Afrika zieht es in das „gelobte Land“

Die Welt

Donnerstag 23. August 2012

Copyright 2012 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT

Section: POLITIK; S. 7; Ausg. 197

Length: 684 words

Byline: Elisalex Henckel

Highlight: Die Eidgenossen versuchen, mit Blitzverfahren, finanziellen Anreizen und schärferen Gesetzen den Strom zu bremsen

Body

Wien

Das Asylzentrum von Basel liegt nur wenige Meter von der deutschen Grenze entfernt, hinter einem mit Stacheldraht gesicherten Zaun. 400 Menschen leben hier zurzeit - nach strengen Regeln. Vor dem Betreten müssen sie sich abtasten lassen, jeden Morgen um 8.15 Uhr wird der Schlaftrakt geschlossen. Das soll den Bewohnern eine gewisse Tagesstruktur geben, sagte der Chef des „Empfangs- und Verfahrenszentrums“ (EVZ), Roger Lang, der „Aargauer Zeitung“. Auf die Mazedonier, Serben und Bosnier unter ihnen kommen aber demnächst einige Veränderungen zu.

Meist sind es Roma, und sie haben kaum Chancen auf Asyl - schließlich hat die Schweiz gemeinsam mit der EU vor einigen Jahren die Visumspflicht für Balkanländer aufgehoben und stuft sie als sicher ein. Trotzdem sei ihre Zahl Angaben des eidgenössischen Bundesamts für Migration (BFM) zufolge in den vergangenen eineinhalb Jahren markant angestiegen, was in den Schweizer Asylzentren zu „Kapazitätsengpässen“ führe. Aus diesem Grund hat BMF-Chef Mario Gattiker angekündigt, Anträge aus „verfolgungssicheren europäischen Staaten“ künftig innerhalb von 48 Stunden abzuwickeln. Außerdem werden Rückkehrhilfe und Reisegeld gestrichen. Wer die Schweiz nicht fristgemäß verlässt, kriminell wird oder ohne Grund mehrfach ein Gesuch stellt, wird mit einem Einreiseverbot belegt. Gleichzeitig will sich die Schweiz weiterhin bemühen, die Situation der Betroffenen in ihren Heimatländern zu verbessern, beispielsweise mit einem Wohnbauprojekt für Roma-Familien in Bosnien-Herzegowina.

Es ist der jüngste von zahlreichen Versuchen der Schweiz, weniger attraktiv für Flüchtlinge zu werden. Im ersten Halbjahr 2012 haben mehr als 17.000 Menschen um Asyl nachgesucht, das sind fast 50 Prozent mehr als im gleichen Zeitraum des vergangenen Jahres. Durch den „arabischen Frühling“ hätten sich neue Migrationswege geöffnet, sagte Gattiker dem „Tagesanzeiger“, dazu komme die Wirtschaftskrise und ihre Auswirkung auf die

Die Schweiz will nicht mehr schön sein Zu viele Flüchtlinge aus Europa und Afrika zieht es in das „gelobte Land“

Landwirtschaft südeuropäischer Länder. Die Situation sei angespannt, die Zahlen würden weiter steigen, deshalb müsse die Schweiz zwar weiterhin Verfolgte schützen und Verfahren fair führen, aber auch Missbräuche bekämpfen und ihre Glaubwürdigkeit erhalten.

Die meisten Asylanträge stammen dieses Jahr aus Eritrea und Nigeria, dann folgen bereits Mazedonien und Serbien. An fünfter Stelle liegt Tunesien, dessen Bürger ähnlich geringe Aussichten auf Asyl haben wie die Bürger der Balkanstaaten. Auch für sie gibt es spezielle Maßnahmen: Seit Mitte Juli erhalten Tunesier, die freiwillig in ihre Heimat zurückkehren, vor ihrem Abflug 1000 Franken, dazu 500 Franken für jedes Kind. Drei Monate nach ihrer Rückkehr könnten sie sich außerdem mit einem konkreten Projekt um weitere 4000 Franken Fördergeld bewerben. Die Rückkehrhilfe finde „mäßigen“ Anklang, berichtete das Schweizer Fernsehen. Bisher hätten sie 44 Personen beantragt.

Auf die Eritreer wiederum zielt eine andere Maßnahme ab: Wehrdienstverweigerung soll nicht länger als Asylgrund gelten. Das hat der Nationalrat, also die große Kammer des Schweizer Parlaments, Mitte Juni beschlossen, zusammen mit einer ganzen Reihe von weiteren Verschärfungen im Asylwesen. Stimmt die kleine Kammer des Parlaments, der Ständerat, zu, werden Asylbewerber künftig auch mit weniger Geld auskommen müssen: Statt Sozialhilfe stünde ihnen nur noch die sogenannte Nothilfe zu, die in einigen Kantonen weniger als zehn Franken pro Tag beträgt.

Die Abschreckungsmaßnahmen vom Juni haben der bürgerlichen Mehrheit im Nationalrat heftige Kritik eingetragen. Die Aufhebung des Asylrechts für Wehrdienstverweigerer wertete das UN-Hochkommissariat für Flüchtlinge (UNHCR) gar als Verletzung der Internationalen Flüchtlingskonvention. Die Caritas bezweifelte, dass die Nothilfe ein menschenwürdiges Dasein ermöglichen könne. Der zuständigen sozialdemokratischen Justizministerin Simonetta Sommaruga zufolge verstoße eine Streichung der Sozialhilfe gegen die „humanitäre Tradition“, derer sich die Schweiz so gerne rühme.

„Die Sozialhilfe zu streichen verstößt gegen humanitäre Tradition“ Simonetta Sommaruga, Justizministerin

Load-Date: December 19, 2012

Asylbewerber in München; Polizei löst Hungercamp auf

Die Welt

Montag 1. Juli 2013

Copyright 2013 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK; Kompakt; S. 5; Ausg. 150

Length: 218 words

Body

Ein Camp von knapp 50 Asylsuchenden im Hunger- und Durststreik ist am Sonntag in München von der Polizei aufgelöst worden. 44 der zum Teil stark geschwächten Menschen wurden in zwölf Krankenhäuser gebracht, wie ein Sprecher der Stadt mitteilte. Es habe konkrete, unmittelbare Lebensgefahr bestanden. Ein Mensch habe bereits wiederbelebt werden müssen, mehrere Personen hätten schon im Koma gelegen, berichtete Oberbürgermeister Christian Ude. Der Rechtsstaat hat sich nicht erpressen lassen, äußerte Sozialministerin Christine Haderthauer (CSU). Die Asylbewerber aus mehreren asiatischen und afrikanischen Staaten hatten die sofortige Anerkennung ihrer Asylanträge erzwingen wollen. Sie hatten seit sieben Tagen gehungert und seit Dienstag auch gedurstet. Die Folgen seien einkalkuliert, so ihr Sprecher: „Wenn es Tote gibt - womit auch er rechnet - , dann ist eben die Politik in Deutschland daran schuld.“ Zuletzt war ein Vermittlungsversuch der Ex-Politiker Hans-Jochen Vogel (SPD) und Alois Glück (CSU, Foto) gescheitert. Sie hatten eine schnelle Prüfung der Asylanträge in Aussicht gestellt, dies schlägt nun auch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge vor. Die Betroffenen dringen aber auf ein Aufenthaltsrecht. Bei der Räumung des Camps wurden 13 Menschen vorläufig festgenommen.

Kommentar Seite 3

Graphic

dpa/Andreas Gebert

Andreas Gebert

Load-Date: July 1, 2013

Asylbewerber in München Polizei löst Hungercamp auf

End of Document

**Zahl der Asylbewerber erreicht 100.000; Höchster Wert seit Jahren.
Flüchtlinge vom Westbalkan sollen ihren Anspruch verlieren**

Die Welt

Freitag 13. Dezember 2013

Copyright 2013 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK; S. 4; Ausg. 291

Length: 732 words

Byline: Manuel Bewarder

Body

Die Zahl der **Asylbewerber** in Deutschland ist in diesem Jahr auf rund 100.000 angestiegen. Das geht aus den Zahlen des Bundesamtes für **Migration** und **Flüchtlinge** (BAMF) hervor, die der „Welt“ vorliegen. Insgesamt haben in den Monaten Januar bis November 99.989 Personen hierzulande erstmalig **Asyl** beantragt. Im Vergleich zum Vorjahreszeitraum ist das ein Anstieg um 68,2 Prozent. Seit dem Jahr 1997 war die Zahl von 100.000 nicht mehr überschritten worden.

Der nun erreichte hohe Wert liegt jedoch noch weit entfernt von den Höchstständen, die Anfang der 1990er-Jahre zur Zeit des Krieges in Jugoslawien erreicht wurden. Im Jahr 1992 hatte es zum Beispiel insgesamt 438.191 **Asylerstanträge** gegeben. Die niedrigste Bewerberzahl wurde 2007 mit etwa 19.000 verzeichnet. Seitdem steigt die Zahl allerdings wieder, und an manchen Orten fehlen entsprechende Unterbringungsmöglichkeiten, da die Kapazitäten im Laufe der Jahre abgebaut wurden.

Im Vergleich zum Vorjahresmonat ist die Zahl in diesem November um 37,1 Prozent gestiegen. Insgesamt wurden in diesem Zeitraum 12.130 Erstanträge gestellt. Gegenüber dem Vormonat Oktober sank die Zahl allerdings um 6,3 Prozent. Aufgrund des starken Anstiegs unterstützen derzeit rund 130 Bundespolizisten das BAMF bei den Anträgen.

Die Auswertung bestätigt einen Trend der vergangenen Jahre: Demnach kommen vor Einbruch des Winters überdurchschnittlich viele Einwanderer aus Balkanländern. Bei den Herkunftsländern, bezogen auf den November, liegt Serbien an erster Stelle, Mazedonien an dritter, Bosnien und Herzegowina auf Platz sieben und das Kosovo auf Rang neun. Auch vor dem Hintergrund, dass das Bundesinnenministerium beispielsweise im Jahr 2012 bei keinem der Asylbewerber aus Serbien, Mazedonien oder Bosnien und Herzegowina eine sogenannte asylrelevante Verfolgung festgestellt hat, sieht der schwarz-rote Koalitionsvertrag an dieser Stelle Änderungsbedarf. Im Text heißt es, dass die Westbalkanstaaten künftig als „sichere Herkunftsstaaten“ eingestuft werden sollen. Ziel sei es, „aussichtslose Asylanträge von Angehörigen dieser Staaten schneller bearbeiten und ihren Aufenthalt in Deutschland schneller beenden zu können“. Zugleich will man sich gegenüber den jeweiligen Regierungen und der

Zahl der Asylbewerber erreicht 100.000 Höchster Wert seit Jahren. Flüchtlinge vom Westbalkan sollen ihren Anspruch verlieren

EU-Kommission dafür einsetzen, „rasche und nachhaltige Schritte zur Verbesserung der Lebenssituation vor Ort zu ergreifen“. Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) sagte der „Welt“ vor ein paar Tagen zu dem Vorhaben: „Es ist eine kleine Erleichterung und eine kleine Beschleunigung.“ Friedrich mahnte jedoch Sorgfalt an: „Das entbindet uns nicht von der Verpflichtung, im Einzelfall eine Prüfung vorzunehmen.“ Manche Bundesländer haben für die kommenden Wintermonate allerdings zunächst einen Abschiebestopp für Flüchtlinge vom Balkan angekündigt.

Die meisten erstmaligen Asylbewerber kamen von Januar bis November aus der Russischen Föderation - insgesamt 14.482 Personen. An zweiter Stelle der Herkunftsländer liegt Syrien mit 10.858 Personen. Die Zahl der Erst- und Folgeanträge von Menschen aus dem Bürgerkriegsland liegt bei 11.768. Seit Ausbruch des Kriegs im Jahr 2011 haben damit laut BAMF über 23.000 Syrer in Deutschland Asyl beantragt. Die Bundesrepublik hat sich darüber hinaus dazu bereit erklärt, ein Kontingent von 10.000 Flüchtlingen aus dem Bürgerkriegsland aufzunehmen und mit gesichertem Aufenthaltsstatus auszustatten. Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) hat im dritten Vierteljahr des Haushaltsjahres 2013 über- und außerplanmäßige Ausgaben in Höhe von 200 Millionen Euro für humanitäre Hilfe für Flüchtlinge aus Syrien genehmigt.

Der Wintereinbruch im Nachbarland Libanon macht derzeit Hunderttausenden syrischen Flüchtlingen zu schaffen. Die Temperaturen fielen unter den Gefrierpunkt, und im Bekaa-Tal im Norden des Landes begann es zu schneien. Dort haben syrische Flüchtlinge inoffizielle Lager aufgeschlagen. Dana Sleiman vom UN-Flüchtlingshilfswerk sagte, die Vereinten Nationen arbeiteten „härter als je zuvor“ daran, die rund 800.000 Flüchtlinge im Libanon zu schützen. Mindestens 80.000 Menschen müssten den Winter wahrscheinlich in Zelten überstehen, in denen der Boden oftmals nur mit einer dünnen Plastikplane bedeckt sei. Das libanesische Militär verteile bereits Notfallpakete mit Decken und Zeltplanen.

„Eine kleine Erleichterung und eine kleine Beschleunigung“ Innenminister Friedrich zu neuen Asylregeln

Load-Date: December 13, 2013

Das Weinen verlernt; Papst geißelt auf Lampedusa „Globalisierung der Gleichgültigkeit“

Die Welt

Dienstag 9. Juli 2013

Copyright 2013 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT

Section: POLITIK; S. 7; Ausg. 157

Length: 676 words

Byline: Christoph Schmidt

Body

Lampedusa

Schon im Vorfeld hatte diese Reise für Wirbel gesorgt. Dass Papst Franziskus seinen ersten Besuch außerhalb Roms ausgerechnet auf die „**Flüchtlingsinsel**“ Lampedusa unternahm, wurde als starkes Signal gewertet. Der Name des kleinen italienischen Eilands 130 Kilometer vor Tunesien steht seit Jahren als Synonym für das Elend der Bootsflüchtlinge, die auf der Fahrt von Nordafrika nach Europa ihr Leben riskieren, zu Hunderten zusammengepfercht auf kleinen Fischerbooten. Allein in diesem Jahr landeten nach Angaben des UN-**Flüchtlingshilfswerks** UNHCR rund 7800 Menschen an Italiens Küsten; 40 von ihnen starben nach offiziellen Zählungen. Die Leute ertrinken, wenn die klapprigen Kähne kentern, oder verdursten, wenn sie in den Weiten des Mittelmeers die Orientierung verlieren. Wer die Strapazen übersteht, dem droht die Abschiebung. Denn mehr als Verzweiflung haben die Gestrandeten dem italienischen **Asylgesetz** in der Regel nicht anzubieten.

Noch am Morgen hatte die Marine 165 **Migranten** gerettet und auf die Insel gebracht. Doch das Drama sei in den europäischen Nachrichten längst zur Routine geworden, wie Franziskus auf Lampedusa beklagte. Die Sirenen der begleitenden Kutter heulten auf, als er kurz nach seiner Ankunft von einem Boot der Küstenwache aus einen Blumenkranz in die See warf, zum Gedenken an die vielen Todesopfer draußen vor der Küste. Rund 20.000 sollen es in den vergangenen drei Jahrzehnten gewesen sein. Danach verharrte der Papst minutenlang im Gebet. An der Hafenmole von Lampedusa erwarteten Franziskus dann zahlreiche afrikanische **Flüchtlinge**.

Lächelnd reichte Franziskus einem nach dem anderen die Hand. „Ich bete für euch, auch für jene, die nicht hier sind.“ Die Begegnung hatte auch eine interreligiöse Dimension, denn die Hälfte der Migranten auf Lampedusa sind derzeit Muslime, viele kommen aus Somalia und Eritrea. Einer sprach in einem Grußwort an den Papst von den Qualen, die sie auf ihrem Weg nach Italien durchmachen mussten, und von der miesen Behandlung durch die Menschenschmuggler, denen die Migranten meist ihr gesamtes Erspartes überlassen müssen. „Wir bitten die europäischen Länder, uns zu helfen“, so der junge Mann.

Das Weinen verlernt Papst geißelt auf Lampedusa „Globalisierung der Gleichgültigkeit“

So nah wie bei der anschließenden Messe werden die meisten Insulaner den Ankömmlingen aus Afrika noch nie gekommen sein. Rund 10.000 Menschen feierten den Papst auf dem Sportplatz am Hafen. In seiner Predigt zollte Franziskus den Inselbewohnern seinen Respekt: „Ihr gebt ein Beispiel der Solidarität. Danke.“ Die Ermutigung tut not, denn viele Einheimische sind erbost über den Andrang aus dem Süden. Er drückt aufs Image der kleinen Insel, die neben dem Fischfang auf den Tourismus angewiesen ist. Und da gehen die Zahlen zurück.

In starken Worten prangerte der Papst den Umgang mit dem alltäglichen Drama im Mittelmeer an. Die heutige „Kultur des Wohlbefindens“ schere sich nicht um den Schrei der anderen, lasse keinen Raum für brüderlichen Zusammenhalt. Inmitten einer „Globalisierung der Gleichgültigkeit“ lebten die Menschen in einer Seifenblase und hätten das Weinen verlernt. „Wir haben uns an das Leiden des anderen gewöhnt, es betrifft uns nicht, es interessiert uns nicht, es ist nicht unsere Sache.“ Christen dürften sich aber nicht aus der Verantwortung stehlen. Gott verlange von jedem Rechenschaft.

Seit Langem mahnt der Vatikan eine großzügigere Behandlung von Armutsmigranten an. Erst am Freitag rief der vatikanische Migrantenminister Kardinal Antonio Maria Veglio in der Tageszeitung „Osservatore Romano“ die Regierungen Europas auf, die Aufenthaltsbedingungen für Flüchtlinge und ihre Unterbringung zu verbessern. Nur rund vier Stunden dauerte Franziskus Reise ans Ende Europas. Sie führte ihn mitten hinein in den Brennpunkt des Wohlstandsgefälles zwischen Nord und Süd. Dass jeder päpstliche Prunk im Hafen von Lampedusa fehlte, versteht sich von selbst. Franziskus wollte einen schlichten Empfang mit kleiner Entourage, in der keine Politiker waren. Die Symbolik des Aufenthalts reichte aus.

„Die Kultur des Wohlbefindens schert sich nicht um den Schrei der anderen“

Load-Date: July 9, 2013

40 Prozent mehr Asylbewerber in Deutschland; Die Aufhebung der Visumpflicht für Serbien und Mazedonien ließ die Zahlen hochschnellen. Starker Zuzug auch aus Krisengebieten

Die Welt

Dienstag 15. Januar 2013

Copyright 2013 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK; S. 5; Ausg. 12

Length: 806 words

Byline: Manuel Bewarder

Highlight: Etwa ein Drittel aller **Asylbewerber** kam 2012 aus einem Nachfolgestaat des ehemaligen Jugoslawiens

Body

Die Zahl der **Asylbewerber** in Deutschland ist im vergangenen Jahr stark angestiegen. Das geht aus den Zahlen des Bundesinnenministeriums hervor, die der „Welt“ vorliegen. Demnach wurden 2012 beim zuständigen Bundesamt für **Migration** und **Flüchtlinge** 64.539 Anträge auf **Asyl** gestellt. Das entspricht einem Plus von rund 41 Prozent. Insgesamt gab es 2012 fast 19.000 mehr **Asylerstanträge** als im Vorjahr.

Ein wichtiger Grund für die starke Zunahme im vergangenen Jahr war die Aufhebung der Visumpflicht für Serbien und Mazedonien. Beide Länder gehören zusammen mit Bosnien-Herzegowina, Syrien und Russland zu den Hauptherkunftsländern. Weiterhin kommen viele Antragsteller aus Afghanistan und dem Irak. Die Zahlen zeigen zudem, dass auch aus den anderen Herkunftsländern mehr Menschen Anträge gestellt haben.

Rund ein Drittel der Asylbewerber 2012 kam aus einem der Nachfolgestaaten Ex-Jugoslawiens nach Deutschland. Ein Hauptauslöser für den rapiden Anstieg sind laut Experten die höheren Bargeldzahlungen für Asylbewerber, die das Bundesverfassungsgericht im vergangenen Juli angeordnet hatte. Die Zahl der Anträge ist inzwischen wieder rückgängig. Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) hatte im Herbst darauf hingewiesen, dass es sich bei den Antragstellern aus Serbien und Mazedonien vor allem um sogenannte Wirtschaftsflüchtlinge handelte. Er sprach sich für eine Gesetzesänderung aus, wonach Menschen aus einem sicheren Herkunftsstaat eine abgesenkte Barleistung erhalten sollten. CDU-Innenexperte Wolfgang Bosbach gab im Herbst an, dass die Anträge von Mazedoniern und Serben „zu 99 Prozent offensichtlich unbegründet sind“.

Deutliche Kritik an der Haltung der Bundesregierung kam damals zum Beispiel von den Kirchen. Die katholische Deutsche Bischofskonferenz und die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) erklärten, jeder Asylsuchende habe auch angesichts gestiegener Bewerberzahlen das Anrecht auf eine unvoreingenommene und gründliche Prüfung seines Asylantrags. Das Anschwellen der Bewerberzahlen sorgt weiterhin in vielen Regionen für einen Mangel an Unterkünften.

40 Prozent mehr Asylbewerber in Deutschland Die Aufhebung der Visumpflicht für Serbien und Mazedonien ließ die Zahlen hochschnellen. Starker Zuzug auch aus Kris....

Im Rückblick kommt das Innenministerium zu einem eindeutigen Fazit: Offenbar konnte bei keinem der Asylbewerber aus Serbien, Mazedonien oder Bosnien-Herzegowina eine sogenannte asylrelevante Verfolgung festgestellt werden.

Die Zahl der Erstanträge stieg vor allem in der zweiten Jahreshälfte an. Im Oktober beantragten fast 10.000 Menschen in Deutschland Asyl. Im Vorjahreszeitraum waren es nur knapp über 4000. Im November 2012 hielt der Trend mit fast 9000 Anträgen noch an - 2011 waren es schließlich im gleichen Monat unter 5000 Bewerber. Im Dezember des vergangenen Jahres jedoch ging die Zahl der Bewerber deutlich auf 4880 zurück und erreichte fast den Wert von 2011. Die Hauptherkunftsländer waren in diesem Monat die Russische Föderation, Syrien sowie Afghanistan.

Das Hauptherkunftsland im gesamten vergangenen Jahr war Serbien mit 8477 Antragstellern. Dies entspricht einer Steigerung von 85 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Den steilsten Anstieg verzeichneten Mazedonien mit über 300 Prozent und Bosnien-Herzegowina mit einem Plus von rund 560 Prozent. Auch die Zahl von Antragstellern aus Syrien nahm stark zu und stieg um etwa 135 Prozent im Vergleich zu 2011.

Zweites Hauptherkunftsland war 2012 Afghanistan. Die Zahl der Erstanträge lag mit 7498 ungefähr so hoch wie im Vorjahr. In rund 40 Prozent der Fälle gab es hier eine Flüchtlingsanerkennung oder einen andersartigen Schutz.

Insgesamt 8764 Personen erhielten im vergangenen Jahr die Rechtsstellung eines Flüchtlings nach der Genfer Konvention. Das waren 14,2 Prozent aller Asylbewerber. Davon kam niemand aus Serbien, Mazedonien oder Bosnien-Herzegowina. Am höchsten war die Erfolgsquote bei Menschen, die aus dem Irak nach Deutschland kamen. Zudem erhielten 8376 Personen, also 13,5 Prozent, ein Abschiebeverbot, um sie zu schützen. Dazu gehörten 5480 Syrer. Die Anträge von 30.700 Personen wurden abgelehnt. Über 45.462 Erstanträge war Ende Dezember noch nicht entschieden.

Baden-Württembergs Integrationsministerin Bilkay Öney (SPD) sagte am Montag angesichts der Zahlen für ihr Bundesland, sie wolle im Frühjahr eine Reform des Flüchtlingsaufnahmegesetzes vorlegen. Damit soll Asylbewerbern unter anderem mehr Raum zum Wohnen zugesichert werden. Derzeit müssen die Behörden 4,5 Quadratmeter pro Person bereitstellen. Im Gespräch ist eine Anhebung auf sieben Quadratmeter.

Baden-Württemberg hat im vergangenen Jahr so viele Flüchtlinge aufgenommen wie seit zehn Jahren nicht mehr, wie das Integrationsministerium mitteilte. Im Vergleich zu 2011 stieg die Zahl um mehr als die Hälfte (50,4 Prozent) auf 7913 Asylbewerber. Zuvor hatten bereits andere Bundesländer einen starken Anstieg im vergangenen Jahr gemeldet.

Die Zahl der Antragsteller aus Syrien stieg im Vergleich zu 2011 um 135 Prozent

Load-Date: January 22, 2013

Deutschland hat ein neues Asylproblem; Anträge sind um 90 Prozent gestiegen. In einigen Wochen kommen 5000 syrische Flüchtlinge hinzu. Länder fühlen sich überfordert

Die Welt

Dienstag 23. Juli 2013

Copyright 2013 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT

Section: POLITIK; S. 5; Ausg. 169

Length: 1288 words

Byline: Laura Réthy

Matthias Kamann

Body

Für einen Arzt bist du aber sehr schüchtern, Kamal,,, lacht Mageda Abou-Khalil. Vorsichtiger Händedruck, leise Stimme. Kamal ist 26, Syrer und vor drei Monaten im Übergangwohnheim für **Flüchtlinge** an der Eduard-Grunow-Straße in Bremen angekommen. Das Heim unter Leitung von Mageda Abou-Khalil wurde erst Mitte April eröffnet, es verströmt noch den Geruch neuer Räume. Große Fenster, weiß verputzte Wände, warmer Holzboden. Eigentlich sollte aus dem vierstöckigen Gebäude ein Hostel werden, doch angesichts der vielen fehlenden Plätze zur Unterbringung von **Asylsuchenden** entschied sich die Stadt anders. Nun wohnen 50 Menschen aus dem Iran, Afghanistan, Nigeria und Syrien hier. Man kann dieses Heim als einen Glücksfall bezeichnen. Zwar ist auch hier, wie in ganz Deutschland, der Platz knapp, aber die Zimmer sind größer als vorgeschrieben, die Atmosphäre freundlich. Mageda Abou-Khalil, die noch ein zweites Heim in Bremen leitet, vermittelt Deutschkurse, macht Behördengänge und hilft bei der Wohnungssuche. Nur, es gibt in Bremen keine Wohnungen. Normalbürger haben es schon schwer, eine zu finden. Menschen wie Kamal noch mehr.

Er bewohnt ein kleines Zimmer. Zehn Quadratmeter mit Bett, Tisch, Kühlschrank, Fernseher und Bad. Keine Bilder, keine persönlichen Erinnerungsstücke. "Er fühlt sich einsam hier,,, erzählt Mageda Abou-Khalil, die für alle Bewohner die erste Ansprechpartnerin und oft einzige Zuhörerin und Psychologin ist. Jetzt übersetzt sie, was Kamal auf Arabisch erzählt. Kamal hat in Syrien als Arzt gearbeitet, und sein Fehler war es, ärztliche Neutralität zu wahren. Er behandelte Oppositionelle wie Regierungstreue. Dann kamen die Morddrohungen, von beiden Seiten, und Kamal floh mit seinen Eltern und den sieben Geschwistern in die kurdischen Gebiete Syriens. Von dort gelangte er alleine nach Deutschland. Seine Familie blieb.

Seit Beginn des Bürgerkriegs sind Tausende syrische Flüchtlinge nach Deutschland gekommen. Ende März versprach Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) dann, Deutschland werde ein Kontingent von 5000

Deutschland hat ein neues Asylproblem. Anträge sind um 90 Prozent gestiegen. In einigen Wochen kommen 5000 syrische Flüchtlinge hinzu. Länder fühlen sich überfordert....

Flüchtlingen aufnehmen. Die ersten sind da, die Mehrheit folgt in den nächsten Wochen. Nach Angaben des UN-Flüchtlingshilfswerks UNHCR sind bereits rund 1,8 Millionen Syrer in die Nachbarländer geflohen, vor allem nach Jordanien, in den Libanon und die Türkei sowie den kurdischen Nordirak. Dabei steht nur ein Teil der Menschen einer Auswahl für das deutsche Aufnahmeprogramm zur Verfügung. Denn zum einen können längst nicht alle 1,8 Millionen Menschen durch das UNHCR erfasst werden, da viele informell über die Grenzen gingen und nun bei Verwandten oder in rasch angemieteten Wohnungen und Behelfsunterkünften leben. Zum anderen will sich Deutschland nach Angaben des Innenministeriums auf Flüchtlinge konzentrieren, die derzeit im Libanon leben. Denn das Land, halb so groß wie Hessen, droht unter der Last der Bürgerkriegsflüchtlinge zu ersticken.

Offiziell registriert waren im Libanon am 31. März 2013 rund 509.000 Flüchtlinge, das libanesische Innenministerium vermutet, dass es doppelt so viele sind. Die meisten von ihnen hatten nicht vor, eine Reise nach Europa zu unternehmen, sondern planten, bald nach Syrien zurückzukehren. Deutschland als Ziel kam meist nur bei denen infrage, die hier Verwandte haben. Daher forderten Hilfswerke, dass man die Menschen nicht im Rahmen eines formellen, auf Dauer angelegten Kontingentprogramms holen sollte, sondern es ihnen durch eine Lockerung der Visumbestimmungen erleichtern sollte, für einige Zeit nach Deutschland zu kommen. Auf diesem Wege kamen tatsächlich einige Tausend Menschen aus Syrien. Doch schon weil ein Ende des Bürgerkriegs nicht absehbar ist, sollen nun auch Menschen per Kontingentprogramm hierher reisen. Neben Schwerverletzten sowie Kleinkindern und Müttern will die Bundesregierung besonders jene berücksichtigen, die wegen ihres Bildungsstands oder ihres politischen Engagements einen Beitrag zum Wiederaufbau des Landes leisten können. Rund 1600 Personen aus dieser Gruppe will Deutschland aufnehmen.

In den Bundesländern ist man skeptisch. "Wer kann bei der Auswahl prüfen, ob diese Menschen auch tatsächlich wieder zurückgehen werden und wollen? Außerdem wird das humanitäre Kontingent dadurch geschmälert,, heißt es aus einem Landesministerium. Doch man kann darin auch eine Chance sehen. "Es ist zumindest ein interessanter Ansatz, der auch bei der Bevölkerung die Akzeptanz erhöhen könnte,, sagt Evelyn Jäger, Referatsleiterin für die Aufnahme und Integration von Migranten in Schleswig-Holstein. Eine Auswahl nach Bildungsstand würde auch bedeuten, dass Christen überproportional vertreten wären. Zwar beträgt ihr Anteil an der syrischen Gesamtbevölkerung nur 8,5 Prozent, doch unter den Flüchtlingen scheinen sie stärker vertreten zu sein. Hinzu kommt, dass Christen in Syrien eher der Mittel- und Oberschicht angehören, sodass sie dem Bildungskriterium eher gerecht werden könnten.

Aber wohin mit den Flüchtlingen? In welches Bundesland man auch blickt, überall sind die Flüchtlingsheime überfüllt oder erreichen bald die Kapazitätsgrenze. Derweil steigt die Zahl der Asylanträge weiter. Bis Ende Juni dieses Jahres wurden in Deutschland rund 43.000 Asylerstanträge gestellt. 2012 waren es zum gleichen Zeitpunkt knapp 22.500. Das ist ein Anstieg um rund 90 Prozent. Und diese Zahl beinhaltet nicht die Flüchtlinge aus Resettlement-Programmen, die Deutschland aus Drittstaaten aufnimmt, etwa die 99 Iraker, die unlängst aus der Türkei in Hannover ankamen. Auch die 5000 Syrer sind nicht mit eingerechnet, da sie direkt einen Aufenthaltsstatus erhalten.

Den größten Teil der Asyl-Antragsteller bilden Menschen aus Russland, viele von ihnen aus Tschetschenien. Der starke Zustrom aus dieser Region wurde wahrscheinlich durch Gerüchte ausgelöst. Man erzählt sich, Deutschland sei bereit, 40.000 Tschetschenen aufzunehmen. "In einigen Dörfern verkaufen ganze Straßen ihr ganzes Vermögen, um die Schlepper zu bezahlen,, sagt Swetlana Gannuschkina, Leiterin der Nichtregierungsorganisation Bürgerlicher Beistand. Sie vermutet, dass die Schlepper die Gerüchte verbreiten könnten. Dass die Menschen den Lügen glauben, hänge vor allem mit der Aussichtslosigkeit der Situation zusammen. "Die Situation erinnert an die schlimmsten Stalin-Zeiten,, sagt Gannuschkina. Menschen werden entführt und ermordet, es gebe aber keine Ermittlungen in den Fällen. Die Verwandten von Opfern wenden sich aus Angst nicht an die Staatsanwaltschaft und nur selten an Menschenrechtler. "Die Menschen fliehen und sind bereit, an alles zu glauben, was ihnen die Hoffnung gibt, aufgenommen zu werden,,

Diese Hoffnung wird in Deutschland dann zu einer Zahl. Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) wagt eine Prognose für die Asylanträge: "Wir rechnen damit, dass die 100.000-Marke in diesem Jahr überschritten wird,, sagt Christiane Germann vom BAMF. Beim chronischen Mangel an Plätzen könnte dies dramatisch werden. "Wir

Deutschland hat ein neues Asylproblem Anträge sind um 90 Prozent gestiegen. In einigen Wochen kommen 5000 syrische Flüchtlinge hinzu. Länder fühlen sich überfor....

haben ein grundsätzliches Problem mit der Unterbringung von Flüchtlingen in ganz Deutschland,,, sagt David Lukaßen von der Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen in Bremen. Nach den 90er-Jahren sei die Zahl der Flüchtlinge so stark zurückgegangen, dass Heime leer standen. 1992 etwa lag die Zahl der Asylbewerber bei rund 438.000 und damit weit über den heutigen Zahlen. "Leere Heime muss man natürlich rechtfertigen. Also wurden sie mangels Bedarf geschlossen." Und heute suchen die Länder händeringend nach Unterbringungsmöglichkeiten. Das können Zelte oder Wohncontainer sein. Wer es wie Kamal in ein solches Wohnheim wie in Bremen schafft, hat Glück, sofern Glück hier eine Kategorie sein kann. Wo die 5000 Syrer in einigen Wochen unterkommen sollen, weiß bis jetzt niemand so recht.

Graphic

Beate Nowak

Load-Date: July 23, 2013

End of Document

Flüchtlinge kommen ins Kloster; Bistümer suchen weitere Unterkünfte und kritisieren Regierung

Die Welt

Freitag 18. Oktober 2013

Copyright 2013 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK; S. 6; Ausg. 243

Length: 594 words

Byline: Manuel Bewarder

Matthias Kamann

Marcel Leubecher

Body

Angesichts der vollen **Flüchtlingsunterkünfte** in vielen Teilen der Bundesrepublik bemühen sich nun vermehrt die Kirchen um Notlösungen. Im Bistum Würzburg laufen nach Informationen der „Welt“ Gespräche mit einer kirchlichen Einrichtung über die Frage, ob man in deren Räumen **Flüchtlinge** angemessen unterbringen könnte.

Kardinal Reinhard Marx, Vorsitzender der Freisinger Bischofskonferenz, hat zudem bereits im Juli einen Brief geschrieben mit der Bitte, die Unterbringung von Flüchtlingen in den Bistümern zu prüfen. Im Erzbistum München-Freising sind bereits Flüchtlinge in einigen leer stehenden Pfarrhäusern untergebracht. Außerdem gibt es in München ein Jugendhaus der Caritas, in dem 50 minderjährige Flüchtlinge wohnen. Sie erhalten dort auch Sprachkurse und je nach Alter auch eine Berufsausbildung.

In der vergangenen Woche erhielten alle Pfarrgemeinden des Bistums München-Freising noch einmal einen Brief des Generalvikars mit der Bitte, zu prüfen, ob es weitere Möglichkeiten zur Unterbringung gebe. Darauf hat es bereits drei positive Rückmeldungen aus Pfarreien gegeben. Der katholische Bischof von Rottenburg-Stuttgart, Gebhard Fürst, will leer stehende Räume des früheren Benediktinerklosters in Weingarten im Kreis Ravensburg für die Aufnahme von syrischen Flüchtlingen zur Verfügung stellen.

Vertreter von kirchlicher Seite fordern angesichts der zugespitzten Lage für Flüchtlinge in Europa und in Deutschland zum Handeln auf. Cornelia Füllkrug-Weitzel, Präsidentin der Diakonie Katastrophenhilfe und Brot für die Welt, sagte der „Welt“ zu dringenden Reformen in der Flüchtlingspolitik: „Deutschland darf nicht zu den Bremsklötzen gehören.“ In Europa sei eine grundsätzliche Neuausrichtung nötig. Der Hebel im Kopf sowie die europäische und deutsche Gesetzgebung müssten von Abwehr und Abschottung hin zu einem ausreichenden

Flüchtlinge kommen ins Kloster Bistümer suchen weitere Unterkünfte und kritisieren Regierung

völkerrechtlichen Rahmen für Migration und faire Asylverfahren umgelegt werden. Füllkrug-Weitzel, die im Kompetenzteam von SPD-Kanzlerkandidat Peer Steinbrück zuständig für Entwicklungspolitik war, fordert zudem die Abschaffung der Dublin-II-Regelung, wonach vor allem Länder an den EU-Außengrenzen mit Asylgesuchen befasst sind.

Auch das Evangelische Werk für Diakonie und Entwicklung (EWDE) fordert eine Neuausrichtung der deutschen und europäischen Flüchtlingspolitik. Das Entwicklungswerk verlangt ein „effektives System der Seenotrettung im Mittelmeer“, mehr Möglichkeiten zur legalen Einreise für Schutzsuchende sowie ein faires Asylverfahren. Lebensrettung dürfe laut EWDE nicht mehr kriminalisiert werden.

Der innenpolitische Sprecher der Unionsfraktion im Bundestag, Hans-Peter Uhl, bezeichnete die Forderungen der Kirchen nach mehr Engagement hingegen als „unpassende Belehrungen“. Der CSU-Politiker sagte der „Welt“: „Dann soll die Kirche eben mit gutem Beispiel vorangehen und ihre zahlreichen leer stehenden Pfarren und Gebäude nutzen, um die Menschen unterzubringen. Die Belehrungen der Kirche sind, solange sie das nicht tun, anmaßend.“ Eine Reform der Flüchtlingspolitik lehnt er ab: „Die Gesetze sind gut, aber Griechenland, Italien und Polen halten sich nicht daran und reichen die Flüchtlinge weiter nach Deutschland.“ Der innenpolitische Sprecher betonte außerdem: Deutschland setze sich vorbildlich für Flüchtlinge ein.

Ungeachtet dessen könnte es einen Kurswechsel auf Unionsseite geben. Wie die „Welt“ berichtete, kündigte CSU-Chef Horst Seehofer im Sondierungsgespräch mit den Grünen nach Teilnehmerangaben eine Änderung der Flüchtlingspolitik an. Residenzpflicht und Arbeitsverbot müssten überdacht werden.

Graphic

dpa/Holger Hollemann

Ein syrisches Flüchtlingskind bei der Ankunft am Flughafen Hannover

Holger Hollemann

Load-Date: October 18, 2013

Politik Kompakt; Verfassungsgericht: Karlsruhe lehnt Eilantrag der NPD gegen Gauck ab ++ Alternative für Deutschland: Gericht weist Parteichef Lucke in die Schranken ++ Iran: Präsident Ruhani schreibt Obama einen Brief ++ Italien: 1000 Bootsflüchtlinge erreichen Küste von Sizilien ++ Philippinen: Armee befreit Zivilisten aus der Gewalt von Rebellen

Die Welt

Mittwoch 18. September 2013

Copyright 2013 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT

Section: POLITIK; Kompakt; S. 6; Ausg. 218

Length: 653 words

Body

Verfassungsgericht

Karlsruhe lehnt Eilantrag der NPD gegen Gauck ab

Das Bundesverfassungsgericht hat den Eilantrag der NPD gegen Bundespräsident Joachim Gauck abgewiesen. Es sei nicht damit zu rechnen, dass der Bundespräsident zulasten der NPD in den Bundestagswahlkampf eingreife, hieß es in der am Dienstag veröffentlichten Entscheidung. Die rechtsextreme Partei hatte Gauck wegen seiner Äußerungen zu ausländerfeindlichen Protesten gegen ein Asylbewerberheim in Berlin-Hellersdorf verklagt. Gauck hatte vor rund 400 Schülern mit Blick auf die Proteste und die Gegendemonstrationen gesagt: „Wir brauchen Bürger, die auf die Straße gehen und den Spinnern ihre Grenzen aufweisen. Dazu sind Sie alle aufgefordert.“ Solange die NPD nicht verboten sei, müsse man deren Ansichten allerdings ertragen.

Alternative für Deutschland

Gericht weist Parteichef Lucke in die Schranken

Mit seiner Kritik an den Demoskopen hat sich der Chef der Alternative für Deutschland (AfD), Bernd Lucke, eine einstweilige Verfügung des Landgerichts Köln eingehandelt. Die hat das Meinungsforschungsinstitut Forsa erwirkt. In der einstweiligen Verfügung wird Lucke unter Androhung eines Ordnungsgeldes von 250.000 Euro vorläufig untersagt, zu behaupten, dass die AfD in den Rohdaten von Forsa deutlich über der Fünfprozenthürde liege. Das bestätigte ein Gerichtssprecher der „Welt“. „Diese einstweilige Verfügung von Forsa ist ein durchsichtiger Versuch, uns zu zwingen, unsere Quellen offenzulegen. Dies werden wir aber auf keinen Fall tun“, erwiderte Lucke. Ende August hatte er öffentlich eine Benachteiligung seiner Partei in den Umfragen zur Bundestagswahl kritisiert. Er warf

Politik Kompakt Verfassungsgericht: Karlsruhe lehnt Eilantrag der NPD gegen Gauck ab ++ Alternative für Deutschland: Gericht weist Parteichef Lucke in die Schra....

den Demoskop vor, die AfD absichtlich „herunterzurechnen“. Derzeit kommt sie auf drei Prozent und würde den Einzug in den Bundestag deutlich verfehlen.

Iran

Präsident Ruhani schreibt Obama einen Brief

Zwischen dem neuen Präsidenten des Iran, Hassan Ruhani, und seinem US-Kollegen Barack Obama hat es einen ersten direkten Kontakt gegeben. Das Außenministerium in Teheran erklärte laut der halbstaatlichen Nachrichtenagentur Isna, Ruhani habe auf einen Brief Obamas mit Glückwünschen zu seiner Wahl geantwortet. Die Schreiben seien auf diplomatischen Kanälen ausgetauscht worden. Obama hatte am Sonntag von einem Briefwechsel gesprochen. Die USA und der Iran brachen ihre diplomatischen Beziehungen 1980 ab, nachdem iranische Studenten und militante Demonstranten die US-Botschaft gestürmt und Diplomaten als Geiseln genommen hatten.

Italien

1000 Bootsflüchtlinge erreichen Küste von Sizilien

Der äußerst starke Flüchtlingsstrom vor allem auch aus dem Bürgerkriegsland Syrien nach Italien reißt nicht ab. Fünf Boote mit zusammen knapp 1000 Migrantinnen wurden in der Nacht zum Mittwoch von Küstenwache und Marine gesichert. Die meisten der Migrantinnen wurden sofort nach Sizilien gebracht. Unter den Flüchtlingen sind größtenteils Syrer, daneben auch Menschen aus palästinensischen Gebieten und afrikanischen Ländern. Hunderte afrikanische Flüchtlinge stürmten zudem am Dienstag zum Teil mit Gewalt die spanischen Exklaven Melilla und Ceuta an der marokkanischen Küste. Allein in Melilla hätten mehr als 100 von insgesamt 300 Flüchtlingen spanisches Gebiet erreicht, berichtete die Agentur Efe unter Berufung auf die spanische Polizei.

Philippinen

Armee befreit Zivilisten aus der Gewalt von Rebellen

Im Zuge einer Militäroffensive gegen muslimische Rebellen auf den Südphilippinen haben Regierungstruppen den größten Teil der zuvor von den Aufständischen besetzten Gebiete zurückerobert. Das berichteten Medien unter Berufung auf Armeekreise und das Innenministerium. Bis zu 150 von den Rebellen gefangen genommene Zivilisten seien befreit worden oder selbst entkommen. TV-Bilder zeigten erschöpfte Menschen. Zugleich hieß es, die Rebellen hätten den Polizeichef der überwiegend von Christen bewohnten Stadt Zamboanga entführt. Dieser habe versucht, sie zur Kapitulation zu bewegen.

Load-Date: September 18, 2013

Deutschland Kompakt; Endlager-Kommission: Grüne kritisieren Milbradt-Nominierung ++ Asylpolitik: Böhmer kritisiert Proteste gegen Berliner Heim ++ Entwicklungshilfe: Bundesregierung stellt eigenes Quotenziel infrage

Die Welt

Donnerstag 22. August 2013

Copyright 2013 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT

Section: POLITIK; Kompakt; S. 5; Ausg. 195

Length: 642 words

Body

Endlager-Kommission

Grüne kritisieren Milbradt-Nominierung

Die Grünen kritisieren die Entscheidung der katholischen Kirche, den CDU-Politiker Georg Milbradt in die geplante Kommission zur Suche eines Atommüll-Endlagers zu entsenden. „Die Nominierung von Herrn Milbradt für die Endlager-Kommission durch die katholische Kirche hat mich einigermaßen erstaunt“, sagte die Atomexpertin der Grünen-Bundestagsfraktion, Sylvia Kotting-Uhl, der „Welt“. „Weder ist mir Herr Milbradt bisher als Vertreter der Kirche aufgefallen, noch habe ich ihn zu Endlager-Fragen vernommen“, sagte die Grünen-Politikerin. „Ganz so freihändig war das mit der Vertretung der Zivilgesellschaft eigentlich nicht gemeint. Aber die Institutionen sind selbstverständlich erst mal souverän in ihrer Entscheidung.“ Die Mitglieder der Kommission zur Suche nach einem Atommüll-Endlager stehen weitgehend fest. Die katholische Kirche hat Milbradt nominiert. Er war Ministerpräsident in Sachsen und davor lange in der NRW-Landespolitik tätig. Die anderen Verbände setzen hingegen nicht auf Politiker. Die Naturschutzverbände haben ihre Teilnehmer noch nicht nominiert und erwägen teilweise einen Boykott. Die Kommission soll mit Vertretern der Länder, mit Bundestagsabgeordneten und Experten besetzt werden. Anfang September soll der Bundestag abschließend über die Zusammensetzung der Kommission entscheiden. Bis Ende 2015 soll diese die Grundlagen der neuen Endlagersuche erarbeiten.

Asylpolitik

Böhmer kritisiert Proteste gegen Berliner Heim

Als „menschenverachtend“ und „unerträglich“ hat die Bundesbeauftragte für Migration, Flüchtlinge und Integration, Maria Böhmer (CDU), die ausländerfeindlichen Kundgebungen in Berlin-Hellersdorf verurteilt. „Rechtsradikale Hetze und Parolen gegen Asylbewerber und Flüchtlinge kritisiere ich auf das Schärfste“, erklärte sie am Mittwoch in Berlin. Im Stadtteil Hellersdorf war es am zweiten Tag in Folge zu Protesten rechter Gruppen gegen ein neu eröffnetes Flüchtlingsheim gekommen. Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Gewalt hätten „keinen Platz“ in

Deutschland Kompakt Endlager-Kommission: Grüne kritisieren Milbradt-Nominierung ++ Asylpolitik: Böhmer kritisiert Proteste gegen Berliner Heim ++ Entwicklungshi....

Deutschland, erklärte Böhmer. Das Land Berlin sei gefordert, für die Sicherheit und den Schutz der Asylbewerber zu sorgen. Es dürfe nicht sein, „dass sie sich in Deutschland um ihre Sicherheit sorgen“ müssten, betonte die Integrationsbeauftragte. Das Flüchtlingsheim ist Gegenstand heftiger Auseinandersetzungen, an denen auch Rechtsextreme beteiligt sind. Rund 40 NPD-Anhänger hatten am Dienstagabend in Hellersdorf gegen das Heim protestiert, in dem unter anderen Flüchtlinge aus Syrien, Afghanistan und vom Balkan untergebracht sind. Dabei war es zu Zusammenstößen mit Gegendemonstranten gekommen. Dabei wurden vier Polizisten verletzt, es wurden 25 Demonstranten festgenommen. Auch am Mittwoch fanden in Hellersdorf wieder Proteste und Gegenproteste statt.

Entwicklungshilfe

Bundesregierung stellt eigenes Quotenziel infrage

Schwarz-Gelb plant einen Kurswechsel bei der Entwicklungshilfe. Dazu gehört laut Entwicklungsminister Dirk Niebel (FDP) auch, das selbst auferlegte Ziel zu hinterfragen, wonach 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens in die Entwicklungszusammenarbeit fließen sollen. Im vergangenen Jahr lag die Quote bei 0,38 Prozent. Wichtiger als diese sei die Frage, welche Wirkung in den Ländern mit den Mitteln erzielt werde, sagte Niebel. Der Minister bezog sich auf einen Bericht zur Zukunft der Entwicklungspolitik, den das Kabinett jetzt verabschiedete. Ein Anlass ist das Auslaufen der UN-Millenniumsziele 2015. Diese sahen auch vor, die Armut in der Welt zu halbieren, sie sollen durch neue Vorgaben ersetzt werden, die zusätzlich etwa einen schonenderen Umgang mit Rohstoffen in den Blick rücken. Maßstab müsse immer die Wirkung der eingesetzten Mittel in den Ländern sein. Niebel: Daran müssten sich auch die konkreten Maßnahmen der deutschen Entwicklungspolitik messen lassen.

Load-Date: August 22, 2013

Deutschland Kompakt; Transplantationen : Bahr will Register für Vergehen von Ärzten ++ Euro-Krise : Biedenkopf wirft Kohl schwere Versäumnisse vor ++ Asylbewerber : Unterkünfte für Flüchtlinge vielerorts überlastet ++ Zeitgeschichte : Drohungen gegen Honecker bei Besuch im Westen ++ Kriminalstatistik : 9868

Die Welt

Montag 3. September 2012

Copyright 2012 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK; Kompakt; S. 4; Ausg. 206

Length: 625 words

Body

Transplantationen

Bahr will Register für Vergehen von Ärzten

Um das Vertrauen in die Transplantationsmedizin wiederherzustellen, will Bundesgesundheitsminister Daniel Bahr (FDP) ein Register für Transplantationsärzte schaffen, die durch Verstöße aufgefallen sind. „Mir ist wichtig, dass Ärzte, die erwiesenermaßen gegen Gesetze oder Regeln verstoßen haben, die Konsequenzen zu spüren bekommen und dass das dann auch bekannt wird“, sagte Bahr dem „Spiegel“. Bisher blieben Regel- und Gesetzesverstöße von Medizinern unveröffentlicht. Der Medizinische Direktor von Eurotransplant, Axel Rahmel, sprach sich für eine Reform des Honorarsystems für Transplantationen aus. „Jedes System von finanziellen Anreizen hat das Potenzial von Fehlanreizen“, sagte Rahmel. Es berge die Gefahr für die Manipulation von Daten.

Euro-Krise

Biedenkopf wirft Kohl schwere Versäumnisse vor

Vor dem Hintergrund der Euro-Krise hat der frühere sächsische Ministerpräsident Kurt Biedenkopf Altkanzler Helmut Kohl (beide CDU) schwere Versäumnisse bei der Vorbereitung der Gemeinschaftswährung vorgeworfen. „Helmut Kohl war der Zeitplan letztlich wichtiger als die Stabilität“, sagte Biedenkopf dem „Focus“. Darum habe Kohl auch sein politisches Schicksal mit dem Euro verbunden, was eine rationale Debatte verhindert habe. Schon während der Verhandlungen zum Stabilitätspakt sei deutlich geworden, dass die meisten Länder eine strikte Haushaltsdisziplin ablehnten. Thüringens Ex-Ministerpräsident Bernhard Vogel (CDU) wies die Kritik zurück. „Heutige Krisensituationen hat Helmut Kohl natürlich nicht vorher sehen können.“

Deutschland Kompakt Transplantationen : Bahr will Register für Vergehen von Ärzten ++ Euro-Krise : Biedenkopf wirft Kohl schwere Versäumnisse vor ++ Asylbewerbe....

Asylbewerber

Unterkünfte für Flüchtlinge vielerorts überlastet

Die wachsende Zahl neu ankommender Flüchtlinge stellt einige Bundesländer vor Probleme: Ihre Aufnahmekapazitäten sind ausgeschöpft oder sogar überlastet. Das gilt etwa für Nordrhein- Westfalen und für Baden-Württemberg. Andere wie Niedersachsen haben die Belastungsgrenze fast erreicht, wie eine Umfrage ergab. Die meisten Flüchtlinge versuchen, Gewalt und Bürgerkriegen in ihrer Heimat zu entkommen. Dabei waren Syrer im Juli am stärksten vertreten. Bundesweit ist die Zahl der Erstanträge auf Asyl stark gestiegen. Im Vergleich zum Juni nahm die Zahl im Juli um 15,3 Prozent auf 4498 zu. Gegenüber Juli 2012 beträgt der Anstieg 30,8 Prozent. Laut Bundesamt für Migration und Flüchtlinge werden in diesem Jahr mehr als 50.000 Flüchtlinge kommen. Sie werden nach einem Schlüssel auf die Länder verteilt. Zum Vergleich: 1995 hatte die Zahl der Asylbewerber noch bei 167.000 gelegen.

Zeitgeschichte

Drohungen gegen Honecker bei Besuch im Westen

Neo-Nazis und ehemalige DDR-Bürger haben vor 25 Jahren mit der Ermordung Erich Honeckers bei seinem Staatsbesuch in der Bundesrepublik gedroht. Wie der „Focus“ unter Bezug auf Stasi-Unterlagen berichtet, gingen vor dem Besuch vom 7. bis 11. September 1987 in Westdeutschland 76 „massive Drohungen von Mord und Gewalt“ ein. Zum Schutz von Honecker habe die Stasi vor der Reise vermehrt Inoffizielle Mitarbeiter eingesetzt und eng mit westdeutschen Sicherheitskräften zusammengearbeitet. Fahnder des Bundeskriminalamtes hätten nach einem Stasi-Hinweis am 10. September im Saarland während des Aufenthalts Honeckers ein Mitglied der rechtsextremen Szene festgenommen.

Kriminalstatistik

9868

politisch motivierte Straftaten hat das Bundeskriminalamt im ersten Halbjahr 2012 bundesweit registriert. In 870 Fällen handelte es sich der vorläufigen Statistik zufolge, die sich aus Antworten der Regierung auf Fragen von Abgeordneten ergibt, um Gewalttaten. Von diesen hatten 13 antisemitische Beweggründe. Elf Menschen wurden bei jüdenfeindlichen Angriffen verletzt. Insgesamt zählte das BKA 436 Straftaten mit antisemitischem Hintergrund. Davon waren 85 Propagandadelikte.

Load-Date: December 31, 2012

Tschetschenische Asylbewerber beunruhigen die Behörden; Die Zahl der Antragsteller aus der Republik im Nordkaukasus steigt drastisch. Dort ist die Sicherheitslage verheerend

Die Welt

Donnerstag 16. Mai 2013

Copyright 2013 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT

Section: POLITIK; S. 6; Ausg. 112

Length: 797 words

Byline: Karsten Kammholz

Julia Smirnova

Body

Die Zahlen der **Asylbewerber** aus der Russischen Föderation sind zuletzt derart drastisch gestiegen, dass die deutschen Sicherheitsbehörden alarmiert sind. Allein im April hat das Bundesamt für **Migration** und **Flüchtlinge** 2055 **Asylanträge** von Bürgern der Russischen Föderation erhalten, mehr als doppelt so viele wie im März. Es handelt sich vor allem um tschetschenische Antragsteller, wie die „Welt“ aus Sicherheitskreisen erfuhr.

Man wisse um die instabile Lage in Tschetschenien und könne nicht ausschließen, dass möglicherweise Islamisten den Weg nach Deutschland über einen **Asylantrag** nehmen wollen, so die Vermutung in Sicherheitskreisen. Zugleich ist die Menschenrechtslage in Tschetschenien verheerend: Die Republik im Nordkaukasus kommt seit 20 Jahren nicht zur Ruhe, nach zwei Kriegen bleibt die Lage angespannt. Aus Hoffnungslosigkeit und Angst verlassen viele die Region und versuchen ihr Glück in der Europäischen Union. Rund 6000 Tschetschenen leben bereits in der Bundesrepublik, eine Zahl, die mittelfristig nach oben korrigiert werden muss.

Bereits in diesem Jahr sind dreimal so viele Asylanträge von Bürgern der Russischen Föderation eingegangen wie im gesamten Jahr 2011. Es sind Zahlen, die auch die gesamte Asylbewerberstatistik stark verändern: Insgesamt stieg die Zahl aller Asylbewerber im April gegenüber dem März von 5579 auf 7541 Personen und damit um 35,2 Prozent. Im Vergleich zu den ersten vier Monaten des Vorjahres erhöhte sich die Zahl der Antragsteller sogar um 73,1 Prozent. 15,3 Prozent der Antragsteller erhielten im April die Rechtstellung von Flüchtlingen, weitere 19,1 Prozent erhielten „subsidiären Schutz“, also ein Abschiebeverbot.

Neben Bürgern der Russischen Föderation gehörten Flüchtlinge aus Syrien (3046 Personen) und Afghanistan (2195 Personen) zu den Bevölkerungsgruppen mit den meisten Anträgen in diesem Jahr.

Tschetschenische Asylbewerber beunruhigen die Behörden Die Zahl der Antragsteller aus der Republik im Nordkaukasus steigt drastisch. Dort ist die Sicherheitslag....

Nicht nur in Deutschland, auch EU-weit kommen die meisten Asylanträge, die von russischen Staatsbürgern gestellt werden, von Tschetschenen. „Es herrscht eine Angst wie zu den Zeiten Stalins“, sagt Swetlana Gannuschkina von der russischen NGO Bürgerlicher Beistand über die Lage im Nordkaukasus. Menschenrechtler erhalten regelmäßig Berichte über Entführungen, Folter und Ehrenmorde an Frauen. Etliche Verbrechen bleiben unaufgeklärt. Dagegen gebe es „unzählige fabrizierte Straffälle“, erzählt Gannuschkina. Viele Fälle belegten, dass Tschetschenen verpflichtet werden, von ihrem Gehalt und Kompensationen für zerstörte Häuser Schutzgeld zu zahlen.

Der von Moskau unterstützte Präsident Ramsan Kadyrow wiederholt oft genug, dass Tschetschenien ein sicherer Ort sei. Er lud schon mal den Schauspieler Gérard Depardieu ein, um die Hauptstadt Grosny zu bestaunen. Doch hinter den neuen Fassaden der Hauptstadt steckt das feudale System Kadyrows, der die Republik mit Gewalt regiert. Die Situation von Frauen hat sich besonders verschlechtert. „Jede junge Frau kann mit einem Mann aus dem Umfeld von Kadyrow zwangsverheiratet werden, wenn er es will“, sagt Gannuschkina.

Im Jahr 2012 stellten russische Staatsbürger nach Angaben des UN-Flüchtlingshilfswerks UNHCR die meisten Anträge in Frankreich (5300). Polen lag mit 4900 Asylbewerbern vor Deutschland. Nun ist also Deutschland für russische Asylbewerber das wichtigste Zielland in der Europäischen Union. Viele russische Asylbewerber würden zunächst einen Asylantrag in Polen stellen, dann aber nach Deutschland weiterziehen, auch weil die hier gewährten Leistungen an Asylbewerber besser seien, so die Deutung in Sicherheitskreisen.

Die Behörden sind auch beunruhigt, da der Bombenanschlag von Boston zuletzt die Aufmerksamkeit auf Tschetschenien lenkte. Die Brüder Tamerlan und Dzhokhar Tsarnaev mit tschetschenischen Wurzeln waren verantwortlich für den Tod von drei Menschen beim Marathonlauf in der US-amerikanischen Ostküstenstadt. Kurz nach dem Terrorakt erinnerte Verfassungsschutzpräsident Hans-Georg Maaßen auch an eine mögliche Bedrohung von Tschetschenen in Deutschland. Man beobachte unter anderen die in der Bundesrepublik lebenden etwa 200 Anhänger des sogenannten Kaukasischen Emirats, sagte Maaßen.

Bislang standen Europa oder die USA allerdings nicht als Anschlagssziele auf der Agenda des „Emirats“. Bei diesem handelt es sich um einen 2007 vom tschetschenischen Terroristen und Rebellenführer Doku Umarow ausgerufenen, aber von der internationalen Staatengemeinschaft nicht anerkannten, islamischen Staat im russischen Nordkaukasus. Dennoch warnte Maaßen: Man schaue vor allem auf die mögliche Terrorismusfinanzierung und die Gefahren, die dadurch entstehen, „dass erfahrene Kämpfer aus dem Kaukasus nach Deutschland geschleust werden“.

„Es herrscht eine Angst wie zu den Zeiten Stalins“ Swetlana Gannuschkina, Vorsitzende der russischen NGO Bürgerlicher Beistand

Load-Date: May 16, 2013

Deutschland Kompakt II; Spionage-Prozess: Angeklagter hat beträchtliches Vermögen ++ Asyl: Qualifizierten Flüchtlingen soll Verfahren erspart werden ++ NS-Verbrecher: Wird Erich Priebke in Deutschland eingäschert? ++ Körperverletzung: El Masri vom Vorwurf freigesprochen

Die Welt

Dienstag 15. Oktober 2013

Copyright 2013 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT

Section: POLITIK; Kompakt; S. 6; Ausg. 240

Length: 445 words

Body

Spionage-Prozess

Angeklagter hat beträchtliches Vermögen

Der in Koblenz angeklagte mutmaßliche Nato-Spion verfügt über ein beträchtliches Vermögen. Das Gesamtvermögen des Mannes und seiner Ehefrau habe sich im Herbst vergangenen Jahres auf knapp sechs Millionen Euro belaufen, sagte eine Mitarbeiterin des Landeskriminalamtes als Zeugin vor dem Oberlandesgericht. Es ist allerdings völlig offen, ob ein Teil des Geldes im Zusammenhang mit den angeblich ausspionierten Daten steht. Der Angeklagte, ein Ex-Nato-Mitarbeiter, will es dank seines Gehalts, eines bescheidenen Lebensstils und Anlagen angespart haben. Ihm wird vorgeworfen, sich 2012 auf der US-Airbase Ramstein Passwörtern für Computer beschafft zu haben.

Asyl

Qualifizierten Flüchtlingen soll Verfahren erspart werden

Das Innenministerium hat skeptisch auf Vorschläge reagiert, gut ausgebildeten Wirtschaftsflüchtlingen ein Asylverfahren zu ersparen und ihnen so schnell Zugang zum Arbeitsmarkt zu geben. Die Vorschläge des Präsidenten des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge, Manfred Schmidt, werde man sich jetzt anschauen, sagte ein Sprecher in Berlin. Es gebe aber bereits Möglichkeiten zur Einwanderung aus Arbeitszwecken, meinte der Sprecher von Innenminister Hans-Peter Friedrich (CSU). Er verwies zudem auf Versuche, geduldete Flüchtlinge über ihre Qualifizierung eine Aufenthaltsgenehmigung zu verschaffen. 2012 hätten jedoch lediglich 37 Personen auf diese Weise eine Erlaubnis erhalten.

NS-Verbrecher

Deutschland Kompakt II Spionage-Prozess: Angeklagter hat beträchtliches Vermögen ++ Asyl: Qualifizierten Flüchtlingen soll Verfahren erspart werden ++ NS-Verbre....

Wird Erich Priebke in Deutschland eingäschert?

Nach dem Tod des NS-Kriegsverbrechers Erich Priebke in Italien gibt es Forderungen, ihn in Deutschland zu bestatten. So äußerte sich etwa der Präsident des Simon-Wiesenthal-Zentrums, Efraim Zuroff. Der Geburtsort des im Alter von 100 Jahren gestorbenen ehemaligen SS-Offiziers, Hennigsdorf in Brandenburg, lehnt ein Begräbnis jedoch ab. Im vergangenen Jahr waren mehr als 50 Neonazis zum 99. Geburtstag mit Fackeln durch Hennigsdorf marschiert. Priebke wollte nach Angaben seines Anwalts neben seiner Frau in Argentinien beigesetzt werden, wo er bis 1994 unbescholten unter seinem echten Namen gelebt hatte. Auch dort ist seine Leiche nun unerwünscht.

Körperverletzung

El Masri vom Vorwurf freigesprochen

Der Deutsch-Libanese Khaled el Masri ist vom Vorwurf der Körperverletzung an einem Vollzugsbeamten freigesprochen worden. „Das war eine Berührung mit zwei Fingern“, sagte der Richter am Amtsgericht Kempten. Wegen Beleidigung und Bedrohung des Beamten muss der 50-Jährige jedoch 1500 Euro Geldstrafe bezahlen. El Masri war 2004 vom US-Geheimdienst wegen Terrorverdachts nach Afghanistan verschleppt, nach der Rückkehr aber mehrfach straffällig geworden.

Load-Date: October 15, 2013

End of Document

Böhmer fordert Deutschkurse für Flüchtlinge; Integrationsbeauftragte wünscht sich Ausbildungsperspektiven für junge Asylbewerber. FDP will sogar Arbeitsmöglichkeiten

Die Welt

Montag 23. Juli 2012

Copyright 2012 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK; S. 5; Ausg. 170

Length: 921 words

Byline: Max Boenke

Thomas Vitzthum

Highlight: Niederlassungserlaubnis hängt am Nachweis ausreichender Sprachkenntnisse. Doch wer soll die Kurse bezahlen?

Body

Es war wohl ein Zufall, aber doch ein schöner. Zumindest für die iranischen Bewohner einer Würzburger Unterkunft für Asylbewerber ist der 18. Juli ein Tag der Hoffnung geworden. An diesem Tag entschied das Bundesverfassungsgericht, dass die „Grundleistungen in Form der Geldleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz“ verfassungswidrig seien. Sprich: Die Asylbewerber erhalten zu wenig Geld.

Zufällig wurde am selben Tag auch die offizielle Petition der Iraner aus Würzburg in die, wie es offiziell heißt, „parlamentarische Prüfung“ überführt. Mit ihr wollen die Asylbewerber auf weitere Probleme aufmerksam machen und Verbesserungen erwirken. Die Petition fordert die Abschaffung von Gemeinschaftsunterkünften, Residenzpflicht und Essenspaketen. Einen Anspruch für jeden Asylbewerber auf einen Anwalt, einen zertifizierten Dolmetscher sowie Deutschkurse ab dem ersten Tag. Und, als eines der wichtigsten Anliegen, die drastische Verkürzung der Dauer der Antragsbearbeitung durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge.

„Wir hoffen, dass nun etwas passiert“, sagt Armin Jahanizadeh, einer der Iraner. Der 26-Jährige lebt seit etwa zwei Jahren in Deutschland. Weil nach dieser Zeit sein Verfahren noch nicht entschieden wurde und er nur eine vage Aussage hat, dass er vielleicht in diesem Jahr Bescheid erhält, war Jahanizadeh mit neun Mitstreitern in den Hungerstreik getreten. Vor dem Würzburger Rathaus schlugen die Iraner Zelte auf. Mit zugenähten Lippen forderten sie die Bearbeitung ihrer Asylanträge. 17 Tage lang.

Jahanizadeh spricht bemerkenswert gut Deutsch. Er hat es sich selbst beigebracht, irgendwie. Denn einen Kurs hat er nie besucht, er hätte es sich nicht leisten können. „Wir können uns selbst für Deutschkurse anmelden, aber wie

Böhmer fordert Deutschkurse für Flüchtlinge Integrationsbeauftragte wünscht sich Ausbildungsperspektiven für junge Asylbewerber. FDP will sogar Arbeitsmöglichke....

sollen wir die 200 Euro im Monat aufbringen, die das kostet?", sagt er. Vor dem Urteilsspruch der Karlsruher Richter erhielten Asylbewerber monatlich 224,97 Euro. Nun gilt eine an den Hartz-IV-Satz angelehnte Übergangsregelung, die ihnen 336 Euro monatlich verspricht. Viel zu wenig freilich, um damit Deutschkurse zu bezahlen. Auch wird ein Teil des Geldes in Form von Gutscheinen ausgegeben.

Die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung, Maria Böhmer (CDU), nimmt das Karlsruher Urteil nun zum Anlass, für weitere Verbesserungen der Situation von Flüchtlingen einzutreten. Rückendeckung erhält sie dabei von FDP und Grünen. Böhmer fordert mehr Bildungsmöglichkeiten für Flüchtlinge. „Menschen, die eine Aufenthaltserlaubnis aus humanitären Gründen haben, muss die Teilnahme am Deutsch- und Integrationskurs möglich sein“, sagte sie der „Welt“. Vor allem für Minderjährige erwartet sie Verbesserungen. „Für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge ist es zentral, in Deutschland einen Schulabschluss zu erwerben und eine Ausbildung zu absolvieren.“ Die Forderung ist berechtigt, schließlich sind Jugendliche die am meisten vertretene Gruppe unter den Asylbewerbern. Im vergangenen Jahr waren knapp drei Viertel der Asylbewerber jünger als 30 Jahre, fast jeder dritte Asylbewerber sogar jünger als 16.

Und gutes Deutsch ist essenziell. So will es der Gesetzgeber. Wer dauerhaft in Deutschland bleiben will, also eine Niederlassungserlaubnis erhalten möchte, muss lange genug hier leben, seinen Lebensunterhalt bestreiten können und - ausreichende Sprachkenntnisse nachweisen. Und hier hakt es, wie auch der Lagebericht der Integrationsbeauftragten aus dem vergangenen Jahr moniert. Das Aufenthaltsgesetz enthält nämlich eine Regelung, die den Kreis der Berechtigten zusehends eingrenzt. Wer vor dem 1. Januar 2005 als anerkannter Flüchtling in Deutschland war, für den reicht es aus, sich „auf einfache Art in deutscher Sprache mündlich verständigen“ zu können. Die Ansprüche sind also niedrig. Alle danach Anerkannten müssen „ausreichende Sprachkenntnisse“ nachweisen. Diese Gruppe wird jedes Jahr natürlich größer.

Der Lagebericht der Integrationsbeauftragten bemerkt, dass die Betroffenen, die bereits einer (meist einfachen) Arbeit nachgingen, kaum in der Lage seien, sich nebenher gutes Deutsch anzueignen. Böhmers Forderung zielt deshalb darauf, dass die Flüchtlinge, sobald sie anerkannt sind, an den offiziellen Deutsch- und Integrationskursen teilnehmen, noch bevor sie eine andere Beschäftigung davon abhalten könnte. Grundsätzlich ist das auch heute schon möglich, allerdings ist häufig unklar, wer die Kosten trägt. Es brauchte also eine offizielle gesetzliche Regelung.

Die FDP würde gerne noch einen Schritt weiter gehen. Sie will Asylbewerbern den Zugang zu einer Arbeitsstelle erleichtern. Eine Arbeitserlaubnis für alle Asylbewerber wäre „menschenwürdig und würde auch die Staatskasse entlasten“, sagte der FDP-Innenexperte Hartfrid Wolff dem „Spiegel“. Er halte es für „schlicht unverantwortlich“, dass Asylbewerber bislang nur in Ausnahmefällen bezahlte Jobs annehmen dürften. Zustimmung erhalten die Forderungen Wolffs und Böhmers von den Grünen. Es sei an der Zeit, für Asylbewerber die „Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt und beim Zugang zu Integrationskursen“ zu beenden, sagte der Parlamentarische Geschäftsführer Volker Beck. „Dies ist so überfällig wie die Garantie ihres Existenzminimums.“ Vorbehalte gibt es bei der CSU. Generalsekretär Alexander Dobrindt sagte der „Welt“: „Deutschland darf aber auch in Zukunft keine Anreize zum Asylmissbrauch liefern. Das Grundrecht auf Asyl gilt für verfolgte Menschen, nicht für Wirtschaftsflüchtlinge.“

„Wie sollen wir 200 Euro im Monat für einen Deutschkurs aufbringen?“ Armin Jahanizadeh, Flüchtling

Load-Date: September 12, 2012

POLITIK

Die Welt

Mittwoch 8. Februar 2012

Copyright 2012 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT

Section: S. 8; Ausg. 33

Length: 534 words

Byline: Sonja Gillert

Body

Nur wenige Kindersoldaten schaffen die Flucht, noch weniger erreichen Deutschland. Das Katholische Jugendsozialwerk geht davon aus, dass vier bis fünf Prozent der unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge (UMF), die nach Deutschland kommen, Kindersoldaten waren. Hier sind sie zwar in Sicherheit, doch allein in dem fremden Land ist es schwer, sich in der Bürokratie zurechtzufinden. Häufig leiden sie unter psychischen Störungen, sagt die Trauma-Therapeutin Dima Zito vom Psychosozialen Zentrum Düsseldorf. „Ob man die ehemaligen Kindersoldaten stabilisieren kann, hängt davon ab, ob sie schnell Sicherheiten haben, reale Zukunftsperspektiven und therapeutische Unterstützung“, sagt Zito. Die gesetzlichen Möglichkeiten für psychologische Hilfe seien zwar vorhanden, doch oft dauere es, bis die Betroffenen davon erfahren, und nicht überall gebe es ausreichend Beratungsstellen.

Nach ihrer Ankunft in Deutschland müssen die Jugendämter die UMF in Obhut nehmen und einen Vormund bestellen. Das ist Sache der Länder. Dabei wird auch das Alter der Flüchtlinge festgestellt. Doch das könnten ehemalige Kindersoldaten oft nicht mit Dokumenten belegen, sagt Ralf Willinger von Terre des Hommes. Dann muss es geschätzt werden. „Kinder, die als Soldaten eingesetzt wurden, haben oft sehr viel mitgemacht und sehen dadurch älter aus“, so Willinger. Aber gerade das Alter sei entscheidend für ihre Zukunft. Denn es besteht die Gefahr, dass sie älter gemacht und somit volljährig geschätzt werden. Doch auch mit 16 Jahren gelten UMF nach dem Ausländergesetz in einem Asylverfahren schon als verfahrensfähig und könnten sich vor Gericht vertreten. Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) betont aber, dass auch den 16- und 17-Jährigen UMF ein Vormund zur Seite gestellt werde.

Seit der Rücknahme des deutschen Vorbehalts gegen die UN-Kinderrechtskonventionen im Jahr 2010 muss auch bei UMF das Kindeswohl besonders berücksichtigt werden. Willinger betont, dass es Aufgabe aller staatlichen Ebenen sei, dafür zu sorgen, und nicht nur Aufgabe der Länder, die für die Aufnahme der UMF zuständig sind. Doch gerade bei einigen Bundesländern sieht Niels Espenhorst vom Bundesfachverband unbegleitete minderjährige Flüchtlinge dabei Probleme. Zwar sei es ein Fortschritt, dass das BAMF im Jahr 2009 empfohlen hat, dass UMF nach ihrer Ankunft eine Klärungsphase durchlaufen sollen. In der sollen die Jugendämter nicht nur

POLITIK

biografische Daten erfassen und Vormundschaft klären, sondern auch prüfen, ob ein Asylantrag sinnvoll ist. Doch gerade das würde nicht in allen Bundesländern ausreichend geprüft, sagt Espenhorst.

Für ehemalige Kindersoldaten ist ein Asylverfahren sehr belastend, da sie detailliert über ihre Zeit als Soldaten sprechen müssen. Daher könnte für UMF, die nicht aus politischen, sondern aus humanitären Gründen geflohen sind, ein Antrag auf sogenannten subsidiären Schutz erfolgsversprechender und weniger belastend sein, sagt Espenhorst. „Er hat dann etwas mehr Zeit und kann seine Geschichte schriftlich einreichen.“ Es gibt aber auch Lichtblicke. Espenhorst berichtet, dass einige Bundesländer das Kindswohl der unbegleiteten Minderjährigen in den letzten Jahren stärker in den Vordergrund stellen.

Load-Date: February 8, 2012

End of Document

**Deutschland Kompakt; Familienleistungen: Regierungsstudie kritisiert
Kristina Schröders Politik ++ Plagiatsaffäre: Verfahren gegen Schavan geht
in entscheidende Phase ++ Flughafen-Debakel: Ramsauer gesteht Fehler
beim Bau des BER ein ++ Flüchtlinge: Homosexuelle können leichter Asyl
erhalten**

Die Welt

Montag 4. Februar 2013

Copyright 2013 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK; Kompakt; S. 4; Ausg. 29

Length: 675 words

Body

Familienleistungen

Regierungsstudie kritisiert Kristina Schröders Politik

Eine Regierungsstudie kritisiert viele Instrumente der milliardenschweren Kinder- und Familienpolitik in Deutschland als untauglich, wirkungslos und teilweise sogar kontraproduktiv. Zu diesem Urteil kommt ein von der Bundesregierung beauftragter Gutachterkreis in einem internen Zwischenbericht, berichtete der „Spiegel“. Das Kindergeld erweise sich als „wenig effektiv“, urteilten die Experten. Das Ehegattensplitting sei „ziemlich unwirksam“, die beitragsfreie Mitversicherung von Ehepartnern in der gesetzlichen Krankenversicherung sogar „besonders unwirksam“. Eine Sprecherin von Familienministerin Kristina Schröder (CDU) betonte, 2009 sei eine Gesamtevaluation von 13 Familienleistungen gestartet worden. Das Programm soll 2013 abgeschlossen werden und das Zusammenwirken der Leistungen analysieren. Es sei zu früh, einzelne Ergebnisse herauszugreifen. Laut „Spiegel“ sieht der Bericht zwar positive Effekte. Diese ließen sich aber auch „mit geringeren unerwünschten Nebenwirkungen erreichen“. Am besten schneiden Investitionen in Betreuungsplätze ab: Von den Ausgaben für Krippen und Kitas fließen bis zu 48 Prozent an den Staat zurück.

Plagiatsaffäre

Verfahren gegen Schavan geht in entscheidende Phase

Das Plagiatsverfahren der Universität Düsseldorf gegen Bildungsministerin Annette Schavan (CDU) geht in eine entscheidende Phase: Der Rat der Philosophischen Fakultät berät am Dienstagnachmittag über die Fortsetzung des Verfahrens. Der Ausgang der Sitzung ist offen. Schavan hat Flüchtigkeitsfehler in ihrer Dissertation aus dem Jahr 1980 eingestanden, den Vorwurf des Plagiats oder der Täuschung aber zurückgewiesen. Wie die

Deutschland Kompakt Familienleistungen: Regierungsstudie kritisiert Kristina Schröders Politik ++
Plagiatsaffäre: Verfahren gegen Schavan geht in entscheidende

„Süddeutsche Zeitung“ berichtete, dient indes der Zitierleitfaden „Hinweise zur Anfertigung von Seminararbeiten“ als eine Art Beweismaterial gegen Schavan. Einer der Herausgeber des Werks, dessen achte Auflage 1978 erschien, war Schavans Doktorvater Gerhard Wehle. In dem Büchlein stehen klare Regeln für korrektes Zitieren, inklusive sinngemäßer Übernahme fremder Gedanken. Schavan hatte oft ganze Sätze fremder Autoren übernommen. Dass sie die Regeln nicht kannte, ist demzufolge schwer vorstellbar: Sie war zwei Semester lang studentische Hilfskraft bei Wehle.

Flughafen-Debakel

Ramsauer gesteht Fehler beim Bau des BER ein

Bundesverkehrsminister Peter Ramsauer (CSU) hat Fehler beim Bau des neuen Hauptstadtflughafens BER eingestanden. „Vielleicht wäre es besser gewesen, dem Flughafenmanagement eher zu misstrauen und nicht immer neue Starttermine zu nennen“, sagte Ramsauer der „Rheinischen Post“. Der Minister war bei der Suche nach Schuldigen für die massiven Probleme bei dem Milliardenprojekt zunehmend in die Kritik geraten. Der Bund gehört neben Berlin und Brandenburg zur Flughafengesellschaft. Die Eröffnung des künftigen Hauptstadtflughafens musste bereits zum vierten Mal verschoben werden. Einen neuen Starttermin gibt es derzeit noch nicht. Nach der Entlassung des bisherigen Flughafenchefs Rainer Schwarz wird derzeit auch ein Nachfolger gesucht. Der Verkehrsminister sagte, im Interesse des Wirtschaftsstandortes Deutschland brauche die neue Spitzenkraft eine „patriotische Berufung“.

Flüchtlinge

Homosexuelle können leichter Asyl erhalten

Wegen ihrer Homosexualität verfolgte Flüchtlinge können nach einem Zeitungsbericht künftig leichter Asyl in Deutschland erhalten. Ihr Antrag würde nicht mehr mit der Begründung abgewiesen, sie könnten ihre sexuelle Identität in der Heimat doch verbergen, berichtete die „taz“ unter Berufung auf ein Schreiben des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge an den Parlamentarischen Geschäftsführer der Grünen-Fraktion im Bundestag, Volker Beck. „Einem Antragsteller ist es grundsätzlich nicht zumutbar, gefahrenträchtige Verhaltensweisen zu vermeiden, um einer Verfolgung auszuweichen“, heißt es in dem Schreiben. Das Amt verweist auf ein Urteil des Europäischen Gerichtshofs vom September 2012 hinsichtlich der religiösen Betätigung, das nun auf die sexuelle Identität übertragen worden sei.

Load-Date: February 4, 2013

Deutschland Kompakt; Religion: Neue Nordkirche mit großer Mehrheit beschlossen ++ Tarifrunde: Kommunale Arbeitgeber warnen Gewerkschaften ++ Hochschulen: Probleme bei Uni-Zulassung größer als bislang bekannt ++ Familienministerium: „Neues Deutschland“ als teilweise linksextremistisch eingestuft ++ Stasi: Mielkes Ministerium wird wieder für Besucher geöffnet ++ Migranten: 48 ++ Asse: Atomkraft-Gegner planen 50-Kilometer-Lichterkette

Die Welt

Montag 9. Januar 2012

Copyright 2012 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK; Kompakt; S. 5; Ausg. 7

Length: 1066 words

Body

Religion

Neue Nordkirche mit großer Mehrheit beschlossen

Die Gründung einer gemeinsamen evangelischen Kirche im Norden ist unter Dach und Fach. Die drei Kirchen an Nord- und Ostsee - die nordelbische, die mecklenburgische und die pommersche - bilden zu Pfingsten die neue Nordkirche. Dafür gab es auf der letzten entscheidenden Synode am Wochenende in Rostock-Warnemünde eine große Mehrheit. Die Kirchenparlamentarier regelten zudem die Überleitung der amtierenden Bischöfe und billigten den ersten Haushalt. Die neue Landeskirche vereinigt knapp 2,3 Millionen Gläubige in 1067 Gemeinden und ist damit die fünftgrößte der evangelischen Landeskirchen. Ihr Territorium reicht von Flensburg bis Usedom. Der Etat 2012 umfasst ab 1. Juni rund 248 Millionen Euro. Künftig sollen es dann 420 Millionen Euro pro Jahr sein. Kirchenvertreter zeigten sich erleichtert, dass die Fusion im ersten Durchlauf geschafft wurde. Gerhard Ulrich, Bischof der nordelbischen Kirche und Vorsitzender der gemeinsamen Kirchenleitung, sagte, viele Kirchenmitglieder verspürten Freude über die Fusion, aber auch Trauer über den Verlust ihrer alten Kirche. „Aber wer etwas Neues anfangen will, muss Altes hinter sich lassen.“

Tarifrunde

Kommunale Arbeitgeber warnen Gewerkschaften

Deutschland Kompakt Religion: Neue Nordkirche mit großer Mehrheit beschlossen ++ Tarifrunde: Kommunale Arbeitgeber warnen Gewerkschaften ++ Hochschulen: Problem....

Die kommunalen Arbeitgeber haben die Gewerkschaften vor überzogenen Gehaltsforderungen bei der Tarifrunde 2012 gewarnt. Eine Forderung von 6,1 bis 7 Prozent plus einer sozialen Komponente, wie sie derzeit beispielsweise bei der Gewerkschaft Ver.di diskutiert werde, würde in den Kassen der Kommunen mit sechs Milliarden Euro zu Buche schlagen. Das sagte der Präsident der Vereinigung der Kommunalen Arbeitgeberverbände (VKA), Thomas Böhle. In Köln kommen diesen Montag der Beamtenbund und seine Tarifunion zur gewerkschaftlichen Jahrestagung zusammen. Dabei werden erste Aussagen zu der im März beginnenden Lohnrunde für die 1,3 Millionen Tarifbeschäftigten beim Bund und bei den Kommunen erwartet. Neben Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) und NRW-Ministerpräsidentin Hannelore Kraft (SPD) will auch Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) nach Köln kommen. Friedrich ist erstmals auf Arbeitgeberseite Verhandlungsführer. VKA-Präsident Böhle sagte: „Seit 2008 nimmt die Verschuldung der Gemeinden kontinuierlich zu und liegt zum Oktober 2011 auf einem Allzeithoch von 128,7 Milliarden Euro - ein Anstieg von 7,8 Prozent zum Vorjahr.“ Forderungen in einer Größenordnung von bis zu sieben Prozent seien bei dieser Kassenlage „nicht zu machen“.

Hochschulen

Probleme bei Uni-Zulassung größer als bislang bekannt

Die technischen Probleme bei der Einführung des internetgestützten bundesweiten Hochschulzulassungssystems sind viel größer als bislang bekannt. Allenfalls 40 statt der angestrebten 300 Hochschulen werden 2012 an dem neuen Online-Bewerbungsverfahren für die begehrten Numerus-clausus-Studiengänge teilnehmen können - und dies auch nur eingeschränkt bei Studiengängen mit einer einzigen Fachrichtung. Dies geht aus einem internen Sitzungsprotokoll der Stiftung Hochschulstart hervor. Nach bereits mehreren Startverschiebungen hatte die von den Ländern und Hochschulrektoren getragene Stiftung Mitte Dezember in einer verklausulierten Mitteilung die Aufnahme eines „Pilotbetriebes“ zum Wintersemester 2012/2013 angekündigt - ohne allerdings genaue Zahlen zu nennen. Das seit Jahren mangels bundesweiter Abstimmung beklagte Einschreibchaos führt dazu, dass infolge von Mehrfachbewerbungen und Doppelzulassungen regelmäßig rund 20 000 Numerus-clausus-Studienplätze nicht besetzt werden können.

Familienministerium

„Neues Deutschland“ als teilweise linksextremistisch eingestuft

Das von Kristina Schröder (CDU) geführte Bundesfamilienministerium stuft die Zeitung „Neues Deutschland“ als teilweise linksextremistisch ein. „Die Tageszeitung ‚Neues Deutschland‘ weist gelegentlich Beiträge mit linksextremistischen Bezügen auf. Insbesondere wird auf linksextremistische Veranstaltungen hingewiesen“, heißt es in einer Antwort von Schröders Staatssekretär Hermann Kues (CDU) auf eine kleine Anfrage der Linke-Fraktion zum Thema „Diffamierung von Presseerzeugnissen als ‚linksextremistisch‘“. Schröder gilt innerhalb der Unionsfraktion als Expertin in Extremismusfragen. Sie hatte sich für eine Überwachung der Partei Die Linke durch den Verfassungsschutz ausgesprochen. Als Ministerin forcierte Schröder die „Förderung von Programmen gegen Linksextremismus“. MLU

Stasi

Mielkes Ministerium wird wieder für Besucher geöffnet

Die einstige Machtzentrale von Stasi-Chef Erich Mielke wird vom kommenden Samstag an (14. Januar) wieder für die Öffentlichkeit zugänglich sein. Nach der denkmalgerechten Sanierung in den vergangenen beiden Jahren soll das Haus künftig Einblick in das Spitzelsystem des einstigen SED-Regimes geben. Kulturstatsminister Bernd Neumann (CDU) will die sanierte Mielke-Zentrale am Mittwoch der Öffentlichkeit vorstellen. Am Samstag soll sie dann mit einem Bürgertag unter dem Motto „Wissen, wie es war“ offiziell eröffnet werden. Um ein Konzept für die zentrale Schaltstelle des SED-Herrschaftssystems war rund 20 Jahre lang gestritten worden. Nach dem Gedenkstättenkonzept des Bundes wurde zuerst das bröckelnde denkmalgeschützte Haus 1 mit dem früheren Mielke-Amtssitz an der Normannenstraße renoviert. Der Bund stellte dafür elf Millionen Euro aus dem

Deutschland Kompakt Religion: Neue Nordkirche mit großer Mehrheit beschlossen ++ Tarifrunde: Kommunale Arbeitgeber warnen Gewerkschaften ++ Hochschulen: Problem....

Konjunkturpaket II zur Verfügung. Bislang können nur Teile des riesigen Betonkomplexes auf rund 22 Hektar im Berliner Stadtteil Lichtenberg gelegentlich besichtigt werden.

Migranten

48

Tausend Ausländer suchten im vergangenen Jahr in Deutschland Asyl, wie das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge mitteilte. Noch 2007 war mit 19 000 Asylbewerbern ein historischer Tiefstand erreicht worden. Die Behörde kündigte an, wegen der steigenden Zahl der Bewerber in den kommenden Monaten die Zahl der Asylentscheider um 35 auf 212 aufzustocken.

Asse

Atomkraft-Gegner planen 50-Kilometer-Lichterkette

Bürgerinitiativen und Anwohner, die nahe am Atommülllager Asse wohnen, schlagen wegen der fraglichen Bergung der radioaktiven Abfälle Alarm. Am Wochenende kündigten sie als weitere Protestaktion eine rund 50 Kilometer lange Lichterkette an. Sie soll am 11. März von Braunschweig über Wolfenbüttel und das Bergwerk Asse bis zum geplanten Endlager Schacht Konrad führen. Die Organisatoren wollen den Bürgern ermöglichen, ihren Wunsch nach Rückholung des Atommülls aus dem Lager auszudrücken.

Load-Date: January 9, 2012

Die neuen Deutschen; „Das Boot ist voll“, hieß es vor 20 Jahren. Heute leert sich das Boot langsam. Deutschland braucht Zuwanderung von Bürgern, die zum Gedeihen des Landes beitragen können. Manche Migranten haben da noch Nachholbedarf

Die Welt

Dienstag 28. Mai 2013

Copyright 2013 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT

Section: FORUM; Leitartikel; S. 3; Ausg. 121

Length: 1063 words

Byline: Rainer Haubrich

Body

In der Mannschaft des deutschen Champions-League-Siegers FC Bayern München bildeten die Deutschen am Samstag eine Minderheit. Sechs der elf Spitzenfußballer waren Ausländer: ein Niederländer, ein Franzose, ein Spanier, ein Kroat, ein Brasilianer und aus Österreich der Sohn eines Nigerianers und einer Philippinin. Auf dem Platz standen außerdem Deutsche mit den Namen Boateng, Gündogan und Gomez. Das Champions-League-Finale war ein Qualitätsprodukt deutschen Managements, zu dem **Migranten** und ausländische Fachkräfte entscheidend beigetragen haben. Sie machten sich deutsche Tugenden wie Zielstrebigkeit und Disziplin zu eigen, gepaart mit Spielwitz und dem hierzulande verbreiteten Drang, es immer noch etwas besser zu machen. Kurzum, alle sind perfekt integriert.

Stünde es im richtigen Leben doch auch so gut mit der Integration, ist man geneigt auszurufen angesichts des heutigen sechsten Integrationsgipfels im Bundeskanzleramt. Oder wäre das zu pessimistisch? Denn Deutschland steht im europäischen Vergleich nicht schlecht da. Erspart blieben uns bisher Krawalle frustrierter Migranten, wie man sie gerade in Schweden sah und aus französischen Vorstädten kennt. Auch Großbritannien hat solche Aufstände erlebt, die Niederlande und Dänemark ringen um den richtigen Weg zur Integration, und als Reaktion auf deren Misslingen entstanden in vielen Nachbarstaaten gewichtige Protestparteien - oft gerade in jenen Ländern, die prosperieren und über eine lange liberale Tradition verfügen. Hierzulande haben solche Bewegungen derzeit keine Chance - der bisher stärkste Ausdruck des Unbehagens war das millionenfach verkaufte Buch von Thilo Sarrazin. Die deutsche Gesellschaft scheint doch offener und durchlässiger, viele Migranten anpassungsfähiger, als es die öffentliche Debatte oft glauben macht.

Das gesellschaftliche Klima hat sich verändert seit den Anschlägen auf Asylantenheime Anfang der Neunzigerjahre, als vor allem Flüchtlinge aus Jugoslawien ins Land strömten, was die Behörden wie die Bevölkerung überforderte, auch weil man gerade mit den Folgen der Wiedervereinigung kämpfte. Hieß es damals

Die neuen Deutschen „Das Boot ist voll“, hieß es vor 20 Jahren. Heute leert sich das Boot langsam. Deutschland braucht Zuwanderung von Bürgern, die zum Gedeihen....

„Das Boot ist voll“, hat der demografische Wandel seitdem die Koordinaten verschoben. Heute muss man eher davon sprechen, dass das Boot sich langsam leert: Schätzungen zufolge braucht Deutschland 400.000 Zuwanderer pro Jahr, um seine Wirtschaftskraft zu erhalten und damit Wohlstand und Sozialsysteme zu sichern.

Inzwischen hat sich das Land von zwei Illusionen verabschiedet. Die eine, eher im konservativen Spektrum zu finden, bestand in dem Glauben, Deutschland sei kein Einwanderungsland. Man meinte, die Zukunft durch die Förderung des deutschen Nachwuchses meistern zu können - „Kinder statt Inder“, hieß eine der Parolen. Die andere Illusion, eher auf der Linken zu Hause: Jeder Zuzug nach Deutschland sei eine große Bereicherung und werde unsere Gesellschaft bunter und besser machen - was in dem Spruch gipfelte: „Lasst uns mit den Deutschen nicht allein.“ Außerdem werde sich jede nachwachsende Migrantengeneration ganz von alleine immer besser integrieren.

Heute herrscht weitgehend Einigkeit, dass wir auf Zuwanderer angewiesen sind. Und auch Deutschland besteht mittlerweile darauf, dass wir vor allem Neubürger brauchen, die zum Gedeihen des Landes beitragen können. Klassische Einwanderernationen haben das seit jeher so gehalten, während viele Deutschen nach der Katastrophe des Zweiten Weltkriegs lange eine moralische Haltung zur Einwanderung zeigten - als könne dieses vergleichsweise kleine Land alle Mühseligen und Beladenen der Welt aufnehmen. Deutschland muss hier von Ländern wie den USA, Kanada oder Australien lernen, was die Auswahl und gezielte Anwerbung von qualifizierten Fachkräften betrifft.

Es gibt viele Einwanderer in Deutschland, die kaum Probleme bereiten. Weitgehend unbeachtet von Medien und Öffentlichkeit, zeigt sich die größte Gruppe unter ihnen, die vier Millionen Aussiedler, heute am besten ausgebildet und integriert - wie eine Studie des Berlin-Instituts für Bevölkerung und Entwicklung ermittelte, das vor wenigen Jahren erstmals den Erfolg von Zuwanderern nach ihrer Herkunft analysierte. Mit Abstand am schlechtesten schnitten die türkischstämmigen Migranten ab, obwohl sie am längsten in Deutschland leben - was Sorgen bereiten muss, da sie mit drei Millionen die zweitgrößte Gruppe bilden. Zwar gibt es auch dort ermutigende Entwicklungen, aber auf einem niedrigen Niveau. Ein Drittel hat keinen Schulabschluss, und wie Daten aus Nordrhein-Westfalen belegen, ist die Ausbildung der dritten Generation schlechter als die der zweiten, außerdem die der jungen Frauen deutlich geringer. Auch auf eklatante Mängel an Deutschkenntnissen bei Grundschulern hat die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung jüngst wieder hingewiesen.

Einem Teil fehlt der Bildungs- und Aufstiegswille, den man bei Einwanderern erwarten darf. Sie verharren in einem vom Islam geprägten Milieu, das sie immer weiter von den liberalen Werten einer Mehrheitsgesellschaft entfernt, die sie als verdorben ablehnen. Es ist eine patriarchalische Kultur, die Frauen ihre Rechte vorenthält und die sich intolerant zeigt gegenüber Minderheiten wie Juden oder Homosexuellen. 40 Prozent der türkischstämmigen Bevölkerung bezeichnen sich als streng religiös, bei den unter 30-Jährigen ist der Anteil noch höher. Und diese Gruppe dürfte weiter wachsen. Für sie gilt das Wort des in Marokko geborenen Bürgermeisters von Rotterdam: „Wer die Werte einer offenen Gesellschaft nicht teilt, täte gut daran, daraus die Konsequenzen zu ziehen und fortzugehen.“

Der andere Teil dagegen will in der deutschen Gesellschaft ankommen. Diesen Bürgern kann der Staat durch vielfältige Maßnahmen helfen, vor allem verstärkte Förderung der Kinder schon im Vorschulalter. Das kostet Geld, wird sich aber als gute Investition erweisen. Denn in der schrumpfenden Gesellschaft wird jeder von ihnen gebraucht. Und wer Arbeit hat, integriert sich schneller. Das alte Argument, dass viele Jugendliche mit ausländischen Wurzeln in Deutschland „keine Perspektive“ hätten, gilt nicht mehr. Wer Deutsch spricht, ausgebildet und willens ist, für den stehen die Chancen heute so gut wie lange nicht mehr. Wenn sie genutzt werden, könnte eine „goldene Generation“ von Migranten heranwachsen.

Einem Teil der Migranten fehlt der Bildungs- und Aufstiegswille, den man bei Einwanderern erwarten darf

Graphic

Die neuen Deutschen „Das Boot ist voll“, hieß es vor 20 Jahren. Heute leert sich das Boot langsam.
Deutschland braucht Zuwanderung von Bürgern, die zum Gedeihen....

Reto Klar u. Martin U. K. Lengemann

Load-Date: May 28, 2013

End of Document

Warten auf die große Überfahrt; Im libyschen Zuwara legen Flüchtlinge ihr Leben in die Hände von Schlepperbanden

Die Welt

Dienstag 26. November 2013

Copyright 2013 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT

Section: POLITIK; S. 8; Ausg. 276

Length: 1879 words

Byline: Alfred Hackensberger

Body

Zuwara

Der warme Abendwind weht durch die Palmen am Strand und bläst den Sand in die Vorgärten. „Heute fährt kein Boot nach Lampedusa, das Wetter ist zu schlecht“, stellt Abu Salem auf der Terrasse seiner großzügigen, zweistöckigen Villa fest. Er zeigt aufs Meer hinaus, zu den hohen Wellen, deren weiße Gischt auch in der Dunkelheit noch zu erkennen ist. Abu Salem weiß, wovon er spricht. Er ist ein Menschenschmuggler, der **Flüchtlinge** übers Mittelmeer illegal nach Europa bringt. Sein Standort ist Zuwara, eine Hafenstadt an der libyschen Küste, von der es nur 154 Seemeilen, umgerechnet 291 Kilometer, nach Italien sind. Das ist die kürzeste Fahrtstrecke von Libyen nach Europa. „Das wissen natürlich die **Flüchtlinge**“, erklärt Abu Salem. „Sie kommen zu uns aus ganz Afrika, auch aus Syrien oder sogar aus Bangladesch und Pakistan. Und sie werden immer mehr, denn hier in Zuwara fahren wir das ganze Jahr ab, ohne Pause.“

Der 38-Jährige ist seit 2005 „im Geschäft“ und will rund 45 Boote übers Meer nach Italien geschickt haben. 2013 seien es bisher fünf gewesen. „In der Zeit Muammar al-Gaddafis war alles viel schwieriger“, erzählt Abu Salem. Man habe extrem vorsichtig sein und viel Geld für die Bestechung von Polizei, Militär und Geheimdienst ausgeben müssen. Aber heute nach der Revolution sei alles einfach geworden. „Es gibt kein Regime mehr, das alle überwacht, und die neuen Sicherheitsbehörden sind klein und chancenlos“, fügt er lächelnd hinzu.

Vor der Küste Zuwaras hatte ein Teil der Migranten das Unglücksboot bestiegen, das am 3. Oktober vor Lampedusa sank. Dabei starben 359 Menschen. Abu Salem weiß natürlich davon und auch von anderen Schiffsunglücken. Er behauptet, bei ihm hätte es noch nie einen Unfall gegeben. „Andere stecken 200 Menschen auf ein 18 Meter langes Boot. Bei mir sind es nur 180. Ich überlade meine Boote nicht.“ Bequem wäre das trotzdem nicht. Aber er sei ja auch kein Flugkapitän, der eine angenehme Reise verspreche, fügt er schmunzelnd hinzu. „Fehler macht nur die neue, junge Generation der Schmuggler“, sagt der 38-Jährige. „Sie haben keine Erfahrung und denken nur ans Geld.“

Warten auf die große Überfahrt Im libyschen Zuwara legen Flüchtlinge ihr Leben in die Hände von Schlepperbanden

Das behauptet auch Faraj, ein „Geschäftskollege“, der seit 2003 weit über 70 Boote nach Italien geschickt hat. 2013 sollen es allein zwölf gewesen sein. Das letzte sei im September ausgelaufen. „Der Kapitän weiß nicht, was er tut, und der Mechaniker kann die Maschine nicht reparieren“, sagt er. So kämen die Schiffsunglücke zustande. Zudem sind Kapitän und Maschinist, die meist aus Ägypten oder Tunesien stammen, keine Profis. Sie werden nur zwei oder drei Tage im Umgang mit GPS, Satellitentelefon und Motor trainiert. „Sie bekommen eine Decke über den Kopf und lernen so, sich mit dem GPS-Gerät zurechtzufinden“, sagt Faraj.

Bis zur Abfahrt würden Kapitän und Maschinist getrennt von der „Fracht“ untergebracht. Mit Fracht sind die Migranten gemeint. Sie würden in einer Lagerhalle oder in alten, verlassenem Häusern untergebracht, erklärt Faraj. Je nach Größe des Bootes sind es zwischen 70 und 500 Menschen. Ob Männer, Frauen oder Kinder, niemand dürfe das „Frachtlager“ verlassen. Jede Kommunikation mit der Außenwelt sei verboten. Mobiltelefone würden ihnen abgenommen. „Das kann eine Woche oder zwei Monate dauern“, erklärt Faraj. Das hänge von Logistikproblemen und dem Wetter ab. Zum Zeitvertreib gebe es nur einen Fernseher. „Das ist wie im Gefängnis“, gesteht der 45-Jährige unumwunden ein. Es gebe nur eine einzige Toilette, die nicht funktioniere. Der Gestank sei unerträglich. Streit sei an der Tagesordnung. „Ich konnte die Tür oft nur in Begleitung eines Dobermann-Kampfhunds aufmachen“, erinnert sich Faraj. „Aber es geht nicht anders. Schließlich arbeiten wir in der Illegalität.“

Die Migranten waren oft schon ein, zwei Monate unterwegs, um nach Zuwara zu kommen. Der überwiegende Teil muss in Libyen erst das Geld für die Überfahrt erarbeiten. Das kann bis zu zwei Jahre dauern. Im Zentrum des Ortes stehen Migranten an der Straße und warten auf Arbeitsangebote. Ibrahim aus dem Niger ist einer von ihnen. „An einem guten Tag verdiene ich 30 Euro auf dem Bau“, erklärt er. „Ich muss Geld nach Hause schicken, hier leben und etwas für die Fahrt nach Italien zurücklegen.“ Sein ältester Bruder hat in seinem Heimatdorf Taua, in der Nähe von Agades, für die Reise nach Libyen einen Kredit aufgenommen. „Wenn ich nicht nach Italien komme, ist es ein Desaster“, sagt er. Der Sohn eines Bauern wurde, wie alle anderen Migranten, von einem Landsmann in Libyen von Ort zu Ort dirigiert.

Faraj hat heute mit den Migranten persönlich nichts mehr zu tun. Er ist jetzt wie ein Großhändler, der „Fracht-Kontingente“ von seinen Kontakten in Ägypten, Marokko, im Sudan oder Tschad kauft und sie von lokalen Repräsentanten „verarbeiten“ lässt. Das Geld dafür wird über Hawala, ein informelles, privates Überweisungssystem, bezahlt, das wie Western Union funktioniert. Faraj und Abu Salem sind mit dem Migrantenschmuggel reich geworden. Sie haben große Häuser gekauft, neue Autos, und ihr Bankkonto ist gut gefüllt. „Ich fahre nur Mercedes“, sagt Faraj und zeigt den Daimler-Benz-Stern auf seinem Autoschlüssel.

Zwischen 700 Euro und 900 Euro kostet die Überfahrt, egal ob Kind oder Erwachsener. Nur Babys sind umsonst, wenn sie von den Müttern im Arm gehalten werden können. Die Migranten müssen zahlen, bevor sie im „Frachtlager“ eingesperrt werden. „Natürlich mag ich das Geld, aber wenn mich Migranten aus Italien anrufen und sich bedanken, wird mir warm ums Herz.“ Er sei auch der einzige Schmuggler, der Rettungsschwimmwesten an seine „Fracht“ ausbebe. Faraj behauptet, er habe auch Kontakte zum Roten Kreuz in Lampedusa, die dabei behilflich seien, einige seiner Bootsflüchtlinge aus dem Internierungslager zu entlassen. Er schmunzelt wieder und möchte darüber nichts weiter sagen.

Faraj begleitet jedes seiner Boote bis zur Grenze der internationalen Gewässer, um sicherzugehen, dass in die richtige Richtung gefahren wird. Von da an übernehme man im Operationsraum das Schiff. Über das Satellitentelefon gibt der Kapitän ihnen alle zwei bis drei Stunden seine Koordinaten durch. Am Computer wird seine Position auf Seekarten verglichen und notfalls korrigiert. Sobald die italienische Küste in Sicht ist, werden GPS, Satellitentelefon und die SIM-Karte getrennt ins Wasser geworfen. Im Operationsraum sitzt neben dem Koordinator und Faraj auch der Bootsbesitzer. Er bekommt die umgerechnet 45.000 Euro für sein Schiff nur dann, wenn die Überfahrt glattgeht und der Motor keinen Schaden nimmt. Ansonsten geht er leer aus.

Normalerweise dauert die Überquerung des Mittelmeers auf einem Fischerboot nicht länger als 18 Stunden. Faraj lässt Benzin für 24 Stunden, Wasser und Verpflegung für sechs Extratage auf Schiffs laden. „Das machen die neuen, jungen Kollegen nicht“, betont er. Für die Menschen auf dem Boot, das im Oktober vor Lampedusa

Warten auf die große Überfahrt Im libyschen Zuwara legen Flüchtlinge ihr Leben in die Hände von Schlepperbanden

kennterte, wäre aber auch Farajs vermeintliche Großzügigkeit nicht ausreichend gewesen. Die Migranten waren insgesamt 13 Tage auf ihrem Schiff unterwegs. Die Maschine war ausgefallen.

An der Küste bei Zuwara versucht die Polizei zu verhindern, dass die Boote mit den Flüchtlingen überhaupt ablegen. „Wir sind hoffnungslos überfordert“, gibt Abubakar al-Idrissi von der Polizei in Zuwara offen zu. „Wir haben nicht genug Personal, zu wenige Wagen und Schiffe, um unseren Küstenstreifen von 110 Kilometern zu überwachen.“ Kurz nach Mitternacht geht es im Geländewagen auf Patrouille entlang der Küste - vorbei an bekannten Ablegeplätzen. „Wegen des schlechten Wetters werden wir heute niemand finden“, sagt al-Idrissi. Er fährt zum Machuk-Strand, an dem sie vor drei Monaten eine tote schwangere Frau fanden. „Mir haben Migranten berichtet, dass Menschen oft ins Meer geworfen werden, vor allem aus einem Zodiac-Boot, wenn zu wenig Platz ist“, sagt er. In diese Schlauchboote mit Außenbordmotor würden oft 70 Menschen gequetscht, obwohl nur für ein Drittel Platz wäre.

Dieses Jahr hat die Polizei von Zuwara rund 45 Zodiacs und 25 Fischerboote konfisziert. Von den etwa 7000 Flüchtlingen, die damit nach Italien reisen wollten, konnten sie 2000 verhaften. Hilfe von der Europäischen Union habe seine Polizeistation nicht bekommen, sagt al-Idrissi. Er meint damit die Eubam, deren Vertreter seit April in Tripolis sind. „Wir können nicht alles gleichzeitig machen“, erläutert Antti Hartikainen, der Leiter der EU-Mission für integriertes Grenzmanagement, im „Korinthia-Hotel“ in der libyschen Hauptstadt. „Wir haben bereits in verschiedenen Städten zweitägige Trainingskurse für Grenzpersonal gegeben.“ Die Eubam sei ein langfristiges, auf mehrere Jahre ausgelegtes Programm. Schließlich hat Libyen eine 1880 Kilometer lange Küste und 4500 Kilometer Landesgrenzen.

„Diese Seminare der EU sind sinnlos“, meint Oberst Abdellatif Abulamuscha, der Chef der Behörde für illegale Immigration in Tripolis, die für die Registrierung und Deportation von Migranten zuständig ist. Es fehle der Praxisbezug. „Um dem Problem wirklich zu begegnen, müsste man das Hauptquartier im Süden Libyens installieren“, erklärt er. Der Oberst legt eine Landkarte auf den Schreibtisch und deutet auf die beiden Wüstenstädte Sebha und al-Kufra. Das sind Transitpunkte für alle Migranten, die die Sahara durchqueren. Diesen Weg nimmt der überwiegende Teil.

„Wir haben über das ganze Land verteilt insgesamt 19 Internierungslager, aus denen Migranten zu uns gebracht werden“, erklärt Abulamuscha weiter. Alle Lager habe die libysche Regierung auf eigene Kosten eingerichtet. „Von der EU haben wir außer 250 Schachteln mit Croissants mit Schokoladenfüllung nichts erhalten“, behauptet der Oberst. Dazu habe es einige T-Shirts mit EU-Flagge darauf gegeben. Vor einem Jahr sei eine EU-Kommission hier gewesen, habe eine Liste von notwendigen Dingen aufgestellt und Fotos gemacht. Aber bisher sei nichts passiert. Man brauche Geländewagen, Hubschrauber, Boote und richtiges Training.

Etwa 25 Fahrtminuten von Tripolis entfernt, unweit des internationalen Flughafens, liegt auf dem Land das Abschiebelager der Behörde für illegale Immigration. In der ehemaligen Polizeikaserne in Tweischa sind rund 400 Flüchtlinge nach Nationalitäten in verschiedenen Hallen untergebracht. „Sie bleiben oft ein Jahr, bis sie mit dem Bus an die Grenze in der Sahara abgeschoben werden“, sagt Ahmed Salama, der Kommandant des Lagers, und öffnet das schwere Tor einer Halle. „Hier haben wir 120 Äthiopier und Somalier.“ Alle Augen der Internierten richten sich sofort auf den Lagerchef. „Wir wollen nach Hause“, sagen mehrere. In der nächsten Halle beschwert sich Ibrahim aus Gambia über das schlechte Essen. „Jeden Tag zum Frühstück Brot und Saft, mittags Makkaroni und abends Soße mit Brot.“ Mit über 50 Menschen in einem Raum könne er nachts außerdem nicht schlafen.

„Wir haben so viele unterschiedliche Nationalitäten, dass ich sie gar nicht alle aufzählen kann“, sagt der Kommandant. „Von Pakistanern über Ägypter, Eriträer bis hin zu Tschad und Nigeria. Er könne nichts dafür, dass diese Leute so lange hier blieben, rechtfertigt sich Salama. Die Bürokratie in Tripolis sei eben langsam. Aber die Migranten hätten es noch gut. „Normalerweise sind hier 1200 untergebracht, und Fußball spielen können sie auch.“ Er deutet auf einen Bolzplatz mit zwei kleinen Toren.

Warten auf die große Überfahrt Im libyschen Zuwara legen Flüchtlinge ihr Leben in die Hände von Schlepperbanden

Graphic

Victor Breiner

In Zuwara liegen alte hölzerne Fischerboote auf dem Trockenen. Mit solchen Schiffen werden Flüchtlinge von Libyen nach Italien geschmuggelt

Claudia Bernhardt

Victor Breiner

Load-Date: November 26, 2013

End of Document

**Ausland Kompakt; Nordkorea: Militärische Hotline zu Südkorea gekappt ++
Indien: Deutschen Seeleuten droht nach Schiffsunglück Prozess ++ Syrien:
Warnung vor deutschen Spenden an Extremisten ++ Mali: 600 Islamisten seit
Beginn der Militäroffensive getötet ++ Europäische Union: Regierungen
stimmen gemeinsamem Asylsystem zu**

Die Welt

Donnerstag 28. März 2013

Copyright 2013 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT

Section: POLITIK; Kompakt; S. 6; Ausg. 74

Length: 625 words

Body

Nordkorea

Militärische Hotline zu Südkorea gekappt

Begleitet von neuen Kriegsdrohungen hat Nordkorea das Kappen der einzigen militärischen Telefonverbindung zu Südkorea angekündigt, die zuletzt noch genutzt wurde. „In der Situation, in der jeden Moment ein Krieg ausbrechen kann, ist die Nord-Süd-Kommunikation nicht mehr nötig“, wurde der Delegationsleiter für die Militärgespräche mit Südkorea von Staatsmedien zitiert. Die Ankündigung kommt nach immer neuen militärischen Drohungen des kommunistischen Landes gegen Südkorea und die USA in den vergangenen Wochen. Pjöngjang reagiert damit auf die Ausweitung von UN-Sanktionen - nach einem dritten nordkoreanischen Atomtest im Februar - und jährliche südkoreanisch-amerikanische Militärübungen. Am Dienstag hatte Nordkoreas Militär mitgeteilt, alle Feldartillerie- und strategischen Raketeneinheiten seien bereit für einen Angriff auf das amerikanische Festland sowie gegen Ziele in Südkorea.

Indien

Deutschen Seeleuten droht nach Schiffsunglück Prozess

Nach einem tödlichen Schiffsunglück in Indien müssen sich zwei deutsche Seeleute eines Hamburger Frachters möglicherweise wegen fahrlässiger Tötung vor Gericht verantworten. Nach Angaben des Auswärtigen Amtes wurden die beiden in der südindischen Stadt Chennai vorläufig festgenommen, gegen Kautionskaution dann aber wieder freigelassen. Die Reederei, die Eigentümerin des Schiffes ist, hält die Anschuldigungen für haltlos. Die „Grietje“ soll vor elf Tagen ein Fischerboot gerammt haben. Obwohl es sank, soll der Frachter weitergefahren sein. Bei dem Unfall ertrank indischen Medienberichten zufolge ein 45 Jahre alter Fischer, zwei Menschen konnten gerettet

Ausland Kompakt Nordkorea: Militärische Hotline zu Südkorea gekappt ++ Indien: Deutschen Seeleuten droht nach Schiffsunglück Prozess ++ Syrien: Warnung vor deut....

werden. Zum Unglückszeitpunkt sollen sich in dem Seegebiet insgesamt sieben Schiffe aus unterschiedlichen Ländern befunden haben.

Syrien

Warnung vor deutschen Spenden an Extremisten

Das Hamburger Landesamt für Verfassungsschutz (LfV) warnt vor der Unterstützung islamistischer Organisationen im Hinblick auf den Bürgerkrieg in Syrien. Angesichts der katastrophalen Lage syrischer Flüchtlinge bestehe die Gefahr, dass extremistische Gruppen das Gerechtigkeitsbedürfnis von Jugendlichen ausnutzten, um Geld und Personen für den Krieg in Syrien einzuwerben, teilte das LfV mit. Der Bürgerkrieg in Syrien rücke immer deutlicher ins Zentrum des Interesses von Islamisten in Deutschland. Dies spiegle sich sowohl in verstärkten Ausreisebemühungen nach Syrien als auch in vermehrten Spendensammlungen wider.

Mali

600 Islamisten seit Beginn der Militäroffensive getötet

Seit Beginn der malisch-französischen Militäroffensive im Norden des Krisenlandes sind nach Armeeangaben rund 600 Islamisten getötet worden. Auch 63malische Soldaten seien ums Leben gekommen, sagte Armeesprecher Souleymane Maïga. Die Truppen des Landes hatten mit Unterstützung aus Frankreich am 11.Januar ihren Militäreinsatz gegen Dschihadisten im Norden Malis begonnen. Seither konnten sie die Region weitgehend unter Kontrolle bringen. Erst am Wochenende waren jedoch bei Kämpfen in der Stadt Gao etwa 20 Extremisten festgenommen worden. Bei den Gefechten seien sieben Menschen ums Leben gekommen.

Europäische Union

Regierungen stimmen gemeinsamem Asylsystem zu

Die 27 Regierungen der EU haben dem geplanten „Gemeinsamen Europäischen Asylsystem“ zugestimmt. Die EU-Botschafter der Länder gaben bei einem Treffen in Brüssel ihr Ja zu den Plänen, wie Diplomaten berichteten. Das Asylsystem muss nun noch auf Ministerebene und im Plenum des Europaparlaments formell beschlossen werden. Die neuen Regeln sollen dafür sorgen, dass Asylbewerber künftig überall in Europa dieselben Schutzstandards vorfinden. Es geht dabei zum Beispiel um die Länge der Asylverfahren, die finanzielle Unterstützung für die Migranten oder die Chance auf Anerkennung.

Load-Date: March 28, 2013

Deutschland Kompakt I; Rechtsextremismus: NPD scheitert vor Bundesverfassungsgericht ++ Rechtsprechung: Mehrheit der Deutschen findet Justiz zu milde ++ Asyl: Bayern will neue Stellen im Bundesamt für Flüchtlinge ++ Linke: Parteispitze unterstützt Lafontaine-Kandidatur ++ Landtag: Hessen haben doppelte Wahl am 22. September ++ Bundestagswahl: Moderatorenriege für das Spitzenduell steht

Die Welt

Mittwoch 6. März 2013

Copyright 2013 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK; Kompakt; S. 4; Ausg. 55

Length: 696 words

Body

Rechtsextremismus

NPD scheitert vor Bundesverfassungsgericht

Die rechtsextreme NPD ist mit dem Vorstoß gescheitert, ihre Verfassungstreue vom Bundesverfassungsgericht prüfen zu lassen. Eine solche Feststellung sei im Bundesverfassungsgerichtsgesetz nicht vorgesehen, stellte das Karlsruher Gericht am Dienstag klar (2BvE 11/12). Die NPD hatte ihr Vorgehen damit begründet, dass ihre Rechte durch die ständigen Behauptungen ihrer Verfassungswidrigkeit verletzt würden. Das Gericht erklärte, Parteien müssten sich die Einschätzung gefallen lassen, dass sie verfassungsfeindlich seien. „Solchen Äußerungen kann und muss die betroffene Partei mit den Mitteln des Meinungskampfes begegnen“, heißt es in dem Beschluss. Das Gericht ermahnte jedoch auch die staatlichen Stellen, in der politischen Auseinandersetzung Grenzen zu beachten. Eine öffentliche Erörterung, ob gegen eine Partei ein Verbotsverfahren eingeleitet werden solle, müsse „entscheidungsorientiert“ sein. Werde sie allein mit dem Ziel geführt, die betroffene Partei zu schwächen, könne dies als Verletzung des Artikels 21 des Grundgesetzes gewertet werden, in dem die Rechte der Parteien geregelt sind. Die Karlsruher Entscheidung hat keinen Einfluss auf ein Verbotsverfahren gegen die NPD, das der Bundesrat anstrebt.

Rechtsprechung

Mehrheit der Deutschen findet Justiz zu milde

Die Mehrheit der Deutschen findet nach einer Emnid-Umfrage die Justiz nicht streng genug. 57 Prozent der Befragten seien der Ansicht, dass die Gerichte oft zu mild urteilten, ergab die Befragung im Auftrag der

Deutschland Kompakt I Rechtsextremismus: NPD scheitert vor Bundesverfassungsgericht ++ Rechtsprechung: Mehrheit der Deutschen findet Justiz zu milde ++ Asyl: Ba....

Evangelischen Kirche im NDR und der „Evangelischen Zeitung“. Nur vier Prozent halten die Justiz für oft zu hart. 32 Prozent fanden die Urteile in der Regel angemessen.

Asyl

Bayern will neue Stellen im Bundesamt für Flüchtlinge

Bayerns Innenminister Joachim Herrmann (CSU) hat die Bundesregierung aufgefordert, im Nürnberger Bundesamt für Migration und Flüchtlinge 200 zusätzliche Stellen zu schaffen. Zum Jahresende 2012 habe es dort fast 50.000 offene Asylverfahren gegeben, monierte Herrmann am Dienstag bei der Kabinettsitzung in München. Deren Bearbeitung dauere oft mehr als ein Jahr. Die neuen Stellen seien nötig, um die Rückstände zügig abzarbeiten und die hohe Zahl neuer Asylanträge bewältigen zu können, so der Minister.

Linke

Parteispitze unterstützt Lafontaine-Kandidatur

Eine neuerliche Bundestagskandidatur von Oskar Lafontaine würde nach Überzeugung des Linke-Bundesvorsitzenden Bernd Riexinger bei Parteimitgliedern in Ost und West auf Zustimmung stoßen. Allen sei bewusst, welch große Wirkung Lafontaine als aktiver Wahlkämpfer für die Linke habe. „Ich begrüße alles, was er tut, um uns zu helfen“, sagte Riexinger am Dienstag. Der Chef der Linksfraktion im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern, Helmut Holter, sagte: „Wenn Oskar Lafontaine antritt, kann ich das nur begrüßen.“ Am Einfluss des Ex-Linke-Chefs Lafontaine, der erst im Mai über eine Kandidatur auf der saarländischen Landesliste entscheiden will, hatte sich vor dem Parteitag im Juni 2012 ein heftiger Ost-West-Konflikt innerhalb der Linken entzündet.

Landtag

Hessen haben doppelte Wahl am 22. September

Die hessische Landesregierung hat offiziell den 22. September als Termin für die nächste Landtagswahl bestimmt. Am selben Tag wird der Bundestag gewählt. „Mit dem gemeinsamen Termin schaffen wir alle Voraussetzungen für eine möglichst hohe Wahlbeteiligung“, sagte ein Regierungssprecher am Dienstag. Nach Ansicht der Opposition hofft die Koalition von CDU und FDP in Hessen darauf, an dem Tag von der Popularität Angela Merkels (CDU) zu profitieren.

Bundestagswahl

Moderatorenriege für das Spitzenduell steht

Das Moderatorenquartett für das TV-Duell zwischen Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) und SPD-Spitzenkandidat Peer Steinbrück ist komplett. Die ARD schicke erstmals Anne Will ins Rennen, teilte die ARD am Dienstag mit. Für das ZDF wird Maybrit Illner moderieren. Bei RTL bleibe es bei Peter Kloeppel, sagte ein RTL-Sprecher. Kloeppel und Illner hatten bereits vor den vergangenen drei Bundestagswahlen Duelle der Spitzenkandidaten von SPD und CDU moderiert. ProSiebenSat.1 hatte bereits im Februar den Entertainer Stefan Raab als Moderator nominiert.

Load-Date: March 6, 2013

Mädchen mit Kopftuch abgewiesen; Schweizer Schule schickt islamische Kinder nach Hause

Die Welt

Samstag 8. Juni 2013

Copyright 2013 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: PANORAMA; S. 32; Ausg. 131

Length: 293 words

Body

Bern - An einer Primarschule im Schweizer Kanton St. Gallen sind zwei somalische Mädchen vom Unterricht ausgeschlossen worden, weil sie ein Kopftuch getragen haben. Laut Schulordnung ist an der Schule in Heerbrugg das Tragen von Kopftüchern verboten, wie der Sender SRF berichtete. Eine Flüchtlingsfamilie aus Somalia mit sieben Kindern habe sich nicht an das Verbot gehalten.

Laut dem Bericht waren die Eltern von der Schulleitung vorgewarnt worden, dass die Schule keine Kopftücher dulde. Als die Mädchen erstmals zum Unterricht erschienen, trugen sie dennoch die Kopfbedeckung und wurden der SRF-Nachrichtensendung zufolge vom Lehrer nach Hause geschickt.

Schulratspräsident Walter Portmann berief sich auf eine Weisung des Bildungsministeriums. Tilla Jacomet von der Rechtsberatungsstelle für Asylsuchende des Hilfswerks Heks nannte die Entscheidung unverhältnismäßig und „katastrophal für die Integration“. Der Verein Islamischer Zentralrat sagte der somalischen Familie volle Unterstützung zu. Der Rat vertritt nach Angaben Schweizer Bundesbehörden „salafistische Werte“. Das evangelische Hilfswerk für Migranten Heks teilte mit: „Für die Integration ist es katastrophal, dass die Mädchen von der Schule ausgeschlossen sind. Regeln müssen verhältnismäßig sein und den Menschen berücksichtigen. Sonst sind die Regeln falsch.“

2011 hatte eine Schule in Bürglen im Kanton Thurgau zwei albanischen Schülerinnen das Tragen eines Kopftuchs verboten. Das zuständige Verwaltungsgericht hob die Entscheidung damals auf; es gebe keine gesetzliche Grundlage; zudem sei das Verbot unverhältnismäßig. Der Fall liegt nun beim Schweizer Bundesgericht. Bislang gibt es kein landesweit gültiges Gerichtsurteil, das den Umgang mit dem muslimischen Kopftuch in Schulen regelt.

Load-Date: June 8, 2013

„Das Sparen stärkt nur die Rechtsradikalen“; Griechenlands Innenminister Michelakis warnt vor Erstarken staatsfeindlicher Kräfte

Die Welt

Donnerstag 17. Oktober 2013

Copyright 2013 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK; S. 8; Ausg. 242

Length: 1260 words

Byline: Florian Eder

Body

Athen

Europa schaut auf Lampedusa und trauert. Und Europa verschließe dabei die Augen, so klagt die griechische Regierung, vor dem **Flüchtlingsproblem** am anderen Ende des Mittelmeers. Knapp 80 **Flüchtlinge** wurden erst vor wenigen Tagen beim Versuch aufgegriffen, sich nach Griechenland zu retten, 37.000 waren es im vergangenen Jahr. Unzählige haben es geschafft, ohne erwischt zu werden: Eine Million illegale Einwanderer leben in Griechenland, schätzt Innenminister Ioannis Michelakis. „Wir können einen Anteil von zehn Prozent illegaler Einwanderer in Bezug zur Gesamtbevölkerung nicht mehr tragen“, sagt er der „Welt“ im Interview.

Griechenland sieht sich überfordert angesichts dieser Maßstäbe. „Überlegen Sie: Könnte Ihr Land, könnte Deutschland mit dem höchsten wirtschaftlichen Wachstum Europas, zehn Millionen illegale Einwanderer bewältigen? Wie soll Griechenland mit seinen wirtschaftlichen und sozialen Schwierigkeiten dies stemmen?“, sagt Michelakis. Zwar hat die Regierung den **Flüchtlingsstrom** über die Landgrenze zur Türkei erfolgreich eingedämmt, mit einem Zaun, der den Zustrom seit Ende 2012 nach Regierungsangaben um 95 Prozent senkte.

Der Seeweg aber ist nach wie vor beliebt bei Flüchtlingen und Schleuserbanden, berüchtigt beim Grenzschutz. Die Inseln Samos und Kos etwa liegen in Sichtweite von der türkischen Küste, die See ist zudem nicht so rau wie vor Lampedusa. Die Regierung in Athen fordert nun Hilfe von Deutschland und den EU-Partnern im Umgang mit den Ankömmlingen. „Wir erwarten von der EU eine Unterstützung bei der Bewältigung der illegalen Einwanderer“, sagt Michelakis. Konkret will er eine Änderung der europäischen Regeln zum Umgang mit Flüchtlingen. „Wir müssen die Dublin-II-Verordnung ändern“, sagt er.

Diese EU-Gesetzgebung bestimmt, welches Mitgliedsland für die Prüfung eines Asylantrags zuständig ist - und das ist im Grundsatz jenes Land, in dem ein Flüchtling europäischen Boden betritt. Griechenland grenzt fast nur an Nichtmitgliedsstaaten der EU. „Wir müssen die illegalen Einwanderer, die nicht zurück in ihre Heimat geschickt werden können, auf alle europäischen Länder verteilen, entsprechend ihrer Bevölkerungszahl und ihrer

„Das Sparen stärkt nur die Rechtsradikalen" Griechenlands Innenminister Michelakis warnt vor Erstarken staatsfeindlicher Kräfte

Wirtschaftsleistung", fordert Michelakis. Mehrere EU-Staaten, darunter Deutschland, verzichten schon heute darauf, Asylsuchende nach Griechenland zurückzuschicken. Aus guten Gründen, denn die griechische Überforderung manifestiert sich nach Berichten von Menschenrechtsorganisationen in erbarmungswürdigen Zuständen in Auffanglagern und auch in Repressalien der Polizei - vom Klima in einem Land gar nicht zu reden, in dem die Wähler Abgeordnete einer Neonazi-Partei in ihr Parlament entsenden.

Diese Partei, die Goldene Morgenröte, habe von dem Flüchtlingsproblem profitiert, sagt der Minister. „Es ist offensichtlich, dass die Goldene Morgenröte zunächst die große Anzahl der illegalen Migranten im Land und die damit verbundenen ernsten Probleme ausgenutzt hat." Sie sei eine Protestpartei, die sich als die „Stimme all jener inszenierte, die groll gegenüber dem politischen System hegen", sagt der Minister der konservativen Nea Demokratia. „Und während sie als antisemitische Volksverhetzer auftraten, genossen sie die Privilegien des griechischen Parlaments." Sie profitierten zudem davon, dass Griechenland kein Parteienverbot kennt. Der Morgenröte müssen die demokratischen Parteien also politisch beikommen - und mit den Mitteln des Strafrechts.

Vor Kurzem haben die griechischen Behörden eine Reihe führender Vertreter der Organisation festgenommen, die der Minister nicht einmal Partei nennen mag: „Ich muss klarstellen, dass die Goldene Morgenröte keine rechtsradikale Partei ist. Es handelt sich um ein nazistisches Gebilde mit den Merkmalen einer militanten und kriminellen Vereinigung, die fast aus jeder politischen Richtung Wählerstimmen bezog", sagt er. „Ihr Handeln ist verbunden mit einer Reihe von blutigen Gewaltangriffen und Verbrechen im Sinne des Strafrechts." Der Parteichef, fünf Abgeordnete und 30 Mitglieder sind nun angeklagt, drei von ihnen in Untersuchungshaft. „Damit ist tatsächlich ein entscheidender Schlag gegen die Strukturen der Goldenen Morgenröte gelungen. Selbstverständlich werden wir uns nicht darauf beschränken", sagt Michelakis.

Warum konnte die Partei überhaupt so lange ihr Unwesen treiben, Herr Minister? Erst jetzt lägen „ausreichende Anzeichen vor, die die Gründung einer kriminellen Vereinigung beweisen", sagt er. Dafür allerdings musste erst ein Mensch sterben. Es war mutmaßlich ein Anhänger der Morgenröte, der den Hip-Hopper Pavlos Fyssas umbrachte. „Aufgrund des Schockzustands, den die kaltblütige Ermordung verursachte, löste sich das Schweigen", sagt der Minister. „Zeugen begannen zu reden. Die Fahndungskräfte waren damit endlich in der Lage, die Gründung einer kriminellen Vereinigung nachzuweisen."

Die Partei habe versucht, „den Mythos aufzubauen, sie besäße Macht, Wohnviertel von illegalen Migranten zu befreien und den Hungernden zu helfen", sagt Michelakis. Die Wähler der Partei, nur verzweifelte Menschen, die auf Rattenfänger hereinfallen? „Wähler, die sich bei den Wahlen für die Goldene Morgenröte entschieden haben oder mit ihr sympathisieren, sind nicht alle Neonazis, sie vertreten auch nicht neonazistische Ansichten." Die Festnahmen hätten den Griechen die Augen geöffnet, hofft er: „Heute wissen alle Griechen, wie erbärmlich die Realität hinter diesen Mythen ist. Sie wissen, dass sich in den Reihen der Goldenen Morgenröte eine kriminelle Vereinigung befindet. Sie wissen, dass dieses Gefüge Kriminalität mit Lächerlichkeit vereint, dreiste Feigheit mit Gefahr, die Präsenz im Parlament mit dem Versuch, die demokratischen Fundamente zu erschüttern."

Michelakis zieht im Gespräch mit der „Welt" in seinem Athener Ministerbüro einen brüchigen Bogen: von der die Demokratie bedrohenden Neonazi-Partei bis zu den harten Kürzungen in Lohn und Lebensstandards, die viele Griechen erdulden mussten. Er fordert deswegen ein Zweites von der EU - ein Ende des harten Sparens. Die EU dürfe keine Sparmaßnahmen fordern, die weiter gingen als die derzeitigen: „Solche Maßnahmen stellen soziale Risiken dar und würden rechtsradikale Formierungen in ganz Europa noch mehr verstärken."

Auf die Formel, Wirtschaftswachstum sei entscheidend zur Sanierung der Währungsunion und ihrer maroden Mitglieder, können sich zwischen Athen und Berlin zwar alle einigen - aber durchaus nicht auf die Forderung nach Konjunkturimpulsen, die Michelakis erhebt. „Wir erwarten gemeinschaftliche Unterstützung, um schnellstmöglich Wachstum und neue Arbeitsplätze zu schaffen. Weder die Realwirtschaft noch die Gesellschaft, und schon gar nicht das politische System, können weiteren Abbau und zusätzliche Steuern ertragen." Die Angst in Nordeuropa aber ist diese: Die Griechen könnten sich zurücklehnen und in den alten Schlendrian zurückfallen, wenn man es ihnen zu leicht mache.

„Das Sparen stärkt nur die Rechtsradikalen" Griechenlands Innenminister Michelakis warnt vor Erstarken staatsfeindlicher Kräfte

Michelakis verspricht, das sei weder der Fall noch im Sinne der Regierung. „Wir setzen den Reformkurs fort, den die Regierung mit Premierminister Samaras eingeschlagen hat, um Wirtschaftswachstum zu fördern." Gleichzeitig werde die Regierung „Gewalt von allen Seiten bekämpfen und bestrafen", sagt er. „Wir werden neue Gesetze gegen Rassismus, Fremdenhass und neonazistische Praktiken vorschlagen." Beides zusammen sieht der Minister als unabdingbar: „Nur so können wir den sozialen Konsens wiederherstellen." Der nämlich sei mehr als labil: „Wir können in keinem Falle auf Dauer die heutige Arbeitslosigkeit bewältigen und schon gar nicht eine explosive Zunahme."

Graphic

dpa/Claudio Peri

Minister Ioannis Michelakis fordert von Brüssel ein Ende des harten Sparkurses

Claudio Peri

Load-Date: October 17, 2013

End of Document

EU-Innenminister geben Kontrolle über Grenzen nicht her; Auch nach dem neuen Schengen-Abkommen bestimmen die Hauptstädte über ihre Schlagbäume. EU-Kommission wehrt sich vergeblich

Die Welt

Freitag 8. Juni 2012

Copyright 2012 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK; S. 8; Ausg. 132

Length: 811 words

Byline: Stefanie Bolzen

Highlight: EU will Türkei für Rücknahme von **Flüchtlingen** Visa-Erleichterung anbieten

Body

Brüssel

Wenn es um Europas offene Binnengrenzen geht, driften die Meinungen weit auseinander, welche Art der Kontrolle im besten Sinne europäisch ist. Dieser Konflikt war am Donnerstag wieder einmal zu begutachten, als Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) und seine Amtskollegen in Luxemburg auf EU-Innenkommissarin Cecilia Malmström trafen. Die Schwedin wehrte sich gegen die Forderung der Minister, dass die Mitgliedsländer über geplante größere Beschränkungen der Reisefreiheit entscheiden können, weil es sich nicht um einen europäischen Mechanismus handelt. Für Friedrich hingegen bedeutet die geplante Neuregelung "nicht weniger, sondern mehr Europa".

Am Ende setzte sich der EU-Rat aber gegen die Kommissarin durch. Im Extremfall können die Nationalstaaten künftig die Schlagbäume bis zu zwei Jahre herunterlassen. Diese Neuerung geht auf die Flüchtlingsströme Anfang 2011 aus Nordafrika zurück. Seinerzeit hatte die französische Regierung kurzfristig Kontrollen wiedereingeführt, weil viele Migranten über Italien dank der offenen Schengen-Grenzen nach Frankreich weiterreisten. Die EU-Kommission hatte sich heftig gegen diese Alleingänge gewehrt und die Novellierung des Schengen-Abkommens so gestaltet, dass Brüssel das Schlusswort über die Einführung von Grenzkontrollen gehabt hätte. Das aber lehnten Deutschland und Frankreich kategorisch ab. Es bleibt nun dabei, dass die EU-Behörde nationale Maßnahmen zwar prüft, die Entscheidung letztlich aber im EU-Rat fällt. "Der Notfallmechanismus kommt nur infrage, wenn alle Stricke reißen - und es ist auch jetzt kein Fall sichtbar, wo ich sagen würde, dass er notwendig ist", schränkte Friedrich vorsorglich ein. Ohnehin muss das EU-Parlament der Änderung noch zustimmen. Dort zeichnet sich bereits Widerstand ab.

Die Zahl irregulärer Übertritte in den Schengen-Raum stellt die EU-Innenminister weiterhin vor massive Probleme. Zwischen Oktober und Dezember wurden laut EU-Kommission 30.000 illegale Übertritte verzeichnet - 75 Prozent

EU-Innenminister geben Kontrolle über Grenzen nicht her Auch nach dem neuen Schengen-Abkommen bestimmen die Hauptstädte über ihre Schlagbäume. EU-Kommission weh....

davon an der türkisch-griechischen Grenze. Die Krise in Griechenland hinterlässt damit überall ihre Spuren, auch an der Außengrenze der Europäischen Union. Athens Grenzbeamte kommen gegen den Zustrom Illegaler aus der Türkei kaum noch an.

Die EU-Grenzagentur Frontex ist bereits seit eineinhalb Jahren im Einsatz, um die Griechen bei der Bewältigung des Zustroms zu unterstützen. Aber auch ein 12,5 Kilometer langer Zaun am Grenzfluss Evros, der in Planung ist, wird nicht viel an der dramatischen Lage ändern. Die Region wird auf absehbare Zeit "die Gegend mit der höchsten Zahl irregulärer Grenzübertritte bleiben,,", heißt es im jüngsten Bericht von Frontex.

Bei ihrem Treffen in Luxemburg berieten die EU-Innenminister deshalb auch über eine Lösung für dieses anhaltende Problem. Als "offen wie ein Scheunentor,, kritisiert mancher Minister diese Außengrenze der Union. Die EU-Regierungen wollen in der Krise nicht noch mehr Druck durch eine steigende Zahl von Asylsuchenden bekommen. Deshalb stellt die Union der Türkei jetzt ein Dokument in Aussicht, das eine "Perspektive auf Visa-Erleichterung,, und damit irgendwann auch Visa-Freiheit verspricht. Dafür wollen die Europäer aber eine Gegenleistung: Die Türken sollen illegale Zuwanderer, die nachweislich über türkisches Territorium in die EU gelangt sind, zurücknehmen. Die dänische EU-Ratspräsidentschaft will die Vereinbarung bis Ende Juni festklopfen. Man "sei fest davon überzeugt,,", dass der Prozess jetzt in Gang gesetzt werde, hieß es seitens des Vorsitzes in Brüssel.

"Die Türkei hat in jüngster Vergangenheit mehr Rück- als Fortschritte gemacht. Ich erkenne kaum den Willen, die Situation bei illegaler Migration und Asyl zu verbessern. Dieses Verhalten mit einer möglichen Visa-Liberalisierung zu honorieren passt nicht ins Bild. Dies ist zum jetzigen Zeitpunkt das falsche Signal,,", sagte der CSU-Europaabgeordnete Manfred Weber der "Welt,,.

Schon seit vielen Jahren verhandeln EU und Türkei über eine Visa-Liberalisierung, bisher ohne Erfolg. Nach wie vor müssen Türken zu Hause Schengen-Visa beantragen, die lange Behördengänge und Gebühren - in Deutschland 60 Euro - bedeuten. Ankara, seit 2005 Kandidat für die EU-Mitgliedschaft, fühlt sich gegenüber anderen Staaten wie Georgien diskriminiert, mit denen Brüssel bereits einen offiziellen Dialog über Reiseerleichterungen begonnen hat. Zudem fürchtet Ankara, dass die EU es bei Versprechen belässt, wenn Ankara einmal die Rücknahme zugesagt hat. Deshalb verlangen die Türken, dass die Europäer mit dem Abkommen der EU-Kommission ein Mandat erteilen, damit der Visa-Dialog formell beginnt. Das Rücknahmeabkommen gilt für die Türken, deren Beitrittsprozess seit Jahren wegen der Blockade durch mehrere Mitglieder feststeckt, als verbleibender "Joker,,.

"Das Recht zur Entscheidung bleibt bei den Mitgliedsstaaten" Hans-Peter Friedrich, Bundesinnenminister

Load-Date: September 12, 2012

Kleine Erfolge bei der Integration; Migranten gliedern sich besser in die Gesellschaft ein. Doch es bleiben erhebliche Unterschiede

Die Welt

Freitag 13. Januar 2012

Copyright 2012 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT

Section: POLITIK; S. 4; Ausg. 11

Length: 1407 words

Byline: Freia Peters

Highlight: Weniger Arbeitslose, aber fast dreimal so viele Schulabbrecher wie bei den DeutschenGrüne vermissen Lösungen und Verbesserungsvorschläge, SPD kritisiert Blick auf die Herkunft bei Jobsuche

Body

Auf die Frage, warum denn der Anteil von Migranten im öffentlichen Dienst über die vergangenen fünf Jahre gesunken sei, reagierte Maria Böhmer (CDU) leicht schnippisch. „Im Bereich der Medien ist der Nachholbedarf übrigens am größten“, gab die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration im leicht vorwurfsvollen Ton an die fragende Journalistin zurück. Der Anteil von Angestellten mit Migrationshintergrund in Medienunternehmen betrage ein Prozent, im öffentlichen Dienst seien es immerhin 9,9 Prozent. „Wir müssen beide unsere Hausaufgaben erledigen“, fasste Böhmer zusammen.

Der niedrige Anteil von Migranten bei der Polizei, in Schulen oder Behörden offenbart jedoch am auffälligsten die Defizite der Eingliederung - schließlich hatten Bund und Länder schon vor Jahren vereinbart, sich um mehr Migranten zu bemühen. Insgesamt aber wertet die Bundesregierung die Ergebnisse des Berichts zum Fortschritt der Integration als Erfolg. „Der Bericht zeigt maßgebliche Fortschritte bei der Integration“, sagte Böhmer bei der Vorstellung der neuen Untersuchung. „In zentralen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens hat sich die Teilhabe der 16 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund verbessert.“ Deutschlands Migranten sind seltener arbeitslos, mehr von ihnen erlangen einen höheren Schulabschluss als noch vor einigen Jahren.

Der „Zweite Indikatorenbericht“ für Böhmer ist eine der bislang umfassendsten Integrationsstudien überhaupt. Anhand von 64 Indikatoren wurde untersucht, inwieweit sich die Lebensverhältnisse der Zuwanderer seit dem Jahr 2005 verändert haben. Das wesentliche Ergebnis der 256 Seiten langen Untersuchung lautet, dass sich die Lebensumstände von Menschen mit Migrationshintergrund denen der aufnehmenden Gesellschaft ein wenig mehr angeglichen haben, der Unterschied aber nach wie vor erheblich ist.

Der Bericht greift hauptsächlich auf die Daten des Mikrozensus zurück, einer jährlich stattfindenden repräsentativen Befragung der Bevölkerung, die seit 2005 zwischen Bürgern mit und ohne Migrationshintergrund unterscheidet.

Kleine Erfolge bei der Integration Migranten gliedern sich besser in die Gesellschaft ein. Doch es bleiben erhebliche Unterschiede

Bürger mit Migrationshintergrund sind alle Ausländer, alle Zugewanderten und alle Eingebürgerten und deren Kinder.

Diese bleiben mittlerweile seltener ohne Schulabschluss: 2010 waren es 4,4 Prozent, 2005 hingegen noch 5,1 Prozent. Die Entwicklung stellte zwar eine Verbesserung dar, aber nur eine kleine: Die Schulabbrecherquote bei Migranten ist damit noch fast dreimal so hoch wie bei einheimischen jungen Deutschen (1,6 Prozent). Eine ähnliche Entwicklung zeigt sich bei der Zahl der Arbeitslosen. 15,8 Prozent der Ausländer sind erwerbslos - 2005 waren es noch 25,1 Prozent. Doch noch immer sind doppelt so viele Ausländer arbeitslos wie Bürger der Gesamtbevölkerung (7,7 Prozent). Als großen Erfolg wertet Böhmer jedoch die Entwicklung bei frühkindlicher Bildung und die Ausweitung der Betreuungsquote in Kindergärten. Bei älteren Kindern hängt die Kita-Quote inzwischen nicht mehr stark vom Migrationshintergrund ab. 94,9 Prozent der Kinder zwischen drei und sechs Jahren ohne Migrationshintergrund werden in einem Kindergarten betreut - und 85,7 Prozent der Kinder mit Migrationshintergrund.

Anders bei Kleinkindern. 2010 besuchten 12,2 Prozent der unter Dreijährigen mit Migrationshintergrund eine Kindertagesstätte. Das entspricht einem Anstieg von 34 Prozent im Vergleich zu 2005 (9,1 Prozent). Die Betreuungsquote bei Kleinkindern ohne Migrationshintergrund liegt allerdings mehr als doppelt so hoch (28 Prozent).

„Es gibt immer noch eine unterschiedliche Nähe bei Migrationsfamilien, was den Kita-Besuch angeht“, räumte Böhmer ein. „Es gibt Familien, die eine frühkindliche Betreuung nicht als Weg der Förderung unterstützen. Das muss man auch noch verbessern.“

Trotz der Erfolge seien die Unterschiede zwischen den 16 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund und jenen ohne immer noch zu groß, betonte Böhmer. Integration müsste daher jetzt noch „verbindlicher“ gestaltet werden. Sie wies auf den kommenden Integrationsgipfel im Kanzleramt Ende Januar hin, auf dem ein Aktionsplan mit überprüfbaren Integrationszielen vorgelegt werden soll. Einen besonderen Schwerpunkt will Böhmer in Zukunft auf den Bereich Bildung legen. „Wir müssen davon wegkommen, dass Bildung von der sozialen Zugehörigkeit abhängt“, sagte Böhmer. „Deutsch muss die Alltagssprache in jeder Familie sein.“ Gleichzeitig wolle die Bundesregierung eine „große Werbekampagne“ starten, um mehr Migranten in Unternehmen und den öffentlichen Dienst zu bringen. Migranten seien die Arbeitskräfte der Zukunft, dieses Potenzial müsse sich jedes Unternehmen sichern.

Memet Kilic, Integrationsbeauftragter der Bundestagsfraktion der Grünen, findet das wieder einmal typisch. „Es bleibt bei ein paar netten Appellen der Bundesregierung. Da kommt dann eine Broschüre, da steht drin: ‚Beschäftigt doch auch bitte Ayse!‘“, sagte Kilic der „Welt“. „Frau Böhmer ist nicht dafür da, Zahlen zu präsentieren. Ich vermisste Lösungen und Verbesserungsvorschläge.“ Wo der Bund selbst für eine größere Teilhabe von Migranten sorgen könne, geschehe nichts, sagte Kilic und verwies auf den gesunkenen Anteil von Zuwanderern im öffentlichen Dienst. „Warum keine erleichterte Einbürgerung? Warum kein Beschuss zu anonymen Bewerbungen? So bleibt die natürliche Selektion in den Köpfen.“ Darüber hinaus zweifelt Kilic an der Aussagekraft der Statistiken. Zusätzlich zu den Daten des Mikrozensus flossen in den Indikatorenbericht Zahlen der Bundesagentur für Arbeit, der Rentenversicherung und der polizeilichen Kriminalitätsstatistik ein. Diese etwa unterscheidet nur zwischen Deutschen und Ausländern. Ein Migrationshintergrund wird nicht erfasst. Ein Bürger mit einer türkischen Mutter und einem deutschen Pass etwa wird je nach Quelle mal zu den Deutschen gezählt, mal gesondert als „Mensch mit Migrationshintergrund“ ausgewiesen.

Ungeachtet dieser Unterschiede führt der Berliner Soziologe und Mitautor der Studie, Professor Ruud Koopmans vom Wissenschaftszentrum für Sozialforschung, die Fortschritte der Integration in Deutschland auch auf den „natürlichen“ Eingliederungsprozess hier lebender Ausländer bei geringer Neuzuwanderung zurück. „Der natürliche Assimilierungsprozess wird nicht durch eine besonders starke Neuzuwanderung untergraben, die die positive Entwicklung der seit längerer Zeit in Deutschland lebenden Migranten wieder zunichtemacht“, sagte Koopmans. 2010 waren mehr Menschen aus Deutschland abgewandert als nach Deutschland zugewandert. Arbeitsmarktforscher hatten vor dem Hintergrund des drohenden Fachkräftemangels vor einer Verstärkung dieses

Kleine Erfolge bei der Integration Migranten gliedern sich besser in die Gesellschaft ein. Doch es bleiben erhebliche Unterschiede

Trends gewahrt. Für die Integration der schon in Deutschland lebenden Migranten jedoch sei eine geringe Neuzuwanderung positiv, betonte Koopmans.

Auch die Opposition räumte - trotz aller Kritik - Fortschritte bei der Eingliederung von Migranten in die Gesellschaft ein. „Es sind durchaus Fortschritte bei der Integration von Menschen mit Migrationshintergrund in den Arbeitsmarkt, Schule oder Ausbildung erkennbar“, sagte Aydan Özoguz, Integrationsbeauftragte der SPD-Bundestagsfraktion und stellvertretende Parteivorsitzende. „Es ist gut, dass Staatsministerin Böhmer ehrlich einräumt, das Ziel der Halbierung der Schulabbrecher bis 2012 nicht mehr erreichen zu können.“ Grundlegend sei jedoch zu hinterfragen, ob die Einteilung der Statistiken nach Migrationshintergründen Sinn mache. „Wir müssen auf die konkrete Lage der Jugendlichen oder Arbeitslosen schauen, nicht auf deren Herkunft. Wir müssen dafür kämpfen, dass jeder Jugendliche einen Abschluss schafft, egal welcher Herkunft er oder sie ist.“ Zur Wahrheit bei der Arbeitsplatzsuche gehöre ja auch, dass Jugendliche mit fremd klingenden Namen bei gleicher Qualifikation deutlich seltener zum Vorstellungstermin eingeladen würden. „Der ständige Blick auf die Herkunft schafft Isolation und Barrieren, die das gesellschaftliche Zusammenwachsen nicht stärken, sondern behindern“, sagte Özoguz.

Die Grünen plädieren für eine verpflichtende Migrantenquote in Unternehmen. „Zehn Prozent wären nicht schlecht“, sagt der Integrationsbeauftragte Kilic. Der Anteil der Bürger mit Migrationshintergrund betrage zwar 19,6 Prozent. Aber Kilic freue sich über jede kleine Verbesserung. „Weil ich ein Migrant bin, bin ich bescheiden.“

„Es gibt Migrantenfamilien, die eine frühkindliche Betreuung nicht als Weg der Förderung unterstützen“ Maria Böhmer (CDU), Integrationsbeauftragte der Bundesregierung

Load-Date: January 13, 2012

„Niemand darf sich Leistungen erschleichen“; Minister Friedrich warnt vor Missbrauch der EU-Freizügigkeit

Die Welt

Dienstag 8. Oktober 2013

Copyright 2013 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT

Section: POLITIK; S. 7; Ausg. 234

Length: 971 words

Byline: Christoph B. Schiltz

Body

BrüsselMüssen die Grenzen der Europäischen Union für **Flüchtlinge** und **Asylsuchende** aus Krisengebieten außerhalb der EU stärker geöffnet werden? Soll das Recht für EU-Bürger, sich innerhalb Europas frei bewegen zu können, eingeschränkt werden? Diese beiden Fragen werden die europäische Debatte in den kommenden Tagen dominieren. Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) forderte, das Recht auf Freizügigkeit in bestimmten Fällen massiv einzuschränken. „Wir müssen die Möglichkeit schaffen, bei Missbrauch des Freizügigkeitsrechts auszuweisen und die Wiedereinreise von Ausgewiesenen zu verwehren. Die Freizügigkeit umfasst nicht das Recht, Leistungen zu erschleichen," sagte Friedrich der „Welt". EU-Justizkommissarin Viviane Reding hatte dagegen kürzlich erklärt: „Populistische Bangemacherei über einen 'Wohlfahrtstourismus' hat keinen Platz in Europa."

Beim Treffen der EU-Innenminister am Dienstag in Luxemburg dürfte der richtige Umgang mit dem Recht auf Freizügigkeit zu heftigen Kontroversen führen. Zunächst einmal steht bei den Beratungen aber ein anderes Thema im Vordergrund: Nach der **Flüchtlingstragödie** vor der italienischen Insel Lampedusa mit rund 350 Toten steigt der Druck auf die europäische Zuwanderungspolitik. Die EU-Innenminister wollen sich auf Antrag von Italien und Frankreich hin ausführlich mit der **Flüchtlingsproblematik** beschäftigen. „Das Mittelmeer kann kein riesiger Friedhof unter freiem Himmel bleiben", sagte etwa Frankreichs Außenminister Laurent Fabius.

Der Menschenrechtsbeauftragte der Bundesregierung, Markus Löning (FDP), rief zu einer neuen Haltung gegenüber Flüchtlingen auf. Er forderte zugleich mehr legale Zuwanderungsmöglichkeiten nach Europa: „Wir müssen uns insgesamt offener zeigen und auch mehr auf Humanität setzen", sagte Löning. Europa müsse „Ventile öffnen für eine vernünftige, geregelte Zuwanderung". EU-Parlamentspräsident Martin Schulz betonte, die Flüchtlinge müssten in Zukunft gerechter auf die EU-Mitgliedstaaten verteilt werden. „Das heißt auch, dass Deutschland zusätzliche Menschen aufnehmen muss", sagte Schulz der „Bild"-Zeitung.

Die Bundesregierung wies diese Forderung umgehend zurück. Die Zahl der Asylbewerber steige in Deutschland, sagte Regierungssprecher Stefan Seibert. Es gehe darum, die Lebensverhältnisse der Flüchtlinge in ihren Heimatländern zu verbessern. Ein Sprecher des Bundesinnenministeriums ergänzte, dass etwa Italien im

„Niemand darf sich Leistungen erschleichen" Minister Friedrich warnt vor Missbrauch der EU-Freizügigkeit

vergangenen Jahr 15.000 Asylbewerber aufgenommen habe, während es in Deutschland 65.000 gewesen seien. „Der Ruf nach einem gerechteren Verteilungsmechanismus" lasse sich mit Blick auf Deutschland nicht begründen.

Kritiker werfen der EU immer wieder vor, sich gegen Flüchtlinge abzuschotten und sie damit in die Hände von kriminellen Schleusern oder gar in den Tod zu treiben. Nach Angaben der Internationalen Gesellschaft für Migration starben in den vergangenen zwei Jahrzehnten rund 25.000 Flüchtlinge bei der Überfahrt auf dem Meer, allein 1700 davon im Jahr 2012. Der Streit über den richtigen Umgang mit Flüchtlingen schwelt seit Jahren in Brüssel. So wollen Länder wie Deutschland die Schleuserkriminalität stärker bekämpfen. Die EU-Kommission wiederum drängt auf offenere Grenzen im Rahmen von so genannten Mobilitätspartnerschaften, um legale Zuwanderung zu vereinfachen. Sie konnte sich damit bisher aber nicht durchsetzen. Eine Änderung der Zuwanderungsbedingungen ist daher auch in absehbarer Zeit nicht zu erwarten - trotz der Tragödie vor Lampedusa. Die EU versucht jetzt aber mit vereinten Kräften die Überwachung von Flüchtlingen auf See durch ein neues System mit dem Namen „Eurosur" zu verbessern, um auch bei Seenot besser helfen zu können.

Neben dem Flüchtlingsproblem steht auch die Armutseinwanderung innerhalb der EU auf der Tagesordnung der Innenminister. Die Fachminister aus Deutschland, Österreich, den Niederlanden und Großbritannien hatten im April Maßnahmen gegen EU-Bürger gefordert, welche die Freizügigkeit der Union ausnutzten - mit dem Ziel, gezielt in reicheren EU-Ländern Sozialleistungen zu erhalten. Viele Kommunen in Deutschland klagten über einen starken Zuzug aus Bulgarien und Rumänien, insbesondere von Roma. So haben sich die Sozialleistungen für arbeitssuchende Bulgaren und Rumänen innerhalb eines Jahres allein in Berlin um 38 Prozent erhöht, in München um 60 Prozent und in Offenbach sogar um 70 Prozent.

Die EU-Kommission hatte die Mitgliedsländer aufgefordert, konkrete Zahlen wie diese vorzulegen. 17 Staaten haben mittlerweile Datenmaterial eingereicht, Reding will die Zahlen nun in Luxemburg vorstellen. Es wird erwartet, dass die energische Kommissarin den beklagten Anstieg von Armutsmigration anzweifeln wird. Die EU-Kommission hatte bereits Ende Mai klar gestellt, dass es auch künftig keine „generellen Präventivmaßnahmen wie etwa Ausweisungen" geben werde.

Die Kontroverse bei der Freizügigkeit dreht sich vor allem um drei Fragen: Wann liegt ein Missbrauch des Grundrechts auf Freizügigkeit vor, wie ist in einem solchen Fall zu verfahren und was kann man im Vorfeld dagegen tun? Artikel 35 der Freizügigkeits-Richtlinie von 2004 sieht ausdrücklich vor, bei „Rechtsmissbrauch oder Betrug, zum Beispiel durch das Eingehen von Scheinehen" den freien Zuzug einzuschränken. Minister Friedrich sagte, dass „Freizügigkeitsgesetz gibt nur dem das Recht zu uns zu kommen, der hier studieren, hier arbeiten und hier Steuern zahlen will". Wer sich „aber nur aus den Sozialkassen bedienen will", könne sich nicht auf das Freizügigkeitsrecht berufen. „Freizügigkeit heißt nicht, die Freiheit zu haben, nur wegen höherer Sozialleistungen das Land zu wechseln." Die EU-Kommission müsse endlich ernst nehmen, dass „die wachsende Zahl von Freizügigkeitsmissbrauch" immer mehr Städten und Kommunen in Deutschland Probleme bereite. „Wir müssen gegensteuern", sagte der Minister.

Graphic

REUTERS/GONZALO FUENTES

Eine Roma tanzt in Paris, um auf den wachsenden Rassismus gegen ihre Minderheit aufmerksam zu machen

GONZALO FUENTES

Load-Date: October 8, 2013

„Niemand darf sich Leistungen erschleichen" Minister Friedrich warnt vor Missbrauch der EU-Freizügigkeit

End of Document

**Griechenlands neuer Rassismus; Bewaffnete rechtsextreme
„Schwarzhemden“ verfolgen Migranten**

Die Welt

Mittwoch 22. Mai 2013

Copyright 2013 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK; S. 7; Ausg. 116

Length: 632 words

Byline: Boris Kálnoky

Dimitra Moutzouri

Body

Athen/Istanbul

Am vergangenen griechisch-orthodoxen Ostermontag hielten sechs Männer in Athen einen 15-jährigen Jungen an. Sie waren alle schwarz gekleidet, er ein **Migrantenkind** aus Afghanistan. Das war seine Antwort auf ihre Frage, woher er komme. Der Rest waren Prügel. Sie zerschlugen eine Flasche und zerschnitten damit sein Gesicht. Mediziner von Ärzten ohne Grenzen waren rasch zur Stelle, und als Erste Hilfe geleistet war, fragten sie ihn, was sie noch für ihn tun könnten. „Ihr könnt nicht geben, was ich brauche“, sagte er. „Versuche es, vielleicht doch.“ „Ich will meine Mutter“, sagte der Junge leise.

Immerhin, er lebte noch. Innerhalb der letzten zwölf Monate starben nach Angaben des UN-Flüchtlingshilfswerks mindestens drei Migranten bei solchen Angriffen, die nach überwiegender Ansicht meist von Angehörigen der neofaschistischen Partei „Goldene Morgendämmerung“ verübt werden. Mehr als 150 Migranten wurden bei rassistischen Übergriffen verletzt; das sind aber nur jene, die sich beim UNHCR meldeten und dort interviewt wurden.

Von nächtlichen Patrouillen der Schwarzhemden ist da die Rede, oft in Begleitung von Kampfhunden. Einer der bekanntesten Regisseure des Landes, der griechischstämmige, aber aus Albanien „heimgekehrte“ Laertis Vassiliou, versteckt sich seit gut einem halben Jahr vor den Neonazis, seit sie in seinem Wohnblock auftauchten und dort nach ihm herumfragten. Seiner Mutter hatten sie gedroht: Wir schneiden deinen Sohn in Stücke und schicken ihn als Päckchen! „Ich wohne nur noch bei Freunden“, sagte er dieser Zeitung. Abgesehen davon, dass er als „Albaner“ gilt, ist sein großes Verbrechen in den Augen der Morgendämmerung, dass er das Stück „Corpus Christi“ zu inszenieren versuchte, in dem Jesus und seine Jünger als homosexuell dargestellt werden. Zu Vassiliou's Erfahrungen als „Albaner“ gehören Schläge von Polizisten, nachdem sie seine Ausweispapiere prüften

Griechenlands neuer Rassismus Bewaffnete rechtsextreme „Schwarzhemden“ verfolgen Migranten

und sahen, dass er albanischer Staatsbürger war; und die Tatsache, dass er erst als preisgekrönter Regisseur einen griechischen Pass bekam, nachdem sich ein Politiker in die Sache einschaltete.

Nicht nur auf den Straßen der Städte verbreitet die Morgendämmerung Angst und Schrecken. Ihre Abgeordneten, so hieß es kürzlich in einem Statement der kleinen Linkspartei Dimar (die der Regierungskoalition angehört), trügen selbst im Parlament offen Waffen, denn es gebe kein Gesetz dagegen.

Umfragen sehen die Morgendämmerung derzeit als drittstärkste Kraft im Land, mit rund 13 Prozent der Stimmen. Rassistische Haltungen sind aber nicht auf deren Anhänger begrenzt, sondern durchdringen alle Schichten der Gesellschaft, meint Migrationsforscherin Anna Triandafyllidou. Ihr zufolge wird zwar oft auf die traditionelle griechische Gastfreundschaft verwiesen, aber Gäste sind Durchreisende. Als Mitbürger mit Rechten und Ansprüchen werden Fremde in Griechenland grundsätzlich nicht akzeptiert, sagt sie. Sie und andere Experten wie der Athener Professor für Zeitgeschichte, Evanthis Xatsivasiliou, sehen den Ursprung des griechischen Rassismus um das Jahr 1990 herum, als Griechenland für Migranten zum Einfallstor nach Europa wurde. Viele blieben dort hängen, der Staat begann nie, auch nur Ansätze einer administrativen Bewältigung des Problems zu versuchen.

Auf einem anderen Blatt stehen wachsende Ressentiments gegen Deutsche als Folge der - so meinen viele Griechen - von Deutschland erzwungenen griechischen Sparpolitik. Xatsivasiliou, der öfter in TV-Sendungen vor solchen antideutschen Reflexen warnt, sagt aber auch: Die deutsche Berichterstattung über Griechenland, arrogant und simplifizierend bis hin zu fast rassistischen Untertönen, trägt einen Teil der Schuld an dieser neuen Deutschfeindlichkeit.

Innerhalb der letzten zwölf Monate starben drei Menschen bei rassistischen Angriffen

Load-Date: May 22, 2013

**Krisengeplagte suchen ihr Heil in Deutschland; OECD-Migrationsausblick:
Deutschland verzeichnet die stärkste Einwanderung in ganz Europa - der
Trend steigt weiter**

Die Welt

Donnerstag 28. Juni 2012

Copyright 2012 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT

Section: WIRTSCHAFT; S. 9; Ausg. 149

Length: 909 words

Byline: Freia Peters

Highlight: Laut Sachverständigenrat gelingt es Deutschland zudem am besten, **Migranten** entsprechend ihres Könnens einzusetzen

Body

Migranten, und darunter zunehmend Hochqualifizierte, kommen in kein anderes europäisches Land lieber als nach Deutschland. Das sind nicht etwa die Träume eines Visionärs, sondern die neusten Ergebnisse des OECD-**Migrationsausblickes** und des Immigrant Citizen Survey des Sachverständigenrates für Integration und **Migration**.

Migranten finden die Integrationskurse prima, die Deutschtests für nachziehende Familienangehörige „sehr hilfreich“. Der Erhalt des Daueraufenthaltsrechts? In Deutschland keine unüberwindbare Hürde! Ähnliches gilt für den Job. Denn die allermeisten Zuwanderer haben eine Arbeit, die ihrem Können entspricht.

„Wir waren teilweise sehr überrascht von den Ergebnissen“ sagt Dr. Gunilla Fincke, Forschungsdirektorin des Sachverständigenrates. Migrationsexperten hatten in 15 Großstädten in sieben EU-Ländern mehr als 7000 ausländische Arbeitnehmer aus Drittstaaten befragt. In Deutschland wurden die Umfragen in Berlin und Stuttgart durchgeführt. „Mehr als 90 Prozent der Befragten halten Integrationskurse für hilfreich, Grundkenntnisse der deutschen Sprache zu erwerben. Der Spracherwerb hilft wiederum, sich vor Ort mehr engagieren und einbringen zu können“, sagt Fincke. „Allen Unkenrufen zum Trotz heißt das: Die Bereitschaft der Zuwanderer sich zu integrieren ist sehr groß.“

Obwohl Deutsch eine vergleichsweise schwierige Sprache ist, wies nur jeder Vierte auf Probleme beim Spracherwerb hin. Zuwanderern wird in Deutschland ein gut verständliches und gut durchführbares Angebot an Sprachkursen gemacht. Nur knapp zehn Prozent gaben an, zu wenig Zeit oder Informationen bekommen zu haben. In Paris oder Lyon hingegen mangelte es daran bei fast jedem zweiten Zuwanderer.

Krisengeplagte suchen ihr Heil in Deutschland OECD -Migrationsausblick: Deutschland verzeichnet die stärkste Einwanderung in ganz Europa - der Trend steigt weit....

Auch bei der Integration von Zuwanderern in den Arbeitsmarkt schneidet Deutschland im europäischen Vergleich überdurchschnittlich gut ab. Ausländische Arbeitssuchende finden in der Bundesrepublik wesentlich leichter einen Job als in anderen westeuropäischen Staaten. So stieß nur jeder Dritte, der in Berlin eine Arbeit suchte, auf Probleme; in Stuttgart fand mehr als jeder Zweite schnell eine Stelle. In Portugals Hauptstadt Lissabon gaben 79 Prozent der Befragten an, bei der Arbeitssuche Schwierigkeiten zu haben, in Brüssel waren es 71 Prozent. Auch die Arbeitsbedingungen werden als gut empfunden. Jeder Fünfte bemängelte als größte Hürde, dass Arbeitgeber in Berlin nur Zeitverträge anbieten. In anderen EU-Großstädten stoßen Zuwanderer hingegen vermehrt auf Diskriminierung, illegale und damit nicht versicherte Jobangebote oder Sprachbarrieren. In Stuttgart hatten nur 13 Prozent der Befragten Schwierigkeiten, ihre Ausbildung mit ihrer neuen Stelle zu vereinbaren, in Berlin waren es 18 Prozent. Grund für dieses positive Ergebnis ist die in Deutschland vergleichsweise geringe Quote illegal Beschäftigter. In Italien etwa werden Zuwanderer häufig in irreguläre Jobs gedrängt, vor allem in der Baubranche. In Neapel gaben zwei Drittel an, dass „die derzeitige Arbeit nichts mit meinen Qualifikationen zu tun“ habe.

Für Forschungsdirektorin Fincke sind die Ergebnisse kein Grund, sich zufrieden zu geben. „Es gibt trotz Anerkennungsgesetz nach wie vor eine Lücke bei der Anerkennung von Berufsabschlüssen, die in die Länderhoheit fallen, wie etwa Lehrer und Erzieher“, sagt Fincke. „Es ist überfällig, dass die Länder diese Lücke schließen.“

Einiges aber habe sich bereits verbessert, zumindest laut dem europäischen Forscher-Gremium, das gestern den OECD-Migrationsausblick präsentierte. „Die Beschäftigungssituation von Migranten hat sich in Deutschland stärker verbessert als in anderen OECD-Ländern“, heißt es im Bericht. Seit 2008 ist die Beschäftigungsquote von Zuwanderern um vier Prozentpunkte auf 66,5 Prozent gestiegen - deutlich mehr als bei Deutschen, deren Beschäftigungsquote um 1,5 Prozentpunkte stieg. Das ist das höchste Wachstum in der OECD - die insgesamt einen Rückgang des Anteils von Migranten auf dem Arbeitsmarkt verzeichnete. Das Wachstum in Deutschland war besonders bei zugewanderten Frauen stark ausgeprägt. Die größten Gruppen der Neuzuwanderer stammen aus Polen, Rumänien, Bulgarien und Ungarn. 2010 konnte Deutschland zudem 20 000 überwiegend hochqualifizierte Arbeitskräfte außerhalb der erweiterten EU gewinnen. „Auch viele Flüchtlinge und Familienmigranten haben einen Universitätsabschluss“, sagte der Co-Autor der Studie. Im vergangenen Jahrzehnt seien rund eine halbe Million Hochqualifizierte nach Deutschland gekommen.

Einen deutschen Pass allerdings wollen Zuwanderer nicht um jeden Preis. 57,4 Prozent der Migranten schreckt vor dem Einbürgerungsverfahren zurück. Knapp die Hälfte (47,3 Prozent), sieht im Status eines Eingebürgerten keinen Vorteil zum dauerhaften Aufenthaltsrecht. Die Möglichkeit, wählen zu gehen, lockt die Zuwanderer nicht. Nur knapp 55 Prozent gaben an, dass sie wählen gehen würden, wenn sie dürften.

„Eine Regierung sollte ein Interesse daran haben, dass sie durch einen großen Teil der Bevölkerung legitimiert wird“, sagt Fincke und plädiert dafür, in einer auf zwei Generationen ausgedehnten Übergangsphase großzügiger die doppelte Staatsbürgerschaft zuzulassen.

In Deutschland geborene Kinder von Zuwanderern müssen sich zwischen dem 18. und 23. Lebensjahr für einen der Pässe entscheiden, den sie von Geburt an besitzen - den deutschen oder den der Eltern. Insbesondere die türkischen Staatsbürger empfinden es als großes Hindernis, ihren Pass abzugeben. 70 Prozent haben damit ein Problem.

Load-Date: September 12, 2012

Wut der Griechen richtet sich gegen Flüchtlinge

Die Welt

Donnerstag 24. Mai 2012

Copyright 2012 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK; S. 6; Ausg. 120

Length: 438 words

Byline: Boris Kálnoky

Body

Nachdem am Samstag ein 30-jähriger Grieche in der Hafenstadt Patras mutmaßlich von drei Afghanen erstochen wurde, ist es dort am Dienstag zu schweren Ausschreitungen gekommen. Weitere Proteste waren angekündigt. Augenzeugen zufolge war es zwischen den Afghanen und dem Opfer zu einer Auseinandersetzung wegen dessen Hund gekommen. Der junge Mann wurde mit sechs Messerstichen niedergestreckt. Die Polizei verhaftete einen 17-jährigen Afghanen, nach zwei weiteren wird gefahndet. Am Dienstag kam es in der Nähe des Tatorts zu einer Demonstration der Einwohner. Dort sind in einer alten Fabrik mehrere Hundert Migranten untergebracht, die darauf warten, mit der Fähre nach Italien zu gelangen. Die aufgebrachten Bürger versuchten, die Fabrik zu stürmen, wurden von der Polizei daran gehindert. Daraufhin kam es am Abend zu einem zweiten, wesentlich gewalttätigeren Angriff gegen die Migrantenunterkunft, diesmal unter Beteiligung einiger Dutzend Anhänger der rechtsextremen Partei Goldene Morgendämmerung.

Die Partei hat ihren Wählern versprochen, Griechenland von illegalen Einwanderern zu „säubern“, und hatte schon mehrfach durch Gewalt von sich reden gemacht. Beim zweiten Angriff setzte der rund 350 Mann starke Mob einen Bagger ein und warf Molotowcocktails und Steine. Mindestens drei Polizisten und acht Demonstranten wurden verletzt und zwei Polizeimotorräder, ein Streifenwagen und ein Polizeibus zerstört. Die Polizei setzte Tränengas ein, 22 Beteiligte wurden festgenommen. Nachts eskalierte die Lage erneut, als ein Morgendämmerung-Vertreter ein TV-Interview gab und von rund 30 Personen angegriffen wurde. Die Angreifer kamen vermutlich aus der linken Szene.

Die Bürger des betroffenen Stadtteils riefen unterdessen zu weiteren Demonstrationen auf. Die Organisatoren wollen unter anderem den Hafen schließen, bis die Migranten aus der Stadt verschwinden.

Griechenland leidet unter einer in Europa einzigartig hohen illegalen Einwanderung - eine Million Flüchtlinge leben im Land, das nur elf Millionen Einwohner zählt. Die daraus entstehenden Spannungen sind ein Grund für das Erstarken der Morgendämmerung, die bei den Wahlen am 6. Mai sieben Prozent der Stimmen erreichte. Laut Umfragen könnte bei den Neuwahlen am 17. Juni auch die fremdenfeindliche Partei „Griechenland neu erschaffen“

Wut der Griechen richtet sich gegen Flüchtlinge

ins Parlament einziehen. Die Partei ist eventuell bereit, mit der konservativen Nea Dimokratia zu koalieren. Das könnte bedeuten, dass eine harte Linie gegen Einwanderung demnächst Regierungspolitik wird.

„Wir wollen Griechenland von illegalen Einwanderern säubern“ Vertreter der rechtsradikalen Partei Goldene Morgendämmerung

Graphic

dapd/Giannis Androutsopoulos

Demonstranten haben bei den Protesten gegen Einwanderer in Patras einen Lastwagen angezündet

Load-Date: September 12, 2012

End of Document

Politik Kompakt; Evangelische Kirche: Reformationstag 2017 wird gesetzlicher Feiertag ++ Personenstandsrecht: Geschlecht Neugeborener kann offengelassen werden ++ Drogenpolitik: Städte wollen Alkoholverkauf stärker einschränken ++ Asylbewerber: Gericht: Unterkünfte in Gewerbegebieten zulässig ++ Syrien: Inspektoren: Chemiewaffen sind unter Verschluss ++ Israel: EU verurteilt Siedlungspläne für Ost-Jerusalem ++ Pakistan: Verhandlungen mit den Taliban begonnen ++ Niger: 87 Flüchtlinge in der Sahara verdurstet

Die Welt

Freitag 1. November 2013

Copyright 2013 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT

Section: POLITIK; Kompakt; S. 4; Ausg. 255

Length: 1041 words

Body

Evangelische Kirche

Reformationstag 2017 wird gesetzlicher Feiertag

Der Reformationstag am 31. Oktober dürfte 2017 bundesweit zum einmaligen gesetzlichen Feiertag werden. Am Donnerstag kündigte der bayerische Innenminister Joachim Herrmann (CSU) an, dass jener Reformationstag auch im Freistaat als gesetzlicher Feiertag begangen werden soll. Bislang ist der evangelische Feiertag, der 2017 auf einen Dienstag fällt, nur in Thüringen, Sachsen-Anhalt, Sachsen, Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern ein regelmäßiger gesetzlicher Feiertag. Doch für 2017, wenn sich die Veröffentlichung von Martin Luthers 95 Thesen gegen den kirchlichen Ablasshandel zum 500. Male jährt, planen auch alle westdeutschen Länder einen gesetzlichen Feiertag. Nur Berlin hat sich noch nicht festgelegt.

Personenstandsrecht

Geschlecht Neugeborener kann offengelassen werden

Dass Geschlecht neugeborener Kinder in Deutschland muss vom 1. November an nicht mehr kurz nach der Geburt festgelegt werden. Wenn Kinder aus biologischen Gründen wegen unklarer Geschlechtsmerkmale nicht klar als Junge oder Mädchen zu definieren sind, können sie ohne Geschlechtsangabe ins Geburtenregister eingetragen werden. Das sieht das geänderte Personenstandsrecht vor, das nun in Kraft tritt. Die Vorschrift soll den Druck von

Politik Kompakt Evangelische Kirche: Reformationstag 2017 wird gesetzlicher Feiertag ++
 Personenstandsrecht: Geschlecht Neugeborener kann offengelassen werden +....

Eltern nehmen, sich direkt nach der Geburt eines betroffenen („intersexuellen“) Kindes auf ein Geschlecht festzulegen und dann vorschnell geschlechtsangleichende medizinische Eingriffe vornehmen zu lassen, die zu schweren psychischen und körperlichen Schädigungen führen können. Der Ethikrat hatte die Gesetzänderung empfohlen.

Drogenpolitik

Städte wollen Alkoholverkauf stärker einschränken

Im Kampf gegen Jugendkriminalität fordern mehrere deutsche Großstädte, die Verkaufszeiten für Alkohol zu beschränken. Immer noch werde das Verbot, Alkohol an Minderjährige zu verkaufen, von vielen Supermärkten, Kiosken und Getränkeläden missachtet, teilte das Städtenetzwerk Kriminalprävention am Donnerstag mit. Gerade dort, wo aufgrund der verlängerten Öffnungszeiten von Supermärkten bis spät in die Nacht Alkohol gekauft werden könne, gebe es auffällig viele Probleme mit Jugendlichen. Die Städte forderten die Länder auf, Regeln wie in Bayern oder Baden-Württemberg zu treffen und den freien Verkauf von Alkohol rund um die Uhr einzuschränken. Dem Netzwerk gehören elf Städte an, darunter Hannover und Bremen sowie Frankfurt, Wiesbaden und Leipzig.

Asylbewerber

Gericht: Unterkünfte in Gewerbegebieten zulässig

Asylbewerber können nach einer Entscheidung des Verwaltungsgerichts Stuttgart in einem Gewerbegebiet untergebracht werden. Demnach kann ein früheres Lehrlingsheim mit Wohnplätzen im baden-württembergischen Fellbach (Rems-Murr-Kreis) als Asylunterkunft genutzt werden. Eilanträge zweier Nachbarn gegen die neue Nutzung des Gebäudes in einem Gewerbegebiet lehnte das Gericht ab. Zwar sehe der Bebauungsplan für das Gelände Gewerbe und keine Wohnnutzung vor, sagte eine Gerichtssprecherin. Die Unterbringung von Asylbewerbern diene aber dem Wohl der Allgemeinheit. Im Rems-Murr-Kreis östlich von Stuttgart gebe es erhebliche Probleme bei der Unterbringung von Asylbewerbern. Die Raumsuche auf dem privaten Wohnungsmarkt habe keinen Erfolg gebracht, genauso wenig Anfragen bei Hotels und Gasthöfen.

Syrien

Inspektoren: Chemiewaffen sind unter Verschluss

Syrien kann nach Ansicht der Organisation für ein Verbot von Chemiewaffen (OPCW) keine Chemiewaffen mehr herstellen. Die Anlagen zur Produktion sowie zum Mischen und Füllen der Waffen seien zerstört worden, sagte ein OPCW-Sprecher in Den Haag. Anlagen könnten mit Bulldozern oder Vorschlagshämmern funktionsuntüchtig gemacht werden oder würden mit Beton gefüllt.

Zwei der 23 von Syrien angegebenen Standorte konnten die OPCW-Inspektoren nicht überprüfen. Sie liegen im umkämpften Gebiet. Doch Syrien habe glaubhaft versichert, dass dort keine Anlagen mehr seien. Die seit Langem für den 23. November geplante Genfer Friedenskonferenz für Syrien wird wegen anhaltender Differenzen zwischen den Vereinigten Staaten und Russland immer unwahrscheinlicher.

Israel

EU verurteilt Siedlungspläne für Ost-Jerusalem

Mit ungewöhnlich scharfen Worten hat die Europäische Union den Plan Israels verurteilt, neue Siedlungen in Ost-Jerusalem bauen zu wollen. Die Außenbeauftragte der Europäischen Union, Catherine Ashton, sagte, die EU missbillige den Plan, er verletze internationales Recht. „Jede Handlung, die die laufenden Verhandlungen erschwert oder untergräbt, muss vermieden werden“, sagte sie. Der geplante Bau von mehr als 1500 Wohneinheiten in Ost-Jerusalem sei illegal und ein mögliches Hindernis für Frieden. Die Ankündigung Israels vom Mittwoch hatte auch wütende Proteste unter palästinensischen Vertretern hervorgerufen. Kritik kam auch vom UN-Generalsekretär Ban Ki-moon und den USA. Der Plan schaffe kein „positives Umfeld“ für die Verhandlungen, hieß es.

Pakistan

Verhandlungen mit den Taliban begonnen

Nach monatelangem Hin und Her hat Pakistan Verhandlungen mit den radikal-islamischen Taliban im Land aufgenommen. Über Beteiligte und Inhalte schwieg der Ministerpräsident Nawaz Sharif sich allerdings aus. Die pakistanische Regierung könne nicht zuschauen, „wenn Unschuldige und Gesetzeshüter auf den Straßen Pakistans umgebracht werden“. Sharif war im Mai gewählt worden und hatte den Taliban im Land Gespräche angeboten, um den Terror vor allem in den halbautonomen Stammesgebieten im Nordwesten Pakistans zu beenden. Die pakistanischen Taliban haben ähnliche Standpunkte und Ziele wie die afghanischen Taliban, allerdings verfügen beide Gruppen über getrennte Strukturen und Führungskräfte.

Niger

87 Flüchtlinge in der Sahara verdurstet

87 Migranten, die auf dem Weg nach Europa die Sahara durchqueren wollten, sind tot im Norden des Nigers entdeckt worden. Das Fahrzeug, in dem sie saßen, sei nahe der Grenze zu Algerien liegen geblieben und die Menschen - zumeist Frauen und Kinder - anschließend verdurstet, berichteten Rettungskräfte. „Eine tote Frau hielt noch ihr Baby in den Armen“, berichtete ein Helfer. Bereits Ende September hätten die Menschen die 150 Kilometer südlich der Grenze gelegene Stadt Arlit per Lastwagen verlassen. Die Niger liegt auf einer wichtigen Flüchtlingsroute zwischen Westafrika und Europa.

Load-Date: November 1, 2013

**Ausland; Iran: Teheran will Israel nicht am Verhandlungstisch ++
Griechenland: Patienten wütend über streikende Ärzte ++ Bulgarien: EU
unterstützt Hilfe für syrische Flüchtlinge ++ Irak: Zwei Dutzend Tote bei
Massakern**

Die Welt

Samstag 30. November 2013

Copyright 2013 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT

Section: POLITIK; Kompakt; S. 7; Ausg. 280

Length: 591 words

Body

Iran

Teheran will Israel nicht am Verhandlungstisch

Der Iran lehnt eine Einbindung Israels in die Gespräche über sein Atomprogramm ab. Teheran würde zu keinem Treffen kommen, an dem auch das „zionistische Regime“ teilnimmt, sagte Außenminister Mohammed Dschawad Sarif laut amtlicher Nachrichtenagentur Irna. Danach reagierte Sarif auf die mögliche Teilnahme Israels an weiteren Gesprächen des Iran mit den fünf UN-Vetomächten und Deutschland. Von wem eine Teilnahme Israels überhaupt ins Spiel gebracht wurde, erwähnte die Agentur aber nicht. Anstatt Druck auf den Iran auszuüben, solle die Weltgemeinschaft sich für eine Abrüstung in der Region einsetzen, sagte Sarif weiter - ein Verweis auf das vermeintliche Atomwaffenarsenal Israels, dessen Existenz der jüdische Staat bisher nicht öffentlich eingestanden hat.

Griechenland

Patienten wütend über streikende Ärzte

Tausende griechische Kassenärzte haben den fünften Tag in Folge ihre Streiks gegen geplante Entlassungen fortgesetzt. Viele Patienten standen vor verschlossenen Türen und mussten sich an Privatärzte wenden. Die Ärzte, die einen Vertrag mit den staatlichen Versicherungen haben, wollen von der sogenannten Mobilitätsreserve ausgenommen werden. Das Programm zur Verschlinkung des griechischen Staates sieht vor, dass 25.000 Staatsbedienstete - darunter auch Ärzte - für acht Monate in die Mobilitätsreserve gehen. Wird für sie kein anderer Job im staatlichen Bereich gefunden, sind sie arbeitslos. Gesundheitsminister Adonis Georgiades kritisierte die Streiks der Ärzte. Einige glaubten, sie seien „im Schloss von Versailles geboren worden und etwas Besseres als die anderen Griechen“.

Ausland Iran : Teheran will Israel nicht am Verhandlungstisch ++ Griechenland: Patienten wütend über streikende Ärzte ++ Bulgarien: EU unterstützt Hilfe für syr....

Bulgarien

EU unterstützt Hilfe für syrische Flüchtlinge

Bulgarien bekommt finanzielle Hilfen der Europäischen Union für die Aufnahme von Flüchtlingen und Asylsuchenden. Das Balkanland erhalte rund 5,6 Millionen Euro Nothilfe, teilte die EU-Kommission in Brüssel mit. Das Geld kommt aus dem Europäischen Flüchtlingsfonds. Es soll unter anderem in Unterkünfte und medizinische und psychologische Hilfe fließen. Das ärmste EU-Mitgliedsland kommt nur schwer mit dem wachsenden Zustrom an Flüchtlingen vor allem aus Syrien zurecht. Seit Jahresbeginn sind mehr als 8000 Menschen aus dem Bürgerkriegsland und anderen arabischen Staaten nach Bulgarien gekommen. Die Kapazität der Aufnahmезentren reicht dafür nicht aus. Unterdessen hat die italienische Marine 370 Migranten vor der Insel Lampedusa aus Seenot gerettet. Die Flüchtlinge seien auf vier Schiffen unterwegs gewesen und dann in Schwierigkeiten geraten, teilte die Marine mit. Die Menschen seien nach Sizilien gebracht worden. Anfang Oktober ertranken vor Lampedusa mehr als 360 Menschen.

Irak

Zwei Dutzend Tote bei Massakern

Extremisten und Schutzgelderpresser haben im Irak 25 Menschen massakriert. In dem vorwiegend von Sunniten bewohnten Viertel al-Maschaheda im Norden der Hauptstadt Bagdad wurden 18 Männer aus ihren Häusern verschleppt und erschossen. Ihre Leichen wurden wenige Stunden später gefunden. Bei den Opfern handelt es sich laut Polizei um Zivilisten und Soldaten. In der nördlichen Stadt Tikrit kidnapten Unbekannte sieben Arbeiter auf einer Baustelle. Die Leichen der Männer, die aus Tikrit und der nahe gelegenen Stadt Baidaschi stammten, wurden anschließend in einem anderen Stadtviertel gefunden. Es wird vermutet, dass Schutzgelderpresser die Männer getötet haben, um den Bauunternehmer einzuschüchtern. Seit Jahresbeginn hat die Zahl der Anschläge stark zugenommen, der Konflikt zwischen Schiiten und Sunniten ist erneut eskaliert.

Load-Date: November 30, 2013

Deutschland Kompakt; Afghanistan-Einsatz: Letzte Bundeswehrsoldaten sind aus Kundus abgezogen ++ Staatsminister: Staatsanwaltschaft prüft Ermittlungen ++ Flüchtlinge: Hungerstreik ausgesetzt - Lager in Berlin aufgelöst ++ Gesundheit: Zahl der Beschneidungen durch Ärzte wächst

Die Welt

Montag 21. Oktober 2013

Copyright 2013 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT

Section: POLITIK; Kompakt; S. 4; Ausg. 245

Length: 675 words

Body

Afghanistan-Einsatz

Letzte Bundeswehrsoldaten sind aus Kundus abgezogen

Zehn Jahre nach Beginn des Bundeswehreinsatzes in Kundus sind die letzten deutschen Soldaten aus der nordafghanischen Unruheprovinz abgezogen. Der Konvoi aus Kundus sei am Samstag im deutschen Feldlager in Masar-i-Scharif eingetroffen, teilte die Bundeswehr mit. Das Verlassen von Kundus ist ein wichtiger Schritt der Bundeswehr beim Abzug aus Afghanistan. Der Nato-Kampfeinsatz läuft Ende 2014 aus. Insgesamt legten nach Bundeswehrangaben 441 Soldaten und 119 Fahrzeuge in den beiden Nächten zuvor den rund 300 Kilometer langen Weg ohne Zwischenfälle zurück. Mehr als 500 Soldaten der Internationalen Schutztruppe (Isaf) hätten die Transporte gegen mögliche Angriffe radikal-islamischer Aufständischer abgesichert. Der Isaf-Kommandeur für Nordafghanistan, Generalmajor Jörg Vollmer, sagte: „Wir alle können sehr stolz darauf sein, was unsere Soldaten bis zur letzten Minute in Kundus geleistet haben.“ Die Sicherheitslage in Kundus hatte sich in den vergangenen Monaten wieder verschlechtert. Damit bleibt als letztes deutsches Feldlager das Hauptquartier in Masar-i-Scharif. Vom Camp Marmal in Masar-i-Scharif aus kann die Bundeswehr im Notfall auch künftig noch eine bis zu 300 Mann starke Eingreiftruppe zur Unterstützung der afghanischen Verbündeten nach Kundus schicken.

Staatsminister

Staatsanwaltschaft prüft Ermittlungen

Der umstrittene Wechsel des scheidenden Staatsministers im Kanzleramt, Eckart von Klaeden, zum Automobilkonzern Daimler könnte zu einem Verfahren gegen den CDU-Politiker wegen Vorteilsannahme und Vorteilsgewährung führen. Die Berliner Staatsanwaltschaft prüfe, ob ein entsprechender Anfangsverdacht bestehe, berichtete der „Spiegel“. Klaeden wendet sich entschieden gegen die Vorwürfe: In seiner Amtszeit habe er dem

Deutschland Kompakt Afghanistan -Einsatz: Letzte Bundeswehrsoldaten sind aus Kundus abgezogen ++
Staatsminister: Staatsanwaltschaft prüft Ermittlungen ++ Flücht....

Daimler-Konzern weder Vorteile gewährt noch von Daimler erhalten. Bei den Treffen mit hochrangigen Daimler-Vertretern sei es nur um persönliche oder allgemeine Themen gegangen. Dem Bericht zufolge liegt in der Berliner Ermittlungsbehörde bereits ein elfseitiger Prüfvermerk vor, der ein entsprechendes Verfahren gegen Klaeden wahrscheinlich macht. Die Ermittlungen können formal aber frühestens ab dem 22. Oktober eingeleitet werden, wenn Klaedens Immunität als Bundestagsabgeordneter erlischt. Anlass der Ermittlungen ist eine Strafanzeige, die laut „Spiegel“ von einer Rechtsanwaltskanzlei im Auftrag eines nicht benannten Mandanten erstattet wurde.

Flüchtlinge

Hungerstreik ausgesetzt - Lager in Berlin aufgelöst

Nach dem Ende ihres Hungerstreiks am Brandenburger Tor in Berlin hoffen die Flüchtlinge weiter auf eine Anerkennung ihrer Asylanträge. Das zuständige Bundesamt für Migration und Flüchtlinge habe zugesagt, die Anträge innerhalb von drei Monaten noch einmal prüfen zu wollen, sagte ein Sprecher der Gruppe, Ghلام Vali, am Sonntag. „Wir haben zugestimmt, weil wir an Gespräche glauben.“ Temporär sind die mehr als 20 Flüchtlinge derzeit in einem Gebäude der evangelischen Kirche untergebracht. Am Samstag hatten sie ihren Hungerstreik nach zehn Tagen beendet, das Lager am Brandenburger Tor wurde aufgelöst. Zuvor hatte es Gespräche mit Vertretern der Bundesbehörde und der Politik gegeben.

Gesundheit

Zahl der Beschneidungen durch Ärzte wächst

Immer mehr Jungen im Vorschulalter werden offenbar von Kassenärzten beschnitten. Die Zahl der ambulanten Beschneidungen von Jungen unter fünf Jahren sei in den Jahren 2008 bis 2011 um 34 Prozent gestiegen, berichtete die „Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung“ unter Berufung auf die Kassenärztliche Bundesvereinigung. Die Krankenkasse AOK verzeichnet für die Jahre 2006 bis 2011 einen Zuwachs von 30 Prozent bei Vorhautoperationen, obwohl die Zahl der versicherten Jungen im gleichen Zeitraum um fünf Prozent sank. Die Kosten werden von den Krankenkassen übernommen, obwohl eine medizinische Indikation tatsächlich nur selten vorliegt. Für die Kinderchirurgen ist die Beschneidung offenbar ein gutes Geschäft: Sie führen nach eigenen Angaben rund 21.000 Beschneidungen im Jahr durch.

Load-Date: October 21, 2013

Ausland Kompakt; Asylrecht: Duldung für verfolgte Homosexuelle aus dem Iran ++ Mexiko: Nieto ist laut Umfragen neuer Präsident ++ Balkan: Kosovo wird vollständig unabhängig

Die Welt

Dienstag 3. Juli 2012

Copyright 2012 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK; Kompakt; S. 6; Ausg. 153

Length: 273 words

Body

Asylrecht

Duldung für verfolgte Homosexuelle aus dem Iran

Samira Ghorbani Danesh, eine **Asylbewerberin** aus dem Iran, darf vorerst nicht abgeschoben werden. Die 24-Jährige war aus ihrer Heimat geflohen, weil sie dort wegen ihrer Homosexualität Verfolgung fürchten musste. Ein erster **Asylantrag** in Deutschland war abgelehnt worden. Nachdem unter anderem die „Welt“ über den Fall berichtete, gewährte die in Nordbayern zuständige Ausländerbehörde der jungen Frau nun Duldung. Bis das Bundesamt für **Migration** über den erneuten **Asylantrag** entscheidet, darf Danesh also in Deutschland bleiben. smü

Mexiko

Nieto ist laut Umfragen neuer Präsident

Nach zwölf Jahren steht die Partei der Institutionellen Revolution (PRI) in Mexiko vor der Rückkehr an die Macht. Nach der Präsidentschaftswahl am Sonntag lag ihr Kandidat, der frühere Gouverneur des Staates Mexiko, Enrique Peña Nieto, in Umfragen deutlich vorn. Und auch in beiden Kammern des Kongresses scheint eine Mehrheit möglich. Wahlberechtigt waren fast 80 Millionen Menschen. Peña Nieto präsentierte sich im Wahlkampf als Pragmatiker, forderte unter anderem höhere private Investitionen im staatlich kontrollierten Ölsektor.

Balkan

Kosovo wird vollständig unabhängig

Im September erhält das Kosovo seine „volle Souveränität“. Das entschied der internationale Lenkungsrat, wie der österreichische Außenminister Michael Spindelegger in Wien mitteilte. Demnach beschloss das Gremium, zu dem

Ausland Kompakt Asylrecht: Duldung für verfolgte Homosexuelle aus dem Iran ++ Mexiko: Nieto ist laut
Umfragen neuer Präsident ++ Balkan : Kosovo wird vollständi....

unter anderem mehrere EU-Staaten und die USA gehören, das sofortige Ende der internationalen Überwachung der früheren serbischen Provinz. Das Kosovo hatte am 17. Februar 2008 seine Unabhängigkeit von Serbien erklärt.

Load-Date: September 12, 2012

End of Document

Zuwanderung rechnet sich für Deutschland; Hochqualifizierte könnten dem Haushalt zusätzliche Steuermilliarden bringen

Die Welt

Freitag 14. Juni 2013

Copyright 2013 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: WIRTSCHAFT; S. 9; Ausg. 136

Length: 944 words

Byline: Flora Wisdorff

Body

Deutschland profitiert von der Zuwanderungswelle, die das Land aktuell erfährt. „Die Migranten, die derzeit nach Deutschland einwandern, haben einen positiven Effekt auf den Haushalt“, sagte OECD-Experte Thomas Liebig in Berlin. Das liegt vor allem daran, dass diese jung und vergleichsweise gut qualifiziert sind. In dem Fall geht die OECD in ihrem neuen Migrationsausblick davon aus, dass diese Personen mehr an Steuern und Sozialabgaben einzahlen, als sie über Sozialleistungen in Anspruch nehmen.

Betrachtet man alle Zugewanderten, die in Deutschland leben, dann ergibt sich ein anderes Bild - dann kommt man zu dem Ergebnis, dass diese den deutschen Haushalt belasten. Das liegt an der speziellen Struktur der zugewanderten Bevölkerung hierzulande - ein großer Teil ist über 65 Jahre alt und bezieht eine Rente. Dazu kommt, dass in Deutschland auch Aussiedler und Spätaussiedler eine Rente beziehen, die kaum oder gar nicht in die Sozialkassen eingezahlt hätten, erklärt Liebig. Die OECD stuft als „Zuwanderer“ diejenigen ein, die im Ausland geboren sind.

Die Zusammensetzung der Gruppe der Zuwanderer hat sich in den vergangenen Jahren stark verändert. Früher gab es vor allem eine Familienzusammenführung von Gastarbeitern, sowie den Zuzug von Aussiedlern und Flüchtlingen. Inzwischen entfallen gut zwei Drittel auf die Arbeitsimmigration, vor allem aus der Europäischen Union. Der OECD zufolge ist inzwischen die Arbeitnehmerfreizügigkeit im Europäischen Wirtschaftsraum für 68 Prozent der Migration nach Deutschland verantwortlich. Diese Zuwanderer sind meist jung und gut qualifiziert, sie haben gute Aussichten, einen Job zu finden und dann Steuern und Sozialbeiträge zu zahlen.

In den meisten OECD-Ländern üben die Migranten eine positive Auswirkung auf den Staatshaushalt aus. Am größten ist der „Gewinn“ in der Schweiz, mit 15.000 Euro pro Haushalt, gefolgt von Island, Luxemburg, Italien und den Vereinigten Staaten. Die Untersuchungen der OECD zeigen, dass Migranten in den OECD-Ländern in der Regel zwar weniger Steuern und Abgaben zahlen als die einheimische Bevölkerung. Der Grund ist in den meisten Fällen, dass Zugewanderte niedrigere Löhne beziehen. Die OECD hat aber auch herausgefunden, dass die Zugewanderten weniger Sozialleistungen in Anspruch nehmen als die aus dem Land stammende Bevölkerung.

Zuwanderung rechnet sich für Deutschland Hochqualifizierte könnten dem Haushalt zusätzliche Steuermilliarden bringen

Migranten, die niedrig qualifiziert sind, zahlen mehr Steuern und Abgaben als Einheimische mit den gleichen Merkmalen.

Bei Hochqualifizierten ist es genau anders herum - auch, weil die Unterschiede beim Gehalt im Vergleich zu den deutschen Akademikern besonders groß sein dürften. OECD-Experte Liebig zufolge haben es die Akademiker unter den Zuwanderern in Deutschland besonders schwer, einen Job zu finden. Das liegt vor allem daran, dass ihre Diplome oftmals nicht anerkannt werden. Liebig empfiehlt, sie über sogenannte „Brückenangebote“ nachzuqualifizieren. Das erfordere allerdings Investitionen.

Die Aussichten, dass dann nicht nur die Wirtschaft von einer Fachkraft, sondern auch der Fiskus von Steuereinnahmen profitieren könnte, sind bei den hochqualifizierten Zuwanderern aber auch besonders gut. Würden sie gleichermaßen wie deutsche Akademiker in den Arbeitsmarkt integriert, dann gäbe es laut der OECD Gewinne für den Staat in Höhe von geschätzt über 3,5 Milliarden Euro. Wenn alle erwerbsfähigen Migranten über alle Qualifikationen hinweg in Deutschland auf dem Arbeitsmarkt gleichermaßen in den Arbeitsmarkt integriert wären wie die inländischen Arbeitskräfte, könnte der Staat noch mehr profitieren. Das Bruttoinlandsprodukt könnte dann um ganze 0,3 Prozentpunkte größer ausfallen, schätzt die OECD. Neben dem Alter ist die Teilnahme am Arbeitsmarkt laut der OECD ausschlaggebend dafür, ob Migranten den Staatshaushalt am Ende belasten oder ihm sogar Geld bringen.

Viele Zuwanderer der neuen Generation kehren Deutschland allerdings schon bald wieder den Rücken. So war nur jeder zweite Grieche, der 2011 in Deutschland lebte, bereits länger als ein Jahr da. Bei den Spaniern blieb nur jeder dritte länger als zwölf Monate und auch nur 40 Prozent der Italiener ließen sich längerfristig im Land nieder. Auch aus Drittstaaten wie China oder Russland blieben jüngst die wenigsten länger als zwei Jahre. Gut vier Millionen Menschen wanderten 2011 dauerhaft in die 34 OECD-Staaten ein. In Deutschland war der Anstieg so stark wie in kaum einem anderen OECD-Land. Knapp 300.000 Menschen kamen, ein Zuwachs von 68.000 im Vergleich zu 2010.

Dennoch hat Deutschland im Vergleich zu den anderen OECD-Ländern noch Nachholbedarf bei der Zuwanderung. Gemessen an der Gesamtbevölkerung liegt die Neuzuwanderung nach Deutschland mit knapp 0,4 Prozent trotz des Anstiegs noch immer unter dem OECD-Schnitt von 0,6 Prozent.

Grund dafür dürfte trotz einer Verbesserung die für viele Zuwanderer immer noch unbefriedigende Lage auf dem Arbeitsmarkt sein: Ihre Beschäftigungsquote stieg zwar in den vergangenen Jahren - von der anspringenden Konjunktur getragen- gegen den europäischen Trend kräftig an. Von 2008 bis 2012 stieg die Quote um rund fünf Punkte auf 67,5 Prozent. Bei Nichtzuwanderern kletterte sie nur um 1,5 Punkte, lag mit knapp 74 Prozent aber immer noch deutlich höher. Die Aussichten auf einen Arbeitsplatz sind für viele Zuwanderer weiterhin deutlich schlechter als für Personen ohne Migrationshintergrund.

Vor dem Hintergrund des demografischen Wandels, der sich bald auf dem deutschen Arbeitsmarkt auswirken dürfte, rät die OECD Deutschland, an seiner „Willkommenskultur“ zu arbeiten. Experte Liebig empfiehlt eine öffentliche Debatte - und „Diversitätsberater“ für Unternehmen, die ihnen den Weg zur Einstellung von Migranten aufzeigen.

Graphic

Markus Kison

Load-Date: June 14, 2013

Zuwanderung rechnet sich für Deutschland Hochqualifizierte könnten dem Haushalt zusätzliche
Steuermilliarden bringen

End of Document

**Deutschland Kompakt; Atom: Streit über Aufnahme des restlichen Mülls ++
Bezahlung: Lammert vermisst Leistungsgedanken ++ Asylbewerber: Merkel:
Deutschland muss Integrationsland werden ++ Stadtwerke: Erstmals
Spitzenposten per anonymisierter Bewerbung ++ Innovation: Wanka warnt
davor, sich auf Erfolge auszuruhen ++ Pille danach: Ärzte und Kirchen
planen Arbeitsgruppe ++ Terror: Islamist aus NRW mit Drohne in Pakistan
getötet ++ Schusswaffen: 70 %**

Die Welt

Donnerstag 11. April 2013

Copyright 2013 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK; Kompakt; S. 5; Ausg. 84

Length: 1069 words

Body

Atom

Streit über Aufnahme des restlichen Mülls

Der Neustart bei der Suche nach einem Atommüllendlager wird überschattet von einem Streit über die Aufnahme der noch ausstehenden Transporte. „Baden-Württemberg und Schleswig-Holstein können die Last nicht allein tragen“, betonte der Kieler Umweltminister Robert Habeck (Grüne). Es müssen noch 26 Atommüllbehälter aus der Wiederaufarbeitung im Ausland aufgenommen werden. Sie sollen nicht mehr ins Zwischenlager Gorleben. Als wahrscheinlich gilt, dass ein Teil der Behälter ab 2015 in die Zwischenlager Brunsbüttel (Schleswig-Holstein) und Philippsburg (Baden-Württemberg) geht - aber man braucht noch mindestens eine dritte Lagerstätte, weil es besondere Lagerbedingungen für den hochradioaktiven Müll gibt. Die Stadt Philippsburg will keinen zusätzlichen Atommüll akzeptieren. Bürgermeister Stefan Martus (CDU): „Wir würden zivilen Ungehorsam leisten und auf die Straße gehen.“

Bezahlung

Lammert vermisst Leistungsgedanken

Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) hat eine noch nie dagewesene Diskrepanz zwischen Einkommen und Leistung in Deutschland beklagt. In der Evangelischen Fachhochschule Rheinland-Westfalen-Lippe in Bochum sagte Lammert, es gebe „groteske Unterschiede“ etwa zwischen den Bezügen von Arbeitnehmern und Vorständen,

Deutschland Kompakt Atom: Streit über Aufnahme des restlichen Mülls ++ Bezahlung: Lammert vermisst Leistungsgedanken ++ Asylbewerber: Merkel : Deutschland muss

bei denen „ein plausibler Zusammenhang nicht mehr erkennbar“ sei. Vollkommen unverständlich sei, dass die gewaltigen Entlohnungen für Vorstandsmitglieder auch noch dann gezahlt würden, wenn es gar keine Leistung oder aber eine Leistungsverweigerung gebe. Lammert sieht die Politik gefordert, weil sich die Wirtschaft „sehr schwer dabei tut, selbst zu Änderungen zu kommen“.

Asylbewerber

Merkel: Deutschland muss Integrationsland werden

Deutschland muss nach den Worten von Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) Zuwanderer stärker als bisher integrieren. „Es reicht nicht aus, ein Land zu sein mit einer hohen Migrationsquote, sondern wir müssen auch zu einem Integrationsland werden“, sagte Merkel bei einem Festakt zum 60-jährigen Bestehen des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF) in Nürnberg. Das Deutsche Rote Kreuz hat indes die langen Anerkennungsverfahren und das Arbeitsverbot für Asylbewerber kritisiert. Alle Asylsuchenden, die nach Deutschland kommen, müssten nach spätestens sechs Monaten gleichberechtigten Zugang zum Arbeitsmarkt erhalten, forderte Vizepräsidentin Donata Freifrau Schenck zu Schweinsberg. „Es kann nicht sein, dass Menschen jahrelang in Deutschland zur Untätigkeit verdammt auf den Bescheid ihres Asylverfahrens warten.“

Stadtwerke

Erstmals Spitzenposten per anonymisierter Bewerbung

Als bundesweit erste Kommune hat die Stadtverwaltung Celle den Spitzenposten eines Stadtbetriebes per anonymisiertem Bewerbungsverfahren besetzt. Oberbürgermeister Dirk-Ulrich Mende (SPD) sprach von einem „klaren Zeichen für eine unabhängige und diskriminierungsfreie Personalauswahl“. Neuer Chef der Stadtwerke ist demnach Thomas Edathy, Bruder des SPD-Bundestagsabgeordneten Sebastian Edathy, wie das Büro des Celler Oberbürgermeisters bestätigte. Edathy hat indische Wurzeln. Er werde „zum nächstmöglichen Zeitpunkt“ seinen Posten antreten. Bei dem anonymisierten Verfahren wird in der ersten Phase der Auswahl auf persönliche Angaben wie Name, Alter und Geburtsort sowie auf ein Foto verzichtet. Erst wenn die Einladung zum Vorstellungsgespräch ausgesprochen ist, erhält das Personalmanagement Einblick in die persönlichen Daten.

Innovation

Wanka warnt davor, sich auf Erfolge auszuruhen

Forschungsministerin Johanna Wanka (CDU) dringt trotz der internationalen Spitzenposition Deutschlands bei der Innovationskraft auf noch mehr Investitionen. „Kein Land produziert mehr forschungs- und entwicklungsintensive Hightech-Artikel für den Weltmarkt“, sagte sie bei der Vorstellung eines Berichts zur Hightech-Strategie. „Damit sind wir besser als China und die USA.“ Das mittelfristige Ziel einer Quote von drei Prozent der Forschungs- und Entwicklungsausgaben an der Wirtschaftsleistung sei mit zuletzt 2,9 Prozent so gut wie geschafft. „Wir müssen damit höher gehen“, plädierte sie. Eine Expertenkommission hat für 2020 eine Quote von 3,5 Prozent gefordert.

Pille danach

Ärzte und Kirchen planen Arbeitsgruppe

Vertreter der Bundesärztekammer und der beiden großen Kirchen in Deutschland planen eine eigene Arbeitsgruppe zur „Pille danach“. Im Vordergrund sollten dabei „medizinisch-wissenschaftliche und ethische Aspekte“ stehen, hieß es zum Abschluss eines Spitzengesprächs in Berlin. Bei dem Treffen habe es eine „intensive Diskussion“ zu der Problematik gegeben. Die Diskussion über die „Pille danach“ war nach der Abweisung einer vergewaltigten Frau an zwei katholischen Kliniken in Köln entflammt.

Terror

Islamist aus NRW mit Drohne in Pakistan getötet

Deutschland Kompakt Atom: Streit über Aufnahme des restlichen Mülls ++ Bezahlung: Lammert vermisst
Leistungsgedanken ++ Asylbewerber: Merkel : Deutschland muss

Ein radikaler Islamist aus Nordrhein-Westfalen ist im Oktober 2012 offenbar bei einem US-Drohnenangriff in Pakistan getötet worden. Das erfuhr die „Welt“ unter Berufung auf ein islamistisches Propagandavideo, das auf einschlägigen Internetseiten auftauchte. Die Terrorgruppe Islamische Bewegung Usbekistans (IBU) verkündet darin über ihren Sprecher, den Bonner Islamisten Yassin Chouka, den Tod eines Dschihadisten namens „Ahmed“. Der Mann stammte angeblich aus dem nordrhein-westfälischen Setterich bei Aachen. „Ahmed“ habe im afghanisch-pakistanischen Grenzgebiet ein terroristisches Ausbildungslager besucht und sich anschließend auf die Herstellung von ferngesteuerten Sprengsätzen spezialisiert, heißt es in dem Video weiter. „Ahmed starb mit zwei weiteren Mudschahedin im Oktober 2012 bei einem Drohnenangriff“, erklärt IBU-Terrorist Chouka. Aus deutschen Sicherheitskreisen heißt es, der Inhalt des Propagandavideos werde derzeit geprüft.

Schusswaffen

70 %

der Waffenbesitzer in der Hauptstadt Berlin konnten bei einer stichprobenartigen Prüfung die vorgeschriebene sichere Verwahrung nachweisen. Dagegen wurden vier Verstöße gegen waffenrechtliche Vorschriften festgestellt, berichtete Innenstaatssekretär Bernd Krömer. Bei dreien stellte sich die Frage der persönlichen Eignung zum Waffenbesitz. Bei weiteren drei Personen gab es Fragen zur Lagerung der Waffen, und bei zweien waren die Schusswaffen verschwunden. Insgesamt sind laut Senat rund 10.000 Privatpersonen in Berlin als Waffenscheininhaber registriert. Sie besitzen rund 46.000 erlaubnispflichtige Schusswaffen, wie aus der Antwort auf eine Parlamentarische Anfrage der Grünen-Fraktion hervorgeht.

Load-Date: April 11, 2013

End of Document

Die Welt arbeitet gern in Deutschland; EU-Vergleich: Ausländische Arbeitnehmer haben es hier leichter als anderswo

Die Welt

Mittwoch 9. Mai 2012

Copyright 2012 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: WIRTSCHAFT; S. 9; Ausg. 108

Length: 866 words

Byline: Stefanie Bolzen

Claudia Ehrenstein

Highlight: Mehr Jobs, kaum Zeitverträge: Der deutsche Arbeitsmarkt ist für Nicht-EU-Zuwanderer attraktiver als das übrige Europa. Die Kommunen verlangen von Bund und Ländern jedoch noch mehr Unterstützung bei der Eingliederung von Migranten

Body

Brüssel/Berlin

Bei der Integration von Zuwanderern in den Arbeitsmarkt schneidet Deutschland im europäischen Vergleich überdurchschnittlich gut ab. Ausländische Arbeitssuchende finden in der Bundesrepublik wesentlich leichter einen Job als in anderen westeuropäischen Staaten. So stieß nur jeder Dritte, der in Berlin eine Arbeit suchte, auf Probleme; in Stuttgart fand mehr als jeder Zweite schnell eine Stelle. Zum Vergleich: In Portugals Hauptstadt Lissabon gaben 79 Prozent der Befragten an, bei der Arbeitssuche Schwierigkeiten zu haben, in Brüssel waren es 71 Prozent. „In Deutschland ist die Arbeitssuche für Menschen aus Nicht-EU-Ländern leichter“, bestätigt Thomas Huddleston, Experte der Migration Policy Group.

Zudem fallen die Probleme, die sich ausländischen Arbeitskräften in Deutschland stellen, vergleichsweise mild aus. So bemängelt gerade einmal jeder Fünfte als größte Hürde, dass Arbeitgeber in Berlin nur Zeitverträge anbieten. In anderen EU-Großstädten stoßen Zuwanderer hingegen auf Diskriminierung, illegale und damit nicht versicherte Jobangebote oder Sprachbarrieren. Dies sind Ergebnisse des ersten „Immigrant Citizen Survey“, der an diesem Mittwoch in Brüssel vorgestellt wird und der „Welt“ vorab vorlag. Migrationsexperten befragten dazu in 15 Großstädten und sieben EU-Ländern mehr als 7000 ausländische Arbeitnehmer. In Deutschland wurden die Umfragen in Berlin und Stuttgart durchgeführt. Der Sachverständigenrat für Integration und Migration (SVR) wird Ende Juni weitere Ergebnisse für Deutschland vorstellen.

Die Welt arbeitet gern in Deutschland EU-Vergleich: Ausländische Arbeitnehmer haben es hier leichter als anderswo

„Auf dem deutschen Arbeitsmarkt finden Jobsuchende außerdem einfacher eine Stelle, die auch zu ihren Qualifikationen passt“, betont Migrationsexperte Huddleston, Ko-Autor der Studie. In Stuttgart hatten nur 13 Prozent der Befragten Schwierigkeiten, ihre Ausbildung mit ihrer neuen Stelle zu vereinbaren, in Berlin waren es 18 Prozent. Grund für dieses positive Ergebnis ist die in Deutschland vergleichsweise geringe Quote illegal Beschäftigter. In Italien hingegen werden Zuwanderer häufig in irreguläre Jobs gedrängt, etwa in der Baubranche. In Neapel etwa gaben zwei Drittel an, dass „die derzeitige Arbeit nichts mit meinen Qualifikationen zu tun“ habe. Damit entgeht dem Land das volkswirtschaftliche Plus, das ausländische Zuwanderer einbringen könnten.

Obwohl Deutsch eine vergleichsweise schwierige Sprache ist, wies nur jeder Vierte in Stuttgart und Berlin auf Probleme beim Deutschlernen hin. Grund dafür ist, dass Zuwanderern ein gut verständliches und in der Praxis gut durchführbares Angebot an Sprachkursen gemacht wird. So gaben nur knapp zehn Prozent an, zu wenig Zeit oder Informationen bekommen zu haben. In französischen Großstädten wie Paris oder Lyon hingegen mangelte es daran bei fast jedem zweiten Zuwanderer.

Die europäische Vergleichsstudie bestätigt die Einschätzung der Integrationsbeauftragten der Bundesregierung, Maria Böhmer (CDU), dass Deutschland auf dem besten Weg sei, sich für Migranten mehr zu öffnen und eine sogenannte Willkommenskultur zu entwickeln: „Vielfalt wird verstärkt als Chance verstanden“, sagte Böhmer bei der Vorstellung einer Studie zum „Stand der kommunalen Integrationspolitik“.

Danach hat die Mehrzahl der 228 befragten Städte, Landkreise und Kommunen das Thema Integration bereits zur Chefsache erklärt: 71,5 Prozent sehen in der Integration von Mitbürgern mit Migrationshintergrund eine Aufgabe von „sehr hoher bis hoher“ Bedeutung. Zunehmend bemühten sich öffentliche Verwaltungen um Migranten als Mitarbeiter. Allerdings fehle oft noch das Interesse. „Ich wünsche mir mehr Migranten als Erzieherinnen, Lehrer, Polizisten oder bei der Feuerwehr“, sagte Böhmer. Und: Auch EU-Bürger sollten wie andere Zuwanderer einen Rechtsanspruch auf einen Integrationskurs haben.

Die Studie zeigte auch, dass in 54,6 Prozent der befragten Kommunen besondere Anstrengungen unternommen werden, Menschen mit Migrationshintergrund besser in den Arbeitsmarkt zu integrieren. So wird intensiv mit örtlichen Jobcentern zusammengearbeitet, um Förderangebote am Bedarf auszurichten. Auf die Ausgestaltung von Sprachkursen haben die Kommunen dagegen kaum Einfluss, da diese vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge vorgegeben wird. Das vor allem ist einer der Punkte, an dem die Kommunen eine bessere Abstimmung zwischen Bund, Ländern und Kommunen einfordern.

Bei der Vorstellung des SVR-Jahresgutachtens am Dienstag in Berlin beklagte der Vorsitzende Klaus Bade denn auch einen „Wildwuchs an integrationspolitischen Einzelmaßnahmen“. Oft gebe es bei Bund, Ländern und Gemeinden parallele, sich überschneidende oder sogar konkurrierende Zuständigkeiten. Es fehle ein „Masterplan“, der die einzelnen Maßnahmen vereinheitliche und koordiniere. Zugleich schlug er eine „zentrale Serviceagentur für kommunale Integrationspolitik“ vor, um noch gezielter Städte und Gemeinden zu unterstützen.

Rainer Bomba (CDU), Staatssekretär im Bundesbauministerium, sagte, dass es keine „Generallösung für alle“ gebe, und mahnte „passgenaue Konzepte“ an. Mit Blick auf den Fachkräftemangel müsse Deutschland noch besser werden. Es gebe Bezirke mit einer Arbeitslosenquote unter zwei Prozent, sagte Bomba. „Das zeigt, dass wir jede Hand brauchen.“

Load-Date: May 9, 2012

Abschiebung auf offener See ist rechtswidrig; Menschenrechtsgerichtshof gibt Bootsflüchtlingen recht - und verändert die Praxis europäischer Grenzsicherung

Die Welt

Freitag 24. Februar 2012

Copyright 2012 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT

Section: POLITIK; S. 7; Ausg. 47

Length: 932 words

Byline: Florian Eder

Highlight: Italien muss jedem Kläger 15 000 Euro zahlen. Sie hätten nicht nach Gaddafis Libyen abgeschoben werden dürfen

Body

Brüssel

E. heißt er, mehr mag der italienische **Flüchtlingsrat** nicht verraten über den Mann aus Eritrea, der in Straßburg über die italienische Republik obsiegte. E., der zweimal sein Leben aufs Spiel setzte, um nach Europa zu gelangen. Beim zweiten Mal hat er es geschafft, die Reise zu überleben, dort anzukommen, wo er hinwollte. E. ist nicht mehr auf der Flucht, aber er darf sich heute **Flüchtling** nennen, als solcher ist er in Italien mittlerweile offiziell anerkannt. Das hätte ihm schon beim ersten Versuch gewährt werden müssen, urteilte der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte nun: Italien hätte ihn und 23 andere Somalier und Eritreer in einer Mainacht im Jahr 2009 nicht in internationalen Gewässern abfangen und nach Libyen bringen dürfen.

Flüchtlinge, denen Europa **Asyl** und Einreise verwehrt und von denen nur einer am Prozess teilnehmen konnte, gewinnen in Europa eine Klage, die das Rechtsverständnis des Kontinents infrage stellt. Zwar muss die Regierung in Rom nun jedem Kläger 15 000 Euro Entschädigung zahlen, so hat es das Gericht verfügt. Die Wirkung des Urteils aber geht weit über den Schadenersatz für 24 afrikanische Bootsflüchtlinge hinaus.

In der Urteilsbegründung legt das Gericht ausführlich dar, dass das Verbot der Massenausweisung in der Europäischen Menschenrechtskonvention auch für Menschen gilt, die Europas Boden noch gar nicht betreten haben. Das ist eine neue Auslegung des entsprechenden Protokolls zur Konvention. Sie könnte die heutige Praxis der Grenzsicherung an Europas Rändern verändern. „Das Urteil gibt klar eine Richtung vor, für Griechenland ebenso wie für Spanien und Frankreich und die europäische Grenzschutzagentur Frontex“, sagte Christopher Hein der „Welt“. Er ist Direktor des italienischen Flüchtlingsrates CIR, jener Menschenrechtsorganisation, die den Fall erst vor Gericht und Flüchtling E. dann nach Straßburg brachte.

Abschiebung auf offener See ist rechtswidrig Menschenrechtsgerichtshof gibt Bootsflüchtlingen recht - und verändert die Praxis europäischer Grenzsicherung

Man habe ihnen damals in jener Nacht im Mai weder die Chance gegeben, einen Asylantrag zu stellen, noch überhaupt ihre Identität festgestellt, brachten die Kläger vor. Damit, so sah es das Gericht, sei eine Massenabschiebung gegeben. 231 Nordafrikaner waren auf drei Booten von Libyen aus aufgebrochen nach Italien. Frauen unter ihnen, Kinder, Hilfsbedürftige. Die italienische Grenzpolizei fing sie auf hoher See ab. Einzeln kletterten sie an Bord des Polizeischiffs, dokumentiert von zwei Journalisten des Magazins „Paris Match“, die mit den Grenzschützern unterwegs waren. Durchnässt waren die Leute auf den Booten und durstig, woher sollten sie bei Nacht und Wellen wissen, dass es nur noch 35 Kilometer bis zur Insel Lampedusa gewesen wären. Dass sie nie dort ankommen würden, habe man ihnen nicht gesagt, bringen die Kläger später vor. Das Polizeischiff drehte ab und nahm Kurs auf Nordafrika. In Tripolis wurden die Bootsflüchtlinge den libyschen Behörden übergeben, die sie mit Knüppeln in Lastwagen trieben.

Die Richter urteilten, Italien habe die Flüchtlinge der Gefahr unmenschlicher Behandlung ausgesetzt und damit gegen Artikel 3 verstoßen, einen der wichtigsten der Konvention. Daraus wird abgeleitet, dass eine Abschiebung in Länder nicht erlaubt ist, in denen Betroffenen unmenschliche Behandlung droht. Bereits zum Zeitpunkt der Abschiebung nach Libyen - es war das Libyen des Diktators Muammar al-Gaddafi - habe aber dieses Risiko bestanden. Erst recht für den Fall, dass Libyen sie in ihre Heimatländer zurückgeschickt hätte, wo ihnen Verfolgung und Folter drohten.

Die Richter beriefen sich auf Berichte von Menschenrechtsorganisationen, die bereits damals auf diese Gefahr aufmerksam machten. „Die italienische Regierung hat behauptet, dass die zurückgeschickten Flüchtlinge weder Anrecht auf Asyl gehabt hätten noch in Libyen gefährdet gewesen seien. Beides wurde von der Wirklichkeit schallend widerlegt“, sagt Andrea Sacucci, einer der beiden Anwälte der Kläger. Seinem Kollegen Giulio Lana hat Flüchtling E. vom Leben im Lager erzählt. „Er wurde über ein Jahr in dem libyschen Lager gefoltert und misshandelt, bis er beinahe starb“, sagte Lana vor Gericht. „Die libyschen Behörden ließen ihn nur deshalb frei, weil sie seinen toten Körper nicht brauchen konnten.“ E. erging es wie vielen anderen: Mitten in die Revolutionswirren hinein wurden im vergangenen Jahr nach Auskunft des UN-Flüchtlingshilfswerks UNHCR Tausende aus libyschen Lagern in die Wüste entlassen, leichte Opfer der Gewalt von Regierungstruppen wie Milizen. Doch E. überlebte.

Italiens Verteidiger hatten sich bei der Anhörung im vergangenen Juni auf ein Rückführungsabkommen mit Libyen berufen - diesem aber könne kein Vorrang vor den Menschenrechten eingeräumt werden, urteilten die Richter. Vor einem Jahr wurde das Abkommen ausgesetzt, eine informelle Verabredung aus dem Dezember 2011 aber besagt, dass die neue libysche und die neue italienische Regierung den Vertrag am Leben erhalten wollen. Zur Zukunft des Artikels 9 des Vertrages, der die gemeinsame Abwehr des „internationalen Terrorismus, des Drogen- und Menschenhandels und der illegalen Migration“ in einen Topf wirft, hat sich die Regierung Mario Monti bislang nicht geäußert. „Ich erwarte mir nun eine starke politische Absichtserklärung“, sagt CIR-Direktor Hein.

Zunächst muss Italien die anderen Kläger finden und ihnen die Entschädigung zahlen. Der CIR helfe gerne, hat aber auch nur Kontakt zu rund zehn der 24. Zwei Kläger sind tot, gestorben beim Versuch, auf einem Boot erneut das Mittelmeer zu überqueren. So wie 1500 andere Afrikaner im Jahr 2011.

„Die Libyer ließen ihn frei, weil sie ihn tot nicht brauchen konnten“ Giulio Lana, Klägeranwalt

Load-Date: February 24, 2012

Hilfe für die ärmsten der Armen; Nachhaltigkeit in Flüchtlingslagern ist ein neuer Ansatz

Die Welt

Donnerstag 1. August 2013

Copyright 2013 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT

Section: SONDERTHEMEN; Ausg. 177

Length: 290 words

Body

45 Millionen Menschen weltweit befinden sich auf der Flucht. Krieg, Naturkatastrophen oder Vertreibung - die Gründe sind vielfältig. Die Folgen erzwungener **Migration** haben jedoch ein gemeinsames Erscheinungsbild: Lager und Notunterkünfte, die immer häufiger zu Dauereinrichtungen werden. Anhaltende **Flüchtlingsströme** schaffen Realitäten, die nach neuen Konzepten und Ideen verlangen. Nachhaltigkeit aber ist in diesem Bereich noch ein Fremdwort, weshalb die vor anderthalb Jahren gegründete Initiative „morethanshelters“ Nachholbedarf ausmacht. Ein wesentliches Ziel des von Berlin und Hamburg aus operierenden Unternehmens ist es, Menschen in Notsituationen Hilfe zur Selbsthilfe zu bieten. Maßstab sollen die speziellen Bedingungen vor Ort sein.

Einer der zahlreichen Ansatzpunkte sind die Unterkünfte selbst. „Zelte sind meistens nach sechs bis acht Monaten Sondermüll“, sagt Initiator Daniel Kerber. „Die Zelte werden von den Hilfsorganisationen aufgestellt, aber eine Rücknahme findet nicht statt. Was existiert, ist ein informeller Kreislauf: Die Menschen vor Ort suchen sich die Materialien heraus, die sie in irgendeiner Form weiterverwerten können. Wir wollen darauf hinwirken, dass strukturiert recycelt wird, Verwertungskreisläufe entstehen und individuelle, gemeinschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung in Gang gesetzt wird. Das Ziel ist die Lösung gesellschaftlicher Probleme und der Aufbau nachhaltiger Strukturen.“ In zwei Flüchtlingslagern, eines davon in Kenia, starten nun Pilotprojekte. „Wir wollen dort Dinge zusammenbringen, die bislang nicht zusammengebracht wurden“, so Kerber. Dazu gehört, dass Flüchtlinge, Hilfsorganisationen, akademische Institutionen und Politiker kooperieren und gemeinsam Ideen verwirklichen.

Graphic

AFP/Getty Images

Nach kurzer Zeit sind Zelte Sondermüll. „Morethanshelters“ sucht Alternativen

Hilfe für die ärmsten der Armen Nachhaltigkeit in Flüchtlingslagern ist ein neuer Ansatz

AFP

Load-Date: August 1, 2013

End of Document

Migranten holen auf; 16 Millionen Menschen in Deutschland mit ausländischen Wurzeln

Die Welt

Donnerstag 20. September 2012

Copyright 2012 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT

Section: POLITIK; S. 5; Ausg. 221

Length: 652 words

Byline: Claudia Ehrenstein

Body

Die Einwohnerzahl in Deutschland liegt relativ stabil bei knapp 82 Millionen. Doch hinter dieser unveränderlichen Zahl verbirgt sich ein dramatischer Wandel. Der Anteil der Menschen mit **Migrationshintergrund** wird kontinuierlich größer. Knapp 35 Prozent aller Kinder im Alter bis zu fünf Jahren zählen darunter.

Das geht aus dem jährlichen Bericht des Statistischen Bundesamts zur „Bevölkerung mit Migrationshintergrund“ hervor. Insgesamt 16 Millionen Menschen in Deutschland sind seit 1950 zugewandert, wurden als Ausländer in Deutschland geboren oder haben als Deutsche mindestens ein Elternteil mit ausländischen Wurzeln, 216.000 mehr als im Vorjahr. Ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung stieg im Jahr 2011 auf 19,5 Prozent - das ist jeder fünfte Bundesbürger. Nahezu konstant geblieben ist das Ost-West-Gefälle (siehe Grafik).

Bürger mit Migrationshintergrund leben in der Regel in größeren Haushalten, und sie leben seltener allein. Sie sind mit einem Durchschnittsalter von 35,2 Jahren deutlich jünger als die deutsche Bevölkerung ohne Migrationshintergrund (46,1 Jahre). 57,5 Prozent leben in klassischen Familien mit Eltern und Kindern, bei den Deutschen ohne ausländische Vorfahren sind es nur 37,2 Prozent. Am auffälligsten ist nach wie vor der Unterschied beim Bildungserfolg. 14,1 Prozent der Personen mit Migrationshintergrund haben keinen Schulabschluss und 40,6 Prozent keinen Berufsabschluss, bei den Deutschen ohne diese Biografie sind es nur 1,8 beziehungsweise 15,9 Prozent.

Die Folge ist, dass Menschen mit ausländischen Vorfahren doppelt so häufig arbeitslos sind wie ihre Mitbürger ohne Migrationshintergrund. Sie arbeiten häufiger in schlecht bezahlten Minijobs. Im produzierenden Gewerbe, im Handel und Gastgewerbe arbeiten besonders viele. Christine Langenfeld, Vorsitzende des Sachverständigenrats deutscher Stiftungen für Integration und Migration, fordert von der Politik, gerade Kinder mit Migrationshintergrund in Kita und Schule zu unterstützen, um ihre Aufstiegschancen zu verbessern. „Wichtig ist eine kontinuierliche Sprachförderung“, sagt sie.

Migranten holen auf 16 Millionen Menschen in Deutschland mit ausländischen Wurzeln

Zudem sollten Ganztagschulen mit Nachmittagsunterricht weiter ausgebaut werden. Das komme vor allem Kindern zugute, die aus bildungsfernen Familien stammen oder einen Migrationshintergrund haben. Aus den Zahlen der Statistiker lässt sich aber auch ein durchaus positiver Trend ablesen. Schüler mit Migrationshintergrund holen bei den Bildungsabschlüssen langsam auf. Der Anteil der Abiturienten ist um 4,4 Prozent und damit stärker gestiegen als bei den Deutschen ohne Migrationshintergrund, die nur einen Zuwachs von 3,4 Prozent schafften. Sie profitieren darüber hinaus auch vom allgemeinen Aufschwung am Arbeitsmarkt, die Zahl der Erwerbstätigen nimmt zu.

Der Berliner Migrationsforscher Klaus Bade sieht in den neuen Zahlen der Statistiker denn auch einmal mehr einen Beleg dafür, dass es einen ständigen Fortschritt bei der Integration von Menschen mit Migrationshintergrund gibt. Der Bildungserfolg werde unterschätzt und verdiene mehr Anerkennung und Ermutigung, sagt Bade. Kinder mit Migrationshintergrund hätten insgesamt immer noch schlechtere Startbedingungen, müssten oft viel mehr Energie aufbringen, um sich aus ihrem Milieu herauszukämpfen und den Sprung in eine andere soziale Schicht zu schaffen.

Würden die Unterschiede bei der Herkunft in Studien herausgerechnet, seien Kinder mit Migrationshintergrund mindestens so erfolgreich wie ihre Altersgenossen ohne - oder sogar noch erfolgreicher. Doch die Erfolge würden nicht wahrgenommen. So entstehe der Eindruck, Misserfolg sei die Regel. „Integration ist immer dann unauffällig, wenn sie erfolgreich ist“, betont Migrationsforscher Bade. Er appelliert an die Politik, Bildungserfolge dieser Bevölkerungsgruppe stärker herauszustellen. Eine OECD-Studie habe gerade gezeigt, dass soziale Startnachteile in Deutschland so hartnäckig vererbt würden wie in kaum einem anderen Land.

Load-Date: January 16, 2013

Lernen aus der Sarrazin-Pleite; SPD will die Partei der Migranten werden und gründet deshalb ein neues Gremium

Die Welt

Mittwoch 29. Mai 2013

Copyright 2013 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK; S. 4; Ausg. 122

Length: 1193 words

Byline: Karsten Kammholz

Body

Auf der Suche nach neuen Wählerpotenzialen stoßen die Parteien auf eine große Unbekannte. Eine Gruppe von etwa 5,7 Millionen Wahlberechtigten, deren Abstimmungsverhalten volatil und kaum erforscht ist, kann im Herbst entscheidend sein: Rund zehn Prozent der zur Bundestagswahl Aufgerufenen haben einen Migrationshintergrund - und ihr Anteil steigt von Jahr zu Jahr. Noch werden die eingebürgerten Migranten von fast allen Parteien als Wählerschicht vernachlässigt, aber womöglich stellen sie das Zünglein an der Waage dar.

Zumindest die SPD will sich am Abend des 22. September nicht vorwerfen lassen, im Wahlkampf zu wenig um Migranten geworben zu haben. Diese Gruppe nimmt die Partei jetzt explizit in den Fokus. Für den 7. Juni planen die Sozialdemokraten die Gründung der neuen Arbeitsgemeinschaft Migration und Vielfalt, die vor allem in den Wahlkampfwochen das Profil als Partei der Migranten schärfen soll.

Man wolle „das Ohr der SPD innerhalb der vielen verschiedenen Migranten-Communities und ein Sprachrohr für Menschen mit Migrationshintergrund in der Sozialdemokratie sein“, heißt es selbstbewusst im parteiinternen Gründungsantrag der Organisation. An anderer Stelle des Papiers wird zugleich erkennbar, dass die Partei ihren über Jahrzehnte aufgebauten Kredit bei eingebürgerten Migranten zu verspielen droht: Was die SPD zum Beispiel bei den türkischstämmigen Wählern verliere, verliere die Union bei den russischsprachigen Menschen, heißt es. Die Frage sei nur, ob man es schaffe, diesen Menschen eine neue Heimat zu geben - „und ob wir unsere alten Wählerinnen und Wähler wieder stärker an uns binden können“.

Chefin der „neuen Heimat“ und Bundesvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Migration und Vielfalt soll Parteivize Aydan Özoguz werden. Sie redet der Partei ins Gewissen: Sie freue sich zwar, wenn die SPD in Umfragen unter Migranten mit Abstand den meisten Zuspruch erhalte. Aber ihre Partei habe kein Bestandsrecht auf Wähler aus dem Kreis der Zuwanderer. „Wir müssen für uns werben. Die SPD ist eindeutig die Partei der Migranten“, so Özoguz im Gespräch mit der „Welt“. Ihr Job ist klar definiert: Sie muss für die klare integrationspolitische Abgrenzung zur Konkurrenz sorgen. Özoguz sagt, ein wichtiger Punkt, an dem die SPD sich von der Union unterscheide, sei das Staatsangehörigkeitsrecht. „Wir sind klar für die doppelte Staatsangehörigkeit. Deshalb muss

Lernen aus der Sarrazin-Pleite SPD will die Partei der Migranten werden und gründet deshalb ein neues Gremium

die Optionspflicht dringend abgeschafft werden." Und sie verspricht: „Wir werden das Thema weiter auf der Tagesordnung halten.“

Die Erwartungshaltung an das Gremium ist immens, das lässt auch Parteichef Sigmar Gabriel durchblicken. Es gebe viel zu tun, sagt er der „Welt“ - und er zählt eine Menge integrationspolitischer Ziele seiner Partei auf: „Wir brauchen dringend die doppelte Staatsbürgerschaft, wir brauchen mehr Richter, Lehrer und Polizisten mit ausländischen Wurzeln, wir brauchen mehr Sprachförderung in den Schulen und Kitas.“ Jedenfalls sei er sich sicher, „dass die neue Arbeitsgemeinschaft dazu beiträgt, den Interessen der Migrantinnen und Migranten noch mehr Gehör zu verschaffen - in der SPD, aber natürlich auch weit darüber hinaus“. Man sei stolz darauf, „dass sich bei uns so viele Menschen mit ausländischen Wurzeln engagieren“.

Tatsächlich befindet sich die SPD noch in einer Erholungsphase seit ihrem integrationspolitischen annus horribilis 2011: Damals schob das Willy-Brandt-Haus erst mit Verve und Akribie ein Parteiausschlussverfahren gegen Thilo Sarrazin an, um dann nach rund fünf Stunden Verhandlung das Verfahren gegen den Ex-Bundesbanker abzublasen. Zuvor war Sarrazin, dessen Äußerungen zur Vererbbarkeit von Intelligenz und zur Integration von Muslimen parteiübergreifend viele im Land entsetzten, mehrfach von der Parteispitze nahegelegt worden, die SPD zu verlassen. Allein: Seinen Posten bei der Bundesbank musste Sarrazin bekanntlich zügig räumen, aber in der SPD wollte er bleiben.

Die Partei scheute daraufhin keine juristischen Mühen, um ihr Mitglied loszuwerden - und knickte dann doch ein. Sarrazin wurde lediglich aufgefordert, sich an die Grundsätze der Sozialdemokraten zu halten, und er gelobte auch, dies zu tun. Man trennte sich in dem Wissen, ein wohl jahrelanges Verfahren vermieden zu haben und damit einen Streit, der vielleicht bis ins Wahljahr gereicht hätte. Seit 2011 wird Sarrazin geduldet. Und die SPD versucht mühevoll, verlorenes Vertrauen zurückzugewinnen.

In einem ersten Schritt nach der Sarrazin-Pleite beschloss die Partei, die Position der Migranten in den eigenen Reihen zu stärken. Sie sollten verstärkt für Wahlen aufgestellt werden. Außerdem nahm man sich eine Quote von mindestens 15 Prozent für Migranten in allen Gremien der Partei vor. Dieser Plan wurde allerdings rasch wieder aufgegeben. Am Ende vereinbarte man nur die Quote für die Parteispitze - und seitdem ist die Hamburger SPD-Bundestagsabgeordnete Özoguz als stellvertretende Parteichefin für alle Themen rund um Integration und Migration zuständig.

Sie sieht in dem Verbleib Sarrazins in der Partei eine bleibende Belastung: „Es herrscht schon noch eine große Enttäuschung in der SPD darüber, dass es so einen wie Thilo Sarrazin in der Partei gibt. Diese Enttäuschung empfinde ich auch selbst noch sehr deutlich.“ Sie finde es aber gut, dass Parteichef Gabriel klargestellt habe, „dass Sarrazin mit SPD-Positionen wahrlich nichts zu tun hat“.

Sarrazin zum Trotz scheint die SPD weiterhin die erste Wahl für Migranten zu sein. Zwar existieren kaum belastbare Erhebungen über die Wahlpräferenzen von deutschen Bürgern mit Migrationshintergrund, aber in dem vorhandenen Material steht die SPD gut da. So ergab eine Umfrage von Anfang Mai, die das Unternehmen Data 4 U bei der Bevölkerung mit türkischen Wurzeln durchführte, ein klares Bild zugunsten der Sozialdemokraten: 64 Prozent würden die SPD wählen, 23 Prozent die Grünen, nur sieben CDU/CSU. Belastbar sind solche Zahlen nicht, da das tatsächliche Wahlverhalten von Migranten an den Wahlurnen bisher nicht gründlich erforscht wurde.

Selbst über die Frage, wer einen Migrationshintergrund hat, kann man sich streiten. Das Statistische Bundesamt stuft beispielsweise deutsche Bürger bis in die dritte Generation als solche ein, wenn sie denn feststellbar in einem Haushalt mit direkt Zugewanderten und eingebürgerten Deutschen leben. Schon bald will das Amt auf der Basis der Mikrozensus-Zahlen konkretisieren, wie viele Deutsche mit Migrationshintergrund tatsächlich zur Wahl aufgerufen werden. Die Parteien werden die Zahlen mit Interesse studieren.

Auch bei der Union und den Grünen arbeiten Netzwerke für migrationspolitische Themen. Politisches Neuland betrat zuletzt auch die FDP, als sie kürzlich das Liberale Forum Vielfalt gründete - eine Vorfeldorganisation der Partei, die auch Nichtmitglieder ansprechen soll. Zur Begründung hieß es, das Gesellschaftsmodell des Liberalismus entspreche vielen Lebensentwürfen von Zuwanderern und ihren Nachkommen. Das Wählerpotenzial

Lernen aus der Sarrazin-Pleite SPD will die Partei der Migranten werden und gründet deshalb ein neues Gremium

der Zuwanderer wollen die Liberalen nicht kampflos SPD und Grünen überlassen. Der FDP-Integrationspolitiker Sekran Tören gab zu, die Liberalen hätten hier Nachholbedarf. Den verspürt nun offenbar auch die Konkurrenz.

Graphic

PA/dpa/Angelika Warmuth

Die vielleicht wahlentscheidende Zielgruppe im Fokus: SPD-Vize Aydan Özoguz und Parteichef Sigmar Gabriel bei einer Veranstaltung mit selbstständigen Migranten

Benjamin Erfurth

awa wst

Load-Date: May 29, 2013

End of Document

Auf dem richtigen Weg; Laut Pisa werden deutsche Schüler besser. Gerade Migrantenkinder schaffen den Aufstieg. Nun darf Bundesländer-Egoismus den Vorsprung nicht wieder verspielen. Gleichwertige Lebensverhältnisse müssen das Ziel bleiben

Die Welt

Donnerstag 5. Dezember 2013

Copyright 2013 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT

Section: FORUM; Leitartikel; S. 3; Ausg. 284

Length: 1078 words

Byline: Thomas Vitzthum

Body

Es ist eine Nachricht, die wie ein Witz anmutet: „Migranten beklagen hohen Migrantenanteil an Schulen.“ Die „Welt“ hatte sie am Mittwoch verbreitet. Grundlage bildet eine Studie der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf. Die Autoren hatten mit Migranten aus den unterschiedlichen Milieus gesprochen, persönlich, bei ihnen zu Hause. Also dort, wo sie sich wohlfühlen, frei reden können. In allen Gruppen wurde der Wunsch nach Schulklassen artikuliert, die einen möglichst niedrigen Anteil von Migrantenkindern aufweisen. Die Eltern haben Angst, dass ihre Kinder andernfalls weniger lernen.

Warum löst diese Nachricht Verwunderung aus? Ursächlich sind wohl drei Klischees. Erstens: Migranten sind doch eigentlich gar nicht so bildungshungrig. Zweitens: Migranten finden sich doch an bestimmten Schulen zusammen, weil sie das wollen. Drittens: Migranten sind doch mit ihrer Situation ganz zufrieden. Offenbar ist das alles falsch. Bildung wird auch in dieser Bevölkerungsgruppe als die Möglichkeit schlechthin verstanden, sich zu verbessern. Den einen geht es dabei um Sicherheit, materiell oder sozial. Den anderen geht es um den Anschluss an die Mehrheit. Wieder anderen um die Wahrnehmung gleicher Rechte. Nur im Bereich Bildung haben sie diese Defizitperspektive im Hinblick auf ihre Herkunft so verinnerlicht.

Es wäre spannend zu wissen, ob dies bei den vermeintlich bildungsfernen Deutschen ohne Zuwanderungsgeschichte anders oder nicht vielleicht genauso ist. Die Pisa-Studie jedenfalls, die gerade zum Schwerpunkt Mathematik veröffentlicht wurde und Deutschland einen Sprung ins obere Mittelfeld bescheinigte, spiegelt den Willen zum Aufstieg bei den „Schwachen“ durchaus wider. Die Migranten ebenso wie sozial schwache „Deutsche“ holen auf. Ihre Kinder sorgen dafür, dass Deutschland im Ranking Plätze gutmacht. Noch einmal sollen die Migranten als Beispiel dienen: 2003 besuchten rund 35 Prozent der 15-Jährigen ohne Zuwanderungsgeschichte ein Gymnasium. Von den Kindern aus Migrantenfamilien waren es 16 Prozent. Heute liegt die Gymnasialquote bei den „Deutschen“ bei rund 40 Prozent. Aber 33 Prozent der Kinder, die einen Elternteil

Auf dem richtigen Weg Laut Pisa werden deutsche Schüler besser. Gerade Migrantenkinder schaffen den Aufstieg. Nun darf Bundesländer-Egoismus den Vorsprung nicht....

haben, der im Ausland geboren wurde, besuchen ein Gymnasium. Der Anteil von Kindern, deren Eltern jüngst zugewandert sind, beträgt 23 Prozent, unter der zweiten Generation sind es 28 Prozent. Das sind signifikante Zuwächse. Der Wille ist also da.

Diese Erfolge sind auch das Resultat richtiger Politik. Migranten wurden gezielt gefördert. Die Aufgabe des Multikulti-Irrglaubens war in ihrem Sinne. Wer Multikulti verstand als ihren Wunsch, das eigene Anderssein in allen Lebensbereichen zu kultivieren, der hat offenbar ihre Wünsche gründlich missverstanden. Nicht zuletzt ist die jahrelange Debatte über den Wert von Bildung an Migranten und sozial Schwachen nicht vorübergegangen. Sie hat bei ihnen die gleichen Spuren hinterlassen wie in der übrigen Bevölkerung: Unzufriedenheit mit dem deutschen Schulsystem.

Laut einer neuen Forsa-Untersuchung für den „Stern“ ist mehr als die Hälfte der Bundesbürger (53 Prozent) mit dem deutschen Bildungssystem unzufrieden. 83 Prozent finden, dass das Schulsystem einheitlich geregelt sein sollte. Das ist es, was Migranten besonders belastet: Sie durchschauen das komplizierte System nicht, zumal nach einem Wohnortwechsel. Sie wählen deshalb oft die Schule, die ihrer Wohnung am nächsten liegt, egal, um welchen Schultyp es sich handelt. Oft orientieren sie sich an Freunden oder Familienmitgliedern. Und zwar nicht, um - Vorsicht, wieder ein Klischee - Clan-Strukturen zu bilden, sondern weil sie die Schulbehörden offenbar nicht ausreichend mit (verständlichen) Informationen über Alternativen versorgen. So entstehen die Getto-Schulen, die keiner will, am wenigsten die Migranten selbst.

Die guten Ergebnisse bei Pisa dürften die Politiker in den Ländern, wo Schulpolitik ausschließlich gemacht wird, nun verleiten, noch mehr ihr je eigenes Süppchen zu kochen. Dass die Kultusminister keine Pisa-Untersuchungen aufgeschlüsselt nach Bundesländern veröffentlichen, ist ein Unding. Natürlich gibt es die, der Verweis auf die vermeintlich zu geringe Stichprobe ist fadenscheinig. Denn für Pisa werden nicht Schulen ausgewählt, die besonders ungewöhnlich sind, sondern solche, die im Durchschnitt liegen. So ist auch eine kleine Stichprobe aufschlussreich.

Das Schulsystem droht in den kommenden Jahren noch weiter zu zersplittern. Die Koalitionsverhandlungen von Union und SPD zeigten das schon deutlich. Da saßen fast alle Ministerpräsidenten an der Tafel. Eine gemeinsame Linie in der Schulpolitik war aber überhaupt nicht erkennbar. Die Parteifarbe war da zweitrangig. Grob gesagt wollen die reichen Länder am Status quo, der alleinigen Zuständigkeit der Länder für die Schule, nichts ändern. Sie können es sich leisten. Die ärmeren rufen nach Bundesgeld. Doch soll der Bund bitte keinen Einfluss nehmen. Jeder gegen jeden.

Man sollte nicht in Zentralstaatsgläubigkeit verfallen: Der Bund ist nicht die bessere Kultusbehörde. Das Prinzip der Subsidiarität hat Sinn. Aber so wie die Länder ihre Pfründe verteidigten, offenbaren sie keinen Willen, näher zusammenzurücken. Da ist von „heilsamem Wettbewerb“ die Rede. Doch wird er nicht verstanden als Mittel, um sich gegenseitig nach oben zu schaukeln. Wettbewerb dient der Abgrenzung voneinander.

Über die „gleichwertigen Lebensverhältnisse“, wie sie das Grundgesetz fordert, reden viele Landespolitiker, als handle es sich um eine unerhörte Idee von vorgestern. Die Polemik etwa des Südens gegen den Norden und das Land Berlin in der Schulpolitik konterkariert das Bekenntnis zu vergleichbaren Bildungsstandards. Es fragt sich auch, welche Funktion die Standards erfüllen. Laut der jüngsten Untersuchung der Kultusminister werden sie etwa in Mathematik bereits von den Schülern überall, in Bayern wie in Bremen erreicht. Es hat den Anschein, als begriffen das die Länder als Freibrief, wieder zu einer sezessionistischen Bildungspolitik zurückzukehren. Ein Irrweg. Denn seit der ersten Pisa-Studie vor 13 Jahren begreift die Bevölkerung, Deutsche wie Migranten, Bildungspolitik als gesamtstaatliche Aufgabe. Man verliert gemeinsam und - wie aktuell - man gewinnt gemeinsam. Eltern wollen, dass ihre Kinder in eine gute Schule gehen, sie ziehen aber keine Befriedigung daraus, dass dies anderen Kindern nicht vergönnt ist. Die Schulpolitik bisher schon.

Der Abschied vom Multikulti-Irrglauben hatten Migranten genützt. Sie wollen nicht anders sein

Auf dem richtigen Weg Laut Pisa werden deutsche Schüler besser. Gerade Migrantenkinder schaffen den Aufstieg. Nun darf Bundesländer-Egoismus den Vorsprung nicht....

Load-Date: December 5, 2013

End of Document

Zuwanderer leiden unter ihrem Status; Hoher Migrantenanteil an Schulen stört viele

Die Welt

Mittwoch 4. Dezember 2013

Copyright 2013 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK; S. 4; Ausg. 283

Length: 377 words

Byline: Thomas Vitzthum

Body

Vor einigen Monaten gab es in Berlin einen aufsehenerregenden Fall, der viel über das Selbstbild von Menschen mit **Migrationshintergrund** in Deutschland aussagt. Da klagten drei Schüler eines Gymnasiums in Neukölln gegen das Land Berlin. Die Schüler hatten die Probezeit nicht bestanden. Schuld daran sei der hohe Anteil von Schülern, deren Muttersprache nicht Deutsch war, waren sie überzeugt. In der entsprechenden Klasse gehörten dieser Gruppe 67 Prozent an. Unter ihnen auch die drei klagenden Schüler.

„Ich kann das nachvollziehen“, sagt Meral Cerci, Projektleiterin der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf für eine Studie im Auftrag der Vodafone-Stiftung und der Stiftung Mercator. Sie liegt der „Welt“ vorab vor. „Viele Migranten beklagen, dass ihre Kinder geringere Chancen in der Schule haben, weil in den Klassen zu viele Kinder mit Migrationshintergrund sind“, sagt Cerci. Für die Studie führten die Forscher 120 Tiefen-Interviews mit Angehörigen verschiedener Milieus mit Zuwanderungsgeschichte. Dabei zeigte sich, dass über alle Gruppen hinweg in Bezug auf die Bildungschancen ein starkes Defizitbewusstsein vorhanden ist. „Kulturelle Vielfalt gehört für viele Menschen mit Migrationshintergrund selbstverständlich zum Leben und wird subjektiv als Bereicherung erlebt. Bezogen auf die Bildungspartizipation in Deutschland wird allerdings - gerade in den Milieus mit niedriger sozialer Lage - der eigene Migrationshintergrund und auch der der Kinder als Defizit und Problem betrachtet“, heißt es in der Studie. Symptomatisch sei, dass sich viele Migranten für ihren Nachwuchs eine Schule mit niedrigem Migrantenanteil wünschten.

Dieser Wunsch sei in allen Milieus vorhanden, sagt Cerci. „Selbst unter den streng religiösen und traditionsverbundenen gibt es ihn. Alle wollen für ihre Kinder die bestmögliche Bildung.“ Die Eltern haben Wünsche: Zum einen möchten sie besser informiert werden. Viele kennen sich mit dem deutschen Schulsystem kaum aus und wählen deshalb die nächstgelegene Schule oder eine, wo schon Bekannte Kinder hingeschickt haben. So kommt es zur Konzentration von Migranten in einer Klasse. Schließlich wünschen sich viele mehr Lehrkräfte mit Migrationshintergrund.

Im Bereich Bildung wird der eigene Hintergrund als Nachteil empfunden

Zuwanderer leiden unter ihrem Status Hoher Migrantenanteil an Schulen stört viele

Load-Date: December 4, 2013

End of Document

Allein nach Deutschland; Rund 10.000 minderjährige Flüchtlinge sind ohne ihre Familie gekommen. Nicht alle werden hier so fair behandelt wie Samir, der den Taliban entkam

Die Welt

Freitag 1. November 2013

Copyright 2013 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT

Section: POLITIK; S. 8; Ausg. 255

Length: 1729 words

Byline: Laura Réthy

Body

Bevor Samir ging, versteckte ihn die Mutter im Ofen. Sie hatte dort sonst immer das Brot für die ganze Familie gebacken. Aber die gab es nun nicht mehr. Die Mutter verschloss die rußgeschwärzte Öffnung und wartete, bis die Männer, die nach ihrem Sohn suchten, gegangen waren. Sie hatten gedroht, sie umzubringen, sollte sie wissen, wo Samir ist. Sie schwieg, die Männer gingen, nicht ohne die Mutter noch einmal zu schlagen. Danach ging auch Samir. Für immer. Mutter und Sohn würden einander nie wieder sehen.

Samir war 14 Jahre alt, als er sich auf den langen Weg aus der Provinz Herat in Afghanistan nach Deutschland wagte. 5700 Kilometer, mit einem falschen Pass in der Tasche, geführt von Schleppern. Er reiste monatelang über die Türkei, Griechenland und Frankreich und kam schließlich im Juni 2011 im sächsischen Chemnitz an, wo ihn das zuständige Jugendamt in Obhut nahm.

Der Junge hatte Glück. Denn nach Schätzungen des Bundesfachverbands unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge (BumF) wird etwa ein Viertel der Kinder und Jugendlichen, die allein nach Deutschland kommen, nicht in die Obhut der Jugendhilfe genommen, sondern in Gemeinschaftsunterkünften einquartiert. Also dort, wo die erwachsenen Flüchtlinge untergebracht werden und sich häufig ein einziger Sozialarbeiter um 120 Menschen kümmern muss. Besonders häufig passiert das in Bayern, Brandenburg, Schleswig-Holstein und eben in Sachsen. Eine Praxis, die eigentlich seit dem 1. Oktober 2005 nicht mehr legal ist. Doch es fehlt in der Jugendhilfe an Plätzen - und häufig auch an dem Bewusstsein, dass diese Flüchtlinge in erster Linie Minderjährige sind und erst in zweiter Linie Ausländer.

Niels Espenhorst, der beim BumF zurzeit ein Projekt zur Verbesserung der Aufnahmebedingungen leitet, erklärt jene Aufnahmepraxis so: „Das ist fehlende Wertschätzung. Es lohnt angeblich nicht, sich um diese Personengruppe Gedanken zu machen. Sie sind brav und mit relativ wenig zufrieden.“ Viele würden jahrelang Deutschkurse erhalten, ohne dass man sie aber in das Schulsystem integriere. Doch die Flüchtlinge beschwerten sich nicht. „Schon ein Deutschkurs gibt ihnen das Gefühl einer schulähnlichen Struktur. Dafür sind sie einfach dankbar.“

Allein nach Deutschland Rund 10.000 minderjährige Flüchtlinge sind ohne ihre Familie gekommen. Nicht alle werden hier so fair behandelt wie Samir, der den Talib....

Die Geschichten der minderjährigen Flüchtlinge ähneln sich. Dort, wo sie herkommen, hatten sie meist keine faire Chance auf ein gutes Leben. Auch Samir bekam diese Chance nicht.

Er wuchs zusammen mit seinem älteren Bruder und seinen Eltern in einem Dorf in der westafghanischen Provinz Herat auf, einem im Vergleich mit anderen Teilen des Landes friedlichen Gebiet. Der Vater war Händler, brachte Waren aus dem Iran nach Afghanistan. Sie hatten ein kleines Haus und ein Auto, der Vater war über die Grenzen des Dorfes hinaus ein angesehener Mann, bei dem man sich Rat und Hilfe holte. „Es war ein schöner Platz zum Leben“, erzählt Samir.

Doch der Einfluss des Vaters in der Gegend wurde den Taliban zu groß. Eines Nachts kamen drei Männer in das Haus der Familie. Samir traf ein Gewehrkolben am Kopf, und er verlor das Bewusstsein. Als er wieder zu sich kam, war der Vater verschwunden, sein zwei Jahre älterer Bruder war tot. Die Männer hatten ihn erschossen. Vom Vater haben sie nie wieder etwas gehört.

Am Tag, als Samir zum Oberhaupt seiner kleinen Familie wurde, war er 14 Jahre alt. Ein Kind, das von nun an für sich und seine Mutter sorgen musste. Er nahm jeden Job an, der ein bisschen Essen ins Haus brachte, so auch ein Angebot eines Freundes der Familie, der erzählte, er habe in der Provinzhauptstadt Herat Arbeit für ihn. „Ich kam an einen Ort mit vielen Kindern, die jüngsten waren vielleicht elf Jahre alt“, erinnert sich Samir. Den ganzen Tag mussten sie, bewacht von schwer bewaffneten Männern, aus dem Koran lesen. Am Abend holte man sie, um sie in Frauenkleidern tanzen zu lassen, zur Unterhaltung ihrer Bewacher. Es war eine Armee aus Kindern, die darauf vorbereitet wurde, in den Kampf gegen die Amerikaner zu ziehen. Samir sollte in diesem Kampf sein Leben lassen, er sollte zum Selbstmordattentäter ausgebildet werden. „Ich hatte Angst, dass ich dort sterbe.“

Samir floh mitten in der Nacht über die Dächer und durch die Gärten von Herat. Er rannte 16 Stunden, ohne Schuhe, ohne sich einmal umzublicken, nur weg. Mit der Hilfe eines Mannes schaffte er es schließlich in sein Heimatdorf. Doch die Taliban ließen ihn nicht einfach so ziehen. Wieder kamen sie ins Haus, Samir kauerte in dem engen Ofen und hörte sie drohen und schreien. Als die Männer weg waren, fasste Samirs Mutter den Entschluss: Sie wollte ihren einzigen Sohn nicht auch noch verlieren. „Sie wollte, dass ich weit weggehe, wo mich niemand finden kann“, erzählt er. Nun ist er in Deutschland und will seinen echten Namen nicht nennen und nur so fotografiert werden, dass man ihn auf den Bildern nicht erkennen kann. Die Angst ist geblieben.

Der BumF schätzt, dass zurzeit 10.000 Kinder und Jugendliche so wie Samir ohne Eltern oder andere Verwandte als Flüchtlinge in Deutschland leben, und die Zahlen steigen. Laut Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) haben zwischen Januar und September dieses Jahres 1610 unbegleitete Minderjährige in Deutschland Asyl beantragt, die meisten von ihnen kommen aus Afghanistan, Syrien und Somalia. Und weil nicht alle Flüchtlinge Asyl beantragen, ist davon auszugehen, dass die tatsächliche Anzahl der Minderjährigen ohne Begleitung, die zwischen Januar und September nach Deutschland kamen, noch höher ist. Doch Zahlen gibt es nicht, da es das Erfassungsmerkmal „unbegleiteter Minderjähriger“ im Ausländerzentralregister nicht gibt.

Samir konnte drei Monate nach seiner Ankunft in Deutschland in eine Jugend-WG ziehen, in der er bis heute lebt und die Unterstützung bekommt, die ein junger Mensch ohne Familie in einem fremden Land braucht. „Als ich hierherkam, war ich wie ein Blinder. Ich konnte die Sprache nicht, und ich wusste nichts über dieses Land“, erinnert sich Samir. Mittlerweile spricht er fließend Deutsch, besucht die neunte Klasse einer Oberschule und macht in diesem Jahr seinen Abschluss. „Auf meiner Reise sagte man mir, dass in Deutschland alle Menschen gleich sind, egal ob Ausländer oder nicht“, sagt Samir, „und ich glaube wirklich, wenn die Deutschen sehen, jemand will etwas aus seinem Leben machen, dann bekommt man auch Hilfe.“

In Samirs Leben kam die Hilfe in Person von Birgit Broszeit. Sie ist sein ehrenamtlicher Vormund - und sein zweiter Glücksfall. Sie steht Samir immer zur Seite, weit über die Pflichten eines amtlichen Vormunds hinaus. Sie fährt mit ihm auf eigene Kosten nach Berlin zur afghanischen Botschaft, besorgt Weihnachtsgeschenke und organisiert Geburtstagsfeiern. Und vor allem unterstützt sie ihn während des laufenden Asylverfahrens. Denn Samir ist 17 Jahre alt und daher bereits seit einem Jahr laut Gesetz in Asylfragen voll handlungsfähig. Das heißt, er darf selbstständig Asyl beantragen und muss sich mit Vorgängen beschäftigen, die schon für Kundige oft kompliziert

Allein nach Deutschland Rund 10.000 minderjährige Flüchtlinge sind ohne ihre Familie gekommen. Nicht alle werden hier so fair behandelt wie Samir, der den Talib....

und undurchschaubar sind. Das Absurde dabei: In allen anderen Fragen des Lebens darf er nicht alleine entscheiden. Nicht einmal in einem Fußballklub dürfte er sich alleine anmelden. Doch gerade bei der für die Flüchtlinge wichtigsten Frage werden sie alleingelassen. Das wirkt wie politische Taktik. Denn minderjährige Flüchtlinge sind teure Flüchtlinge.

Deswegen ist auch die Festsetzung ihres Alters nicht selten eine Frage des Willens bei den zuständigen Mitarbeitern des Jugendamts. „Die sagen sich, wir haben eine bestimmte Zahl an Plätzen zur Verfügung. Und wenn die voll sind, muss man etwas unternehmen, dass nicht noch mehr Minderjährige hinzukommen“, erklärt Niels Espenhorst. Doch oft sieht man den Jugendlichen ihr Alter auch einfach nicht an. „Man muss sagen, viele Leute sehen tatsächlich älter aus. Sie haben schlimme Dinge erlebt, so etwas prägt natürlich auch das Aussehen“, erklärt Claus Förster, Berliner Rechtsanwalt, der Flüchtlinge vertritt, die gegen das durch Behörden festgelegte Alter klagen. Auch Samir hat nicht den Blick eines Jugendlichen. Es sind alte Augen, die ihr Gegenüber anblicken.

Um das tatsächliche Alter eines Flüchtlings festzustellen, werden zunächst Gespräche geführt. Führen die zu keinem Ergebnis, wird eine medizinische Altersfestsetzung veranlasst, die viele Probleme mit sich bringt. Da werden junge Mädchen von männlichen Ärzten ohne Anwesenheit von Dolmetschern oder psychologisch geschultem Personal im Genitalbereich untersucht, in völliger Unwissenheit, was diese Mädchen in ihrer Heimat erlebt haben. Oder Jugendliche werden in die engen und lauten Röhren von Magnetresonanztomografen geschoben, ohne dass jemand wüsste, ob der Flüchtling ein Kriegstrauma hat. Ein Zwischenfall Anfang des Jahres in der Berlin Charité zeigt, was das für Folgen haben kann: Ein junger Mann aus Bangladesch hatte versucht, sich während der Untersuchung die Pulsadern aufzuschneiden.

Und auch wenn die Untersuchungen mit mehr Feingefühl gemacht werden, bergen sie Unsicherheiten. Denn häufig wird die Handwurzel oder der Zahnstatus der Flüchtlinge untersucht, eine stark fehlerbehaftete Methode. „Auffällig ist, dass sehr häufig ein Alter von 17,9 im Gutachten festgestellt wird. Das kann nur bedeuten, dass man sich nicht ganz sicher ist“, erzählt Claus Förster. Im Zweifel gilt in Deutschland eine Haltung gegen den Flüchtling. Claus Förster würde sich ein Umdenken wünschen, die Bundesrepublik habe schließlich die Kinderrechtskonvention unterschrieben. „Wenn es nicht widerlegt werden kann, dann sollte im Zweifel immer für die Rechte von Minderjährigen entschieden werden.“

Samir hatte viel Glück. Auch weil er so jung war, dass kein Zweifel an seiner Minderjährigkeit bestand, und weil er deshalb dasjenige bekommen hat, was einem Minderjährigen zusteht. Er möchte nun eine Ausbildung zum Industriemechaniker machen und eine Familie gründen. Trotzdem ist nicht jeder Tag in Deutschland ein guter. „Ich vermisse meine Heimat sehr. Manchmal denke ich mir, dass ich einfach zurückgehe“, sagt er, „aber dann frage ich mich, was soll ich da? Ich habe alles verloren.“ Im März dieses Jahres kam ein Brief aus Afghanistan. Auch die Mutter ist gestorben.

„Meine Mutter wollte, dass ich weit weggehe, wo mich niemand finden kann“ Samir, mit 14 Jahren geflohen

„Schon für Deutschkurse sind diese Jugendlichen einfach dankbar“ Niels Espenhorst, Bundesfachverband unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge

Graphic

Amin Akhtar/Amin Akhtar

Aus Angst vor Verfolgern will Samir auf Fotos nicht erkannt werden können

Amin Akhtar

Allein nach Deutschland Rund 10.000 minderjährige Flüchtlinge sind ohne ihre Familie gekommen. Nicht alle werden hier so fair behandelt wie Samir, der den Talib....

Load-Date: November 1, 2013

End of Document

FDP will Partei der Migranten werden; Die Liberalen planen eine Organisation für die Belange von Zuwanderern. Noch fehlt der passende Name

Die Welt

Mittwoch 10. April 2013

Copyright 2013 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT

Section: POLITIK; S. 4; Ausg. 83

Length: 799 words

Byline: Karsten Kammholz

Body

Rund 20 Prozent der in Deutschland lebenden Bürger haben einen **Migrationshintergrund**. Mehr als die Hälfte von ihnen sind deutsche Staatsbürger. Wenn es folglich um Wahlen geht, wird diese Bevölkerungsgruppe stetig relevanter. Bei der Bundestagswahl 2009 waren bereits 5,6 Millionen Menschen mit **Migrationshintergrund** stimmberechtigt, und es werden in diesem Herbst noch mehr sein. Die Parteien müssen reagieren, und sie tun es mit unterschiedlicher Ernsthaftigkeit.

Die FDP hat sich entschlossen, weiter zu gehen, als es die Konkurrenz bisher getan hat. Die Liberalen wollen eine parteinahe Organisation für die Belange von **Migranten** gründen. Nach Informationen der „Welt“ soll die Vorfeldorganisation am Rande des FDP-Bundesparteitags Anfang Mai in Nürnberg aus der Taufe gehoben werden. Bislang gibt es an Vorfeldorganisationen und nahestehenden Verbänden der FDP unter anderem die Jungen Liberalen, die Liberalen Frauen und die Vereinigung liberaler Kommunalpolitiker.

Man habe sich noch nicht für einen Namen der Organisation entschieden, sagte Serkan Tören, integrationspolitischer Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion der „Welt“. Laut Tören ist man bei diesem Punkt noch in Gesprächen. Als ein Vorschlag sei „Liberaler Migranten“ genannt worden, wobei dieser Name sehr auf klassische Einwanderer ziele, gestand der Integrationspolitiker ein. Er sagte: „Wer hier mit Migrationshintergrund geboren wurde, ist kein wirklicher Migrant.“ Ausdrücklich sollen auch die Nachfahren der früh Zugewanderten angesprochen werden.

Um der Organisation beizutreten, brauche man nicht Mitglied der FDP zu sein, betonte Tören. „Jeder mit liberaler Geisteshaltung ist uns willkommen.“ Es gebe großes Interesse in den FDP-Landesverbänden, auch auf Landesebene jeweils Vorfeldorganisationen für Menschen mit Migrationshintergrund zu gründen, so der FDP-Politiker.

FDP will Partei der Migranten werden Die Liberalen planen eine Organisation für die Belange von Zuwanderern. Noch fehlt der passende Name

Zu den Gründungsmitgliedern zählen neben Tören auch die Bundestagsabgeordneten Bijan Djir-Sarai und Johannes Vogel. Der neue Verein soll keine Migrantenorganisation sein, sondern Menschen mit und ohne Migrationshintergrund miteinander vernetzen. Auch mit der Liberalen Türkisch-Deutschen Vereinigung soll die neue Organisation eng zusammenarbeiten.

Der Personenkreis, den die Gruppe ansprechen will, ist laut Tören längst in der Gesellschaft integriert. „Arbeiter, Selbstständige und Akademiker mit Migrationshintergrund sind unsere Zielgruppe.“ Die meisten Einwanderer seien nach Deutschland gekommen, um frei zu sein und für ihren gesellschaftlichen Aufstieg zu arbeiten. Daher entspreche das Gesellschaftsmodell des Liberalismus ihren Lebensentwürfen, so der FDP-Politiker. Die Liberalen, das räumt auch ihr integrationspolitischer Sprecher ein, müssen bei dieser Wählerklientel die Werbetrommel für sich rühren. „Bislang tendieren diese Menschen oft zu SPD und Grünen. Wir Liberale haben hier Nachholbedarf und werden Überzeugungsarbeit leisten“, kündigte er an.

In der Tat ist die SPD noch immer die beliebteste Partei bei Bürgern mit Migrationshintergrund. Eine der jüngeren Untersuchungen ergab, dass 55 Prozent der Deutsch-Türken der SPD nahestehen. Die Grünen kommen auf gut 23 Prozent, CDU und FDP erreichen zusammen nur elf Prozent. Die FDP-Führung hofft dementsprechend auf neue Impulse durch die Gründung der Vorfeldorganisation. Es geht der Partei aber auch um eine Imagepolitur. Generalsekretär Patrick Döring machte noch einmal deutlich, dass die FDP für eine tolerante, vielfältige und offene Gesellschaft stehe. Er sagte der „Welt“: „Wir machen uns für diejenigen stark, die sich anstrengen und etwas leisten, unabhängig von ihrer Herkunft. Um sie wollen wir werben und gleichzeitig betonen, dass das Einwanderungsland Deutschland eine ernst gemeinte Willkommenskultur braucht.“

Politisches Neuland betritt die FDP in jedem Fall. In Union und SPD gibt es bereits Netzwerke für Bürger mit Migrationshintergrund, im Umfeld der Grünen existieren die Bundesarbeitsgemeinschaft Migration und Flucht und im nordrhein-westfälischen Landesverband die „Grünen MuslimInnen“. In der Linkspartei wurde nach Angaben eines Parteisprechers noch keine parteiinterne oder parteinahe Gruppe für migrationspolitische Themen gegründet.

Bis zur endgültigen Namensfindung für die FDP-Organisation wollen sich die Gründungsmitglieder noch Zeit lassen, notfalls bis zum Parteitag. Neben „Liberale Migranten“ wird auch der Name „Kulischer Kreis“, angelehnt an den russisch-amerikanischen Migrationsforscher Eugene Kulischer, diskutiert. Kulischer hatte nach seiner Flucht aus Deutschland mehrere Jahre in Deutschland gelebt, bevor er vor den Nationalsozialisten floh. „Der Name wäre allerdings sehr akademisch“, sagte Tören zu diesem Vorschlag. Sie haben ja noch ein paar Wochen Zeit.

„Wir Liberale haben hier Nachholbedarf“ Serkan Tören (FDP), Integrationspolitiker

Load-Date: April 10, 2013

Integration als Dienstleistung

Die Welt

Donnerstag 10. Mai 2012

Copyright 2012 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT

Section: POLITIK; S. 8; Ausg. 109

Length: 286 words

Byline: Henryk M. Broder

Body

Im Zuge der Arbeiten für unsere „Deutschland-Safari“ haben Hamed Abdel-Samad und ich uns auch in Berliner „Problem-Kiezen“ umgesehen. Wir sprachen mit Kiez- und Quartiersmanagern, mit Angehörigen von „Beiräten“ und Sprechern von Initiativen. Wir nahmen sogar an einem „Frauenfrühstück“ teil, das von einer Migrantinnengruppe mithilfe des Bezirksamtes veranstaltet wurde. Wir lernten „Kiezläufer“ kennen, die in ihren Kiezen für das Einsammeln des Mülls zuständig waren, der von den Einwohnern aus den Fenstern auf die Straße geworfen wurde. Und alle waren der Meinung: Es werde schon viel, aber bei Weitem nicht genug für die Integration der Migranten getan. Es müsse noch viel, viel mehr getan werden. Man müsse Kurse und Freizeitaktivitäten anbieten, vor allem aber müssten die Integrationshelfer zu den „Kunden“ kommen, statt abzuwarten, bis diese zu den Integrationshelfern kämen.

Was wir in den Problem-Kiezen erlebten, war eine florierende Migrationsindustrie, die sich ihren Kunden andiente, wie es jeder Dienstleistungsbetrieb tut. Die ständig neue „Projekte“ konzipieren musste, um ihre eigene Existenz zu rechtfertigen. In den besten Tagen der Berliner Treberhilfe waren bis zu 300 Sozialarbeiter für etwa 3000 Obdachlose tätig. Das heißt, zehn Obdachlose versorgten einen Sozialarbeiter mit Arbeit und Einkommen.

So ähnlich funktioniert auch die „Migrationsindustrie“. Man weiß nicht mehr, wer für wen da ist: die Migrationshelfer für die Migranten oder umgekehrt. Man muss sich die Frage stellen, ob die „Fürsorge“ nicht der Integration abträglich ist, weil sie ihre Objekte entmündigt. Nicht die Migranten sind das Problem, sondern ein Apparat, der sich um sie kümmert, bis jede Eigeninitiative verkümmert ist.

Load-Date: May 10, 2012

Wissen Kompakt; Anthropologie: Frühe Vorfahren des Menschen aßen Baumrinde ++ Gesundheit: Ärzte fordern für Kinder Migräne-Medikamente ++ Paläontologie: Dinosaurier könnten doch Warmblüter gewesen sein

Die Welt

Donnerstag 28. Juni 2012

Copyright 2012 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT

Section: WISSENSCHAFT; Kompakt; S. 22; Ausg. 149

Length: 345 words

Body

Anthropologie

Frühe Vorfahren des Menschen aßen Baumrinde

Der Speiseplan der frühen menschlichen Vorfahren war reichhaltiger als gedacht. Das fanden Forscher vom Max-Planck-Institut für Evolutionäre Anthropologie heraus. Demnach hatte die erst vor wenigen Jahren neu entdeckte Homininen-Art *Australopithecus sediba* sogar Baumrinde verspeist, heißt es in „Nature“. Damit unterschieden sich seine Essgewohnheiten von anderen ähnlich alten afrikanischen Hominiden.

Gesundheit

Ärzte fordern für Kinder Migräne-Medikamente

Der Präsident der Migräneliga Deutschland, Otto Uhl, hat sich für eine bessere medizinische Versorgung von Kleinkindern, die an Migräne leiden, ausgesprochen. Bisher existiere kein Mittel, das gegen Migräne bei Kindern im Vorschulalter helfe, sagte er. Lange Zeit sei gesagt worden, kleinere Kinder könnten keine Migräne bekommen. Doch mittlerweile gebe es Verfahren, mit denen auch bei Kindern im Vorschulalter eine Migräne-Diagnose gestellt werden könne.

Paläontologie

Dinosaurier könnten doch Warmblüter gewesen sein

Eines der Hauptargumente für die Theorie, Dinosaurier seien Kaltblüter, ist widerlegt. Ihr Knochenwachstum ähnele dem der Säugetiere, berichten Forscher von der Autonomen Universität Barcelona in „Nature“. Demnach haben nicht nur Kaltblüter in ihren Knochen Ringe für jährliche Wachstumsschübe wie bislang vermutet, sondern auch Warmblüter. Die Forscher hatten Oberschenkelknochen von 115 Wiederkäuern aus 41 Arten analysiert, darunter

Wissen Kompakt Anthropologie: Frühe Vorfahren des Menschen aßen Baumrinde ++ Gesundheit: Ärzte fordern für Kinder Migräne-Medikamente ++ Paläontologie: Dinosaur....

Rentiere in Norwegen und Antilopen in Afrika. „Die Querschnitte sahen genauso aus wie bei ähnlich großen Dinosauriern, obwohl wir nur Säugetiere untersucht haben und Dinosaurier zu den Reptilien gehören“, schreiben die Forscher. Alle Präparate hätten sogenannte Lines of arrested growth gehabt: Linien zwischen zwei Wachstumsschüben, ähnlich den Baumringen. Bislang waren diese Linien fast nur von Tieren wie Reptilien bekannt, deren Körpertemperatur von der Umwelt abhängt, und die als wechselwarme Tiere oder Kaltblüter bezeichnet werden. Doch nun ist klar: Auch Warmblüter haben solche Wachstumslinien.

Load-Date: September 12, 2012

End of Document

Deutschland Kompakt I; Asylbewerber: FDP kritisiert Neuregelung bei Leistungen ++ Bayern: Wende in Psychiatrie-Affäre - Fall wird neu aufgerollt ++ Journalistenverbände: Kritik an Durchsuchung der „Berliner Morgenpost“

Die Welt

Samstag 1. Dezember 2012

Copyright 2012 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK; Kompakt; S. 4; Ausg. 282

Length: 632 words

Body

Asylbewerber

FDP kritisiert Neuregelung bei Leistungen

Nach einem Entwurf aus dem CDU-Arbeitsministerium sollen **Asylbewerber** künftig 336 Euro im Monat erhalten. Das ist etwas weniger als der Regelsatz für Hartz-IV-Empfänger, der am 1. Januar auf 382 Euro steigt. Um **Asylmissbrauch** zu bekämpfen, können die Sozialleistungen allerdings eingeschränkt werden, wenn die **Asylbewerber** aus „sicheren Herkunftsstaaten“ kommen. Der FDP-Sozialpolitiker Pascal Kober kritisierte diesen Gesetzespassus. „Ich halte das mit der Vorgabe des Verfassungsgerichts, die auf das Existenzminimum abzielt, für nicht vereinbar.“ **Migrationspolitische** Gründe dürften bei der Festlegung des Existenzminimums keine Rolle spielen, betonte Kober. Er kritisierte auch, dass der Zugang zum Arbeitsmarkt für die **Asylsuchenden** nicht erleichtert wird. „Die FDP plädiert für einen Zugang bereits ab dem ersten Tag“, sagte Kober. Derzeit dürfen **Asylbewerber** erst nach einem Jahr in Deutschland arbeiten, wenn die Arbeitsagentur zustimmt. „Wenn wir uns schon mit dem Thema **Asylbewerber** beschäftigen, müssen wir auch das Thema Arbeitserlaubnis anpacken“, forderte auch FDP-Arbeitsmarktexperte Johannes Vogel. svb.welt.de/asy/

Bayern

Wende in Psychiatrie-Affäre - Fall wird neu aufgerollt

Überraschende Wende in der Affäre um die umstrittene Zwangsunterbringung von Gustl Mollath: Justizministerin Beate Merk (CSU, Foto) will den Fall komplett neu aufrollen lassen. Merk, selbst in der Kritik, habe dies bei der Generalstaatsanwaltschaft Nürnberg beantragt, teilte ein Sprecher mit. Anlass sind neue Ungereimtheiten: Womöglich war der Richter, der Mollath in eine geschlossene Anstalt eingewiesen hatte, befangen. Er soll bei den Finanzbehörden angerufen und gesagt haben, Mollath sei verrückt und seiner Anzeige müsse nicht nachgegangen

Deutschland Kompakt I Asylbewerber: FDP kritisiert Neuregelung bei Leistungen ++ Bayern : Wende in Psychiatrie-Affäre - Fall wird neu aufgerollt ++ Journalisten....

werden. Tatsächlich war der Fall dann schnell beendet. Mollath, der Schwarzgeldgeschäfte bei der Hypovereinsbank angeprangert hatte, ist seit 2006 wegen Gemeingefährlichkeit in der Psychiatrie Bayreuth untergebracht. Der Fall ist brisant, weil die Schwarzgeldvorwürfe offensichtlich stimmen, wie neue Quellen nahelegen. Für das Landgericht waren sie aber Teil eines „paranoiden Gedankensystems“. Mollath reagierte erfreut auf Merks Entscheidung. „Das hört sich natürlich sehr gut an“, sagte er dem Bayerischen Rundfunk. Er hoffe auf die Möglichkeit, „eine wirkliche Freiheit letztendlich zu erreichen“.

Journalistenverbände

Kritik an Durchsuchung der „Berliner Morgenpost“

Journalistenverbände haben die Durchsuchung der Redaktion der „Berliner Morgenpost“ durch die Staatsanwaltschaft verurteilt. Quellenschutz sei „ein so hohes Gut“, dass man auch wegen eines Verdachts keine Redaktion durchsuchen sollte, sagte Alexander Fritsch vom Deutschen Journalisten-Verband (DJV) dem „Tagesspiegel“. Die Deutsche Journalistinnen- und Journalisten-Union (dju) bezeichnete das Vorgehen der Behörden als „vollkommen unverhältnismäßig“. Anscheinend stehe die Berliner Polizei so sehr unter Druck, endlich einen „Maulwurf“ präsentieren zu können, „dass sie vollkommen über das Ziel hinausschießt“, sagte Bundesgeschäftsführerin Cornelia Haß. Am Donnerstag hatte die Staatsanwaltschaft Berlin den Arbeitsplatz eines Reporters in der Redaktion, die zur Redaktionsgemeinschaft mit der „Welt“ gehört, durchsucht. Gegen ihn wird ermittelt, weil er einen Beamten für die Weitergabe von Informationen aus einem Ermittlungsverfahren bestochen haben soll. Die Durchsuchung sei grob unverhältnismäßig und rechtswidrig, schrieb Chefredakteur Carsten Erdmann in der Freitagausgabe und wies die Vorwürfe entschieden zurück. Das Medienhaus Axel Springer, in dem die Zeitung erscheint, will juristisch gegen die Durchsuchung vorgehen. Eine Sprecherin kündigte an, es würden Rechtsmittel gegen das Vorgehen der Behörden eingelegt.

Graphic

dpa/Marc Müller

Load-Date: January 26, 2013

**Brave Migranten als Quiz-Figuren; EU-Spiel „Immigropoly“ will über
Einwanderung belehren - und langweilt doch nur**

Die Welt

Freitag 1. März 2013

Copyright 2013 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT

Section: TITEL; S. 1; Ausg. 51

Length: 338 words

Byline: Boris Kálnoky

Body

Ein von der EU gefördertes und von UN-Generalsekretär Ban Ki-moon gepriesenes Computerspiel aus Ungarn soll uns zu toleranteren Menschen erziehen. „Immigropoly“ (immigropoly.hu) ist ein Einwanderungsspiel: Man wählt unter zwölf **Migrantencharakteren** und kämpft sich zu einem besseren Leben im Westen durch. Eigentlich könnte das unterhaltsam sein. Ist es aber nicht, weil es vor allem belehren will. „Immigropoly“ soll dem Spieler beibringen, dass **Migranten** normale, nette Menschen sind. Die Figuren sind positiv und politisch korrekt gezeichnet. Sogar der pakistanische Agent vom Geheimdienst ISI „jagt seit 23 Jahren die Taliban“. Nützlich wäre der Hinweis, dass ISI die Taliban in Wahrheit selbst erschuf, an die Macht brachte und bis 2001 unterstützte.

Etwa 150.000 Euro gab es an Fördergeldern, sagt der Erfinder des Spiels, István Tarrósy. Dafür habe man auch ein Lesebuch für Erzieher und Schüler gemacht, und wolle - mit mehr Geld - aus „Immigropoly“ auch ein Brettspiel machen. So mutet es auch an - wie ein Brettspiel, das sich in einen Computer verirrt hat. Vor starren Hintergrundbildern wird Wissen dargeboten und abgefragt. Das Spielen besteht aus Lösungen für die Aufgaben, die die Charaktere bewältigen müssen, um nach Europa zu kommen. Man hat dabei die Wahl zwischen einer logischen und einer dämlichen Antwort. Wenn man es doch nicht schafft, der albanischen Glücksspielerin ihr Ticket nach Bari zu kaufen - egal, fahren kann sie trotzdem. Die Etappen der Reise erreicht man durch digitales Würfeln. Aber erst taucht ein langer Text in kleinen Buchstaben auf. Fakten und Zahlen über Migration, die später abgefragt werden. Anders als im realen Leben verfügen alle Spielmigranten über einen Beruf, Geld und ein Visum. „Wir wollten uns auf legale Migration konzentrieren“, sagt Tarrósy. Eine Weiterentwicklung mit Illegalen sei denkbar. „Immigropoly“ könnte als Brettspiel für Quizfreunde Spaß machen - als Computerspiel dürfte es aber vor allem Eurokraten gefallen, vorausgesetzt, sie müssen es nicht selbst spielen.

Load-Date: March 1, 2013

Ausländer finden heute schneller einen Job; Deutschland holt bei der Integration von Migranten stark auf

Die Welt

Dienstag 4. Dezember 2012

Copyright 2012 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: WIRTSCHAFT; S. 9; Ausg. 284

Length: 874 words

Byline: Dorothea Siems

Highlight: Die Bundesrepublik lockt zugleich immer mehr Hochqualifizierte an, wie eine OECD-Studie zeigt. Bei der Beschäftigung von Migranten im Öffentlichen Dienst gibt es allerdings erheblichen Nachholbedarf.

Body

Deutschland hat bei der Integration von Ausländern in den Arbeitsmarkt in den vergangenen zehn Jahren große Fortschritte gemacht. Auch wandern heute mehr Hochqualifizierte in die Bundesrepublik ein als noch vor einem Jahrzehnt. Dies zeigt der erste internationale Integrationsbericht der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD). Großen Nachholbedarf bescheinigen die Experten allerdings dem hiesigen Öffentlichen Dienst: In keinem der 34 OECD-Länder ist der Anteil der Migranten in der Verwaltung, im Gesundheitswesen, im Bildungssystem und anderen öffentlichen Sektoren geringer als in Deutschland.

„Deutschland gehört zur Spitzengruppe bei der Verbesserung der Arbeitsmarktintegration von Zuwanderern“, sagte der Integrationsexperte der OECD, Thomas Liebig. So sind hierzulande unter den 15- bis 34-Jährigen 13 Prozent der Zuwanderer kinder arbeitslos. Im OECD-Durchschnitt haben 16 Prozent der jungen Migranten keinen Job. Insgesamt stieg in Deutschland die Beschäftigungsquote unter den Ausländern von 57 Prozent im Jahr 2000 auf 64 Prozent. Damit hat sich die Bundesrepublik in sehr kurzer Zeit ins Mittelfeld vorgearbeitet. Noch deutlich besser steht allerdings die Schweiz da, wo von vier Migranten drei berufstätig sind. Nicht nur in Deutschland, sondern überall auf der Welt sind Ausländer häufiger als die einheimische Bevölkerung von Arbeitslosigkeit betroffen. Hierzulande ist vor allem bei Frauen die Erwerbsquote der Zuwanderer deutlich niedriger als bei den Deutschen.

Beim Bildungsniveau der Migranten und ihrer Kinder zeichnet sich eine positive Entwicklung ab. So stieg in Deutschland der Anteil der Hochqualifizierten unter den Zuwanderern in den vergangenen zehn Jahren um zwölf Prozentpunkte. Noch deutlich höher war dieser Anstieg nur in Dänemark und Luxemburg. Allerdings schneiden die traditionellen Einwanderungsländer Kanada, Australien, Neuseeland und auch Großbritannien beim Wettbewerb um die klügsten Köpfe nach wie vor weit besser ab als Deutschland.

In diesen Staaten weisen die Zuwanderer im Schnitt sogar ein höheres Bildungsniveau auf als die einheimische Bevölkerung. Grund ist die gezielte Auswahl qualifizierter Zuwanderer. Zwar garantiert deren gutes Bildungsniveau

Ausländer finden heute schneller einen Job Deutschland holt bei der Integration von Migranten stark auf

auch in Kanada oder Australien nicht immer eine gut bezahlte Beschäftigung. Doch schlägt sich die gute Qualifikation nach Ansicht des OECD-Experten Liebig im Bildungserfolg der Zuwandererkinder nieder.

Denn im Gegensatz zu Deutschland schneiden die jungen Ausländer in Kanada und Australien nicht nur bei den internationalen Schulvergleichen besser ab als der einheimische Nachwuchs. Auch die Akademikerquote ist unter den Migranten der zweiten Generation höher als unter der heimischen Bevölkerung. Hierzulande haben junge Ausländer hingegen - trotz des in den letzten Jahren positiven Trends - immer noch häufiger als die Deutschen keinen oder nur einen Hauptschulabschluss.

Die OECD-Studie zeigt aber, dass es vielen jungen Migranten hierzulande trotz mäßigen Schulerfolgs gelingt, sich in den Arbeitsmarkt zu integrieren. „Verglichen mit deutschen Jugendlichen, die nur eine geringe Schulbildung haben, sind die Zuwandererkinder sogar am Arbeitsmarkt erfolgreicher“, konstatiert Liebig. Dies zeige, dass die hiesigen Arbeitgeber durchaus bereit seien, Migranten eine Chance zu geben. Günstig wirkt zudem das duale Ausbildungssystem, das Jugendlichen den Weg in den Beruf ebnet. Allerdings seien weiterhin in Deutschland überproportional viele Migranten im Niedriglohnsegment beschäftigt, moniert die OECD. Hochqualifizierte Ausländer hätten dagegen häufig Probleme, einen adäquaten Job zu finden. „Sie leiden unter dem Vorurteil, dass Zuwanderer generell gering qualifiziert seien“, sagte Liebig.

Arbeitnehmer mit ausländischen Wurzeln sind in Deutschland fast ausschließlich in der privaten Wirtschaft zu finden. Wie die OECD rügt, sind die Migranten in keinem anderen Mitgliedstaat im Öffentlichen Dienst so unterrepräsentiert wie hier. Anders als etwa in Belgien oder Kanada hat sich die Politik in Deutschland jahrelang nicht um eine gezielte Förderung von Zuwanderern im öffentlichen Dienst bemüht. Im letzten nationalen Integrationsplan der Bundesregierung kommt das Thema erstmals vor. Auch die Bundesländer und Kommunen, die für einen Großteil der Beschäftigung im Öffentlichen Dienst verantwortlich sind, haben sich in der Vergangenheit zu wenig um Chancengleichheit in diesem Sektor bemüht. OECD-Experte Liebig: „Nicht jeder Zuwanderer hat die Chance, irgendwann in der Fußball-Nationalelf mitzuspielen. Aber eine Stelle als Lehrer oder in der Verwaltung sollte erreichbar sein.“ Der Öffentliche Dienst spiele für eine erfolgreiche Integration eine herausragende Rolle.

Mit ihrer ersten Vergleichsstudie zur Integration wollen die Autoren auch Mythen widerlegen. So habe sich gezeigt, dass eine hohe Konzentration von Ausländern in bestimmten Stadtteilen oder Regionen keineswegs ein Integrationshemmnis darstellen müsse, wie oft behauptet werde, sagte Liebig. In Kanada zum Beispiel seien Kinder, die Schulen mit hohem Ausländeranteil besuchen, überdurchschnittlich erfolgreich. Nur dann, wenn viele Migranten mit geringem Bildungsniveau in einem Viertel zusammen wohnten, habe dies negative Auswirkungen.

Load-Date: January 26, 2013

Eltern müssen mehr tun

Die Welt

Dienstag 20. November 2012

Copyright 2012 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT

Section: POLITIK; S. 5; Ausg. 272

Length: 260 words

Body

Die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung, Staatsministerin Maria Böhmer (CDU), setzt bei der beruflichen Bildung von Kindern aus Zuwandererfamilien stärker auf die Eltern. „Für einen erfolgreichen Übergang von der Schule in den Beruf ist die Unterstützung der Jugendlichen durch die Eltern von zentraler Bedeutung“, sagte sie in Hannover. Vielen Migranteneltern falle es jedoch noch schwer, ihre Rolle als Vorbilder und Ratgeber ihrer Kinder auszufüllen. Gründe dafür seien oft mangelnde Sprachkenntnisse oder fehlende Informationen zum deutschen Bildungs- und Ausbildungssystem.

„Umso wichtiger ist es, Eltern in ihren Kompetenzen zu stärken und sie intensiver bei der Berufsorientierung ihrer Kinder einzubeziehen“, sagte Böhmer bei der Tagung „Eltern können mehr“, die im Rahmen des Nationalen Ausbildungspaktes von Politik und Wirtschaft stattfindet. Seit 2010 ist die Förderung von jungen Migranten Schwerpunkt des Ausbildungspaktes. Böhmer appellierte an alle, die ehrenamtlich oder hauptberuflich Migranten bei der Berufsorientierung beraten, deren Eltern stärker einzubinden.

Böhmer verwies auf die Ausbildungssituation junger Ausländer, die trotz leichter Fortschritte nach wie vor dramatisch sei. 2010 lag deren Ausbildungsbeteiligungsquote bei 33,5 Prozent, während sie bei Gleichaltrigen ohne Migrationshintergrund 65,4 Prozent betrug. Zudem hätten von den 25- bis 35-Jährigen aus Zuwandererfamilien 31,6 Prozent keinen Berufs- oder Hochschulabschluss, mehr als doppelt so viele (14,9 Prozent) wie unter Gleichaltrigen ohne Migrationshintergrund.

Load-Date: January 26, 2013

Ausland Kompakt; Zentralafrika: Hunderte Tote bei Kämpfen - Paris erhöht Kontingent ++ Ägypten: Gericht reduziert Strafmaß für Demonstrantinnen ++ Italien: Küstenwache rettet erneut 115 Flüchtlinge aus Seenot ++ Terror: Al-Qaida nutzt deutsche Pässe für Planung in Europa

Die Welt

Montag 9. Dezember 2013

Copyright 2013 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT

Section: POLITIK; Kompakt; S. 7; Ausg. 287

Length: 395 words

Body

Zentralafrika

Hunderte Tote bei Kämpfen - Paris erhöht Kontingent

Im Krisenland Zentralafrika sind bei Kämpfen zwischen muslimischen Rebellen und christlichen Milizen in den vergangenen Tagen bis zu 400 Menschen ums Leben gekommen. Das teilte das örtliche Rote Kreuz mit. Frankreich kündigte an, die Zahl seiner im Land stationierten Soldaten auf 1600 zu erhöhen. Deren wichtigste Aufgabe sei es, „alle Milizen zu entwaffnen“, sagte Präsident François Hollande zum Abschluss des französisch-afrikanischen Gipfeltreffens in Paris. Auch die Afrikanische Union werde ihre Einheiten von mehr als 3000 auf 6000 Mann aufstocken. Am Freitag hatte Frankreich in seiner ehemaligen Kolonie einen Militäreinsatz begonnen.

Ägypten

Gericht reduziert Strafmaß für Demonstrantinnen

Ein ägyptisches Gericht hat ein viel kritisiertes Urteil gegen mehrere Demonstrantinnen aufgehoben und ihre Haftstrafen stark reduziert. Das Berufungsgericht in Alexandria verurteilte 14 Unterstützerinnen des gestürzten Präsidenten Mohammed Mursi zu einer einjährigen Bewährungsstrafe und sprach sieben Minderjährige frei, wie die amtliche Nachrichtenagentur Mena meldete. Die Frauen waren im Oktober wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt zu Gefängnisstrafen von bis zu elf Jahren verurteilt worden. Sie hatten für Mursi und die Muslimbrüder demonstriert.

Italien

Küstenwache rettet erneut 115 Flüchtlinge aus Seenot

Ausland Kompakt Zentralafrika: Hunderte Tote bei Kämpfen - Paris erhöht Kontingent ++ Ägypten: Gericht reduziert Strafmaß für Demonstrantinnen ++ Italien: Küste....

Trotz kalter Temperaturen und starker Winde reißt der Flüchtlingsstrom über das Mittelmeer nicht ab: Die italienische Küstenwache hat am Wochenende erneut 115 Migranten in Sicherheit gebracht. Die Flüchtlinge, darunter auch 25 Kinder, waren auf einem etwa zwölf Meter langen Boot unterwegs, als sie in Seenot gerieten, wie die Küstenwache mitteilte. Trotz des starken Windes konnten die Menschen auf die Motorboote der Rettungskräfte gebracht und nach Sizilien gefahren werden.

Terror

Al-Qaida nutzt deutsche Pässe für Planung in Europa

Die Terrororganisation al-Qaida nutzt einem Bericht des „Focus“ zufolge Reisepässe deutscher Islamisten, um Attentate in Europa zu planen. Demnach müssen muslimische Extremisten aus Deutschland auf dem Weg in die Kampfgebiete in Syrien ihre Papiere abgeben. Stattdessen bekämen sie syrische Dokumente. Die deutschen Pässe gingen dann an geschulte Terroristen, die den eigentlichen Inhabern ähnlich sähen und für Anschläge in Europa ausgewählt worden seien.

Load-Date: December 9, 2013

End of Document

Mischt euch ein!; Die Zahl der Abgeordneten mit Migrationsgeschichte wächst stetig. Gut so

Die Welt

Freitag 25. Oktober 2013

Copyright 2013 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT

Section: FORUM; Gastkommentar; S. 2; Ausg. 249

Length: 638 words

Byline: Seyran Ates

Body

Seit dieser Woche sitzen 37 Menschen mit **Migrationsgeschichte** im Deutschen Bundestag. Wir sollten uns freuen, dass sich diese Zahl stetig erhöht. Schließlich ist es ein gutes Zeichen dafür, dass wir auf dem richtigen Weg sind. Natürlich wäre es besser, wenn diese Meldung keine Meldung mehr sein müsste. Keine Frage. Aber es ist, wie es ist. Deutschland entwickelt sich in diesem Punkt noch. Und nach meinem Dafürhalten im internationalen Vergleich recht gut.

Wir leben in einer offenen, toleranten Zivilgesellschaft. Dazu gehören immer mehr Menschen mit Migrationsgeschichte, die sich ganz selbstverständlich in alle erdenkliche Berufe und Bereiche der Gesellschaft hineinbegeben. Aufgrund ihrer Begabung, ihres Talents oder ihrer Karriereplanung. Vielen Menschen wird die Migrationsgeschichte noch zum Verhängnis, anderen kann sie berufliche Türen öffnen. Denn interkulturelle Kompetenz ist schon so lange ein Wirtschaftsfaktor.

Über den Gartenzwerg im Vorgarten einer arabischen oder türkischen Familie können wir schmunzeln, über den schwarzen Chorsänger, der inbrünstig deutsche Heimatlieder singt, irritiert sein. Dies sind aber genau die richtigen Zeichen, die uns zeigen, dass sich Normalität und Selbstverständlichkeit eine Bahn brechen.

Gleichzeitig erklären immer wieder Menschen mit Migrationsgeschichte, die beruflich oder sonst wie in der Öffentlichkeit stehen, dass sie nicht nur als Migranten wahrgenommen werden wollen. Als Politiker wollen sie sich nicht nur um Integration kümmern, als Schauspieler nicht nur den Türken spielen, als Journalistin nicht nur über Migrantenthemen berichten und so weiter. Ich nehme mich da nicht aus.

Aber mal ehrlich, wie viele von denen, die in politischen Parteien oder sonstigen Positionen sitzen, hätten diese Stellen, wenn sie keine Migrationsgeschichte hätten? Es ist der Wunsch „Wasch mich, aber mach mich nicht nass“.

Wir alle, die eine Migrationsgeschichte haben, sind mehr oder weniger Experten für Migration. Wir können aus selbst erlebtem, selbst erfahrenem Wissen und Gefühlen schöpfen. Das bereichert unsere Arbeit und bevorteilt uns

Mischt euch ein! Die Zahl der Abgeordneten mit Migrationsgeschichte wächst stetig. Gut so

gegenüber anderen. Warum also wollen wir zum einen Respekt für unsere Migrationsgeschichte, nutzen diesen Vorteil, sind stolz darauf und äußern uns expertenhaft zu Integrationsthemen, wollen mitmischen und mit verändern, um auf der anderen Seite das Stoppschild hochzuhalten, wenn man uns zu oft zu Migrantenthemen heranziehen will?

Weil es uns ermüdet. Ich kann verstehen, dass die Bundestagsabgeordneten, die sicherlich auch in anderen Bereichen als Migration und Integration vernünftige Beiträge leisten können, sich dagegen wehren, in eine Ecke gestellt zu werden. Dennoch: Sie sitzen im Bundestag unter anderem oder sogar hauptsächlich, weil sie eine Migrationsgeschichte haben. Das ist, als wenn man einen Bäcker einstellt, und der sagt einem dann: „Ich will aber kein Brot backen.“ Ja, Brötchen würden auch reichen, liebe Bundestagsabgeordneten. Wer, wenn nicht ihr, sollte sich um Migrationsthemen kümmern? Der „einfache“ Wähler mit Migrationsgeschichte setzt Hoffnungen in euch. Als noch die „Urdeutschen“ allein für diese Themen zuständig waren, hat es euch doch auch nicht gefallen, oder?

Wenn eine deutsche Schauspieler*in die Türkin spielt, regt sich die eine oder andere Schauspieler*in mit Migrationsgeschichte auch auf, weil sie den Job nicht bekommen hat, obwohl sie die interkulturelle Kompetenz dafür besitzt. Wenn man gewaschen werden will, muss man sich nass machen.

Die Autorin ist eine deutsch-türkische Rechtsanwältin, Frauenrechtlerin und Autorin. Sie hat sich in der Vergangenheit zu vielen Integrationsthemen zu Wort gemeldet. Seyran Ates war Mitglied der Deutschen Islamkonferenz und nahm am Integrationsgipfel der Bundesregierung teil. Zuletzt erschien von ihr: „Wahlheimat - Warum ich Deutschland lieben möchte“

Load-Date: October 25, 2013

Deutschland Kompakt II; Asylmissbrauch: Zahl der Mazedonier und Serben steigt stark an ++ Die Linke: Neue Parteichefs sehen sich auf Erfolgskurs ++ : Reiseverkehr: 21 % ++ Katholische Kirche: Papst nimmt Rücktritt zweier deutscher Bischöfe an

Die Welt

Dienstag 2. Oktober 2012

Copyright 2012 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT

Section: POLITIK; Kompakt; S. 5; Ausg. 231

Length: 634 words

Byline: Martin Lutz

Body

Asylmissbrauch

Zahl der Mazedonier und Serben steigt stark an

Die Zahl der Mazedonier und Serben, die nach Deutschland kommen, steigt sprunghaft an. In Bayern sind die Aufnahmezentren in München und Zirndorf überfüllt. „Wir müssen ein Zeichen gegen diesen **Asyl-** und Sozialleistungsmissbrauch setzen“, sagte Bayerns Innenminister Joachim Herrmann (CSU) der „Welt“. Er fordert, dass „binnen 48 Stunden“ in einem rechtsstaatlichen Verfahren über die **Asylanträge** von Mazedoniern und Serben entschieden wird. Vorbild für den Minister ist die Schweiz, die seit August so verfährt. „Was ein anerkannter Rechtsstaat wie die Schweiz kann, muss Deutschland auch können“, sagt Herrmann. Beim Schweizer Bundesamt für **Migration** gibt es ein Schnellverfahren: Nach einer Anhörung kann über den **Asylantrag** innerhalb von 48 Stunden in erster Instanz entschieden werden. Einen **Asylantrag** zu stellen ist für Mazedonier und Serben attraktiv, weil die durchschnittlichen Realeinkommen in den beiden Balkanstaaten unter den deutschen Sozialleistungen liegen. Für den Zustrom gibt es zwei Gründe: Das Bundesverfassungsgericht entschied am 18. Juli, dass die Leistungen für **Asylbewerber** erhöht werden müssen. Außerdem dürfen die Einwohner der beiden Balkanstaaten seit Dezember 2009 ohne Visum in die EU einreisen. Herrmann: „Wir sollten vielmehr darüber nachdenken, die Visafreiheit vorübergehend auszusetzen.“ MLU

welt.de/asyl (<http://welt.de/asyl>)

Die Linke

Neue Parteichefs sehen sich auf Erfolgskurs

Deutschland Kompakt II Asylmissbrauch: Zahl der Mazedonier und Serben steigt stark an ++ Die Linke: Neue Parteichefs sehen sich auf Erfolgskurs ++ : Reiseverkehr....

Die Linke ist aus Sicht ihrer neuen Führungsspitze vier Monate nach dem turbulenten Göttinger Parteitag auf Erfolgskurs. „Es waren gute Monate für die Linke“, sagte die Vorsitzende Katja Kipping. „Die Linke ist wieder da.“ Auch der Co-Vorsitzende Bernd Riexinger zog eine positive Bilanz des „120-Tage-Programms“, das die beiden sich für ihren Start ins neue Amt gegeben hatten. Besonders zufrieden zeigten sich die Parteichefs damit, dass die Linke Diskussionen etwa über Altersarmut angestoßen habe. Die Bundestagsabgeordnete Kipping aus Dresden und der Stuttgarter Gewerkschafter Riexinger waren Anfang Juni an die Spitze der Partei gewählt worden. Zuvor hatten sich die Hauptflügel der Linken über Wochen einen erbitterten Machtkampf geliefert. Eine große Aufgabe der neuen Führung war es deshalb, die innerparteilichen Konflikte zu beruhigen. Kipping sagte, es seien sicher nicht alle Konflikte verschwunden, aber es gebe jetzt „eine konstruktive Form des Austragens“. Riexinger bezifferte das Ausmaß der thematischen Gemeinsamkeiten innerhalb der Linkspartei auf 80 Prozent.

Reiseverkehr

21 %

aller Westdeutschen waren noch nie im Osten der Bundesrepublik, wie eine Umfrage des Meinungsforschungsinstituts YouGov im Auftrag der „Bild“-Zeitung ergab. Umgekehrt ist das Interesse deutlich größer: Von den Ostdeutschen sind demnach nur neun Prozent noch nie nach Westdeutschland gereist. 67 Prozent der Westdeutschen können sich der Umfrage zufolge vorstellen, einen Ostdeutschen zu heiraten. Von den befragten Ostdeutschen könnten sich 78 Prozent eine solche deutsch-deutsche Ehe vorstellen.

Katholische Kirche

Papst nimmt Rücktritt zweier deutscher Bischöfe an

Papst Benedikt XVI. hat den Rücktritt von zwei deutschen Bischöfen angenommen: Der Erfurter Bischof Joachim Wanke (71) und der Passauer Bischof Wilhelm Schraml (77) gehen in den Ruhestand, wie der Vatikan bekannt gab. Bei Wanke handelt es sich um einen vorzeitigen Amtsverzicht vor der vom Kirchenrecht vorgegebenen Altersgrenze von 75 Jahren. Er gab seine „labile gesundheitliche Situation“ als Rücktrittsgrund an; ein Diözesanadministrator wird das Bistum kommissarisch leiten. Wanke stand mehr als 31 Jahre an der Spitze des heutigen Bistums Erfurt. Schraml hatte bereits im Jahr 2010 sein Rücktrittsgesuch eingereicht. Er war mehr als zehn Jahre Bischof von Passau.

Load-Date: January 26, 2013

Im Chaos von Libyen suchen Tausende den Weg nach Europa; Das Machtvakuum nach dem Sturz Gaddafis lässt die Schleuserindustrie wuchern. Fließen EU-Mittel in Folterlager für Migranten?

Die Welt

Dienstag 15. Oktober 2013

Copyright 2013 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT

Section: POLITIK; S. 7; Ausg. 240

Length: 849 words

Byline: Alfred Hackensberger

Body

Zum Abschied aus Libyen gab es Schüsse. Eine verärgerte Schmugglerbande soll einige Salven auf das auslaufende Boot gefeuert haben. Verletzt wurde keiner der rund 250 syrischen **Flüchtlinge** auf dem wackeligen Kahn. Weniger Glück hatten die Immigranten dann vor der Küste Maltas. Ihr Boot kenterte, und 31 Menschen starben. Der Rest konnte von der italienischen und maltesischen Küstenwache gerettet werden. Fast täglich verlassen Schiffe die libysche Küste, um **Flüchtlinge** übers Mittelmeer nach Europa zu bringen. 32 Transporte waren es alleine im September mit 4619 Menschen an Bord, wie das **Flüchtlingswerk** der UN feststellte. Im Jahr zuvor kamen im gleichen Monat nur 775 Personen. Libyen ist das neue Sprungbrett nach Europa. Die alten Wege über Marokko, Mauretanien und Tunesien funktionieren heute nicht mehr. Sie werden von den Behörden mittlerweile stärker kontrolliert.

Im postrevolutionären Libyen ist das nicht möglich. „Wir sind fest entschlossen“, sagt der libysche Premierminister Ali Zeidan, „mit dem Problem der illegalen Immigration aufzuräumen.“ Aber er erwähnt dabei nicht, dass seine Regierung keine Polizei- oder Militärmacht besitzt, die den Menschenschmugglern Einhalt gebieten könnte. Der Premier ist vor einigen Tagen selbst entführt worden und nur mit Glück wieder freigekommen.

In Libyen haben die Milizen, auch zwei Jahre nach dem Fall des Diktators Muammar al-Gaddafi, das Sagen. Sobald Schmugglerbanden mit ihnen verbunden sind, läuft das Geschäft mit den Flüchtlingen an und ist schnell kaum mehr einzudämmen. Zu Tausenden kommen Migranten aus Ägypten, Somalia und Eritrea legal wie illegal über die Grenzen. Unter ihnen sind auch Marokkaner, Ghanaer, Äthiopier und Angehörige anderer Nationalitäten aus den Ländern südlich der Sahara.

David und seine Frau Amitu gehören zu ihnen. Sie stammen aus Eritrea, haben die große Wüste im Norden Afrikas schon 2011 durchquert und Libyen mitten in der Revolution erreicht. Das Ehepaar ist ein besonderer Fall. Beide sind taubstumm und haben zudem ein neugeborenes Kind. Trotzdem wollen sie unter allen Umständen die

Im Chaos von Libyen suchen Tausende den Weg nach Europa. Das Machtvakuum nach dem Sturz Gaddafis lässt die Schleuserindustrie wuchern. Fließen EU-Mittel in Folter....

gefährliche Reise übers Mittelmeer wagen. Die Schwangerschaft und Geburt ihres Kindes hatten sie bisher davon abgehalten, eines der unzuverlässigen Schmugglerboote zu besteigen.

David und Amitu haben in Tripolis ein sicheres Quartier. Sie werden vom Flüchtlingswerk der Vereinten Nationen versorgt, das ihnen sogar eine legale Einreise nach Europa arrangieren will. Die meisten der anderen Immigranten, die in Libyen auf eine Fahrkarte ins vermeintliche Paradies warten, haben nicht so viel Glück. Sie sind der Willkür der libyschen Behörden und der bewaffneten Milizen ausgeliefert.

„Es gibt keine offiziellen Zahlen über illegale Immigranten“, sagt Mohammed Shohaieb, der Direktor von Mercy Corps in Libyen, einer internationalen Hilfsorganisation, die in Krisengebieten aktiv ist. „Wir wissen, dass ungefähr 5000 dauerhaft im Gefängnis sitzen, obwohl jeden Monat zwischen 2000 und 2500 deportiert werden.“ Neuerdings kämen auch Menschen aus Syrien an, die vor dem Hintergrund des seit 2011 dauernden Bürgerkriegs ihre einzige Chance auf ein besseres Leben in Europa sehen.

Ein Teil der Immigranten lebte bereits vor der Revolution im Land. Die meisten sind aber Neuankömmlinge. „In Libyen werden afrikanische Immigranten pauschal als Kranke und Kriminelle diffamiert und mit dem alten Regime von Gaddafi in Verbindung gebracht“, erklärt Shohaieb. Wer von schwarzer Hautfarbe sei, gelte sofort als ehemaliger Söldner des Diktators. Entsprechend katastrophal sind die Lebensbedingungen in den fast 20 Internierungslagern des Innenministeriums und einiger Milizen. „Sie sind überfüllt, und es fehlt an Hygiene. Krätze und andere Hautkrankheiten sind nicht selten“, erklärt Shohaieb. Unter den Flüchtlingen seien viele Minderjährige, die in den Lagern von den Erwachsenen nicht getrennt sind.

Die Menschenrechtsorganisation Amnesty International dokumentierte in diesen Camps Misshandlungen, die an Folter grenzen. Insassen, darunter auch Frauen, wurden mit Wasserrohren und Elektrokabeln brutal geschlagen. In einigen Fällen wurde auf Internierte sogar geschossen. Wie Amnesty vermutet, werden diese Lager und ihre unhaltbaren Umstände mit Mitteln der EU finanziert, die Brüssel zur Eindämmung der Immigration überweist. „Das ist zutiefst besorgniserregend“, sagte Hassiba Hadj Sahraoui, die Nordafrika-Direktorin der Organisation. „In diesen Internierungszentren werden Ausländer unrechtmäßig festgehalten.“

Diesem Horror von Verhaftung und Deportation sind die beiden Taubstummen David und Amitu entgangen. Doch darauf, dass die Flüchtlingshelfer der Vereinten Nationen sie legal nach Europa bringen, vertrauen sie dennoch nicht. Sie wollen raus aus Afrika, und wenn es nicht legal geht, dann eben mithilfe von Schleusern. Wenn sie wirklich diese Entscheidung treffen, dann wartet eine letzte gefährliche Hürde auf die beiden: die Fahrt übers Mittelmeer. Bis zu umgerechnet 1200 Euro kostet ein Platz auf einem der überfüllten Boote. Ob man auf der anderen Seite im Paradies ankommen wird, ist jedoch völlig ungewiss.

Load-Date: October 15, 2013

Kleine Erfolge, große Baustellen; Merkel lädt zum Gipfel: Der Nationale Aktionsplan soll Integration messbar machen im Sport, in der Bildung, im öffentlichen Dienst

Die Welt

Montag 30. Januar 2012

Copyright 2012 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK; S. 6; Ausg. 25

Length: 757 words

Byline: Freia Peters

Highlight: Gewerkschaftsbund fordert ein anonymes Erstbewerbungsverfahren, wie es in den USA üblich ist

Body

Es gibt Fortschritte in Sachen Integrationspolitik, und es gibt noch jede Menge Probleme. Beides soll im Blick bleiben, und dafür gibt es nun den Nationalen Aktionsplan, den Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) und die Integrationsbeauftragte Maria Böhmer (CDU) am Dienstag auf dem fünften Integrationsgipfel rund 100 Teilnehmern vorstellen werden.

Im vergangenen Jahr haben Mitarbeiter von sechs Ministerien (Familie, Bildung, Arbeit, Inneres, Gesundheit, Verkehr) gemeinsam mit **Migranten** und sozialen Organisationen in elf Dialogforen den Aktionsplan erarbeitet. Die Foren heißen unter anderem Sport, Kultur, frühkindliche Förderung oder **Migranten** im öffentlichen Dienst. Maßnahmen wurden vereinbart, um mehr Zuwanderer in den Arbeitsmarkt zu bringen und in Vereine zu integrieren, teilweise wurden auch konkrete Zeitpläne festgeschrieben. „Der Gipfel soll ein Zeichen setzen für ein Miteinander in diesem Land und ein echtes Willkommenssignal senden“, sagt Böhmer. „Bei den Menschen mit Personalverantwortung muss der Gedanke der Vielfalt verankert sein.“

Den Gewerkschaften gehen die Maßnahmen nicht weit genug. „Der Aktionsplan der Bundesregierung hat eklatante Lücken“, sagte Annelie Buntenbach, Vorstandsmitglied des Deutschen Gewerkschaftsbundes. Menschen mit ausländischer Staatsangehörigkeit würden unverhältnismäßig oft schlecht bezahlte Jobs ausüben. Der Anteil ausländischer Beschäftigter in der Gastronomie etwa beträgt 22 Prozent, in der Leiharbeit 13,8 Prozent. Buntenbach forderte, verstärkt Weiterbildungsmaßnahmen für geringfügig Qualifizierte zu schaffen und verlangte eine Abschaffung der Vorrangprüfung, nach der deutsche Bewerber auf einen Arbeitsplatz bevorzugt werden. Bewerber mit einem fremd klingenden Namen würden oft erst gar nicht zum Vorstellungsgespräch eingeladen. So hätten Jugendliche mit Migrationshintergrund trotz gleichem Schulabschluss immer noch schlechtere Chancen bei der Suche nach einem Ausbildungsplatz. Buntenbach empfahl die Erstbewerbungen zu anonymisieren. In den USA sind anonyme Bewerbungen Standard.

Kleine Erfolge, große Baustellen Merkel lädt zum Gipfel: Der Nationale Aktionsplan soll Integration messbar machen im Sport, in der Bildung, im öffentlichen Die....

Integrationsbeauftragte Böhmer jedoch lehnt das ab. „Wenn wir sagen, wir wollen mehr Migranten, dann müssen wir auch wissen, welcher Bewerber ein Migrant ist“, sagte Böhmer. Dass der Anteil von Migranten in Unternehmen mit anonymen Bewerbungen sprunghaft anstiege, glaube sie nicht. Einige Entwicklungen im Bereich Integration jedoch bewerten auch Gewerkschaften und Opposition als positiv. Schulen und andere Bildungseinrichtungen etwa sind nicht mehr verpflichtet, Kinder illegaler Einwanderer den Behörden zu melden. Bislang seien viele Kinder illegal in Deutschland Lebender nicht zur Schule geschickt worden, aus Angst der Eltern entdeckt und ausgewiesen zu werden.

Außerdem sei das Gesetz zur Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse insgesamt lobenswert. Allerdings fehlt eine Regelung zur Finanzierung, sodass die Gebühren für die Anerkennung von den Migranten selbst zu tragen seien. „Ich denke nicht, dass hier eine große Hemmschwelle liegt“, betonte Böhmer. Der Erwerb der deutschen Sprache soll auch künftig ein Schwerpunkt sein bei der Integrationspolitik. In der vergangenen Woche hat sich die millionste Teilnehmerin zu einem Integrationskurs in Deutschland angemeldet. Der Anspruch auf Teilnahme an einem solchen Kurs ist Bestandteil des Zuwanderungsgesetzes von 2005. „Dass in sieben Jahren eine Million Zuwanderer an dem Kurs teilgenommen haben, zeigt die hohe Bereitschaft, in Deutschland ankommen zu wollen“, sagt Böhmer im Vorfeld des Gipfels. „Dennoch bleibt viel zu tun. Deutsch muss die Alltagssprache in jeder Familie sein.“

Die Bundesregierung startet nun eine „große Werbekampagne“, um mehr Migranten in Unternehmen und den öffentlichen Dienst zu bringen. Zuwanderer seien die Arbeitskräfte der Zukunft, dieses Potenzial müsse sich jedes Unternehmen sichern.

Böhmer will jetzt mehr Migranten als „Brückenbauer“ für den öffentlichen Dienst anwerben. Zurzeit machen sie dort nur 9,9 Prozent der Beschäftigten aus. „Das Ziel der gleichen Teilhabe aller Menschen an der Gesellschaft ist noch nicht erreicht“, bilanzierte Böhmer und verwies auch auf Medienunternehmen, in denen Migranten lediglich einen Prozent der Mitarbeiter ausmachen.

Ab sofort will sie sich jedes Jahr in ihren Bemühungen um mehr Integration messen lassen. Auch im kommenden Jahr wolle sie wieder einen Indikatorenbericht vorlegen, in dem Wissenschaftler die Entwicklung der Integration in einzelnen Bereichen auswerten. Das Ergebnis Anfang dieses Jahres war: Es gibt kleine Erfolge. Und große Baustellen.

Load-Date: January 30, 2012

Griechische Schläger bedrohen illegale Einwanderer; Polizei und Neofaschisten gehen gegen Migranten aus Afrika und Asien vor. Frust richtet sich gegen die Schwächsten der Gesellschaft

Die Welt

Dienstag 14. August 2012

Copyright 2012 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT

Section: POLITIK; S. 7; Ausg. 189

Length: 874 words

Byline: Boris Kalnoky

Highlight: 600.000 Menschen in Griechenland haben keine gültigen Papiere

Body

Es wird teurer, wenn man sich als **Migrant** von Schlepperbanden aus der Türkei nach Griechenland schleusen lassen will. Bis vor Kurzem kostete der illegale Grenzübertritt pro Kopf 2500 bis 3000 Euro. Nun haben die Menschenschmuggler den Preis auf 5000 Euro erhöht, zumindest schreibt das die Zeitung „To Vima“ unter Berufung auf **Migrantenorganisationen**.

Der Grund für die Verteuerung ist eine Polizeioperation namens „Ausländer Zeus“, die vorige Woche angelaufen ist. Seither wurden allein in Athen 6700 **Migranten** festgenommen, gegen 1555 davon wurde Haftbefehl erlassen, weil sie keine gültigen Aufenthaltspapiere hatten. Auf Athens Straßen sind seither kaum noch Einwanderer zu sehen. Sie haben Angst, verstecken sich in ihren Wohnungen oder bei Freunden.

Ob es an den gestiegenen Preisen liegt oder an verschärften Kontrollen entlang der Grenze zur Türkei, von wo die meisten Migranten ins Land gelangen: An der türkischen Grenze ist die Zahl der aufgegriffenen Einwanderer seit Beginn der Operation stark gesunken. Am 4. August wurden noch 500 Illegale festgenommen, seither sank die Zahl täglich und deutlich - vom 8. bis 10. August waren es nur noch 27.

Mit spektakulären Aktionen gegen illegale Einwanderer will die neue konservative Regierung unter Ministerpräsident Antonis Samaras verhindern, dass die rechtsextremen Kräfte im Land weiteren Zulauf erhalten. Allen voran die Partei „Goldene Morgendämmerung“, die bei den Wahlen im Mai und Juni mit sieben Prozent der Stimmen ins Parlament einziehen konnte. Samaras will aber auch ein großes Problem mit gesellschaftlicher Sprengkraft lösen: Von allen Ländern Europas leidet Griechenland wohl am meisten unter einem Strom illegaler Einwanderer, den weder die Politik, noch die krisengeplagte Gesellschaft verkraften kann.

Mehr als eine Million Ausländer leben in Griechenland, bei 10,7 Millionen Einwohnern sind das gut zehn Prozent der Bevölkerung. 600.000 dieser Einwanderer sind illegal im Land. Wie groß das Problem ist, zeigt die Zahl der

Griechische Schläger bedrohen illegale Einwanderer Polizei und Neofaschisten gehen gegen Migranten aus Afrika und Asien vor. Frust richtet sich gegen die Schwäch....

Festnahmen wegen illegalen Grenzübertritts: mehr als 756.000 waren es seit dem Jahr 2006 bis zum Juni diesen Jahres.

Auch andere europäische Länder verzeichnen wachsende Zuwanderung und hohe Migrantenanteile. Aber meist hat sich diese Zuwanderung über Jahrzehnte hinweg entwickelt. In Griechenland kam alles auf einen Schlag: Erst in den 90er-Jahren setzte die erste Einwanderungswelle ein, damals kamen vor allem Albaner. Aber den größten Ansturm erlebte das Land nach den Olympischen Spielen im Jahr 2004. Die Zeitung „Kathimerini“ zitiert einen nicht namentlich genannten Regierungsfunktionär, der mit Einwanderungsfragen befasst ist: „Niemand hatte bei uns damit gerechnet, dass die Olympischen Spiele eine Migrantenwelle auslösen würden. Die schönen Olympia-Bilder wurden in alle Welt ausgestrahlt, Griechenland sah plötzlich aus wie das Gelobte Land und schien erreichbar. Noch während der Spiele kamen Tausende Migranten aus Asien und Afrika über die türkische Grenze. Ab 2005 wurde es noch schlimmer, auch weil die Türkei nach und nach Visumsfreiheit für alle möglichen Länder im Nahen Osten, Afrika und Zentralasien einführte. Diese Leute gingen dann weiter, zu uns.“

Seit der Wirtschaftskrise ist das Problem den Griechen endgültig über den Kopf gewachsen. Die meisten Migranten haben keine Chance auf reguläre Jobs oder gültige Papiere. Drogenhandel, Prostitution und Kriminalität prägen die Stadtteile, in denen Einwanderer leben. Die Reaktion ist Angst und Wut bei den Griechen. Zu einem gewissen Grad machen sie - und zunehmend auch die Regierung - die Einwanderer zum Sündenbock für alles, was im Argen liegt. Die meisten Griechen nehmen es lediglich zur Kenntnis, dass es immer mehr gewalttätige Angriffe von Rechtsextremen gegen Ausländer gibt - und begrüßen es insgeheim. Für die Migranten bedeutet all das, dass sie gefangen sind zwischen einer Regierung, die sie aus dem Land drängen will, und Schlägerbanden, die Jagd auf sie machen. Sie sind gewissermaßen Freiwild. Und mit Freiwild kann man machen, was man will.

Tea ist eine junge Frau aus Georgien. Schon seit 20 Jahren lebt sie mit ihrer Mutter und ihrem achtjährigen Sohn in Athen. Sie hat zwei Jobs, als Sekretärin und Übersetzerin, und arbeitet fast rund um die Uhr, um sich über Wasser zu halten. „Nie hatte ich Probleme - bis zu den ersten Wahlen im Mai, als die faschistische ‚Morgendämmerung‘ plötzlich aufkam“, sagt sie. Ein 40-jähriger Nachbar stellte ihr nach, wollte mit ihr schlafen. Als sie sich weigerte, offenbarte er sich per Mitgliedskarte als neuerdings großspuriger Anhänger der „Morgendämmerung“: „Wenn du nicht gehorchst, fliegst du hier raus, verdammte Migrantin.“

Nächtliches Hämmern an ihrer Tür, Terrorisierung des Kindes - sie ging zur Polizei. Am nächsten Tag erschien der Mann unter ihrem Fenster mit Polizisten der örtlichen Wache: „Siehst du nun, wer meine Freunde sind?“ Tea hat ihrem Sohn verboten, die Wohnung zu verlassen (außer demnächst für die Schule), und kann vor Anspannung kaum noch schlafen. Ihr Peiniger ist arbeitslos, die Krise hat offenbar das Schlechteste in ihm zutage gebracht. Es ist im Kleinen das, was derzeit mit Griechenland insgesamt passiert.

Die Griechen machen Einwanderer zum Sündenbock für alles, was im Argen liegt

Load-Date: December 14, 2012

Alles Rassisten?

Die Welt

Donnerstag 5. Juli 2012

Copyright 2012 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT

Section: FORUM; Über Ideen; S. 3; Ausg. 155

Length: 410 words

Byline: Sebastian Turner

Body

Eine gute Idee ist es, sich eine eigene Meinung zu bilden. Eine noch bessere Idee ist es, vor der Meinung die nötige Kenntnis zu haben. Das ist in Wahlkämpfen ein besonders ehrgeiziges Ziel. Bei einer Podiumsdiskussion mit und über Asylbewerber in einem Stuttgarter Gemeindehaus sagt ein Asylbetreuer, dass die Polizeistreifen Dunkelhäutige häufiger kontrollierten als andere. Ein Mitbewerber um das Amt des Stuttgarter Oberbürgermeisters sagt daraufhin, das sei Rassismus und greift die Polizei pauschal für diese Praxis als menschenverachtend an. Applaus.

Ich habe vermutlich ebenso wenig Detailkenntnis wie der Applausempfänger und kenne nur diese Darstellung des Betreuers. Ich sage: Wenn Dunkelhäutige häufiger Straftaten begehen, dann ist es nicht zwangsläufig rassistisch, wenn sie auch häufiger kontrolliert werden. Wenn Männer häufiger straffällig werden und die Streifen dann öfter Männer kontrollieren, dann sind die Polizisten ja auch nicht sexistisch, sondern professionell. Kein Applaus im Gemeindehaus. Aber der Bedarf, der Frage nachzugehen und mit den direkt Betroffenen zu sprechen. Ein afrikanischer Asylbewerber berichtet von einem Tag, an dem er zweimal am Hauptbahnhof vom gleichen Beamten nach seinen Papieren befragt wird. Der Polizist sei unwirsch im Ton gewesen, alles andere als höflich, aber ein Übergriff sei es nicht gewesen. Auch kein Vergleich, was der afrikanische Stuttgarter in anderen Ländern mit Polizisten erlebt habe.

Nun die andere Seite. Eine Nacht auf Streife mit der Polizei. Besuch auch an der Dienststelle, an der Verdächtige nachts in Gewahrsam genommen werden. Die Hautfarbe des leitenden Polizisten ist dunkler als meine. Der Stuttgarter Drogenmarkt ist klar gegliedert. Die Dealer weicher Drogen kommen aus Nordafrika, die harten Drogen werden von Afrikanern von südlich der Sahelzone verbreitet. Fast alles Männer. Die Konsumenten sind weiß. Und fast alle - Händler und Abhängige - sind Männer. Die Einbruchskriminalität ist ein Branchenschwerpunkt von Osteuropäern.

Ein Polizist, der Jahre in der Innenstadt auf Streife ging, sagt: Wenn einem als Polizist Rassismus unterstellt wird, dann meist von Leuten, die sich im Milieu nicht auskennen. Sie erschweren uns die Arbeit und machen es nicht leichter, Bewerber mit Migrationshintergrund für den Polizeidienst zu interessieren. Kein Thema für Applaus.

Alles Rassisten?

Der Autor ist Unternehmer und kandidiert als Parteiloser für die CDU für das Amt des Stuttgarter Oberbürgermeisters.

Load-Date: September 12, 2012

End of Document

Türkei will Flüchtlinge zurücknehmen; EU bietet Ankara im Gegenzug Verhandlungen über Aufhebung der Visumpflicht an

Die Welt

Freitag 6. Dezember 2013

Copyright 2013 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT

Section: POLITIK; S. 6; Ausg. 285

Length: 984 words

Byline: Boris Kalnoky

Body

Istanbul

Schon lange nicht mehr lag so viel Aufbruch-Stimmung in der Luft zwischen Ankara und Brüssel. Dort wurden im Beisein des türkischen EU-Ministers Egemen Bagis die Verhandlungen zum neu geöffneten EU-Beitrittskapitel „Regionalpolitik“ begonnen. „Wendepunkt“ nannte Bagis dies - und sprach von kommenden „positiven Folgewirkungen“. Bislang waren von den 35 Beitrittskapiteln erst 14 geöffnet und nur eines davon provisorisch abgeschlossen worden. Im selben Zeitraum beantragte und erhielt Kroatien die EU-Mitgliedschaft. Zugleich wurde bekannt, dass möglicherweise schon nächste Woche die Türkei ein Rücknahmeabkommen mit der EU unterzeichnen wird. Darin würde Ankara sich verpflichten, **Flüchtlinge**, die über die türkische Grenze in die EU gelangen, zurückzunehmen. Das sind derzeit sehr viele Menschen, so viele, dass sowohl Bulgarien als auch Griechenland neue Grenzanlagen zur **Flüchtlingsabwehr** errichten und auch die EU grenzpolizeiliche Unterstützung leistet. Allein in Griechenland sind in den letzten zehn Jahren mehrere Hunderttausend **Flüchtlinge** illegal über die Türkei eingereist. In Bulgarien sind es derzeit rund 200 illegale **Flüchtlinge** täglich, die über die grüne Grenze kommen. Die meisten von ihnen wollen - nach eigenem Bekunden - nach Deutschland.

Die meisten von ihnen kommen derzeit aus Syrien, als Folge des dortigen Krieges. Bislang hat die Türkei auf eigene Kosten mehr als 600.000 syrische Flüchtlinge aufgenommen - weit mehr als irgendein europäisches Land. Aber nicht nur aus Syrien kommen die Migranten. Die Türkei hatte in den letzten Jahren die Visumpflicht für eine ganze Reihe von Ländern des Nahen und Mittleren Ostens aufgehoben und wurde dadurch zur bevorzugten Route für illegale Migranten, die nach Europa wollen. Im Gegenzug für die Unterzeichnung des Rücknahmeabkommens erklärt sich die EU bereit, Verhandlungen über eine Aufhebung der Visumpflicht für türkische Staatsbürger zu beginnen. Mit einem festen Zeitrahmen und gegenseitiger Konditionalität: Spätestens in dreieinhalb Jahren sollen die Verhandlungen abgeschlossen sein. Die Türkei kann ihrerseits das Rücknahmeabkommen aussetzen, wenn die EU während der Verhandlungen oder später „ihren Verpflichtungen nicht nachkommt“. Im Klartext: Wenn alles nach Plan läuft, können türkische Staatsbürger ab spätestens 2017 ohne Schikanen in die EU.

Türkei will Flüchtlinge zurücknehmen EU bietet Ankara im Gegenzug Verhandlungen über Aufhebung der Visumpflicht an

Einen Strich durch die Rechnung machen könnte das Europaparlament. Derzeit gibt es dort eine konservative Mehrheit. Aus den kommenden Europawahlen könnten auch nationalistische und EU-skeptische Protestparteien deutlich gestärkt hervorgehen. So warnte der sicherheitspolitische Sprecher der Österreichischen Volkspartei im EU-Parlament, Hubert Pirker, dass am Ende das Europaparlament über eine Visaerleichterung für die Türkei entscheiden müsse. Er stellte dabei aus der Sicht seiner Partei die Bedingung, dass bis dahin ein elektronisches „Smart Border“-System eingeführt werden müsse. Nur wenn die Daten aller Einreisenden elektronisch gespeichert würden - im Gegensatz zur jetzigen Stempel-Praxis - sei eine Einigung mit Ankara in der Visumsfrage denkbar.

In vielen europäischen Ländern gibt es große Ängste in der Bevölkerung vor einer massiven Welle einreisender Türken, die dann eventuell nicht mehr zurückkehren. Dass das nicht so sein muss, zeigt das Beispiel Ungarn - für Budapest würde eine Einigung in der Visum-Frage eine potenziell riesige Einkommensquelle darstellen. Denn der Tourismus aus der wirtschaftlich boomenden Türkei hat sich in jüngster Zeit verdoppelt, die beiden Länder nähern sich mit großen Schritten an. Kulturdenkmäler aus der osmanischen Zeit in Ungarn werden auf Kosten des türkischen Staates renoviert, es gibt ehrgeizige Pläne, für die immer zahlreicheren und immer wohlhabenderen türkischen Besucher Luxushotels zu bauen. Man denkt an eine Vervielfachung der Zahl von 30.000 türkischen Touristen (2012). Es dürften schon in diesem Jahr bedeutend mehr gewesen sein.

Ähnlich profitabel könnte türkischer Tourismus für andere kleine südosteuropäische Länder werden, die früher zum osmanischen Reich gehörten. Aber auch große Volkswirtschaften könnten profitieren, schon dadurch dass türkische Geschäftsleute leichter einreisen könnten. Noch unklar ist, ob die Türkei sich auch verpflichtet, straffällig gewordene türkische Staatsbürger zurückzunehmen. In europäischen Ländern gibt es nach Angaben der türkischen Nachrichtenagentur Anadolu vom November derer mehrere Tausend - allein in Deutschland 3600, weltweit mehr als 6000. Diese Häftlinge verursachen den jeweiligen Staaten teilweise erhebliche Kosten.

Insgesamt deuten die jüngsten Entwicklungen neuen Schwung an in der Annäherung zwischen der EU und der Türkei, nachdem es seit 2009 zu einer regelrechten Eiszeit in den Beziehungen gekommen war. Am Donnerstag und Freitag tagt in Ankara erstmals ein gemischter europäisch-türkischer Parlamentsausschuss, Themen waren europäische Grundwerte, Pressefreiheit und die türkische Demokratisierungspolitik. Zumindest ein Teilnehmer auf EU-Seite sagte der „Welt“ jedoch auf Anfrage, man erwarte dabei wenig mehr als Augenwischerei und keinen echten Fortschrittswillen auf türkischer Seite.

Ein Zeichen für eine Rückbesinnung in Ankara auf den Wert guter Beziehungen mit der EU ist ein geplanter Besuch des türkischen Ministerpräsidenten Recep Tayyip Erdogan in Brüssel im Januar. Er war seit drei Jahren nicht mehr dort. Grund der türkischen Abkehr von Europa in den letzten Jahren war nach Meinung westlicher Beobachter deren Bestreben, im Nahen Osten eine eigene Einflussphäre aufzubauen. Der arabische Frühling, der syrische Krieg und der ägyptische Militärcoup haben das derzeitige Potenzial dieser Region für die Türkei jedoch stark reduziert. Insofern bietet eine „Rückkehr nach Europa“ die beste Gewähr, den türkischen Einfluss in der Welt zu maximieren.

Hunderttausende sind in den letzten Jahren illegal über die Türkei eingereist

Graphic

Getty Images/Carsten Koall

Viele Flüchtlinge in der Europäischen Union, wie hier in Berlin, sind über die Türkei eingereist

Carsten Koall

Türkei will Flüchtlinge zurücknehmen EU bietet Ankara im Gegenzug Verhandlungen über Aufhebung der
Visumpflicht an

Load-Date: December 6, 2013

End of Document

Hartes Arizona, weiches Kalifornien; Während der eine US-Staat Jagd auf illegale Einwanderer macht, integriert der andere sie. Zwei direkte Nachbarn, zwei Extreme

Die Welt

Montag 25. Februar 2013

Copyright 2013 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT

Section: POLITIK; S. 8; Ausg. 47

Length: 1686 words

Byline: Charlotte Janz

Body

Phoenix/Arizona

In der North Central Avenue, Phoenix, Arizona, wohnt das Böse. Was für die meisten Bürger eine gewöhnliche Geschäftsgegend ist, bildet das Zentrum der Angst von Familie García. „Immigration and Customs Enforcement“ prangt über dem Eingang von Hausnummer 2035. Aber heute versteckt sich Familie García nicht. Heute demonstriert sie. Denn Edie, der Vater, soll abgeschoben werden.

„Als sie ihn geholt haben, durfte ich mich nicht einmal von ihm verabschieden“, erzählt sein Sohn José unter Tränen. „ICE hat diesen Kindern ihren Vater genommen“, sagt die Mutter und drückt ihre Tochter an sich. ICE ist die Abkürzung für die Immigrationsbehörde. Und bezeichnend für die Kälte, die das Land ihrer Träume der Familie García entgegenbringt.

600 Kilometer weiter westlich, in Kalifornien, könnten zwei illegale **Migrantinnen** glücklicher kaum sein. Miriam González und Mariana Vega sitzen vergnügt im Büro ihrer Studentenorganisation Ideas, die an der University of California Los Angeles (UCLA) immatrikulierte illegale **Migranten** unterstützt. Sie reden miteinander, worüber Kommilitoninnen eben so reden: Kurse, Professoren, bevorstehende Prüfungen. Worüber sie nicht mehr sprechen: Geldsorgen, wie sie ihr Studium finanzieren sollen, dass ihre Eltern die Gebühren unmöglich aufbringen können. Anstatt die zwei jungen Frauen nach Mexiko abzuschieben, hat der Staat Kalifornien ihnen und anderen illegalen Einwanderern nun erstmals Stipendien gegeben.

Die USA sind das größte Einwanderungsland der Welt, auch für illegale Migranten. Mehr als elf Millionen Menschen leben nach Schätzungen des Department of Homeland Security ohne Papiere in den USA, die meisten aus Zentral- und Südamerika. Ihnen mittels einer Reform einen Weg aus der Illegalität zu eröffnen, gehört zu den zentralen Wahlversprechen von Präsident Barack Obama. Bis diese Reform kommt, unterscheidet sich der Umgang mit illegalen Migranten von Bundesstaat zu Bundesstaat. Obwohl Einwanderungspolitik Sache des Staates ist, mischen

Hartes Arizona , weiches Kalifornien Während der eine US -Staat Jagd auf illegale Einwanderer macht, integriert der andere sie. Zwei direkte Nachbarn, zwei Extr....

sich die Länder mit eigenen Gesetzen ein und legen föderales Recht unterschiedlich aus. Während Arizona Jagd auf illegale Einwanderer macht, gewährt Kalifornien ihnen Erleichterungen. Zwei Bundesstaaten von 50. Zwei direkte Nachbarn. Zwei Extreme.

In Phoenix lockt die Demonstration vor der Immigrationsbehörde die lokalen Medien an. Vor Mikrofonen und Kameras verliest der pummelige José einen Brief an den Präsidenten der USA. Schluchzend bittet er darum, seinen Vater nicht abzuschieben. Edie habe sich nie etwas zu Schulden kommen lassen, lebe seit zehn Jahren in den USA, seine Kinder seien hier geboren und damit US-Bürger. Unterstützer halten Schilder in die Höhe, auf denen - des Reimes willen - steht: „Obama, don't deport my mama". Eine Aktivistin der lokalen Menschenrechtsorganisation Puente tritt auf und berichtet über die Angst, in der Migranten in Arizona leben. „Rechtschaffene Leute trauen sich nicht mehr, ihr Haus zu verlassen, weil die Polizei sie regelrecht verfolgt. Kein Mensch ist illegal. Beendet die Jagd." Die Demonstranten klatschen. Am Straßenrand hält ein Polizeiauto.

Auf dem Campus der UCLA in Los Angeles erzählen sich Miriam und Mariana von ihrer relativ behüteten Kindheit. „Erst als ich mit 16 jobben wollte und meine Mutter nach meiner Sozialversicherungsnummer gefragt habe, erfuhr ich überhaupt, dass wir Illegale sind", sagt Miriam, 19, Biologiestudentin. Mariana erzählt, dass ihre Eltern sie sogar auf Klassenfahrten an die mexikanische Grenze haben mitgehen lassen. „Abschiebungsangst hatten wir im Alltag nicht", sagt die 20-jährige BWL-Studentin. Den letzten Satz hört ein Kommilitone, der soeben das Büro von Ideas betreten hat. „Zumindest nicht so wie die Migranten in Arizona", fügt er hinzu.

Insbesondere in Maricopa County, Arizona, herrscht Furcht. Denn dort regiert Sheriff Joe Arpaio, der selbsternannte härteste Sheriff der Welt. Linke Blätter bezeichnen ihn als Anti-Migrations- Kreuzritter, rechte Medien feiern ihn als Mann der Tat. Obwohl er gleich mehrmals wegen rassistischer Praktiken und Menschenrechtsverletzungen verklagt wurde - unter anderem vom US-Justizministerium - hat Maricopa County, eine Republikaner-Hochburg, ihn kürzlich zum sechsten Mal wiedergewählt. Seine Lösung für das Migrantenproblem: Alle abschieben.

Das Büro von Joe Arpaio schmücken unzählige Fotos von sich selbst. Sie teilen sich die Wände mit gerahmten Zeitungsartikeln, Postern mit der Aufschrift „Sheriff Joe for President", einem Sketch für eine Joe-Action-Figur. Hinter einem massiven Schreibtisch im 19. Stock im Zentrum von Phoenix thront mit Blick über seine Stadt der Mann, den die illegalen Einwanderer hassen. Auf den ersten Blick ist der Sheriff von Maricopa County ein harmloser alter Herr. Joe Arpaio ist 80 Jahre alt. Er trägt eine Krawattennadel in Form einer Pistole. Seine Welt ist einfach. Es gibt Gut und Böse, richtig und falsch, illegale und legale Einwanderung. Er sagt Sachen wie: „Alle illegalen Einwanderer sind Verbrecher. Sie haben das Gesetz gebrochen, als sie hierher gekommen sind." Hinter ihm sind seine zwei Biographien ausgestellt. In ihnen stehen Sätze wie: „Die Mexikaner unterminieren amerikanische Werte." Auch zu Kalifornien hat der Sheriff eine klare Meinung: „Alles Verbrecher. Die Sheriffs dort missachten ihr Amt, indem sie die föderalen Einwanderungsgesetze einfach nicht durchsetzen."

Derweil im kalifornischen Jacumba, an der Grenze zu Mexiko, erklärt Enrique Morones einer Schulklasse aus San Diego, dass man illegale Einwanderer nicht kriminalisieren darf. Der Gründer der Organisation „Border Angels" sagt: „Hier im liberalen Kalifornien ist die Öffentlichkeit auf Seiten der Migranten. In Arizona und anderen Staaten nicht." Wie Joe Arpaio ist Enrique Morones sehr von sich und seiner Sache überzeugt. Um den Schülern zu zeigen, dass jeder Migrant ist, ob mit Papieren oder ohne, fragt er sie nach dem Herkunftsland der Großeltern. „Holland und England", „Mexiko", „Deutschland", wird da geantwortet. Niemand sagt: „USA". Nach der Ansprache verteilen Enrique und die Schüler Wasserflaschen in der Wüste entlang des Grenzzauns. „Jeden Tag sterben zwei Menschen bei der Überquerung der Grenze", erklärt Enrique.

Die Obama-Administration hat Statistiken der Immigrationsbehörde zufolge eine Rekordzahl an illegalen Immigranten abgeschoben: 2012 mussten 409.849 Menschen das Land verlassen. Das sind rund 40.000 mehr als 2008 unter Präsident George W. Bush. Dabei zeigen Studien des Forschungsinstituts Pew Hispanic Center, dass seit 2007 immer weniger Mexikaner illegal in den USA leben. Sie machen knapp 60 Prozent der geschätzten 11,2 Millionen illegalen Einwanderer aus. Bis Obamas Reform Wirklichkeit wird, bewegt sich der Alltag illegaler Einwanderer weiterhin irgendwo zwischen den Lebensbedingungen in Arizona und Kalifornien.

Hartes Arizona , weiches Kalifornien Während der eine US -Staat Jagd auf illegale Einwanderer macht, integriert der andere sie. Zwei direkte Nachbarn, zwei Extr....

Vor der Southside Presbyterian Church in Tucson, Arizona, stehen Tagelöhner und warten auf Arbeit. Fast alle sind Latinos, fast alle illegale Einwanderer. An diesem Tag halten nur zwei Trucks, um schnell und verstohlen eine Handvoll Arbeiter mitzunehmen. Die restlichen Männer stehen rum und unterhalten sich. Es ist nach 10 Uhr morgens. Mit jeder Minute sinkt die Hoffnung, dass sie heute noch Arbeit finden werden. Aber Carlos Chicas braucht das Geld. In Seattle wartet seine Verlobte auf ihn. „Ich will Arizona so schnell wie möglich verlassen“, sagt der 20-Jährige aus El Salvador den Umstehenden. Dass er damit nicht allein steht, weiß Miguel Reyes*, ein illegaler Einwanderer aus Mexiko, der bei der Koordination der Tagelöhner mithilft. Seit Arizona die härtesten Anti-Migrations-Gesetze im ganzen Land erlassen hat, sind einige Arbeiter in andere Staaten ausgewandert. Diejenigen, die geblieben sind, haben immer mehr Probleme, Arbeit zu finden. Oder für ihre Arbeit bezahlt zu werden. Welcher Illegaler geht schon zu den Behörden?

In San Diego, Kalifornien, bieten Tagelöhner ihre Dienste vor einem großen Baumarkt an. In kleinen Grüppchen stehen sie auf dem Gehsteig herum. Den Parkplatz dürfen sie nicht betreten, das ist die Abmachung. Ansonsten bewegen sich die Arbeiter, ausschließlich Latinos, größtenteils ohne Papiere, frei. Die Männer fühlen sich sicher. Sie sorgt, dass es der Baubranche schlecht geht. Was sie nicht sorgt: Das Haus zu verlassen, einkaufen zu gehen, die Kinder zur Schule zu fahren, ein Leben in der Öffentlichkeit zu führen. Ein Tagelöhner sagt: „Hier gibt es zwar auch Rassismus. Aber keine rassistischen Gesetze.“ Er trägt ein T-Shirt mit dem Aufdruck „USA“.

2010 hat ein Gesetz Arizona zum ungemütlichsten Ort der USA für illegale Einwanderer gemacht. SB1070 räumte der Polizei von Arizona außerordentliche Rechte ein, etwa Migranten ohne Haftbefehl festnehmen zu dürfen. Mittlerweile wurde das Gesetz abgeschwächt. Die Obama- Administration hatte dagegen geklagt. Weiterhin darf die Polizei von Arizona jedoch, mehr oder weniger grundlos, jeden nach seinen Papieren fragen. Menschenrechtsorganisationen kritisieren, die Kontrollen richteten sich häufig nach der Hautfarbe. In San Diego dagegen sind Polizisten explizit angewiesen, nicht nach Papieren zu fragen, wenn sie etwa ein Auto wegen eines defekten Rücklichts anhalten. Zahlen von Kirchen, Schulen und Gesundheitszentren, die viel von Migranten besucht werden, bestätigen, dass Einwanderer nach Einführung von SB1070 Arizona verlassen hätten.

In Tijuana, Mexiko, im Auffangzentrum Casa del Migrante sind alle Bundesstaaten vertreten. Hier landen Männer, die von Alabama bis Wyoming nicht gewollt sind. Vor dem Fernseher im Aufenthaltsraum der Hilfsorganisation sitzen Migranten, die aus Arizona abgeschoben wurden. Im Innenhof lehnt ein Mann an der Wand, der in Kaliforniens Abschiebestatistik auftauchen wird. José Sanchez hat zehn Jahre in Orange County, Kalifornien, gelebt - bis die Polizei ihn auf dem Weg zur Arbeit ohne Führerschein erwischt und ICE übergeben hat. Der Mann, der nicht weiß, ob er Frau und Kinder je wiedersehen wird, sagt: „Kalifornien ist auch kein Paradies. Illegaler Einwanderer zu sein, ist überall in den USA ein Glücksspiel. Und ich hatte Pech.“

* Name von der Redaktion geändert

Graphic

Markus Emerich/**

José García weint, weil die Migrationsbehörde in Phoenix (Arizona) seinen Vater Edie festgenommen hat und abschieben will

Markus Emerich/**

Sheriff Joe Arpaio, 80, von Maricopa County ist selbst ernannter Jäger illegaler Immigranten. Seine Lösung lautet: Alle abschieben.

Hartes Arizona , weiches Kalifornien Während der eine US -Staat Jagd auf illegale Einwanderer macht,
integriert der andere sie. Zwei direkte Nachbarn, zwei Extr....

Load-Date: February 25, 2013

End of Document

Warum Migrantenkinder selten in die Kita gehen; Zuwanderer betreuen ihren Nachwuchs doppelt so oft zu Hause wie Deutsche. Niedriger Bildungsgrad erschwert Krippenplatz-Suche

Die Welt

Donnerstag 6. Juni 2013

Copyright 2013 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK; S. 4; Ausg. 129

Length: 916 words

Byline: Freia Peters

Body

Ob **Migranten** ihre Kleinkinder in die Kita geben oder nicht, hängt maßgeblich davon ab, wie gebildet sie sind - und schlecht gebildete Zuwanderer befürchten besonders hohe Hürden bei der Anmeldung für einen Kita-Platz. Das besagt eine Studie des Sachverständigenrates deutscher Stiftungen für Integration und **Migration** (SVR).

30 Prozent der Eltern ohne **Migrationshintergrund** geben ihr ein- oder zweijähriges Kind demnach in die Kita; bei den Zuwanderern sind es hingegen nur 14 Prozent. Das heißt aber nicht, dass 86 Prozent der **Migranten** sich bewusst dafür entscheiden, ihr Kind zu Hause zu erziehen: Mehr als zwei Drittel von ihnen würden das Angebot der frühkindlichen Betreuung gerne wahrnehmen - doch sie können die Hürden auf dem Weg zu einem Kita-Platz nicht überwinden.

Die Barrieren sind aus Sicht der Eltern der ersten Zuwanderergeneration vor allem die als gering wahrgenommene Qualität der Betreuung und die unzureichende kulturelle Sensibilität. Auch finden sie die Kindergruppen zu groß. Außerdem wünschen sie sich mehrsprachige Erzieher. Die Kosten spielen für zugewanderte Eltern hingegen eine geringere Rolle als für deutsche.

Besonders Eltern mit geringer Schulbildung haben es demnach schwerer, überhaupt einen Krippenplatz für ihr Kind zu finden. Kita-Plätze sind knapp - und wer einen bekommen will, muss sich schon während der Schwangerschaft bei mehreren Kindergärten oder Tagesmüttern anmelden. Die Vergabe hängt letztlich oft auch von Beharrlichkeit und Charme der Eltern ab: Sprechen sie nicht gut Deutsch, sind sie klar im Nachteil.

„Ob sich Eltern mit Migrationshintergrund für eine Kindertagesbetreuung entscheiden, hängt maßgeblich von ihrem Bildungsstatus ab“, konstatiert Jan Schneider, Leiter des Forschungsbereiches des SVR. „Solange die Zugangshürden nicht beseitigt werden, gibt es keine echte Wahlfreiheit zwischen einem Krippenplatz und der Betreuung in der Familie.“ Aus Sicht des Migrationsforschers ein fatales Signal, denn besonders für die Kinder von Zuwanderern sei eine frühe Betreuung außerhalb des eigenen Zuhauses wichtig: Sie lernten früher und besser

Warum Migrantenkinder selten in die Kita gehen Zuwanderer betreuen ihren Nachwuchs doppelt so oft zu Hause wie Deutsche. Niedriger Bildungsgrad erschwert Krippe....

Deutsch. Laut einer Studie der Universität Hildesheim haben türkischstämmige Kinder, die mehr als drei Jahre im Kindergarten waren, nur zu 19 Prozent sprachlichen Förderbedarf - diejenigen, die nur ein Jahr dort waren, hingegen zu 61 Prozent. Fähigkeiten, die früh in der Kita erlernt werden, seien für die Schule, für den Bildungserfolg und schließlich für die gesellschaftliche Teilhabe entscheidend, betont Schneider.

Das Betreuungsgeld sieht der Forscher daher als „problematischen Anreiz“. Die gesetzliche Neuregelung, zu der die Geldleistung zählt, war Anlass für das Forschungsprojekt: Ab dem 1. August 2013 hat jedes Kind ab dem vollendeten ersten Lebensjahr einen Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz. Eltern von ein- und zweijährigen Kindern, die keinen Kita-Platz in Anspruch nehmen wollen, können das Betreuungsgeld beantragen.

Die Ergebnisse des SVR basieren auf Daten der Studie „Aufwachsen in Deutschland: Alltagswelten“ unter Leitung des Deutschen Jugendinstituts. Hierzu wurden 1875 Eltern, in der Regel Mütter von ein- bis zweijährigen Kindern, in Telefoninterviews befragt. Von den Familien hatten 68 Prozent keinen Migrationshintergrund, 32 sind Zuwanderer. Elf Prozent der Eltern gehören der ersten Zuwanderergeneration an - sie sind also selbst zugewandert, ihr Kind wurde jedoch in Deutschland geboren. Zehn Prozent der Eltern sind Teil der zweiten Zuwanderergeneration, und die restlichen elf Prozent leben in einer binationalen Partnerschaft. Den befragten Eltern wurden detaillierte Fragen zur Kinderbetreuung gestellt: „Bitte sagen Sie mir, aus welchem der folgenden Gründe Ihr Kind derzeit nicht in eine Kindertageseinrichtung geht... z. B. weil es noch zu jung ist?“ Oder: „Hätten Sie Ihr Kind in eine Kindertageseinrichtung gegeben, wenn z. B. die Einrichtung Ihr Kind besser auf die Schule vorbereiten würde?“

Nur Eltern der ersten Generation, die relativ wenig Erfahrung mit dem deutschen Bildungssystem haben, betreuen demnach ihre Kinder meist zu Hause. Je länger die Zuwandererfamilien hier leben, desto mehr nähern sich die Vorstellungen an. Bei den Eltern der zweiten Generation hängt die Entscheidung von der Schulbildung ab: Rund die Hälfte der Zuwandererfamilien, in denen ein Elternteil Abitur hat, schickt ihr Kind mit ein oder zwei Jahren in die Krippe - das entspricht dem Verhalten von Eltern ohne Migrationshintergrund. Bei Migranteneltern mit Hauptschulabschluss ist der Anteil deutlich geringer: Rund 88 Prozent betreuen ihr Kind zu Hause.

Der SVR erhebt als Konsequenz aus der Studie mehrere Forderungen: Die Qualität der Betreuung soll mit einem transparenten System sichergestellt werden; damit die Eltern sich ein besseres Bild machen können, solle es ein freiwilliges Gütesiegel für Kitas geben. Die interkulturelle Elternarbeit müsse in den Lehrplan der Erzieherausbildung aufgenommen werden. Zudem solle die Krippenbetreuung gratis sein - und die Eltern, die ihr Kind dennoch zu Hause betreuen, stärker unterstützt werden, etwa durch Familienzentren. Das klingt nach hehren Zielen.

„Wir halten es für sinnvoller, Eltern den Anreiz zu bieten, ihr Kind frühzeitig institutionell fördern zu lassen, statt Familien direkt durch Geldleistungen zu unterstützen“, erklärt Forschungsleiter Schneider. Die Folgekosten von Kindern, denen die Chance auf sozialen Aufstieg und gesellschaftliche Teilhabe verbaut werde, seien nämlich um ein Vielfaches höher.

Graphic

Jörn Baumgarten

Load-Date: June 6, 2013

Jedes dritte Unternehmen setzt auf Migranten; DIHK-Umfrage: Die Integration ausländischer Mitarbeiter läuft in aller Regel problemlos

Die Welt

Dienstag 31. Januar 2012

Copyright 2012 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: WIRTSCHAFT; S. 9; Ausg. 26

Length: 672 words

Byline: Stefan Von Borstel

Highlight: Nur 13 Prozent der Betriebe in Deutschland haben keine Erfahrung mit ausländischen Mitarbeitern gemacht

Body

Jeder dritte Betrieb in Deutschland fördert die Vielfalt seiner Belegschaft und stellt bewusst **Migranten** ein. Das ergab eine Umfrage des Deutschen Industrie- und Handelskammertags (DIHK) unter 1500 Unternehmen im Vorfeld des 5. Integrationsgipfels am Dienstag, die der „Welt“ vorliegt. Der Umfrage zufolge gelingt die Integration in den Unternehmen in aller Regel problemlos. Sie funktioniert bei höher und mittel Qualifizierten allerdings besser - hier sprachen 86 Prozent der Betriebe von problemloser Integration - als bei Mitarbeitern mit geringerer Qualifikation (63 Prozent). DIHK-Chef Hans Heinrich Driftmann nannte die Ergebnisse der Studie ermutigend. „Zur Fachkräftesicherung brauchen wir zukünftig mehr und gut ausgebildete Zuwanderer aus dem Ausland“, sagte Driftmann. „Wir dürfen uns aber nicht auf dem Status Quo ausruhen. Politik, Unternehmen und Bürger müssen sich für eine bessere Willkommenskultur in Deutschland einsetzen“, forderte der DIHK-Präsident.

Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) hat mehr als hundert Vertreter aus Politik, Verwaltung, Migrantenverbänden, Kirchen und Gesellschaft zum 5. Integrationsgipfel ins Kanzleramt eingeladen. Bei diesem Anlass soll auch ein Nationaler Aktionsplan vorgestellt werden, der die Integration von Zuwanderern mit Ziel- und Zeitvorgaben verbindlicher machen soll.

In Deutschland leben knapp 16 Millionen Menschen mit ausländischen Wurzeln, damit stellen sie knapp ein Fünftel der Gesamtbevölkerung. Bei Kindern und Jugendlichen bis 15 Jahren hat bereits fast jeder Dritte einen Migrationshintergrund. In den Belegschaften der deutschen Unternehmen seien Migranten heute nicht mehr wegzudenken, heißt es in der DIHK-Studie. Nur 13 Prozent der Betriebe - vor allem Kleinunternehmen - haben noch keine Erfahrungen mit ausländischen Mitarbeitern gemacht. Ein Großteil der Betriebe fördere die Integration aktiv durch vielfältige Maßnahmen, betonte Driftmann. Rund 23 Prozent bieten den Migranten demnach fachliche Weiterbildungen an, 15 Prozent berufsspezifische Sprachförderung und 16 Prozent einen speziellen Ansprechpartner.

Jedes dritte Unternehmen setzt auf Migranten DIHK-Umfrage: Die Integration ausländischer Mitarbeiter läuft in aller Regel problemlos

Ein knappes Viertel der Betriebe nutzt gezielt die speziellen Kenntnisse von Migranten über deren Herkunftsländer, in der Industrie sind es sogar 30 Prozent, ergab die DIHK-Umfrage. Dies betrifft neben der Sprache auch die Kenntnisse von Absatzmärkten und kulturellen Gepflogenheiten. Je größer der Betrieb, desto eher ergreift er gezielt Maßnahmen zur Förderung der Integration. Kleine Unternehmen sind dagegen weniger aktiv, jedoch beschäftigen sie auch weniger Migranten. In der Regel verfügen sie zudem über „weniger personelle und finanzielle Kapazitäten“, so der DIHK. In der Hälfte der Betriebe mit weniger als zehn Mitarbeitern funktioniert die Integration häufig nach dem Prinzip „learning by doing“. Unter den Branchen sind die Erfahrungen am Bau mit Migranten überdurchschnittlich gut (74 Prozent), gefolgt von der Industrie (60 Prozent) und dem Handel (55 Prozent).

Den geplanten „Nationalen Aktionsplan“, dessen Ziele über die Wirtschaft hinausgehen und auch Bereiche wie Sportvereine und Bildung umfassen, finden die Firmen positiv, sie bewerten ihn mit einer Durchschnittsnote von 2,5. Wichtiger ist ihnen allerdings, dass die Politik die Hürden für qualifizierte Zuwanderer senkt (Note 1,7) und die Anerkennung ausländischer Bildungsabschlüsse erleichtert (Note 2,1). Bessere Noten als der Aktionsplan erhalten auch die Forderungen, den Mittelstand bei der Suche nach Fachkräften im Ausland zu unterstützen und eine Willkommenskultur aufzubauen (jeweils 2,2).

Vor dem Hintergrund des demografischen Wandels und des Fachkräftemangels wächst die Bedeutung der Migranten für die Wirtschaft. Schon jetzt können viele offene Stellen nicht besetzt werden. Gesucht werden vor allem Zeitarbeiter, aber auch im Handel, am Bau, in der Gastronomie und im Gesundheits- und Sozialwesen besteht Bedarf an zahlreichen neuen Mitarbeitern.

„Wir brauchen künftig mehr und gut ausgebildete Fachkräfte aus dem Ausland“ Hans Heinrich Driftmann, DIHK-Präsident

Load-Date: January 31, 2012

Migranten, lernt Deutsch!; Vielen Kindern mit ausländischen Wurzeln fehlen Sprachkenntnisse

Die Welt

Dienstag 14. Mai 2013

Copyright 2013 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: FORUM; Kommentar; S. 3; Ausg. 110

Length: 327 words

Byline: Rainer Haubrich

Body

Als der türkische Premier Erdogan im vergangenen Jahr die Botschaft seines Landes in Berlin eröffnete, forderte er seine Landsleute in Deutschland zur Integration auf. Sie müssten Doppelsprachler werden, also auch „fließend Deutsch sprechen“. Sie sollten nicht nur türkische Autoren kennen, „sondern auch Hegel, Kant und Goethe verstehen“. Da hatte Erdogan zwar wieder einmal überzogen, denn Hegel und Kant können ja auch die meisten Deutschen nicht im Schlaf zitieren. Aber Erdogan, der sonst alle auf das Türkentum einschwört, weiß, dass es in deren ureigenem Interesse ist, die deutsche Sprache zu beherrschen.

Davon scheinen wir weit entfernt, wie die Zahlen der Integrationsbeauftragten der Bundesregierung belegen. Immer mehr Migrantenkinder brauchen Sprachförderung, um dem Schulunterricht folgen zu können, in manchen Bundesländern ist es fast jedes zweite Kind. Ein dramatischer Befund, wenn man bedenkt, dass hierzulande bei den unter fünfjährigen Kindern 35 Prozent einen Migrationshintergrund haben. Das betrifft nicht nur die türkischstämmige Bevölkerungsgruppe. Aber diese hat besonderes Gewicht, weil sie die größte und zugleich am schlechtesten integrierte ist. Ohne Sprachkenntnisse drohen Deutschland große Teile der nachwachsenden Generationen verloren zu gehen. Deshalb ist es richtig, die Maßnahmen zur Sprachförderung auszubauen und besser zu koordinieren.

Am meisten aber muss sich in den Migrantenfamilien ändern. Wer nach Jahrzehnten in Deutschland die Sprache nicht spricht und auch nicht darauf achtet, dass es wenigstens die nächste Generation besser macht, der will hier nicht ankommen. Es geht hier gar nicht um Kultur oder Religion. Es geht um die Grundlagen unseres Wohlstandes. In einer schrumpfenden Gesellschaft wird jeder gebraucht und hat jeder eine Perspektive - wenn er willens und ausgebildet ist. Nie waren die Voraussetzungen für eine „goldene Generation“ von Migranten so gut. Sie nicht zu nutzen kostet einen hohen Preis.

Load-Date: May 14, 2013

Migranten, lernt Deutsch! Vielen Kindern mit ausländischen Wurzeln fehlen Sprachkenntnisse

End of Document

Deutscher Pass ist gefragt; Nur knapp zwei Prozent der 18-jährigen Migranten wollen Staatsangehörigkeit ihrer Eltern behalten. Verbände kritisieren aber Rechtslage

Die Welt

Donnerstag 5. Juli 2012

Copyright 2012 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK; S. 4; Ausg. 155

Length: 818 words

Byline: Freia Peters

Highlight: Absolut ist die Zahl der Einbürgerungen jedoch niedrig. 57 Prozent schrecken vor Einbürgerungsverfahren zurück

Body

Yilmaz, Kaminski, Hanke, Peters. Im „Haus Deutschland“ leben alle unter einem Dach. Wunderbar sei das doch, sagt Wolfgang Schäuble. Vielfalt in Deutschland sei eben nicht nur Normalität, sondern auch Bereicherung. Die Sonderbriefmarke mit dem multikulturellen Klingelschild, die der Finanzminister am Mittwoch vorstellte, soll auf das Zusammenleben von Menschen verschiedener Herkunft in Deutschland aufmerksam machen. „Die Integration von Migranten gelingt immer besser“, sagte der CDU-Politiker.

In Deutschland leben rund 16 Millionen Migranten. 8,6 Millionen von ihnen haben die deutsche Staatsbürgerschaft. Nach aktuellen Zahlen des Statistischen Bundesamtes kamen im vergangenen Jahr rund 106.900 Ausländer hinzu, 5300 mehr als im Jahr zuvor.

„Im großen Vergleich sind die Zahlen immer noch niedrig“, widerspricht eine Sprecherin des Bundesamtes. Denn seit Einführung des neuen Staatsangehörigkeitsrechts im Jahr 2000 war die Zahl von knapp 187.000 auf rund 95.000 im Jahr 2008 gesunken. Seitdem ist sie wieder leicht und stetig gestiegen. Und doch wird das theoretisch erreichbare „Einbürgerungspotenzial“ kaum ausgeschöpft. Nur 2,3 Prozent der Ausländer, die seit zehn Jahren oder länger in Deutschland lebten, entschieden sich, Deutsche zu werden. Im Schnitt sind sie 30 Jahre alt und leben seit fast 16 Jahren in Deutschland. Die meisten von ihnen stammen aus der Türkei. Einbürgerungswilliger sind hingegen ausländische Jugendliche. Jugendliche, die zwei Pässe besitzen, werden fast alle Deutsche.

Kinder ausländischer Eltern, die in Deutschland geboren wurden, erhalten seit 2000 automatisch die deutsche Staatsangehörigkeit, wenn mindestens einer ihrer beiden Eltern ein Daueraufenthaltsrecht besitzt und seit mindestens acht Jahren in Deutschland lebt. Zudem erhalten sie die Staatsbürgerschaft ihrer Eltern. Im Alter zwischen 18 und 23 Jahren müssen sie sich für einen der beiden Pässe entscheiden. Wer sich mit 23 Jahren nicht bei den Behörden gemeldet hat, verliert automatisch die deutsche Staatsangehörigkeit.

Deutscher Pass ist gefragt Nur knapp zwei Prozent der 18-jährigen Migranten wollen Staatsangehörigkeit ihrer Eltern behalten. Verbände kritisieren aber Rechtsla....

Laut einer Studie des Bundesamtes für Migration entscheiden sich 18-Jährige mehrheitlich für den deutschen Pass. Nur knapp zwei Prozent wollen die Staatsangehörigkeit ihrer Eltern behalten. Das geht aus einer Befragung unter 400 Jugendlichen hervor. 64 Prozent gaben an, dass sie gern beide Staatsbürgerschaften behalten und auf eine entsprechende Gesetzesänderung gehofft hätten. Nachdem sie sich aber einmal für eine Staatsbürgerschaft entschieden haben, vermisst nur noch ein Drittel den anderen Pass.

Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) sieht deshalb keinen Anlass, das Staatsangehörigkeitsrecht in Deutschland zu ändern. Migrantenverbände sehen das anders. Die Optionsregel gilt nicht für EU-Ausländer oder Spätaussiedler, die mehrere Pässe besitzen dürfen. Sie trifft vor allem Jugendliche mit türkischen oder arabischen Eltern. Türkische Verbände wännen Diskriminierung und fordern seit Langem, die Optionsregel komplett abzuschaffen.

Im vergangenen Jahr jedoch erhielten am häufigsten Menschen aus der Türkei (vor Serbien, Montenegro, dem Irak, Polen) einen deutschen Pass. Ihr Anteil an allen Einbürgerungen entsprach mit 26 Prozent etwa dem Anteil der türkischen Staatsangehörigen an allen in Deutschland lebenden Ausländern.

Das ist erstaunlich, denn laut der kürzlich erschienenen „Immigrant Citizen Survey“ des Sachverständigenrates für Integration und Migration empfindet die große Mehrheit der türkischen Staatsbürger (70 Prozent) es als großes Hindernis, den türkischen Pass abzugeben. Für Gunilla Fincke, Forschungsdirektorin des Sachverständigenrates, liegt darin ein großes Problem deutscher Integrationspolitik. „Eine Regierung sollte ein Interesse daran haben, dass sie durch einen großen Teil der Bevölkerung legitimiert wird“, sagt Fincke und plädiert dafür, in einer auf zwei Generationen ausgedehnten Übergangsphase großzügiger die doppelte Staatsbürgerschaft zuzulassen.

Zuwanderer aber wollen den deutschen Pass nicht um jeden Preis. 57,4 Prozent der Migranten schrecken vor dem Einbürgerungsverfahren zurück. Knapp die Hälfte (47,3 Prozent) sieht im Status eines Eingebürgerten keinen Vorteil zum dauerhaften Aufenthaltsrecht. Die Möglichkeit, wählen zu gehen, lockt die Zuwanderer nicht. Nur knapp 55 Prozent gaben an, dass sie wählen gehen würden, wenn sie dürften.

Die Integrationsbeauftragte Maria Böhmer (CDU) will das nicht gelten lassen. „Die erneut gestiegene Zahl der Einbürgerungen ist ein höchst erfreuliches Signal: Immer mehr Migranten sagen voll und ganz Ja zu unserem Land“, sagte sie. Die Behörden seien nun aufgefordert, auch in der Einbürgerungspraxis eine Willkommenskultur anzuwenden. „Die Verfahren sind häufig noch zu lange und für die Betroffenen demotivierend.“ Die Behörden sollten verstärkt die Erleichterungen bei den Voraussetzungen für eine Einbürgerung anwenden. Insbesondere gelte es, Integrationsleistungen anzuerkennen.

Graphic

Dpa/Rainer Jensen

Mit dieser Sonderbriefmarke würdigt die Regierung die Vielfalt Deutschlands

Load-Date: September 12, 2012

Deutschland Kompakt I; Schleswig-Holstein: SPD-Spitzenkandidat Albig gibt Wahlziel 40 Prozent aus ++ Flüchtlingspolitik: Unicef: Deutschland achtet nicht das Kindeswohl ++ Bundesanwaltschaft: Mutmaßlicher türkischer Linksextremist angeklagt ++ Rechtsextremismus: 13 Wohnungen in Thüringen und Leipzig durchsucht ++ Justiz: Kronzeugenregelung wird eingeschränkt

Die Welt

Donnerstag 29. März 2012

Copyright 2012 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK; Kompakt; S. 4; Ausg. 76

Length: 622 words

Body

Schleswig-Holstein

SPD-Spitzenkandidat Albig gibt Wahlziel 40 Prozent aus

Die SPD sieht sich vor der Wahl in Schleswig-Holstein am 6. Mai im Aufwind. „Das Wahlziel sind 40 Prozent“, sagte SPD-Spitzenkandidat Torsten Albig: „Ein Ergebnis darunter wäre für jede Volkspartei enttäuschend.“ Bei der Landtagswahl 2009 hatten die Sozialdemokraten nach starken Verlusten nur 25,4 Prozent erhalten. Die CDU war damals mit 31,5 Prozent stärkste Kraft im Land geworden. Seitdem regiert CDU-Ministerpräsident Peter-Harry Carstensen mit der FDP. Von seinem Wahlziel ist der Kieler Oberbürgermeister Albig den jüngsten Wahlumfragen zufolge ein gutes Stück entfernt. Die Meinungsforscher sehen SPD und CDU in einem Kopf-an-Kopf-Rennen bei jeweils rund 33 Prozent. Kandidat der Union ist Wirtschaftsminister Jost de Jager.

Flüchtlingspolitik

Unicef: Deutschland achtet nicht das Kindeswohl

Das Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen (UN) hat den Umgang mit minderjährigen Migranten aus dem Kosovo in Deutschland scharf kritisiert. Etwa jeder zweite Jugendliche leide nach der Abschiebung an Depressionen und jeder Vierte denke an Selbstmord, so die Ergebnisse einer Studie von Unicef. Wissenschaftler hatten 164 Jugendliche sowie 131 Eltern befragt, die 2010 aus Deutschland und Österreich in den Kosovo zurückgeschickt wurden. Zwei Drittel der befragten Kinder gehörten einer ethnischen Minderheit an. Diskriminierung, Sprachbarrieren, fehlende soziale und psychologische Unterstützung im Kosovo verstärkten die psychologischen Probleme.

Bundesanwaltschaft

Mutmaßlicher türkischer Linksextremist angeklagt

Die Bundesanwaltschaft hat Anklage gegen ein mutmaßliches Mitglied der linksextremen türkischen Revolutionären Volksbefreiungspartei/-front (DHKP-C) erhoben. Die Anklage gegen den 38-jährigen Türken beim Oberlandesgericht Düsseldorf lautet auf Mitgliedschaft in einer ausländischen terroristischen Vereinigung. Die 1994 gegründete marxistisch-leninistische DHKP-C will in der Türkei eine Revolution anzetteln und hat dort zur Umsetzung ihrer Ziele nach Angaben der Bundesanwaltschaft zahlreiche Menschen getötet und Brand- und Sprengstoffanschläge verübt. Der Angeklagte soll in Deutschland Spenden besorgt haben und an Schulungen, der Jugendarbeit sowie an der Propaganda beteiligt gewesen sein.

Rechtsextremismus

13 Wohnungen in Thüringen und Leipzig durchsucht

Bei Razzien im thüringischen Rudolstadt und in Leipzig hatte am Mittwoch die Geraer Staatsanwaltschaft auch die Neonazis Tino Brandt und Thomas Dienel im Visier. Insgesamt wurden 13 Wohnungen und Häuser durchsucht, Unterlagen und Computer beschlagnahmt. Die beiden ehemaligen V-Leute des Thüringer Verfassungsschutzes sollen Teil einer Gruppe sein, die sich gegenseitig über fingierte Vorfälle mit Versicherungsleistungen finanziert hat. Ob mit dem Geld auch das Zwickauer Trio unterstützt wurde, wird ebenfalls geprüft. Der 37-jährige Tino Brandt war in den 1990er-Jahren einer der umtriebigsten Neonazis in Thüringen. Lange Zeit führte Brandt den Thüringer Heimatschutz an. Mitglieder der Gruppierung waren auch Beate Zschäpe, Uwe Mundlos und Uwe Böhnhardt, die 1998 abgetaucht waren und als Nationalsozialistischer Untergrund später eine Mordserie an Kleinunternehmern mit Migrationshintergrund verübten.

Justiz

Kronzeugenregelung wird eingeschränkt

Die Bundesregierung will die zu Zeiten der rot-grünen Regierung Schröder eingeführte Kronzeugenregelung einschränken. Das Kabinett verabschiedete einen Gesetzentwurf, wonach eine Strafmilderung lediglich in einem eng umrissenen Rahmen gewährt werden darf. Die Angaben eines Kronzeugen sollen demnach zum Beispiel nur noch dann strafmildernde Wirkung haben können, wenn sie sich auf eine Tat beziehen, „die mit seiner Tat im Zusammenhang“ steht.

Load-Date: March 29, 2012

Wissen Kompakt; Anthropologie: Das Hominiden-Gehirn ist wahrscheinlich geschrumpft ++ Medizin: Säuglingskoliken könnten Frühform von Migräne sein ++ Astronomie: Ferne Galaxie produziert Sterne wie am Fließband

Die Welt

Donnerstag 18. April 2013

Copyright 2013 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT

Section: WISSENSCHAFT; Kompakt; S. 22; Ausg. 90

Length: 487 words

Byline: Dpa

Fwt

Body

Anthropologie

Das Hominiden-Gehirn ist wahrscheinlich geschrumpft

Die Gattung Homo entwickelte sich anscheinend flexibler als bisher angenommen: Das folgern japanische Forscher aus einer Analyse des Homo floresiensis - der kleinsten bekannten Art der Menschenartigen. Wie die Forscher in den „Proceedings of the Royal Society B“ berichten, war das Gehirn dieses oft als Hobbit bezeichneten Hominiden zwar größer als meist vermutet. Dennoch sei das Denkkorgan bei der Entwicklung dieser Art vermutlich deutlich geschrumpft - möglicherweise weil ein großes Gehirn in ihrer Umwelt nicht nötig war. Der Homo floresiensis lebte vermutlich noch vor knapp 20.000 Jahren auf der Insel Flores, die zu Indonesien gehört. Mit einer Körpergröße von nur etwa einem Meter gilt er als kleinster Vertreter der Gattung Homo. Auffällig ist die selbst für die kurze Statur auffällig geringe Hirngröße. Das Volumen schätzten Forscher bislang auf 380 bis 430 Kubikzentimeter, was etwa der Größe bei Schimpansen entspricht.

Medizin

Säuglingskoliken könnten Frühform von Migräne sein

Auffällig viele Kinder mit Migräne haben eine Vorgeschichte mit Koliken im Säuglingsalter. Das hat das Team um Silvia Romanello von der Pariser Universitätsklinik Robert Debré herausgefunden. In der aktuellen Ausgabe des „Journal of the American Medical Association“ schreiben die Mediziner von einer möglichen Verbindung beider Probleme. Im Vorfeld hatten sie 208 Heranwachsende zwischen 6 und 18 Jahren untersucht, die mit Migräne in der Notaufnahme eines Krankenhauses behandelt wurden. Diese verglichen sie mit 471 Gleichaltrigen, die wegen

Wissen Kompakt Anthropologie: Das Hominiden-Gehirn ist wahrscheinlich geschrumpft ++ Medizin: Säuglingskoliken könnten Frühform von Migräne sein ++ Astronomie:

eines anderen Problems in die Ambulanz kamen, sowie mit 120 Kindern, die an Spannungskopfschmerz litten. Fast drei Viertel, 73 Prozent, der Migräne-Patienten hatten als Säuglinge Koliken gehabt - im Vergleich zu knapp 27 Prozent der anderen Heranwachsenden und zu 35 Prozent der Teilnehmer mit Spannungskopfschmerz. Koliken und Migräne könnten deshalb auf einem gemeinsamen Mechanismus beruhen, mutmaßen die Forscher.

Astronomie

Ferne Galaxie produziert Sterne wie am Fließband

Astronomen haben nahe der Grenze des sichtbaren Universums die bislang produktivste Sternfabrik aufgespürt: In der fernen Galaxie HFLS3 entstehen jedes Jahr rund 3000 neue Sterne - mehr als 2000 Mal so viele wie in der Milchstraße. Das internationale Team um Dominik Riechers von der Cornell-Universität im US-amerikanischen Ithaca stellt seine Entdeckung im britischen Fachblatt „Nature“ vor. Die Astronomen hatten die ferne Sternfabrik mit insgesamt zwölf Weltraum- und erdgebundenen Observatorien untersucht. „Es handelt sich um den detailliertesten Blick in die physikalischen Eigenschaften einer derart fernen Galaxie, der jemals gewonnen wurde“, betont Riechers in einer Mitteilung des US-Radioobservatoriums NRAO, das an der Beobachtungskampagne beteiligt war. Die Galaxie ist den aktuellen Messungen zufolge 12,8 Milliarden Lichtjahre entfernt.

Load-Date: April 18, 2013

Assads Opfer kommen nach Europa; Deutschland und Schweden nehmen mehr Syrer auf als alle anderen europäischen Staaten zusammen. Nordrhein-Westfalen ist das Gastgeber-Bundesland Nummer eins

Die Welt

Montag 9. September 2013

Copyright 2013 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT

Section: POLITIK; S. 6; Ausg. 210

Length: 988 words

Byline: Leubecher

Marcel

Body

Wie wartet man während eines Krieges auf einen Krieg? Auf diese Frage gibt es in diesen Tagen so viele Antworten, wie es Syrer gibt. Sechs der zwanzig Millionen Staatsangehörigen des vom Bürgerkrieg gebeutelten Landes beantworten diese Frage von einem fremden Ort aus. Mehr als vier Millionen Syrer sind zu Binnenflüchtlingen geworden und suchen in anderen Gegenden des arabischen Landes Schutz vor den Kämpfen. Zwei Millionen Menschen sind über die Grenze geflohen, fast alle bleiben in Lagern der Nachbarstaaten, alleine im Libanon wurden 720.000 syrische **Flüchtlinge** registriert.

„Die Nachbarländer sind gesellschaftlich und wirtschaftlich unter extremem Druck. Es gibt Städte, in denen syrische **Flüchtlinge** die Mehrheit stellen“, sagte der UN-**Flüchtlingskommissar** António Guterres der „Welt“. Er fordert die europäischen Staaten auf, „die Last der **Flüchtlinge** gemeinsam mit den Nachbarn Syriens zu schultern und alle, die kommen wollen, aufzunehmen“.

Davon ist der Kontinent weit entfernt: Etwa 45.000 syrische Staatsbürger haben seit Beginn des Krieges im März 2011 Asylanträge in Europa gestellt. Davon entfällt ein Drittel alleine auf Deutschland (15.500), ein weiteres Drittel auf das kleine Schweden und auf alle restlichen EU-Staaten das verbleibende Drittel. Dagegen zeigten sich etwa Franzosen und Briten, die eine militärische Strafaktion gegen Assad begrüßen, gegenüber syrischen Flüchtlingen nur in geringem Umfang offen: Frankreich hat seit Ausbruch des Krieges weniger, Großbritannien etwas mehr als 2000 Syrer aufgenommen. Schweden ist das bisher einzige europäische Land, das der Forderung Guterres' nachkommt: Vergangene Woche verkündete das Land, auf unbestimmte Zeit allen Asylanträgen syrischer Flüchtlinge stattzugeben.

Assads Opfer kommen nach Europa Deutschland und Schweden nehmen mehr Syrer auf als alle anderen europäischen Staaten zusammen. Nordrhein-Westfalen ist das Gastg....

Wegen des bevorstehenden Militärschlags und der sich voraussichtlich verschärfenden Flüchtlingsprobleme forderte Bundesminister Hans-Peter Friedrich (CSU) am Wochenende die Einberufung einer europäischen Flüchtlingskonferenz. Die Europäische Kommission solle umgehend zu einer solchen Konferenz einladen, um eine gemeinsame Antwort auf das Problem zu finden.

Eine erste Antwort hatte Deutschland bereits im März gegeben: Zusätzlich zu den bereits aufgenommenen Asylbewerbern erklärte sich Deutschland bereit, ein Kontingent von 5000 syrischen Flüchtlingen aufzunehmen. Rund 250 dieser Syrer sind bereits individuell und auf eigene Rechnung nach Deutschland gereist und bei Verwandten untergekommen. Die meisten werden aber bis zum kommenden Frühjahr von der Bundesregierung mit Charterflugzeugen eingeflogen. Am Mittwochnachmittag wird der erste dieser Flüge mit etwa 110 syrischen Flüchtlingen aus dem Libanon an Bord in Hannover landen.

Flüchtlingskommissar Guterres lobte das Vorgehen der Bundesregierung: „Deutschland liefert ein wichtiges Beispiel mit seinem Aufnahmeprogramm für 5000 schutzbedürftige Syrer. Ich hoffe, dass mehr Staaten mit ähnlichen Entscheidungen den Menschen helfen, vor der Gewalt zu fliehen.“ Bisher haben in Europa neben den Schweden nur die Österreicher und Schweizer angekündigt, Flüchtlingskontingente wie Deutschland aufzunehmen. Die beiden Staaten wollten jeweils 500 Syrer ins Land lassen, sagte Uwe Telöken vom UNHCR, dem Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen, der „Welt“.

In Deutschland werden die 5000 Kontingentflüchtlinge zunächst in Friedland bei Göttingen untergebracht und dann nach dem sogenannten Königsteiner Schlüssel verteilt, der sich nach dem Steueraufkommen und der Einwohnerzahl der Länder richtet. Nordrhein-Westfalen werden mit 1060 die meisten Syrer zugeteilt, darauf folgen Bayern und Baden-Württemberg.

Ausgesucht wurden die 5000 Flüchtlinge von dem UNHCR. Sie gelten als besonders schutzbedürftig. Deshalb müssen sie sich in Deutschland auch keinem Asylantragsverfahren unterziehen, erhalten anders als Asylsuchende eine Arbeitsgenehmigung und haben auch Anrecht auf Hartz-IV-Leistungen.

Angesichts der sich verschärfenden Situation in Syrien und den überfüllten Lagern der Nachbarländer - in denen 97 Prozent der Flüchtlinge untergebracht sind und wo die Syrer von der einheimischen Bevölkerung immer stärker angefeindet werden - , mehrten sich in der vergangenen Woche die Stimmen, die eine größere Aufnahmebereitschaft Deutschlands forderten. So verwies der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Volker Kauder, in „Focus Online“ auf die Pflicht des Bundes und der Länder, syrischen Flüchtlingen, die traumatische Erfahrungen gemacht hätten, Schutz zu bieten. „Ich bin der Meinung, dass alle Bundesländer aufgefordert sind, weitere syrische Flüchtlinge aufzunehmen“, sagte Kauder.

Die Länder haben die Bereitschaft zu weiteren Anstrengungen vergangene Woche auch schon im Einverständnis mit Bundesinnenminister Friedrich signalisiert. Zusätzlich zu den 5000 Flüchtlingen aus dem Kontingent des Bundes wollen sie auf Landesebene Syrer aufnehmen, die Familienangehörige in Deutschland haben. Diese müssen vorher eine Verpflichtungserklärung unterschreiben, dass sie für die eingereisten Verwandten alle Kosten von der Unterkunft bis zur Krankenversicherung abdecken. Nordrhein-Westfalen möchte 1000, Baden-Württemberg 500 zusätzliche Syrer ins Land lassen. Die übrigen Länder nannten noch keine Zahlen oder wollen dies wie Bayern oder Niedersachsen nicht tun, um zu signalisieren, dass es keine prinzipielle Grenze gibt.

In Deutschland leben bereits insgesamt 48.000 syrische Staatsbürger, 15.500 kamen seit Ausbruch des Bürgerkriegs 2011 als Asylbewerber, davon alleine im vergangenen Monat 1021.

Doch die Syrer sind bei Weitem nicht die größte Asylbewerbergruppe. Im vergangenen Monat waren Serben und Russen am stärksten unter den 9502 Antragstellern vertreten. Auch im gesamten bisherigen Jahr kamen fast doppelt so viele Asylbewerber aus Russland (12.672) - und hier vor allem aus der Teilrepublik Tschetschenien - wie aus Syrien. Allerdings bekommt nicht einmal jeder zehnte Asylbewerber den Flüchtlingsstatus zugesprochen.

Assads Opfer kommen nach Europa Deutschland und Schweden nehmen mehr Syrer auf als alle anderen europäischen Staaten zusammen. Nordrhein-Westfalen ist das Gastg....

End of Document

Wissen Kompakt; Medizin: Späte Vaterschaft macht Nachkommen langlebiger ++ Genetische Ursache für Migräne entdeckt ++ 17 ++ Tiere: Varroa-Milbe verbreitet gefährliches Bienen-Virus ++ Gesundheit: Zu wenig Vitamin D kann das Risiko für MS erhöhen

Die Welt

Dienstag 12. Juni 2012

Copyright 2012 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT

Section: WISSENSCHAFT; Kompakt; S. 22; Ausg. 135

Length: 527 words

Byline: Norbert Lossauj

Norbert Lossau

Body

Medizin

Späte Vaterschaft macht Nachkommen langlebiger

Ältere Väter vererben ihren Kindern eine wichtige genetische Voraussetzung, um länger zu leben: Die Chromosomen ihrer Nachkommen tragen längere Endkappen als die von Nachkommen sehr junger Väter. Das hat ein US-Forscherteam bei einer Studie auf den Philippinen herausgefunden. Die Länge der Endkappen, der sogenannten Telomere, gilt als Indikator für Langlebigkeit und Gesundheit im Alter. Denn die Chromosomen-Endkappen schützen das Erbgut bei Zellteilungen vor Schäden, werden aber im Laufe des Lebens immer kürzer. Von ihren Vätern spät gezeugte Nachkommen beginnen von vornherein mit längeren Telomeren. Dies könne langfristige Gesundheitsvorteile und auch ein längeres Leben bringen, berichten die Forscher in den „Proceedings of the National Academy of Sciences“. „Das Alter des Vaters bei der Zeugung wirkt sich über mindestens zwei Generationen hinweg auf die Telomerlänge aus“, schreibt Dan Eisenberg von der Northwestern University in Evanston. Hatte schon der Großvater den Vater der Kinder erst spät gezeugt, der Vater aber früh seine Kinder bekommen, waren die Telomere bei diesen Kindern dennoch verlängert. Ihre Telomere seien genauso lang gewesen wie bei Kindern „später“ Väter. Waren sowohl Großvater als auch Vater spät dran mit der Zeugung, addierten sich beide Effekte. Der Telomer-Effekt tritt gleichermaßen bei Jungen und Mädchen auf.

Genetische Ursache für Migräne entdeckt

Wissen Kompakt Medizin: Späte Vaterschaft macht Nachkommen langlebiger ++ Genetische Ursache für Migräne entdeckt ++ 17 ++ Tiere: Varroa-Milbe verbreitet gefähr....

Forscher haben die genetische Ursache für „Migräne ohne Aura“ entdeckt. Sie identifizierten vier Stellen im Erbgut, die nur bei Menschen mit dieser häufigsten Form der Migräne verändert sind. Schon bisher war bekannt, dass Migräne ohne Aura eine genetische Ursache hat. Doch erst jetzt konnten die verantwortlichen Gene identifiziert werden. „Das eröffnet neue Wege, um zu erforschen, wie diese Form der Migräne entsteht“, schreibt Arn van den Maagdenberg vom Medizinischen Zentrum der Universität Leiden in „Nature Genetics“.

17

Prozent der Deutschen leiden an chronischen Schmerzen. Nach Schätzungen der Deutschen Schmerzgesellschaft erhalten bis zu 50 Prozent dieser Patienten nur eine unzureichende Schmerztherapie.

Tiere

Varroa-Milbe verbreitet gefährliches Bienen-Virus

Die Varroa-Milbe trägt wesentlich dazu bei, dass sich gefährliche Viren bei Bienen verbreiten und viele Völker auslöschen. Das berichten Forscher um Stephen Martin von der University of Sheffield in der aktuellen Ausgabe von „Science“. Die Gruppe hatte das Bienensterben auf Hawaii untersucht. Weltweit kommen seit Jahren zahlreiche Bienenvölker durch das todbringende Tandem aus der Milbe Varroa destructor und dem sogenannten Flügeldeformationsvirus (DWV) um. Allein in Deutschland haben nach Schätzung Experten bis zu einem Drittel der Honigbienen den vergangenen Winter nicht überlebt.

Gesundheit

Zu wenig Vitamin D kann das Risiko für MS erhöhen

Menschen mit erhöhtem Risiko für multiple Sklerose (MS) sind gut beraten, ihren Vitamin-D-Spiegel im Auge zu behalten: Zu geringe Blutwerte erhöhen die Wahrscheinlichkeit, MS zu entwickeln, berichteten jetzt Mailänder Neurologen auf dem 22. Meeting der Europäischen Neurologengesellschaft in Prag.

Load-Date: September 12, 2012

„Eine apokalyptische Szene“; Vor Italiens Küste sterben erneut Flüchtlinge - Politiker fordern europäische Lösungen

Die Welt

Montag 12. August 2013

Copyright 2013 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT

Section: POLITIK; S. 7; Ausg. 186

Length: 1265 words

Byline: Constanze Reuscher

Body

Rom

Das sommerliche Morgengrauen an der Plaia von Catania an der Ostküste Siziliens hat etwas Archaisches, wenn im dunstigen Gegenlicht der ersten Sonnenstrahlen kleine Fischerkähne über das glitzernde Meer gen Hafen ziehen, über dem der gewaltige Vulkanberg des Ätna aufragt. Aber am Samstag im Morgengrauen war es eine „apokalyptische Szene“ - so nennt Dario Monforte das, was sich vor seinen Augen abspielte. „Menschen kamen aus dem Meer, rannten über den Strand und ins Hinterland“, erklärte der Mann, noch unter Schock, kurz darauf. „Einige blieben im Wasser, wurden tot an den Strand gespült.“

Verzweifelte Schreie hatten Monforte aus dem Schlaf gerissen. Er ist Betreiber des „Lido Verde“ an der Plaia, dem Hausstrand der Einwohner von Catania, dessen weißer Sand sich kilometerlang in Richtung Süden erstreckt. Ein buntes Strandbad mit Sonnenschirmen und Liegestühle, Spielplätzen und Restaurants. In diesen Augusttagen ist hier Hochbetrieb: In Italien beginnt die Woche um „Ferragosto“, Maria Himmelfahrt, dem sommerlichen Feiertag am 15. August, der im ganzen Land wie Ostern und Weihnachten gefeiert wird. In diesem Jahr werden die Fahnen der Stadt allerdings auf halbmast wehen. Bürgermeister Enzo Bianco hat den 14. August zum städtischen Trauertag erklärt.

Rund 20 der Insassen des morschen Fischkutters waren 15 Meter vom Strand entfernt ins Wasser gesprungen, aber sie waren entkräftet. Sechs junge Männer von dem Flüchtlingsboot aus Nordafrika schafften die wenigen Meter nicht und ertranken kurz vor dem Ziel. Wenig später lagen sie aufgebahrt an der Plaia, die daraufhin für den Badebetrieb geschlossen blieb. 80 weitere Flüchtlinge wurden in einem Aufnahmезentrum der Stadt untergebracht. Am selben Tag war ein weiteres Flüchtlingsboot im Süden der Insel nahe der Stadt Syrakus gelandet. Zu einer absurden Situation kam es im Hafen Catantias. Gleichzeitig mit den Flüchtlingen legten drei Kreuzfahrtschiffe an und spuckten 12.500 Reisende aus, die auf der Suche nach Süden und Sonne nach Sizilien gekommen waren.

„Eine apokalyptische Szene" Vor Italiens Küste sterben erneut Flüchtlinge - Politiker fordern europäische Lösungen

Es ist das erste Mal, dass ein Flüchtlingsboot aus Nordafrika in der Großstadt Catania, und nicht im Süden der Insel oder auf dem südlich vorgelagerten Lampedusa, landet. Das alarmierte Sicherheitskräfte und Politiker. Es dürfte sich bei den Menschen - so lässt eine erste Identifizierung vermuten - um politische Flüchtlinge aus Syrien und Ägypten handeln. Auf die Frage, ob die Flüchtlinge möglicherweise aus der Türkei weitergeschickt seien, antwortete Bürgermeister Bianco der „Welt": „Das ist nicht auszuschließen. Vor allem die ungewöhnliche Ankunft ausgerechnet in Catania macht diese These möglich." Bianco fordert daher, dass „Sizilien nicht mit diesem Problem allein dastehen darf. Es müssen sowohl nationale wie europäische Instanzen helfen, dieses Problem - auch wirtschaftlich - zu lösen." Man dürfe nicht vergessen, dass die sizilianische Küste im Europa von Schengen auch die Grenze zu Deutschland, zu Frankreich und anderen nordeuropäischen Ländern sei.

In der Tat hat die dramatische Landung vor Catania Italiens Politiker aufgeschreckt. Der italienische Innenminister Angelino Alfano forderte „eine aktive europäische Zusammenarbeit, denn unsere Küsten sind keine nationalen, sondern europäische Grenzen und Italien ein Durchreiseland für Migranten". Vor allem werfe die Tragödie von Catania ein neues Licht auf die kriminellen Schlepperbanden, bei deren Bekämpfung nicht nur Italien, sondern ganz Europa mit den Herkunftsländern der Flüchtlinge kooperieren müsse. Die italienische Immigrationsministerin Cecile Kyenge forderte: „Dieses humanitäre Drama muss endlich umfassend von der europäischen Gemeinschaft angegangen werden." Und vom anderen Ende der Insel Sizilien empörte sich Biancos Kollege, der Bürgermeister der Regionshauptstadt Palermo, Leoluca Orlando, der „Welt" gegenüber: „Wie viele Tote müssen wir an sizilianischen Stränden noch bergen, bevor Europa seinen Egoismus und Aufenthaltsbeschränkungen aufgibt, die nichts als Ausdruck von Rassismus sind?" In Sizilien ist die Ankunft von Flüchtlingen aus dem Mittelmeerraum für die Bevölkerung keine Neuheit. Seit Jahren landen die Boote mit Menschen aus Afrika und dem Nahen Osten an sizilianischen Küsten. Die Flüchtlingsroute führt meistens über Libyen, denn das liegt nur eine Tagesreise von den südeuropäischen Küsten entfernt. Angelaufen wird vor allem die Insel Lampedusa, die weit im Süden von Sizilien vorgelagert, schnell erreichbar ist. Für die meisten Flüchtlinge sind Lampedusa und Sizilien aber nur Durchgangsstationen: Wer nicht aufgegriffen wird, reist so schnell wie möglich nach Norden, vor allem nach Deutschland und Frankreich.

Immer wieder kommt es zu Dramen, wenn die morschen Boote der Schleppergruppen kurz vor dem Ziel kentern. Die Flüchtlingswelle nach Süditalien hatte zwischen 2004 und 2008 ihren Höhepunkt mit jährlich etwa 20.000 bis 25.000 Menschen erreicht. Dann stoppte ein Gesetz der Regierung Berlusconi den Strom: Illegale Einwanderung wurde zur Straftat und die Flüchtlinge nach der Ankunft wieder in ihre Herkunftsländer und in Übereinkunft mit dem libyschen Regime über Libyen abgeschoben. Diese Klausel wurde wieder aufgehoben. Auch die Aufnahme- und Identifikationszentren, die damals entstanden, landen regelmäßig in der politischen Diskussion, vor allem wenn Berichte die oft prekären hygienischen und humanitären Bedingungen zeigen, unter denen die Migranten dort auf ihre Weiterreise warten. Häufig kommt es zu schweren Zwischenfällen und Schlägereien zwischen Ordnungskräften und Insassen.

Oft werden dramatische Situationen nur dank der Hilfe der sizilianischen Bevölkerung gelöst. Das gilt vor allem für die Einwohner von Lampedusa, wo aufgrund der Flüchtlingsströme auch der einzige Wirtschaftszweig der Insel - der Tourismus - fast völlig einbrach. Ein jüngeres Beispiel ist die kleine Stadt Pozzallo am Südostzipfel Siziliens, wo in diesem Sommer bereits mehrere Tausend Flüchtlinge anlandeten. Der Ort hat nur knapp 20.000 Einwohner, musste aber seit Anfang 2013 über 2000 Flüchtlinge aufnehmen. Staatliche Hilfe fehlt: Für die Flüchtlinge stehen nur 180 Betten bereit. Alles andere wird von der Bevölkerung, humanitären und karitativen Organisationen improvisiert. Bürgermeister Luigi Ammatuna sagt: „Wir versuchen zu helfen, wo wir können. Aber es ist für die Stadt nicht immer einfach, die vielen Immigranten aufzunehmen und in den Alltag zu integrieren."

Auf Integration setzt auch Palermo. Die Stadtregierung hat allen Einwanderern kurzerhand die Ehrenbürgerschaft verliehen, um ihnen so legalen Zugang zum Sozial- und Gesundheitssystem zu ermöglichen und Kindern Schulplätze zu sichern. Ökumenische Initiativen werden großgeschrieben, und so kniete am Donnerstag der erzkatholische Bürgermeister persönlich auf einer Wiese neben 2000 Muslimen und betete mit ihnen zum Ende des Ramadan.

„Eine apokalyptische Szene" Vor Italiens Küste sterben erneut Flüchtlinge - Politiker fordern europäische Lösungen

Engpässe im Sozialsystem aufgrund leerer Gemeindekassen und fehlender Hilfen der römischen Regierung versucht auch Bürgermeister Bianco in Catania mithilfe privater Organisationen und Initiativen zu lösen. „Wir haben seit meinem Amtsantritt im Mai ein Netzwerk zwischen der Stadtregierung und allen privaten und karitativen Organisationen gebildet. Freiwillige helfen da, wo die Stadt es nicht kann." Am Samstag war der erste Notfall, und das neue Sozialnetz in Catania hat umgehend funktioniert: In nur wenigen Stunden waren Unterkünfte, medizinische Versorgung, Verpflegung und Kleidung für die gestrandeten Flüchtlinge organisiert.

„Es müssen sowohl nationale wie europäische Instanzen helfen, dieses Problem - auch wirtschaftlich - zu lösen"

Graphic

dpa/ Orietta Scardino

Am Strand des italienischen Ortes Catania wurden sechs tote Menschen angespült. Die Flüchtlinge waren wenige Meter vor der Küste von einem Fischkutter gesprungen

Orietta Scardino

Load-Date: August 12, 2013

„Menschen wollen nicht still sitzen“

Die Welt

Samstag 14. April 2012

Copyright 2012 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT

Section: KULTUR; S. 28; Ausg. 88

Length: 573 words

Byline: Andrea Backhaus

Body

Was wünschen sich Migranten von der Oper? Was verstehen die Deutschen unter Kultur? Diesen Fragen hat sich erstmals eine Studie genähert, deren Ergebnisse am gestrigen Freitag offiziell vorgestellt wurden. Fragen an Birgit Mandel, Leiterin des Zentrums für Kulturforschung an der Universität Hildesheim, die die Untersuchung wissenschaftlich betreut hat.

Die Welt:

Frau Mandel, wie sehr interessieren sich Migranten für Stücke von Goethe und Schiller?

Birgit Mandel:

Zunächst sind sie beeindruckt von Größe und Vielfalt des deutschen Kulturbetriebs. Aber: Sie fühlen sich vom Programm persönlich überhaupt nicht angesprochen.

Geht das jungen Deutschen nicht ähnlich?

Aber ja. Die Studie vergleicht ja erstmals direkt Menschen ab 14 mit und ohne Migrationshintergrund. Und kommt zu dem Ergebnis: Die kulturellen Vorlieben beider Gruppen sind sehr ähnlich. Das zeigt zwei Dinge: Zum einen haben Bildung und soziales Milieu einen viel stärkeren Einfluss darauf, ob jemand offen ist für Kunst und Kultur, als die ethnische Zugehörigkeit. Zum anderen hat sich generell die Vorstellung, was Kultur leisten kann und muss, drastisch verändert.

Inwiefern?

Nun, auch die Mehrheit der Deutschen fühlt sich von der Hochkultur, von den klassischen Bühnenstücken der öffentlich geförderten Häuser, sprich Oper und Theater, nicht angezogen. Nur rund acht Prozent der Befragten besucht regelmäßig Aufführungen in diesen Einrichtungen. Und regelmäßig heißt: Etwa zwölf Mal im Jahr.

Was sollte denn zum Beispiel statt Tschechow angeboten werden?

„Menschen wollen nicht still sitzen“

Die Frage ist weniger, was, sondern wie. Für viele Migranten hat Kultur vor allem eine soziale Dimension. Sie wollen sich dort mit Freunden treffen, sich austauschen. Und nicht still vor einer Aufführung sitzen müssen.

Sie wollen Kunst als Event?

Genau. Menschen lieben Veranstaltungen, wo sie andere Menschen treffen können. Das ist ein Trend, den einige Häuser bereits aufgreifen. Es gibt die „Lange Nacht der Museen“, die „Lange Nacht der Oper“. Das hat enorm großen Zulauf. Dass das mit verminderter Qualität einhergeht, ist ein Irrglaube.

Wie kann denn der Kulturbetrieb Migranten stärker einbinden?

Die etablierten Institutionen müssen sich öffnen. Vorbilder gibt es ja. Das Schauspiel Bochum arbeitet jetzt mit einer türkischen Tanzgruppe zusammen. Die Tänzer proben unter luxuriösen Bedingungen, beteiligen sich auch inhaltlich. Dadurch verändert sich vieles: das Publikum, das Marketing. Das Landestheater Castrop-Rauxel sucht mit einem Autorenwettbewerb gezielt neue Autoren mit Migrationshintergrund. Nur mit neuen Akteuren können neue Formate entwickelt werden.

Und die Nachfrage ist so groß?

Unbedingt. Die Studie zeigt, dass die dritte Generation der Migranten, sprich die jungen Menschen um die 20, überdurchschnittlich an Kunst und Kultur interessiert sind. Diejenigen also, die zwischen zwei Kulturen aufgewachsen sind. Sie gehen aber lieber ins Kino, in Musicals, in Popkonzerte. Die Gesellschaft hat sich durch die Migration stark gewandelt. Da muss die Kultur nachziehen.

Der Großteil der öffentlichen Subvention geht in die Förderung großer Kulturhäuser. Ist das Geld aus Ihrer Sicht falsch verteilt?

Das Problem ist: Wir haben unseren Kulturbetrieb zu sehr institutionalisiert. Fast 90 Prozent der Gesamtfördersumme ist bereits verteilt. Für neue, experimentellere Projekte bleibt da kaum Geld übrig. Wir müssen realistisch über eine sinnvolle Umverteilung nachdenken. Wir dürfen da keine Denkverbote haben.

Load-Date: April 14, 2012

Neonazis jagen Migranten; Die Mitglieder der Bürgerwehr „Schild Moskaus“ durchsuchen die russische Hauptstadt nach illegalen Ausländern, auch mit Gewalt. Die Politik heizt zusätzlich die Stimmung an

Die Welt

Samstag 10. August 2013

Copyright 2013 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT

Section: POLITIK; S. 7; Ausg. 185

Length: 1266 words

Byline: Julia Smirnova

Body

Moskau

Am späten Abend brennt im Keller eines Moskauer Plattenbaus ein Licht. Die Höfe im Randbezirk Tschertanowo sind dunkel, und nur wenige Passanten sind unterwegs. Eine Clique von Jugendlichen bemerkt das Licht durch ein kleines Fenster, und Adrenalin schießt in die meist kahl rasierten Köpfe. Die jungen Männer - viele sind erst 16 Jahre alt und gehen noch zur Schule - gehören zur Bürgerwehr „Schild Moskaus“. Sie sind auf der Suche nach illegalen **Migranten**, ihr Anführer ist Aleksej Chudjakow, ein kleiner blonder Mann von 26 Jahren. Er sieht wie ein ängstlicher Teenager aus, doch jetzt macht er seine Stimme tief, gibt sich als Polizist aus und fordert die Bewohner des Kellers auf, sie hineinzulassen. Ein Mann antwortet, er könne die Tür nicht öffnen. Für diesen Fall hat die Bürgerwehr eine Brechstange dabei, nach zehn Minuten ist die Tür auf. Die Jugendlichen steigen die Treppe hinab. Sie tragen Latex-Handschuhe und medizinische Masken. „Um uns nicht anzustecken“, erklärt der 18-jährige Daniil Islamow. „Sie leben doch im Dreck.“ Er trägt ein schwarzes T-Shirt, eine Militärhose und eine Gürteltasche von Thor Steinar, einer deutschen Marke, die in der Szene populär ist. „Sie“, das sind **Migranten** und „sie“ müssen hier raus, finden die Rechtsradikalen.

Im Keller stehen alte Möbel, ein Sofa mit Plüschtieren darauf, ein Tisch, ein Kühlschrank. Ein weiterer Raum wird als Bad und Toilette benutzt. Die Decke ist niedrig, die Luft warm und stickig. Auf der Suche nach den Bewohnern laufen die Jugendlichen aufgeregt weiter in die Dunkelheit hinein. Einer von ihnen holt eine Luftpistole heraus. Bald kommen sie triumphierend zurück mit ihren Opfern, die sich in einer Ecke zwischen den Röhren versteckt haben. Chadschi Dalijew, der hier wohnt, arbeitet als Elektriker. Der 36-Jährige kommt aus der Stadt Qarshi im Süden Usbekistans. Vor drei Jahren kam er zum Arbeiten nach Moskau. Nur so kann er seine Familie daheim ernähren. Er habe zwei Kinder, drei und zwei Jahre alt, seine Frau sei jetzt mit dem dritten Kind schwanger, erzählt er. Er verdient monatlich 15.000 Rubel, umgerechnet rund 340 Euro. Das ist mehr, als er in Usbekistan verdienen könnte. Das allerbilligste Zimmer im Tschertanowo kostet aber laut Immobilienportal cian.ru 10.000 Rubel pro Monat. Ein

Neonazis jagen Migranten Die Mitglieder der Bürgerwehr „Schild Moskaus“ durchsuchen die russische Hauptstadt nach illegalen Ausländern, auch mit Gewalt. Die Pol....

Bett in einem Zimmer, das man mit anderen teilt, findet man ab 6000 Rubel. In den meisten Anzeigen steht allerdings „Vermietung nur an Slawen!“. Dalijew wohnt kostenlos im Keller, den er durch seinen Arbeitgeber gefunden hat. Legal ist das nicht, aber anders kann er kein Geld an seine Familie schicken. Es gibt keine offizielle Statistik darüber, wie viele Menschen wie Dalijew es in Moskau gibt. In der Regel machen sie schwere, schlecht bezahlte Arbeit, sind Straßenkehrer, Putzhilfen, Bauarbeiter, Träger oder Verkäufer auf den Märkten. Sehr oft werden ihnen von ihren Arbeitgebern die Papiere weggenommen, und sie werden als Sklaven gehalten.

Dalijews jüngere Schwester Nora, die auch in dem Keller wohnt, blickt erschrocken auf die jungen Männer. „Warum kommt ihr mit der Pistole?“, fragt sie. „Was haben wir gemacht?“ Dalijew hingegen wirkt ruhig. „Also müssen wir hier raus?“, seufzt er demütig. Er ist es gewöhnt, dass er hier rechtlos ist. Den Pass hat sein Arbeitgeber. Die Polizei, die Chudjakow gerufen hat, nimmt den Usbeken fest, weil er keine gültigen Papiere hat. Doch die Polizisten machen es nur ungern. Einer von ihnen redet auf die Jugendlichen ein: „Ihr sollt euch lieber um obdachlose Menschen kümmern. Niemand von euch würde doch für diese Groschen die gleiche Arbeit machen wie die Migranten.“

Chudjakow, der Schild Moskaus gründete, ist ein ehemaliger Aktivist der Kreml-nahen Jugendorganisation Junges Russland. Als deren Mitglied kämpfte er gegen die Opposition und nahm an ähnlichen Razzien gegen Briefkastenfirmen und Verkäufer leichter Drogen teil. Dann startete er Ende 2012 seine eigene Bewegung gegen Migranten. Gern zeigt er russischen und ausländischen Journalisten, was er tut. Diese Razzia sei bereits die 50. Seine Gruppe bei der russischen Variante von Facebook, vk.com, hat fast 3000 Mitglieder. Schild Moskaus ist nur eine von mehreren nationalistischen Organisationen, die in Absprache mit der Polizei Razzien in Kellern und Wohnheimen durchführen. „Das, was sie machen, ist absolut illegal“, sagt Alexander Werchowski, Leiter des Zentrums Sowa, das sich mit Rechtsextremismus in Russland beschäftigt. „Sie haben kein Recht, in fremde Wohnräume einzudringen und Papiere zu kontrollieren. Doch die Behörden drücken ein Auge zu, wohl auch aus populistischen Gründen.“

„Xenophobe Stimmungen sind in Russland schon seit dem Jahr 2000 weit verbreitet“, sagt Werchowski. „Und mit der Zeit sind sie immer heftiger geworden.“ Dafür gebe es mehrere Gründe. Zum einen sei die Zahl der Einwanderer tatsächlich gestiegen. Doch ein staatliches Programm zu ihrer Integration hat es in Russland nicht gegeben. Auch sei nichts getan worden, um die alltägliche Diskriminierung aufgrund der ethnischen Zugehörigkeit zu verhindern. „Das wichtigste Hassobjekt sind Dagestaner und andere Nationalitäten aus kaukasischen Republiken, die eigentlich russische Staatsbürger sind“, sagt Werchowski. Nach der letzten Umfrage des soziologischen Instituts Lewada-Zentrum sind 84 Prozent der Russen für die Einführung der Visumpflicht für Bürger aus ehemaligen Sowjetrepubliken in Zentralasien und dem Südkaukasus, 65 Prozent wollen die Arbeitsmigration innerhalb Russlands einschränken.

Statt Integrationsprogrammen laufen in Moskau seit Wochen „Säuberungen“ der Märkte und große Polizeiaktionen gegen illegale Migranten. Zum Auslöser wurde ein Vorfall auf dem Matwejewski-Markt in Moskau. Bei der Festnahme eines Mannes kam es zu einer Prügelei, ein Polizist erlitt eine Schädelverletzung. Die Nationalität des Täters, die bei den russischen Medien fast immer genannt wird, machte Schlagzeilen: ein Dagestaner. Daraufhin erklärte die Polizei einen regelrechten Krieg gegen „ethnische Kriminalität“. Der russische Innenminister Wladimir Kolokolzew sagte: „Die Bekämpfung ethnischer Verbrechen ist unsere Priorität.“ Bei der letzten großen Aktion auf dem Markt „Gärtner“ am Mittwoch wurden mehr als 1000 Menschen festgenommen, insgesamt waren es seit Ende Juli mehr als 4000 Menschen. Das Thema kochte durch die Bürgermeisterwahlen in Moskau in vier Wochen zusätzlich hoch. Alle Kandidaten versprechen harte Maßnahmen gegen illegale Einwanderung.

Hunderte Ausländer werden nun aus Russland deportiert. Im Moskauer Stadtbezirk Goljanowo wurde extra ein Zeltlager für sie aufgebaut. Nach Angaben der Menschenrechtlerin Swetlana Gannuschkina, Leiterin der Organisation Bürgerlicher Beistand, befinden sich dort derzeit 584 Menschen, darunter 560 vietnamesische Staatsbürger, die in einer illegalen Nähfabrik arbeiteten. „Die Besitzer der Fabrik haben wohl lange an die Polizei Schmiergeld gezahlt, anders ist es nicht möglich, insgesamt anderthalbtausend Vietnamesen in Moskau zu verstecken“, sagt Gannuschkina. Gannuschkina bezeichnet das Lager als „illegal“, kritisiert die Wohnbedingungen und russische Gerichte, die wie am Fließband identische Ausweisungen anordnen, ohne sich mit den Fällen zu

Neonazis jagen Migranten Die Mitglieder der Bürgerwehr „Schild Moskaus“ durchsuchen die russische Hauptstadt nach illegalen Ausländern, auch mit Gewalt. Die Pol....

beschäftigen. Doch in vielen Medien und unter den Bürgern findet das harte Durchgreifen gegen Migranten Zuspruch. Das beflügelt wiederum Menschen in Organisationen wie Schild Moskaus. Der junge Nationalist Islamow lächelt jedenfalls nach der Razzia im Keller zufrieden. Er will gleich zum Treffen anderer „Bürgeraktivisten“. Außer Migranten kämpfe er nämlich noch gegen minderjährige Schwule, erzählt er stolz.

Graphic

Julia Smirnova

Der Neonazi Daniil Islamow (2. v. r.) bei einer Razzia der selbst ernannten Bürgerwehr Schild Moskaus in einem Wohnheim

Julia Smirnova

Load-Date: August 10, 2013

Berlin zieht Diebstahl-Video zurück; Polizei dreht für Aufklärungsfilm nun Szenen ohne Migranten nach

Die Welt

Freitag 13. Dezember 2013

Copyright 2013 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK; S. 5; Ausg. 291

Length: 478 words

Byline: Freia Peters

Body

Eine Asiatin greift im Supermarkt in einen fremden Rucksack. Ein dunkelhäutiger Mann fischt einer älteren Dame im Kaufhaus die Geldbörse aus der Tasche. Ein Video mit diesen Szenen unter dem Titel „Vorsicht Diebe - so schützen Sie Ihr Weihnachtsgeld!“ lief bis vor einigen Tagen in den Berliner U-Bahnen, auf den Bildschirmen in den Wagen. Die folgende Kritik an der Polizei war groß. „Der Film erweckt den Eindruck, dass die Berliner Polizei Menschen, die nicht deutscher Herkunft sind, als Täter vorführen will - und stellt diese Personengruppe damit unter Generalverdacht“, sagte Hakan Tas, innenpolitischer Sprecher der Linksfraction im Berliner Abgeordnetenhaus.

Es sei schade, dass unnötig Klischees bedient werden, bekräftigte Benedikt Lux, innenpolitischer Sprecher der Grünen. „Als ob nur weiße Omis Opfer von Taschendiebstählen werden und als ob alle Täter ein vermeintlich ausländisches Aussehen hätten.“ Canan Bayram, Sprecherin für Integration der Berliner Grünen, geht so weit, dass sie die interkulturelle Öffnung der Berliner Polizei als gescheitert erklärt.

Die Polizei hat sich nun im Angesicht der Kritik entschieden, die „Anregungen aufzunehmen“ und das Video noch einmal zu überarbeiten. „Künftig sollen auch Menschen ohne ausländische Wurzeln zu sehen sein“, sagte der Berliner Kriminaldirektor Stefan Redlich. Zunächst hatte die Polizei zwei Wochen lang nicht auf die Kritik der Türkischen Gemeinde, der Grünen und der Linken reagiert.

Die Szenen sind jedoch nicht etwa gestellt: Es sind Originalaufnahmen aus Überwachungskameras. Der Film war auch bis vor zwei Wochen auf der Homepage der Berliner Polizei zu sehen. Allerdings handelt es sich um Szenen, die schon vor Jahren, nämlich 1999 aufgenommen wurden. Polizeisprecher Redlich sagte, es sei nie die Absicht gewesen, mit dem Video Vorurteile zu transportieren. Er streicht heraus: „Die Originalaufnahmen zeigen besonders deutlich, wie Diebe vorgehen.“ Durch „einen Kommunikationsfehler“ sei allerdings das ältere Video nun während der Präventionswoche der Polizei wieder in den U-Bahnen gezeigt worden.

Laut der polizeilichen Kriminalstatistik gibt es in Berlin eine Zunahme von Taschendiebstahl um acht Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Welche Nationalität die Täter haben, ist jedoch nicht erfasst, zumindest dann nicht, wenn

Berlin zieht Diebstahl-Video zurück Polizei dreht für Aufklärungsfilm nun Szenen ohne Migranten nach

die Taschendiebe älter sind als 21 Jahre. Der Migrationshintergrund wird nur bei jugendlichen Tatverdächtigen aufgeführt. Seit 2012 werden jedoch in der gesamtdeutschen Polizeilichen Kriminalstatistik sogenannte Intensivtäter aufgenommen. Fünf bis sieben Prozent der jungen Menschen sind für rund 60 Prozent aller Straftaten verantwortlich. Die Hälfte der jugendlichen Mehrfachstraftäter haben Migrationshintergrund oder einen ausländischen Pass. Innenexperten der Union fordern seit Jahren, die Nationalität in die gesamte polizeiliche Kriminalstatistik aufzunehmen.

Graphic

Michael Arning

Szene eines Taschendiebstahls: Die Täter sind schnell, ob Migrant oder nicht

Michael Arning

Load-Date: December 13, 2013

Türken geben deutscher Politik Mitschuld an Neonazi-Morden; Laut Umfrage haben die Morde der Zwickauer Zelle das Vertrauen der Einwanderer in Staat und Sicherheitsbehörden erschüttert

Die Welt

Dienstag 17. Januar 2012

Copyright 2012 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK; S. 6; Ausg. 14

Length: 676 words

Byline: Freia Peters

Highlight: Migranten ordnen die Taten einer kleinen radikalen Gruppe zu - und trennen sie eindeutig von der Bevölkerung

Body

Die in der Bundesrepublik lebenden Türken und türkischstämmigen Deutschen sind angesichts der Morde der rechtsextremen Terrorzelle enorm verunsichert. Das ist das Ergebnis einer Umfrage der renommierten Hacettepe-Universität Ankara unter repräsentativ ausgewählten 1058 türkischstämmigen Migranten in Deutschland.

Ihnen hatte das Berliner Meinungsforschungsinstitut SEK-POL/Data4U, das zu den Themen ethnischer Minderheiten forscht, im Auftrag der Universität telefonisch 36 Fragen gestellt. Demnach lasten viele türkische Migranten die Morde der Terrorgruppe Nationalsozialistischer Untergrund (NSU) den Sicherheitsbehörden an. Auf die Frage „Wurden Ihrer Meinung nach die Mörder vom deutschen Staat gefördert oder gar geschützt?“ antworteten 55 Prozent mit Ja. Nur 21 Prozent glaubten das nicht.

Auf die Nachfrage, wie stark der Staat dies getan habe, antworteten 34,4 Prozent: extrem gefördert/beschützt, 31,6 Prozent viel gefördert/beschützt und 21,9 Prozent gefördert/beschützt. Nur 12,2 Prozent antworteten wenig, kaum oder machten keine Angabe.

Die NSU hat zwischen 2000 und 2006 mutmaßlich acht Kleinunternehmer türkischer und einen griechischer Herkunft getötet. „Dass die Täter jahrelang nicht gefasst wurden und es Informationen über Beziehungen der Neonazis zu einigen Mitarbeitern des Verfassungsschutzes gab, hat großes Misstrauen der türkischen Migranten gegenüber dem deutschen Staat gefördert“, sagt Murat Erdogan, Leiter des Zentrums für Migrations- und Politikforschung der Hacettepe-Universität (Hugo), der „Welt“.

Das deutsche Parlament hat sich bei den Opfern der Mordserie entschuldigt. Gleichwohl stimmen 40,3 Prozent voll und 28,8 Prozent teilweise der Aussage zu, deutsche Politiker versuchten, das Thema zu vertuschen. Nur 14,8 Prozent sehen das nicht so. Außerdem befürchteten zwei Drittel der Befragten weitere rassistische Morde in

Türken geben deutscher Politik Mitschuld an Neonazi-Morden Laut Umfrage haben die Morde der Zwickauer Zelle das Vertrauen der Einwanderer in Staat und Sicherheit....

Deutschland. Knapp 40 Prozent haben sogar „konkret Angst davor, dass sie selbst oder Freunde und Bekannte Opfer des Neonazi-Terrors werden könnten“.

Die türkischen Zuwanderer aber trennen die Taten klar von der Gesamtbevölkerung. Sie setzen die Mordserie „nicht mit der deutschen Gesellschaft in Verbindung“ und vermieden es, die Deutschen zu beschuldigen. 78 Prozent rechnen sie „einer radikalen Randgruppe“ zu. Nur sieben Prozent sind der Ansicht, „dass ein großer Teil der deutschen Gesellschaft“ mitverantwortlich sei. Und lediglich zwei Prozent gehen noch weiter und meinen, die deutsche Gesellschaft habe die Tötungsverbrechen begangen. Die Stimmung unter den türkischen Migranten ist laut Umfrage von Trauer geprägt (74 Prozent), weniger von Wut (12 Prozent). Außerdem wollen 77 Prozent weiterhin in Deutschland leben. Nur vier Prozent wollten wegen der rechtsextremen Morde „sicher in die Türkei zurückkehren“.

„Eines der Hauptziele der Mörder, die türkischen Migranten zu verunsichern und somit ihre Rückkehr in ihr Heimatland zu erzwingen, ist gescheitert“, urteilt Studienleiter Murat Erdogan. „Die türkischen Migranten sind offensichtlich ein unzertrennlicher Teil Deutschlands geworden.“ Immerhin drei Viertel glaubten daran, dass sie sich in die deutsche Gesellschaft mehr oder weniger vollständig integriert haben.

Der Bundestag nun soll mögliche Versäumnisse und Pannen der Sicherheitsbehörden bei den Ermittlungen zur Zwickauer Terrorzelle untersuchen. Ein elfköpfiger Untersuchungsausschuss wird noch im Januar mit der Arbeit beginnen. Als Vorsitzender ist Sebastian Edathy (SPD) im Gespräch. Edathy hat als Sohn eines indischen Vaters selbst eine Zuwanderungsgeschichte und gilt als Experte in Sachen Rechtsextremismus. Von 2000 bis 2005 war er Sprecher der Arbeitsgruppe Rechtsextremismus der SPD-Fraktion. Der Koordinationsrat der Muslime hat die Einrichtung eines Untersuchungsausschusses begrüßt. Sein Sprecher Bekir Alboga sagte, es sei ein wichtiges Zeichen an die Angehörigen, dass der Bundestag die Hintergründe der Ermittlungsspannen aufkläre.

„40 Prozent haben konkret Angst, selbst Opfer des Neonazi-Terrors zu werden“ Murat Erdogan, Studienleiter an der Universität Ankara

Load-Date: January 17, 2012

Deutsche, lernt Sprachen!; Dann gibt es eine bessere Verständigung in Europa, meint die Bundeskanzlerin

Die Welt

Mittwoch 15. Mai 2013

Copyright 2013 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT

Section: FORUM; Kommentar; S. 3; Ausg. 111

Length: 331 words

Byline: Thomas Vitzthum

Body

Bundeskanzlerin Angela Merkel hat den Volkshochschulen einen riesigen Gefallen getan. Alle Bürger müssten eine zweite Sprache können, fordert sie. Können, wohlgemerkt, nicht nur kennen. Also ab zur nächsten VHS! Es gibt viel zu tun. An dieser Stelle haben wir gestern die Migranten hierzulande aufgefordert, Deutsch zu lernen. Es gehe, so wurde argumentiert, um die Grundlagen unseres Wohlstands.

Was für Migranten in Deutschland gilt, trifft im europäischen Maßstab auf alle Bürger zu. Migranten haben dabei sogar einen Vorteil: Sie wachsen in der Regel mehrsprachig auf. Das sagt zwar noch nichts darüber aus, auf welchem Niveau sie die Sprachen beherrschen, aber sie sind gegenüber jenen, die sich mit einem Lehrbuch hinsetzen müssen, in jedem Fall privilegiert. Erstaunlich, dass daraus noch nicht mehr Menschen Profit schlagen.

„Die Grenzen meiner Sprache bedeuten die Grenzen meiner Welt“, sagte der Philosoph Ludwig Wittgenstein. Die eigene Welt kann zwar eine ungemein farbige sein, aber sie ist und bleibt begrenzt, auf sich bezogen. Wahr ist wohl, dass die europäische Idee so lange kein europäisches Gefühl hervorbringen wird, wie sprachliche Verständigung nur über Übersetzer funktioniert.

Bundespräsident Gauck hat unlängst das Englische zur europäischen Zweitsprache erhoben. So weit wollte Merkel nicht gehen. Wohl wissend, dass sich aufgrund seiner Omnipräsenz nur das Englische für diese Rolle empfiehlt. Doch der Kanzlerin scheint es auch um mehr zu gehen als die Bewältigung der Alltagskonversation. Wer eine Sprache „kann“, taucht wirklich ein in eine andere Welt, der merkt, wie er plötzlich höher oder tiefer spricht, wie er schlichter oder blumiger formuliert, wie er Nachrichten und Bilder der Länder aufzusammeln beginnt, in denen sie gesprochen wird. Es stellt sich Verständnis ein. So ist der Appell Merkels auch ein Hilferuf aus Deutschland nach Europa: Wir lernen euch verstehen, aber lernt ihr auch uns verstehen. Also Europa: Lass uns ein paar Verben konjugieren!

Load-Date: May 15, 2013

Deutsche, lernt Sprachen! Dann gibt es eine bessere Verständigung in Europa, meint die Bundeskanzlerin

End of Document

Die Mär vom faulen Mann; Die neue Hartz-IV-Debatte führt in die Irre. Die Statistik zeigt, dass von einer Migration in unsere Sozialsysteme keine Rede sein kann. Im Gegenteil: Wir brauchen qualifizierte Zuwanderer

Die Welt

Dienstag 13. März 2012

Copyright 2012 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT

Section: FORUM; Essay; S. 2; Ausg. 62

Length: 1085 words

Byline: Klaus F. Zimmermann

Body

Unverdrossen erobert stets aufs Neue, so auch jetzt wieder, ein Phantom die Stammtische und verhindert eine rationale Zuwanderungsdebatte: Es ist die Mär vom **Migranten**, der nur danach trachtet, unseren Wohlfahrtsstaat als soziale Hängematte zu missbrauchen. Darum ist auch aktuell die Aufregung groß, da die Bundesregierung dabei ist, dem möglichen Missbrauch von Hartz-IV-Leistungen durch europäische Zuwanderer einen Riegel vorzuschieben.

Dabei ist das Stammtisch-Klischee längst durch Fakten widerlegt. Dies ergab kürzlich eine im Auftrag der Europäischen Kommission durchgeführte, breit angelegte europäische Studie des Bonner Instituts zur Zukunft der Arbeit (IZA). Darin untersuchte das internationale Forscherteam für 19 europäische Länder über einen Zeitraum von 1993 bis 2008, ob nationale Unterschiede bei der Arbeitslosenunterstützung die **Migrationsentscheidung** potenzieller **Migranten** beeinflussen. Eindeutiges Ergebnis: Derartige öffentliche Hilfen spielen für die Wanderung innerhalb der EU keine Rolle. Für **Migranten** aus Nicht-EU-Staaten zeigte sich eine nur sehr geringe, statistisch kaum signifikante kausale Wirkung.

Damit ist das Vorurteil ausgeräumt, arbeitslose Migranten suchten lediglich die Zuwanderung in die finanziellen Anreize des Wohlfahrtsstaates. Ein solcher Zusammenhang besteht offenkundig nicht. Die IZA-Studie zeigt vielmehr, dass Migranten innerhalb der EU zumeist über eine gute Ausbildung verfügen. Soweit wir unter Migranten einen höheren Anteil von Arbeitslosen feststellen können, hängt dies eher mit einer falschen oder fehlenden Zuwanderungssteuerung in der Vergangenheit zusammen.

Warum also die Aufregung, nachdem die Bundesregierung entschieden hat, EU-Bürgern wie auch Türken, die nach Deutschland kommen, nicht sofort Arbeitslosengeld II zu zahlen? Diese Entscheidung ist sachlich völlig richtig. Denn wir wollen keine Zuwanderung in unsere Sozialsysteme - und sie findet bisher auch kaum statt. Es ist also das richtige Signal, Hartz IV für jene zu sperren, die lediglich auf soziale Wohltaten spekulieren. Denn die geplante Neuregelung beendet eine öffentliche Diskussion, in der ständig Vermutungen geschürt werden, es käme

Die Mär vom faulen Mann Die neue Hartz-IV-Debatte führt in die Irre. Die Statistik zeigt, dass von einer Migration in unsere Sozialsysteme keine Rede sein kann.....

tatsächlich zu einem solchen Missbrauch. Dabei wird Interessenspolitik gemacht, die arbeitsorientierte Zuwanderung zu behindern oder gar zu verhindern sucht. Empirisch ist es sogar eher umgekehrt, wie Berechnungen aus den letzten Jahren zeigen. Danach haben die aus Steuern und Sozialabgaben von Ausländern resultierenden deutschen Staatseinnahmen jährlich die Transferausgaben an Ausländer mit rund 2000 Euro pro Person deutlich überschritten. Die Hauptursache dafür ist die vergleichsweise günstige Altersstruktur dieser Bevölkerungsgruppe. Und darum ist es auch aus diesem Grunde völlig richtig, wenn wir zum Beispiel jungen Griechen, Spaniern, Portugiesen, aber auch qualifizierten Kräften etwa aus den arabischen Reformstaaten eine Jobchance bieten, wenn sie denn bereit sind, die in unseren Unternehmen bestehenden personellen Engpässe auszugleichen. Wir ermöglichen damit nicht nur dieser jungen Generation eine Zukunftsperspektive, auf die sie einen Anspruch hat, sondern diese trägt zugleich zu mehr Wohlstand und Wachstum in unserem Lande bei.

Den Bedenkenträgern an den Stammtischen sei dabei auch gesagt: Ein zusätzlich beschäftigter qualifizierter Zuwanderer erzeugt auch neue Nachfrage nach geringer qualifizierter Arbeit - etwa im Bereich einfacher Dienstleistungen. Im Ergebnis entstehen so im Umfeld jeder erwerbstätigen Fachkraft bis zu drei zusätzliche Arbeitsplätze für Geringqualifizierte. Die Zuwanderung von Fachkräften führt also überdies zu einer steigenden Nachfrage nach geringer qualifizierter Arbeit, was wiederum auch einen Anstieg des Lohnniveaus in diesem Segment nach sich zieht und somit Ungleichheit abbaut. Warum stoßen diese objektiven Fakten aber immer wieder auf eine so große emotionale Abwehr? Warum ist in Teilen der Gesellschaft eine so starke Opposition gegen Zuwanderung verfestigt, obwohl deren volkswirtschaftlicher Nutzen, bei richtiger Steuerung, offenkundig ist? Vermutlich geht es, wie Forscher ebenfalls nachweisen, bei jenen Ressentiments nicht nur um soziale Verlustängste, sondern noch mehr um tiefer liegende Befürchtungen, das gewohnte kulturelle und soziale Umfeld würde sich negativ verändern. Diese Sorge müssen wir noch ernster nehmen als bisher. Sonst wird der mentale Graben immer tiefer - und Integration zu einem Schimpfwort.

Die in den letzten Tagen wieder aufgeflamnte Hartz-IV-für-Zuwanderer-Debatte sollte uns deshalb zu der richtigen Konsequenz leiten: Wir brauchen eine konsequent an unserem Arbeitskräftebedarf orientierte Zuwanderungssteuerung für Hochqualifizierte und Fachkräfte ohne Vorurteile und nach transparenten Regeln. Und wir benötigen ferner eine noch bessere Integration der bei uns lebenden Ausländer. Dies lehrt auch jeder Blick auf die Demografie der kommenden Jahre eindrucksvoll. Eine solche „Doppelstrategie“ bedarf aber einer klugen Gestaltung und Begleitung. Deshalb wäre es sinnvoll, alle erforderlichen Kompetenzen in einem Zuwanderungs- und Integrationsministerium zu bündeln.

Was wir gerade jetzt am wenigsten brauchen, ist eine neue populistische Stammtischdebatte, die mit den falschen Parolen geführt wird und den Standort Deutschland abwertet. Hoffentlich läuft dieses törichte Gerede von der Ausbeutung unseres Wohlfahrtsstaates durch Migranten nach der Klarstellung der Bundesregierung jetzt für immer ins Leere. Denn es blockiert eine rationale Weichenstellung für die Zukunft. Vielfältig zum Handeln herausgefordert ist bei diesem Thema aber auch die EU. Denn innerhalb des Binnenmarktes mit seinen rund 500 Millionen Einwohnern kann von einem gemeinsamen Arbeitsmarkt trotz der bestehenden Freizügigkeit nur sehr bedingt gesprochen werden, weil es vielfältige Einzelregelungen und Hindernisse gibt. Etwa eine fehlende Anerkennung von beruflichen Qualifikationen oder mangelnde Fremdsprachenkenntnisse. Ja, es mehren sich sogar die Anzeichen, dass angesichts von 24 Millionen Arbeitslosen in der EU manche Staaten wieder auf eine verstärkte Abschottung setzen. Dies ist nicht nur wirtschaftspolitisch fatal, es ist auch ein falsches Signal in die globalisierte Welt, in der der Wettbewerb um die besten Köpfe am Alten Kontinent vorbeilaufen könnte.

Was wir gerade jetzt am wenigsten brauchen, ist eine neue Stammtisch-Debatte, die den Standort Deutschland abwertet

Der Autor ist Direktor des Instituts zur Zukunft der Arbeit (IZA) in Bonn

Die Mär vom faulen Mann Die neue Hartz-IV-Debatte führt in die Irre. Die Statistik zeigt, dass von einer Migration in unsere Sozialsysteme keine Rede sein kann.....

Dpa/ PA/ Jens Wolf

Ein indischer Facharbeiter am Fließband in der Altmark

Load-Date: March 13, 2012

End of Document

Deutschland Kompakt; FDP: Ampel-Koalition soll formell ausgeschlossen werden ++ Asyl: Bayern kritisiert Bund: Verfahren zu lang ++ Evangelische Kirche: Käßmann kritisiert Familienpapier ++ Hochschule: Studenten besetzen leer stehende Uni-Klinik ++ 20. Juli: Gauck mahnt Soldaten zu „kritischem Mitdenken“

Die Welt

Montag 22. Juli 2013

Copyright 2013 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK; Kompakt; S. 4; Ausg. 168

Length: 734 words

Body

FDP

Ampel-Koalition soll formell ausgeschlossen werden

Die FDP-Spitze will kurz vor der Bundestagswahl einem Regierungsbündnis mit SPD und Grünen eine klare Absage erteilen. Der Vorstand werde auf dem Wahlkonvent am 12. September in Mainz in einem Wahlauftritt die Koalitionsaussage zugunsten der Union bekräftigen, hieß es. In dem formellen Beschluss werde zudem eine Ampelkoalition nach der Bundestagswahl am 22. September ausgeschlossen. Die FDP setzt damit als Machtoption allein auf die Wiederwahl von Schwarz-Gelb. In Umfragen verbuchen die Liberalen Aufwind. In der wöchentlichen Emnid-Umfrage für die „Bild am Sonntag“ kam die FDP erstmals seit über einem Jahr auf sechs Prozent. Bei anderen Instituten liegt sie zwischen 4 und 6,5 Prozent. Mit einer formellen Absage wolle FDP-Chef Philipp Rösler zehn Tage vor der Wahl Unentschlossene mobilisieren, die befürchteten, die FDP könnte den SPD-Kandidaten Peer Steinbrück zum Kanzler wählen, wenn es für Schwarz-Gelb nicht reichen sollte, berichtete der „Spiegel“. Bereits nach 2005 war die FDP in die Opposition gegangen, obwohl rechnerisch ein Bündnis mit SPD und Grünen möglich gewesen wäre.

Asyl

Bayern kritisiert Bund: Verfahren zu lang

Bayerns Innenminister Joachim Herrmann (CSU) wirft dem Bund unzumutbare Verzögerungen bei der Bearbeitung von Asylanträgen vor. „Die Beschleunigung der Asylverfahren hat eine zentrale Bedeutung“, sagte Herrmann. „Derzeit liegen beim Bundesamt mehr als 67.000 Asylanträge, über die noch nicht entschieden wurde. In diesem Jahr sind bundesweit deutlich mehr als 100.000 Asylanträge zu erwarten.“ Es koste die Länder viele zusätzliche

Deutschland Kompakt FDP: Ampel-Koalition soll formell ausgeschlossen werden ++ Asyl: Bayern kritisiert
 Bund: Verfahren zu lang ++ Evangelische Kirche: Käßmann k....

Millionen, je länger Bewerber untergebracht werden müssen. „Die lange Verfahrensdauer ist für die Länder unzumutbar - besonders aber auch für jenes Drittel der Asylbewerber, die später ein Bleiberecht erhalten oder als asylberechtigt anerkannt werden.“ Das für Entscheidungen eingesetzte Personal beim Bundesamt für Migration müsse um mindestens 200 Mitarbeiter aufgestockt werden.

Evangelische Kirche

Käßmann kritisiert Familienpapier

Die frühere Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), Margot Käßmann, hat das jüngste Familienpapier der EKD kritisiert. „Ich persönlich hätte im Text die positiven Seiten der Ehe gern deutlicher herausgestellt gesehen“, sagte die frühere hannoversche Landesbischöfin dem Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“. In dem Papier rückt die Kirche von der traditionellen Ehe als der alleinigen Norm ab und ruft zur Unterstützung auch anderer Lebensformen wie etwa Homosexualität auf. Die im Juni vorgestellte Neuausrichtung bei der Familienpolitik stieß auf Kritik. So warnten die Katholiken davor, die Ehe mit anderen Formen des Zusammenlebens gleichzusetzen. „Wir sollten nicht immer von der Verfallsgeschichte der Ehe sprechen, sondern mehr von den Paaren, die goldene, diamantene oder gar eiserne Hochzeit feiern“, bemängelte Käßmann. Allerdings sei das neue Papier kein Dogma, es könnten jederzeit auch neue Vorschläge eingebracht werden.

Hochschule

Studenten besetzen leer stehende Uni-Klinik

In der hessischen Uni-Stadt Marburg haben Studenten eine ehemalige Augenklinik der Hochschule besetzt. Die Polizei bestätigte am Sonntag, dass das leer stehende Gebäude seit Freitag von ein paar Dutzend Studenten besetzt ist. Die Veranstalter sprachen von 100 Hausbesetzern. Sie wollen nach eigenen Angaben ein Zeichen setzen gegen Wohnungsnot und Wohnraumspekulation. In den kommenden Tagen wollen die Studenten in den Klinikräumen zahlreiche Vorträge sowie Veranstaltungen abhalten. Das vierstöckige Gebäude, das sich im Besitz der Universität Marburg befindet, steht seit 2011 leer.

20. Juli

Gauck mahnt Soldaten zu „kritischem Mitdenken“

Bundespräsident Joachim Gauck hat bei der Gelöbnisfeier am 69. Jahrestag des gescheiterten Hitler-Attentats das Verantwortungsbewusstsein eines jeden Soldaten hervorgehoben. „Befehl und Gehorsam haben da ihre Grenzen, wo gegen Recht und Menschenwürde verstoßen wird“, sagte Gauck am Samstagabend. Rund 500 Soldaten legten im Beisein von Gauck und Verteidigungsminister Thomas de Maizière (CDU) vor dem Berliner Reichstag ein Gelöbnis ab. Die Feier findet traditionell am Jahrestag des gescheiterten Attentats auf Adolf Hitler vom 20. Juli 1944 statt. Gauck sagte, der 20. Juli erinnere an jene Soldaten, „die nicht nur Befehl und Gehorsam kannten, sondern die letztlich ihrem Gewissen den Vorrang gaben“.

Load-Date: July 22, 2013

Gabriel will Merkel mit Frauen-Team ablösen; Das Schattenkabinett der SPD soll „mindestens zur Hälfte“ weiblich sein. Migrant für klassisches Ministerium vorgesehen

Die Welt

Montag 2. Juli 2012

Copyright 2012 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK; S. 5; Ausg. 152

Length: 892 words

Byline: Daniel Friedrich Sturm

Highlight: Jusos verlangen einen jungen Minister und „30 Abgeordnete unter 40 Jahren“

Body

Gut ein Jahr vor der Bundestagswahl hat der SPD-Vorsitzende Sigmar Gabriel Grundzüge einer sozialdemokratischen (Schatten-)Kabinettsstruktur festgelegt. Das Regierungsteam müsse „mindestens zur Hälfte aus Frauen bestehen“, sagte Gabriel der „Welt am Sonntag“. Außerdem solle „ein **Migrant** oder eine **Migrantin** für ein klassisches Regierungsressort“ nominiert werden, also „nicht nur für Integration“.

In der SPD wird damit gerechnet, dass diese Kriterien nicht nur für ein Team während der Wahlkampfphase gelten, sondern auch für den Fall einer sozialdemokratischen Regierungsbeteiligung. Ob Gabriel seinen Vorstoß mit den beiden anderen potenziellen Kanzlerkandidaten, Fraktionschef Frank-Walter Steinmeier und Ex-Finanzminister Peer Steinbrück, besprochen hat, wird in Parteikreisen bezweifelt. Die Jungsozialisten reklamierten am Sonntag eine Repräsentanz der jungen Generation im SPD-Regierungsteam. In der Partei wird aber ebenso befürchtet, dass allzu starre Festlegungen auf „Quoten“ und mögliche Zusicherungen gegenüber Einzelpersonen den Entscheidungsspielraum des Kanzlerkandidaten einschränken.

Auf dem „Migranten“-Platz könnte die stellvertretende SPD-Vorsitzende Aydan Özoguz als Schattenministerin nominiert werden. Özoguz, in Hamburg geboren und dort politisch daheim, wird in der Partei geschätzt. Sie war 2009 - ziemlich unerwartet - über die Landesliste in den Bundestag gelangt. Derzeit sucht sie in Hamburg nach einem Wahlkreis. Auf Betreiben des SPD-Vorsitzenden hatte sich die Partei eine „Migrantenquote“ verordnet. Seit einem halben Jahr gehören dem Vorstand mit Zülfiye Kaykin und Alptekin Kirci zwei Migranten an, die jedoch bisher kaum auffallen.

Die Jungsozialisten forderten derweil eine gute Repräsentanz junger Leute im Regierungsteam und in der neuen SPD-Fraktion. „Das künftige SPD-Regierungsteam benötigt mehrere junge Gesichter. Wir müssen zeigen: Es gibt bei den Sozialdemokraten junge Frauen und Männer, die ein Ministerium führen können“ sagte der Juso-Vorsitzende Sascha Vogt der „Welt“. Vogt sprach sich zudem für eine deutliche Verjüngung der Fraktion aus.

Gabriel will Merkel mit Frauen-Team ablösen Das Schattenkabinett der SPD soll „mindestens zur Hälfte“ weiblich sein. Migrant für klassisches Ministerium vorgese....

Derzeit sei die SPD leider die älteste Fraktion im Bundestag. „Das muss sich ändern“, sagte Vogt: „Für die nächste Legislaturperiode sollten wir 30 SPD-Abgeordnete unter 40 Jahren anstreben.“ Jene Forderung knüpft an die „30 unter 40“-Formel an, die der damalige SPD-Generalsekretär Franz Müntefering im Jahre 2000 geprägt hatte. Die Jusos, kündigte Vogt nun an, würden „engagiert Wahlkampf machen - umso mehr, wenn etliche Jusos chancenreich für den Bundestag kandidieren können“.

Geht es nach Gabriel, so wird die „Troika“ nicht auseinanderbrechen, nachdem der Kanzlerkandidat der SPD bestimmt worden ist. „Peer Steinbrück, Frank-Walter Steinmeier und ich haben verabredet: Wir bleiben zusammen“, sagte Gabriel der „Welt am Sonntag“. Man werde „gemeinsam Wahlkampf machen, wer immer Kanzlerkandidat wird“. Derweil werden in der SPD Szenarien erörtert, wonach einer der drei Kandidaten vorzeitig freiwillig ausscheiden könnte. Sollte Gabriel seinen Hut in den Ring werfen, gilt es in SPD-Kreisen für möglich, dass dann Steinbrück oder Steinmeier sich auf die Seite des anderen „Stone“ schlagen. Mehrheitlich aber wird in der SPD mit einem Kandidaten - und nicht etwa einer Urwahl - gerechnet. Gabriel und Steinmeier setzen auf eine Klärung der Frage im Umfeld der niedersächsischen Landtagswahl, die am 20. Januar 2013 stattfindet. Ein Vorziehen der Entscheidung gilt als möglich bis wahrscheinlich, wohl aber nicht bereits im Sommer. Der Ausgang der Wahl in Niedersachsen gilt als wegweisend, handelt es sich doch um die einzige Landtagswahl deutlich vor der Bundestagswahl; der bayerische Landtag soll wie der Bundestag im September gewählt werden. Aktuelle Umfragen nach kann die SPD darauf hoffen, stärkste Fraktion im Landtag von Hannover zu werden. Sollte ihr Spitzenkandidat Stephan Weil den christdemokratischen Regierungschef David McAllister ablösen, so bedeutete dies Rückenwind für die SPD. Weil wäre dann der neunte sozialdemokratische Länderfürst. Gabriel will den Kanzlerkandidaten nach einem solchen Erfolg bestimmen. Womöglich geschieht dies kurz vor der Wahl, zumindest bei Erfolgsaussichten.

Die nordrhein-westfälische Ministerpräsidentin Hannelore Kraft (SPD) wiederholte ihr Nein zu einer Kanzlerkandidatur. Ihre guten Umfragewerte nehme sie wahr und fühle sich geehrt, „aber mehr auch nicht“, sagte sie dem Onlinedienst der „Neuen Westfälischen“. Kraft machte aber auch ihr Mitspracherecht in dieser Frage deutlich. Das Thema werde man „eng in den Führungsgremien besprechen“, sagte sie. Gabriel, der mit Kraft ein distanziertes Verhältnis pflegt, mahnte, ihr Nein zu einer Kandidatur ernst zu nehmen. Er berichtete jedoch, er habe Kraft vor der Wahl des NRW-Landtags im Mai gebeten, ihre Ablehnung eines Wechsels nach Berlin zu überdenken. „Sie hat sich aber gegen Berlin entschieden“, sagte Gabriel.

Nach einer aktuellen Umfrage sprechen sich die meisten Befragten für Kraft als Kanzlerkandidatin aus. Nach Ansicht von 26 Prozent der Bürger wäre sie die geeignete Herausforderin von Kanzlerin Angela Merkel (CDU), ergab eine Erhebung von TNS Forschung für den „Spiegel“. Auf dem zweiten Platz liegt demnach Steinbrück (25 Prozent), gefolgt von Steinmeier mit 23 Prozent. Gabriel rangiert in der Wählergunst mit zehn Prozent auf Rang vier.

Load-Date: September 12, 2012

Deutschland Kompakt II; Integration: Herkunftsländer schüren Angst vor Deutschland ++ Koalitionsgipfel: Schwarz-Gelb traut sich nicht an „heiße Eisen“

Die Welt

Samstag 3. März 2012

Copyright 2012 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT

Section: POLITIK; Kompakt; S. 5; Ausg. 54

Length: 379 words

Byline: Freia Peters

Thorsten Jungholt

Body

Integration

Herkunftsländer schüren Angst vor Deutschland

Religionsvertreter, Forscher und Verbände kritisieren die vom Bundesinnenministerium in Auftrag gegebene Integrationsstudie. „Ich hätte nicht zwischen Migranten mit deutschem und ohne deutschen Pass unterschieden“, sagte Ruud Koopmans, Direktor der Abteilung Integration des Wissenschaftszentrums für Sozialforschung. „Dass die an Integration Interessierten eher in der Gruppe der Eingebürgerten zu finden sind, ist nicht sonderlich überraschend. Man muss mindestens für acht Jahre hier sein, um einen deutschen Pass zu bekommen. Wer noch nicht so lange in Deutschland ist, wird sich auch weniger an der deutschen Gesellschaft ausrichten, das ist doch klar.“ Der am Donnerstag veröffentlichten Studie „Lebenswelten junger Muslime in Deutschland“ zufolge gehören 24 Prozent der Migranten ohne deutschen Pass und 15 Prozent der Eingebürgerten zu einer streng religiösen Untergruppe mit „starken Abneigungen gegenüber dem Westen, tendenzieller Gewaltakzeptanz und ohne Integrationstendenz“. „Migrantenverbände würden jetzt sagen, dass diese Einstellung von der Diskriminierung kommt, die Migranten im Alltag erfahren“, sagt Koopmans. „Das ist sicherlich nicht allein der Grund. Es gibt auch eine starke Bedrohungswahrnehmung, der Westen sei islamfeindlich. Diese Auffassung wird in den Medien der Herkunftsländer und im Internet oft stark vertreten, Ängste werden geschürt.“ frep

Koalitionsgipfel

Schwarz-Gelb traut sich nicht an „heiße Eisen“

Deutschland Kompakt II Integration: Herkunftsländer schüren Angst vor Deutschland ++ Koalitionsgipfel:
Schwarz-Gelb traut sich nicht an „heiße Eisen“

Nach viermonatiger Pause trifft sich am Sonntag erstmals in diesem Jahr der Koalitionsausschuss. Die Spitzen von Union und FDP wollen im Kanzleramt über strittige politische Fragen beraten. Dem Vernehmen nach stehen auf der Agenda bisher jedoch keine wirklich „heißen Eisen“. Es soll um entscheidungsreife Themen wie die Reform des Kartellrechts, Warschussarrest für Jugendliche, Kronzeugenregelung oder Kooperationsverbot in der Bildung gehen. Strittige Themen wie die Vorratsdatenspeicherung oder das Betreuungsgeld werden ausgeklammert, um „Handlungsfähigkeit zu demonstrieren“, heißt es in Regierungskreisen. Mit Spannung wird erwartet, wie Angela Merkel (CDU) nach den Querelen um die Nominierung des neuen Bundespräsidenten mit ihrem Vizekanzler Philipp Rösler umgeht. tju

Load-Date: March 3, 2012

End of Document

Ritual ohne Ergebnis; Regierung bleibt Zwischenbericht zur Integration schuldig. Zuwanderer aus der EU sollen mehr Hilfe erhalten

Die Welt

Mittwoch 29. Mai 2013

Copyright 2013 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT

Section: POLITIK; S. 4; Ausg. 122

Length: 816 words

Byline: Claudia Ehrenstein

Body

Maria Böhmer (CDU), die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung, lächelt zufrieden. Zweieinhalb Stunden hat der Integrationsgipfel im Kanzleramt gedauert. Mehr als 120 Vertreter aus Bund, Ländern, Kommunen, **Migrantenverbänden**, Gewerkschaften, Wohlfahrtsverbänden und Religionsgemeinschaften haben darüber diskutiert, wie Menschen mit **Migrationshintergrund** die Eingliederung in die deutsche Gesellschaft erleichtert werden kann. Gerade hat die Pressekonferenz begonnen. Zu Böhmers Linken spricht Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) von der „Zuwanderung als Chance und Bereicherung“. Rechts von ihr sitzt Viktor Ostrowski vom Bundesverband russischsprachiger Eltern, der Akademiker in Arbeit vermittelt und sich bei Böhmer dafür bedankt, einen integrationspolitischen Dialog angestoßen zu haben.

Es ist bereits das sechste Treffen dieser Art. Es geht um die Integration von **Migranten** in den deutschen Arbeitsmarkt und um die Frage, wie es gelingen kann, mehr Menschen mit **Migrationshintergrund** für die Arbeit im öffentlichen Dienst etwa als Lehrer oder Polizist zu begeistern. Noch immer absolvieren viel zu wenige **Migranten** eine Berufsausbildung. Immerhin aber sinkt der Anteil ausländischer Jugendlicher, die die Schule ohne Abschluss verlassen. Eine gute Ausbildung aber gilt als Türöffner für den Erfolg am Arbeitsmarkt.

Auch in diesem Jahr eilt dem Integrationsgipfel der Vorwurf voraus, nichts weiter als ein Ritual ohne konkretes Ergebnis zu sein. Tatsächlich fällt der angekündigte Zwischenbericht zum „Nationalen Aktionsplan Integration“ aus und wird auf das kommende Jahr verschoben. Doch Fortschritte in der Integration sind ohnehin nur schwer messbar. Sie erfolgen vor Ort in den Kommunen, in den Schulen, in den Vereinen und auf den Marktplätzen, oft kaum merklich und in kleinen Schritten. Und doch stellt Böhmer zuversichtlich fest, einen „gesellschaftlichen Klimawandel“ zu beobachten. Kulturelle Vielfalt werde als „Standortfaktor“ erkannt und mache Deutschland für Zuwanderer immer attraktiver. Allen voran die Ausländerbehörden möchte sie zu Service-Centern ausbauen, um die Ankunft in Deutschland freundlicher zu gestalten.

In den vergangenen Jahren hat es einen deutlichen Anstieg der Zuwanderung nach Deutschland gegeben, vor allem aus der Türkei und Polen. Seit Beginn der Wirtschaftskrise kommen vermehrt jung und sehr gut ausgebildete

Ritual ohne Ergebnis Regierung bleibt Zwischenbericht zur Integration schuldig. Zuwanderer aus der EU sollen mehr Hilfe erhalten

Arbeitskräfte aus Südeuropa. Insgesamt zwei Drittel der Migranten stammen aus der Europäischen Union. Und Böhmer will sich auch um diese EU-Bürger verstärkt kümmern, sie bei der Organisation des Alltags unterstützen und ihnen Angebote machen, Deutsch zu lernen. Rechtsansprüche auf Integrations- und Sprachkurse richten sich bislang an Zuwanderer aus Drittstaaten. Die von Böhmer immer und immer wieder eingeforderte „Willkommenskultur“ soll sich an alle Neuankömmlinge richten.

Seit 2005 ist Böhmer jetzt Integrationsbeauftragte. Das Wort „Einwanderungsland“ geht ihr längst wie selbstverständlich über die Lippen. Mit der Bundestagswahl endet ihre zweite Amtsperiode. In dieser Zeit war sie eine der treibenden Kräfte, als es darum ging, ein Anerkennungsgesetz für im Ausland erworbene Berufsabschlüsse durchzusetzen. Zuwanderer aus Drittstaaten haben jetzt einen gesetzlichen Anspruch, dass die Qualifikation aus ihrem Herkunftsland innerhalb von drei Monaten überprüft wird. Hamburg, Niedersachsen, Mecklenburg-Vorpommern, Hessen, Nordrhein-Westfalen und das Saarland haben bereits entsprechende Landesgesetze verabschiedet. Die doppelte Staatsbürgerschaft lehnt Böhmer ebenso wie die Kanzlerin ab, weil sie keinen Beitrag zu einer besseren Integration leiste.

Böhmer hat sich dafür eingesetzt, die Zuwanderung für hoch qualifizierte Arbeitskräfte aus Nicht-EU-Staaten zu erleichtern. Die Gehaltsmindestgrenze für eine Blue Card wurde 2012 um 20.000 Euro auf ein Jahresgehalt von 44.800 Euro herabgesetzt, was den deutschen Arbeitsmarkt auch für Berufseinsteiger attraktiv macht. Bei sogenannten Mangelberufen wie etwa Ärzten und Ingenieuren liegt die Gehaltsgrenze sogar nur bei 35.000 Euro im Jahr. Böhmer hat mit dazu beigetragen, dass ausländische Studenten nach dem Abschluss ihres Studiums in Deutschland nun 18 statt bislang zwölf Monate Zeit haben, sich einen Arbeitsplatz zu suchen.

Der Berliner Migrationsforscher Klaus Bade lobt Böhmer, sie habe beharrlich „dicke Bretter“ in der Integrationspolitik gebohrt. Dass Deutschland ein Einwanderungsland sei, werde kaum noch bestritten. Die Politik stehe vor der Herausforderung, eine Einwanderungsgesellschaft zu gestalten. Bade fordert, die Ängste vieler Menschen vor dem Fremden ernst zu nehmen und abzubauen. Denkbar wären Integrationskurse auch für Deutsche. Von der Kindergärtnerin bis zum Friedhofsgärtner hätte so jeder die Chance, den einwanderungsbedingten Kulturwandel besser zu verstehen.

„Wir sollten Zuwanderung als Chance verstehen“ Angela Merkel (CDU), Bundeskanzlerin

Graphic

REUTERS/FABRIZIO BENSCH

Maria Böhmer (M.) mit Kenan Kolat von der Türkischen Gemeinde und Angela Merkel

FABRIZIO BENSCH

Load-Date: May 29, 2013

Lesbisch im Gottesstaat; Eine junge Frau flieht aus dem Iran, weil sie homosexuell ist und dafür verfolgt wird. Ihr Asylantrag in Deutschland aber wird abgelehnt

Die Welt

Donnerstag 28. Juni 2012

Copyright 2012 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK; S. 6; Ausg. 149

Length: 887 words

Byline: Silke Mülherr

Highlight: Das Gericht empfiehlt ihr einen „diskreten“ Lebenswandel. So könnten auch Homosexuelle im Iran unbehelligt leben

Body

Eine ihrer letzten Erinnerungen an den Iran ist eine rauschende Party. Ungefähr 50 junge Leute haben sich an diesem Abend 2009 in einem Teheraner Appartement versammelt. „Wir waren ausgelassen, haben getanzt“, erinnert sich Samira Ghorbani Danesh, die heute 24 Jahre alt ist. Dass Samira mittlerweile nicht mehr in Teheran lebt und stattdessen nach Deutschland geflohen ist, hat viel mit dieser Party vor drei Jahren zu tun. Oder genauer gesagt: mit den schwulen und lesbischen Gästen auf dieser Feier.

Heute lebt Samira in einem Frauenhaus in Nordbayern und muss fürchten, dass die deutschen Behörden sie demnächst zurück in den Iran schicken. Dort, wo sie nie wieder hinmöchte.

„Als ich damals auf der Party ein wenig frische Luft schnappen wollte, bin ich auf den Balkon gegangen“, erinnert sich Samira. Was sie unten auf der Straße sah, jagte ihr einen furchtbaren Schrecken ein: Drei dunkle Wagen hintereinander aufgereiht, aus denen große Männer stiegen. „Jedes Kind im Iran erkennt diese Leute - das waren Basidsch, Männer der Geheimpolizei.“ Samira wusste in diesem Moment, dass sie in Gefahr war. „Alkohol zu trinken ist im Iran verboten, und westliche Musik auch“, sagt Samira. Und dann ist da noch die Tatsache, dass auf dieser Party Frauen Frauen und Männer Männer küssten.

„Ich war ungefähr 15 oder 16 Jahre alt, als ich gemerkt habe, dass ich lesbisch bin“, erzählt Samira. Homosexualität ist im Iran nicht nur ein gesellschaftliches Tabu. „Wenn man einmal erwischt wird, dann folgt die Verhaftung“, sagt Katayun Pirawardi, die ebenfalls aus dem Iran stammt, aber schon seit 1977 in Deutschland lebt. Heute engagiert sich Pirawardi beim Lesben- und Schwulenverband Berlin-Brandenburg. Die 49-Jährige kennt die Situation der Lesben und Schwulen im Iran ganz genau. „Wer kann, flüchtet irgendwann“, sagt sie. Diejenigen, die bleiben, sind gezwungen, ihre Sexualität im Verborgenen auszuleben. „Wird man verhaftet, dann lautet der Vorwurf nur selten Homosexualität. Die erfinden meist irgendwelche Alibiverbrechen“, sagt Pirdawari.

Lesbisch im Gottesstaat Eine junge Frau flieht aus dem Iran , weil sie homosexuell ist und dafür verfolgt wird.
Ihr Asylantrag in Deutschland aber wird abgelehnt....

Auf eine Verhaftung wollte Samira es nicht ankommen lassen, als sie in Teheran auf dem Balkon stand und die Polizisten in das Haus stürmten. Sie habe versucht, ihre Freunde zu warnen, aber die Musik sei zu laut gewesen. Niemand habe ihr zugehört, sagt sie später. Samira flüchtete zu den Nachbarn und hielt sich dort versteckt, während nebenan die Leute festgenommen wurden. „Ich hatte solche Angst, konnte kaum denken“, erinnert sie sich. Nach Hause zu gehen, ist keine Option mehr für sie. „Meine Eltern wussten nicht, dass ich lesbisch bin.“ Sie habe davon ausgehen müssen, dass die Polizei mittlerweile bei ihr zu Hause aufgetaucht und die Eltern so von den Verhaftungen erfahren haben mussten. Auf der Party tanzte auch Samiras Freundin S., die beiden waren schon seit drei Jahren ein heimliches Paar. Kennengelernt hatten sie sich an der Uni beim Architekturstudium. „Wir konnten unsere Beziehung ganz gut geheim halten. Wenn wir uns sehen wollten, haben wir unseren Eltern eben erzählt, dass wir an einem Uni-Projekt arbeiten“, sagt Samira.

Wie es S. heute geht und wo sie ist, das weiß Samira nicht. Nur, dass sie von der Polizei verhört worden ist und dass auch die eigenen Eltern Besuch von der Polizei bekamen. „Ich hatte solche Angst vor meiner Familie. Davor, dass sie sich an mir rächen, weil ich ihren Namen beschmutzt habe“, sagt Samira. Die junge Frau hob all ihr Geld ab, und floh mithilfe eines Schleppers und einer Ausweiskopie über die Türkei nach Deutschland.

Über Umwege landete sie schließlich in Nordbayern, glaubt, sie sei jetzt sicher, und lernt Deutsch. Aber ob sie tatsächlich hierbleiben kann, ist fraglich. Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge hat ihren Antrag auf Asyl abgelehnt. Das Verwaltungsgericht Bayreuth wies ihren Widerspruch mit der Begründung ab, Samira habe die „Gefährdung ihrer Person im Iran nicht glaubhaft machen können“. Das Gericht erkannte zwar an, dass homosexuelle Handlungen im Iran bestraft würden - bei Männern sofort mit der Todesstrafe, bei Frauen zunächst mit 100 Peitschenhieben und bei der vierten Wiederholung ebenfalls mit der Todesstrafe. Aber: „Die Richterin in Bayreuth hatte Zweifel an der Verfolgungsgeschichte der Klägerin“, sagte ein Gerichtssprecher dieser Zeitung. „Weshalb sollte ich so etwas erfinden und meine Familie und Freunde verlassen?“, fragt Samira. Das Urteil kommt zu dem Schluss, bei einem „entsprechend zurückhaltenden Lebenswandel, den alle Homosexuellen im Iran praktizieren, die unbehelligt leben wollen“, drohe der Klägerin keine wesentliche Gefahr.

Samira fühlt sich alleingelassen: „Ich habe so große Angst, wie können sie mich nur zurückschicken?“, fragt sie mit brüchiger Stimme. Nach der Ablehnung ihrer Klage hat die junge Frau einen Monat Zeit, das Land zu verlassen. Der Stempel auf dem Papier, das Samiras Aufenthalt in Deutschland feststellt, ist nur noch bis zum 30. Juni gültig. Ihre Anwältin Gisela Seidler aber gibt nicht auf. „Samira ist jetzt geoutet, ihr Fall hat öffentliche Aufmerksamkeit erregt“, sagt sie. Ein sicheres Leben im Iran sei so unmöglich. Deshalb hat die Anwältin nun einen Folgeantrag auf Asyl gestellt. Samira hofft, dass die Behörden sie nicht im Stich lassen werden. Und dass Deutschland das Land wird, in dem sie leben und lieben darf, wie sie möchte.

Graphic

Berny Meyer

Samira Danesh mit ihrem Asylantrag

Load-Date: September 12, 2012

„Flüchtlinge sollen sich in Europa frei bewegen“; UN-Kommissar Guterres fordert Reformen

Die Welt

Montag 28. Oktober 2013

Copyright 2013 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK; S. 7; Ausg. 251

Length: 517 words

Byline: Marcel Leubecher

Body

In der Nacht zum Sonntag hat die italienische Marine erneut 400 Bootsflüchtlinge aus dem Mittelmeer gerettet. Vor drei Wochen ertranken Hunderte. Der zurückliegende EU-Gipfel beschloss eine intensivere Überwachung des Mittelmeers und eine stärkere Bekämpfung der Schleuser. Änderungen der Asylgesetze lehnten die Staats- und Regierungschefs ab. Der Kommissar des Flüchtlingshilfswerks der Vereinten Nationen (UNHCR), der Portugiese António Guterres, fordert mehr Einsatz.

Die Welt:

Der Giftgaseinsatz in Syrien und die Schreckensnachricht aus Lampedusa lassen Europa seine Flüchtlingspolitik überdenken. Engagieren wir uns ausreichend?

António Guterres:

Die EU ist großzügig und bietet vielen Flüchtlingen Schutz. Ich begrüße ausdrücklich, dass die EU alle 28 Mitgliedsstaaten zur Flüchtlingsaufnahme bewegt und die ärmeren Staaten in ihren Anstrengungen unterstützt. Unbedingt müssen aber die Rettungsbemühungen im Mittelmeer verstärkt werden. Niemand sollte mehr ertrinken, der Schutz in Europa sucht.

In Deutschland werden in diesem Jahr wahrscheinlich mehr als 100.000 Asyl-Erstanträge gestellt. Dazu kommen Folgeanträge, nicht gemeldete Flüchtlinge und Armutseinwanderer. Ist die Aufnahmekapazität erschöpft?

Die Wahrnehmung, dass Flüchtlingsmassen nach Europa strömen, trügt: In diesem Jahr suchen weniger Menschen Asyl in ganz Europa als zu Beginn der 90er-Jahre alleine in Deutschland (1992 kamen mehr als 400.000 Asylsuchende nach Deutschland, Anm. d. Red.). Europa hat die Kapazität, mehr zu tun.

Welche Gruppe ist derzeit besonders schutzbedürftig?

„Flüchtlinge sollen sich in Europa frei bewegen" UN -Kommissar Guterres fordert Reformen

Leider widerfährt Menschen in vielen Ländern Gewalt und Verfolgung. Das ist tragisch, und all diese Menschen verdienen Schutz. Aber in den vergangenen 18 Monaten dringt das UNHCR besonders auf mehr Anstrengungen für syrische Flüchtlinge. Europa hat bisher knapp 50.000 Syrer aufgenommen, dort sind aber 2,2 Millionen Menschen auf der Flucht. Das kleine Nachbarland Libanon hat 800.000 aufgenommen. Das wäre so, wie wenn auf einmal 16 Millionen Flüchtlinge nach Deutschland kämen. Damit will ich aber nicht das deutsche Engagement kleinreden, das ist vorbildlich. In Europa nimmt Deutschland bei Weitem die meisten Syrer auf und gibt viel Geld für humanitäre Hilfe in Entwicklungsländern aus.

Trotzdem kritisiert etwa EU-Parlamentspräsident Martin Schulz, dass Deutschland sich durch Drittstaatenregelung und Dublin-II-Gesetze Probleme vom Hals hält. Nach den Gesetzen müssten Flüchtlinge ihren Asylantrag eigentlich dort stellen, wo sie erstmals EU-Boden betreten.

Die Drittstaatenregelung und Dublin II müssen geändert werden. Die Grundannahme dieser Gesetze ist, dass überall in der EU gute Bedingungen für Flüchtlinge herrschen. Diese Grundannahme ist aber falsch. Während das System etwa in Deutschland gut funktioniert, bringen Länder wie Griechenland und Bulgarien Flüchtlinge in schrecklich überfüllten Heimen unter, diese Staaten haben keine funktionierenden Asylsysteme. Ein wichtiger Schritt wäre, dass sich Flüchtlinge innerhalb der EU frei bewegen dürfen. Zukünftig müssen die Europäer ihre Asylverantwortlichkeiten besser unter sich verteilen.

Load-Date: October 28, 2013

Asyl und Rechtsstaat; Die Behörden reagierten besonnen im Fall der Münchener Flüchtlinge

Die Welt

Montag 1. Juli 2013

Copyright 2013 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: FORUM; Kommentar; S. 3; Ausg. 150

Length: 323 words

Byline: Jacques Schuster

Body

Das **Asylrecht** ist religiösen Ursprungs. Darüber hinaus besitzt es in Deutschland ein besonderes Gewicht. Es waren die vielen Verfolgungs- und Vertreibungsschicksale während der Zeit des Dritten Reichs, die dazu führten, dass die Väter und Mütter des Grundgesetzes das Recht politisch, rassisch und religiös Verfolgter auf **Asyl** zu einem Grundrecht erhoben. Auch aus diesem Grund darf man den Münchener Behörden glauben, wenn sie hervorheben, wie schwer es ihnen gefallen ist, das Lager der 44 **Flüchtlinge** durch die Polizei räumen zu lassen.

Im Falle der 44 Afghanen, Iraner, Syrer und Äthiopier dürfen sämtliche Beobachter zudem davon ausgehen: Jeder der Flüchtlinge wird eine schwere, von Not, Trübsal und Terror geprägte Lebensgeschichte erzählen können. Für sie also muss gelten: Im Zweifel für den Emigranten.

Das besonnene Zusammenspiel zwischen Münchener Oberbürgermeister und bayerischem Ministerpräsidenten verweist darauf, dass eben diese Behutsamkeit im Falle der 44 Verzweifelten trotz des Vorwahlkampfes durchaus vorhanden war. Die Versuche, überparteilich zu vermitteln, belegt diese Tatsache. Sowohl Hans-Jochen Vogel von der SPD als auch Alois Glück von der CSU sind in der Lage, die Dimension dieserart Tragödien zu erfassen und sie nach politischen, rechtlichen und menschlichen Ermessen zumindest zu mildern.

Dass sie scheiterten, liegt nicht am Starrsinn des Staates, sondern an der ideologischen Verbohrtheit jener Flüchtlingsorganisationen und selbsternannter Helfer, die am Rindermarkt meinten, das Schicksal der 44 Hungernden zu einem Kampf gegen das „Schweinesystem“ verwandeln zu können. Sie sollten sich fragen, was ihnen ein Menschenleben wert ist. Und die Emigranten? Trotz aller Widrigkeiten, die sie erlebt haben, konnten sie nicht ernsthaft glauben, ihr Bleiberecht durch einen Hungerstreik erpressen zu können. Der Staat hat die Pflicht, jeden Fall einzeln zu prüfen. So ist es nun einmal in einem Rechtsstaat.

Load-Date: July 1, 2013

Asyl und Rechtsstaat Die Behörden reagierten besonnen im Fall der Münchener Flüchtlinge

End of Document

Deutschland kann seine Migranten nicht halten; OECD-Studie: Die wenigsten Neuzuwanderer bleiben länger als ein Jahr. Dennoch profitiert der deutsche Staatshaushalt

Die Welt

Freitag 14. Juni 2013

Copyright 2013 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: TITEL; S. 1; Ausg. 136

Length: 450 words

Byline: Flora Wisdorff

Body

Deutschland schafft es nicht, seine Zuwanderer lange zu halten. So war nur jeder zweite Grieche, der 2011 in Deutschland lebte, bereits länger als ein Jahr da, ähnlich war es bei den Portugiesen. Bei den Spaniern blieb nur jeder Dritte länger als zwölf Monate, und auch nur 40 Prozent der Italiener ließen sich längerfristig im Land nieder. Die Zahlen legte die Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) in ihrem am Donnerstag veröffentlichten „Internationalen **Migrationsausblick**“ vor.

OECD-Experte Thomas Liebig ermahnte Deutschland, mehr für seine Willkommenskultur zu tun und Hochqualifizierte mit Abschlüssen unter den deutschen Standards über „Brückenangebote“ nachzuqualifizieren. Auch Zuwanderer, die aus Drittstaaten wie China, Russland oder Indien kommen, verabschieden sich laut der OECD spätestens nach zwei Jahren aus Deutschland. Personen mit Migrationshintergrund müssten häufig mehr als zweimal so viele Bewerbungen schreiben wie Personen ohne Migrationshintergrund mit ansonsten identischem Lebenslauf, so Liebig. Deutschland habe bei den internationalen Studenten in den vergangenen Jahren trotz des Abbaus einiger Zuwanderungshürden erheblich an Marktanteil verloren. „Der Wettbewerb um hoch qualifizierte Migranten nimmt weiter zu“, so Liebig. Vor allem die USA und auch China seien starke Konkurrenten für Deutschland.

Gut vier Millionen Menschen wanderten 2011 - dem aktuellsten Jahr mit vergleichbaren Daten - dauerhaft in die 34 OECD-Staaten ein. Im Vergleich zum Vorjahr war das ein Plus von zwei Prozent, der Zuzug war aber trotzdem geringer als vor der Wirtschaftskrise (4,7 Millionen). In Deutschland war der Anstieg so stark wie in kaum einem anderen OECD-Land. Knapp 300.000 Menschen kamen, ein Zuwachs von 68.000 im Vergleich zu 2010.

Zwischen 2007 und 2011 erhöhte sich die Zahl der Einwanderer aus Griechenland um 73 und aus Spanien um knapp 50 Prozent. Kräftige Zuwächse gab es zudem bei Portugiesen und Italienern (35 Prozent). Im vergangenen Jahr setzte sich die Entwicklung fort. Das Gros der Zuwanderer kommt jedoch nach wie vor aus Osteuropa. Die

Deutschland kann seine Migranten nicht halten OECD -Studie: Die wenigsten Neuzuwanderer bleiben länger als ein Jahr. Dennoch profitiert der deutsche Staatshaush....

Arbeitnehmerfreizügigkeit im EU-Wirtschaftsraum sei in Deutschland für den größten Teil der dauerhaften Zuwanderung verantwortlich.

Deutschland profitiert von der Zuwanderungswelle, die das Land derzeit erfährt. „Die Migranten, die derzeit nach Deutschland einwandern, haben einen positiven Effekt auf den Haushalt“, sagte Liebig in Berlin. Das liege vor allem daran, dass diese jung und vergleichsweise gut qualifiziert sind. Die OECD geht davon aus, dass diese Personen mehr an Steuern und Sozialabgaben einzahlen, als sie über Sozialleistungen in Anspruch nehmen.

Siehe Kommentar und Seite 9

Load-Date: June 14, 2013

Bayern attackiert europäische Asylpolitik; EU plant, dass Flüchtlinge künftig schon nach neun Monaten arbeiten dürfen. Das ärgert CSU-General Dobrindt

Die Welt

Freitag 27. Juli 2012

Copyright 2012 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK; S. 5; Ausg. 174

Length: 901 words

Byline: Max Boenke

Highlight: Von den mehr als 130.000 Asylbewerbern in Deutschland haben nur 5000 eine Stelle

Body

Asylbewerber brauchen in Deutschland viel Geduld, wenn sie arbeiten wollen: Das ist ihnen nämlich erst ein Jahr nach ihrer Ankunft erlaubt. Die Europäische Union (EU) will das nun ändern: Sie plant eine Richtlinie, die die Wartezeit auf neun Monate verkürzt. Da der Beschluss unterhalb der Ministerialebene ausgehandelt wurde, müssen nach der Sommerpause noch die zuständigen Minister im Rat der EU und das Europaparlament zustimmen. Das gilt aber als Formsache.

Die schwarz-gelbe Bundesregierung hatte sich zunächst gegen eine Verkürzung der Wartezeit gestemmt. Bundesjustizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger (FDP) zeigte sich dennoch zufrieden: Die Zeit sei gekommen, Flüchtlingen bessere Chancen in der Bundesrepublik zu bieten. Einer, der sich über die Einmischung der EU ärgert, ist CSU-Generalsekretär Alexander Dobrindt. „Die Regelung des politischen Asyls muss auch weiter auf nationaler und nicht auf europäischer Ebene stattfinden“, sagte Dobrindt im Gespräch mit der „Welt“. Seine Parteikollegin Monika Hohlmeier, Abgeordnete im Europaparlament, hält den Kompromiss hingegen für vertretbar. Grundsätzlich sei die Verkürzung des Arbeitsverbots „vernünftig“. Hohlmeier befürwortet den Eingriff der Europäischen Union ins nationale Recht: „Ohne die EU hätte Deutschland es sehr viel schwerer.“

Laut der EU-Drittstaatenregelung muss sich nämlich nicht der Staat um den Asylsuchenden kümmern, in dem dieser zuerst einen Antrag gestellt hat, sondern der Staat, in dem der Asylsuchende zuerst eingereist ist. Somit müssen oft Länder Flüchtlinge aufnehmen, die eigentlich nach Deutschland wollen. Bereits seit Mitte der 80er-Jahre gibt es sogenannte Harmonisierungsbestrebungen in der EU, um für das Asylrecht zumindest in Teilen verbindliche Richtlinien zu schaffen. Im Zeichen dieser Bemühungen steht auch das „EU-Asylpaket“, das die bestehenden Regelungen in den Mitgliedsstaaten weitgehend vereinheitlichen und damit die strengen deutschen Regeln lockern will. Bisher galt Berlin aber als unkooperativ. Die EU-Abgeordnete Ska Keller (Grüne) sagte dem Nachrichtenportal „Euroactiv“ sogar: „Die Bundesregierung ist einer der Hauptblockierer und völlig destruktiv.“

Bayern attackiert europäische Asylpolitik EU plant, dass Flüchtlinge künftig schon nach neun Monaten arbeiten dürfen. Das ärgert CSU-General Dobrindt

Fest steht: Bisher hatten es Asylbewerber beim Zugang zum deutschen Arbeitsmarkt sehr schwer, die Zahl der arbeitenden Asylbewerber ist niedrig. Laut Statistischem Bundesamt hatten im Jahr 2010 von rund 130.000 Flüchtlingen nur 3,7 Prozent einen Job, also weniger als 5000 Personen. Der rechtspolitische Sprecher der Menschenrechtsorganisation Pro Asyl, Bernd Mesovic, sieht in der zeitlichen Verkürzung des Arbeitsverbots daher einen „Schritt in die richtige Richtung“. Um Asylbewerbern den Einstieg in den Arbeitsmarkt zu erleichtern, fordert er außerdem eine Reihe weiterer Reformen: „Wir müssen die Asylbewerber unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus fördern, ihnen Sprach- und Integrationskurse anbieten.“ Derzeit erhält nur ein kleiner Teil der Flüchtlinge Unterstützung für solche Kurse.

Ein weiterer Stolperstein auf dem Weg zum Arbeitsmarkt für Asylbewerber ist die sogenannte Vorrangprüfung: Die Bundesagentur für Arbeit stimmt einer Arbeitsaufnahme nur dann zu, wenn die betreffende Stelle nicht durch einen deutschen oder EU-Bürger besetzt werden kann. Geduldete Ausländer, die nicht abgeschoben werden können, bekommen zudem erst nach vier Jahren Zugang zum deutschen Arbeitsmarkt.

Nadja Hirsch, integrationspolitische Sprecherin der FDP im Europäischen Parlament, geht in ihren Forderungen weiter als die geplante EU-Richtlinie: Sie will, dass Asylbewerbern „vom allerersten Tag an“ Zugang zum Arbeitsmarkt verschafft wird. „Es geht darum, die Leute schnellstmöglich zu integrieren. Und wo geht das schneller als im Arbeitsmarkt?“, sagte Hirsch der „Welt“. Außerdem spreche dafür ein „ganz banaler finanzieller Effekt“: Wer arbeitet, dem müsse man keine Leistungen zahlen.

Diese Forderung der FDP geht dann aber auch Europapolitikerin Monika Hohlmeier zu weit: Sie hält es für „vollkommen weltfremd“, Asylbewerbern ein sofortiges Arbeitsrecht einzuräumen. Zum einen kämen die meisten der Asylbewerber mit zu schlechten Sprachkenntnissen ins Land, und zum anderen hätte eine derart gelockerte Regelung fatale Folgen: „Der Asylmissbrauch würde um ein Vielfaches zunehmen in Deutschland.“ CSU-General Dobrindt formulierte es im Gespräch mit dieser Zeitung ähnlich: „Das Grundrecht auf Asyl gilt für verfolgte Menschen, nicht für Wirtschaftsflüchtlinge.“ Diese Linie vertritt auch Bayerns Ministerpräsident Horst Seehofer (CSU). Am deutlichsten hatte er es beim Deutschlandtag der Jungen Union in Potsdam Ende 2010 gesagt: „Wir wollen nicht zum Sozialamt für die ganze Welt werden.“

Mesovic von Pro Asyl weist indes auf ein ganz anderes Problem hin. Denn oftmals kämen auch Flüchtlinge nach Deutschland, die gut ausgebildet seien. Im Zuge der langwierigen Bewerbung um Asyl und des erschwerten Zugangs zum Arbeitsmarkt komme es aber regelrecht zu einer „Dequalifizierung“ dieser Menschen, kritisierte Mesovic im Gespräch mit der „Welt“. Hoch qualifizierte Ausländer landeten nach Jahren „im Zweifelsfall im Kiosk nebenan“, obwohl Deutschland ihre Fähigkeiten gut in anderen Bereichen gebrauchen könnte. Mesovic: „Was haben wir davon, wenn wir die Menschen so lange in Lagern halten, wo wir nichts für sie tun können?“

„Asyl gilt für verfolgte Menschen, nicht für Wirtschaftsflüchtlinge“ Alexander Dobrindt, CSU-Generalsekretär

Load-Date: September 12, 2012

Wichtige Vorbilder

Die Welt

Dienstag 4. Dezember 2012

Copyright 2012 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT

Section: WIRTSCHAFT; Kommentar; S. 9; Ausg. 284

Length: 266 words

Byline: Dorothea Siems

Body

Die deutsche Fußballnationalmannschaft gilt als Paradebeispiel für eine gelungene Integration. Ob deutsche, polnische, afrikanische oder türkische Wurzeln - auf dem Platz zählt nur der Erfolg, und um zu siegen, braucht es ein gutes Zusammenspiel. Doch auch an anderen Arbeitsplätzen funktionieren in den allermeisten Fällen die Teamarbeit. Deshalb ist die Eingliederung in den Arbeitsmarkt auch so entscheidend für eine erfolgreiche Zuwanderungsbilanz. Und es ist erfreulich, dass Deutschland hier in der vergangenen Dekade deutlich aufgeholt hat: Der Anteil erwerbsloser Migranten ist in den meisten Industrieländern höher als in Deutschland. Die Tatsache, dass zunehmend höher Qualifizierte, angezogen vom deutschen Jobwunder, ins Land kommen, dürfte die Beschäftigungslage der Migranten in den nächsten Jahren weiter verbessern.

Wo eine erfolgreiche Integration allerdings weiter auf sich warten lässt ist im Öffentlichen Dienst. Und dies liegt keineswegs an den Zuwanderern selbst, wie deren Abschneiden in der privaten Wirtschaft zeigt. Die OECD sieht die Schuld eindeutig bei der Politik, die lange Jahre übersehen hat, welche enorme Signalwirkung von türkischen Polizisten, polnischen Lehrerinnen oder schwarzen Ärzten ausgeht. Denn solche Vorbilder regen nicht nur zur Nachahmung an. Sie geben den Migranten zudem das Gefühl, ein gleichberechtigtes Mitglied dieser Gesellschaft zu sein. Denn viele der Stellen im Öffentlichen Dienst sind mit sozialem Prestige verbunden. Wer sich anstrengt, sollte die Chance haben, einen dieser begehrten Posten zu bekommen - unabhängig von seiner Herkunft.

Load-Date: January 26, 2013

Rösler: Asylproteste schrecken Fachkräfte ab; Neue Demonstrationen in Berlin-Hellersdorf gegen Flüchtlingsheim. Wirtschaftsminister fürchtet Imageschaden

Die Welt

Montag 26. August 2013

Copyright 2013 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK; S. 4; Ausg. 198

Length: 760 words

Byline: Martin Greive

Body

Bundeswirtschaftsminister Philipp Rösler (FDP) warnt angesichts der Proteste gegen das **Flüchtlingsheim** in Berlin-Hellersdorf vor einem Imageschaden für Deutschland im Ausland. „Hier darf kein falscher Eindruck entstehen. Fremdenhass hat in Deutschland nichts zu suchen“, sagte Rösler der „Welt“.

Im Laufe der Woche hatte es in Berlin-Hellersdorf mehrere Demonstrationen rechter Gruppen gegen ein neu eröffnetes **Flüchtlingsheim** gegeben. Rösler sorgt sich insbesondere, dass die Bilder aus Hellersdorf ausländische Fachkräfte von einem Zuzug nach Deutschland abhalten könnten. „Gerade unsere Wirtschaft ist mehr denn je auf qualifizierte Fachkräfte aus dem Ausland angewiesen“, sagt der FDP-Chef.

„Deutschland sei ein weltoffenes Land. Wir alle wollen, dass das so bleibt“, fügte Rösler, der vietnamesische Wurzeln hat, hinzu. Der FDP-Chef lobte die Proteste gegen die Rechtsradikalen. „Deshalb ist es gut, dass gegen das Auftreten der Rechtsradikalen in Berlin protestiert wird. Das ist ein klares Zeichen und trägt zur Willkommenskultur in unserem Land bei.“ Das Wirtschaftsministerium hatte sich vor einigen Wochen mit dem Arbeitsministerium auf eine Positivliste geeinigt, welche die Einwanderung von Fachkräften aus dem Ausland erleichtern soll. Die beiden Ministerien führen 18 Berufsgruppen auf, bei denen der Mangel an Arbeitskräften so groß ist, dass auch Auszubildende aus Nicht-EU-Staaten künftig von der Bundesagentur für Arbeit auf Stellen in Deutschland vermittelt werden können.

Bereits seit Wochen gibt es im Berliner Bezirk Hellersdorf Auseinandersetzungen um die Asylunterkunft in einer ehemaligen Schule, die über Berlin und Deutschland hinaus für Ängste und Befürchtungen gesorgt hatten. In dem Flüchtlingsheim waren zunächst 40 Menschen aus Syrien, Afghanistan und dem Balkan untergebracht worden. In der Notunterkunft sollen insgesamt rund 200 Flüchtlinge leben.

Rösler : Asylproteste schrecken Fachkräfte ab Neue Demonstrationen in Berlin-Hellersdorf gegen Flüchtlingsheim. Wirtschaftsminister fürchtet Imageschaden

In den vergangenen Tagen hatten sich immer wieder Unterstützer und Gegner in der Nähe des Heimes für Flüchtlinge versammelt. Am Samstag hatten rund 150 NPD-Anhänger in der Nähe der Unterkunft demonstriert, rund 700 Gegendemonstranten stellten sich den Rechtsradikalen entgegen.

400 Beamte waren in Hellersdorf im Einsatz. Insgesamt verliefen die Proteste friedlich, vereinzelt kam es zu Ausschreitungen. Vier Polizisten und ein Demonstrant wurden bei den Ausschreitungen verletzt. Zehn Menschen wurden vorläufig festgenommen, unter anderem wegen Volksverhetzung.

Grünen-Fraktionschef Jürgen Trittin erinnerte angesichts der Proteste an frühere Ausschreitungen gegen Ausländer, von Rostock-Lichtenhagen bis Hoyerswerda. „Da ist ein von Rechtsradikalen aufgeheizter Mob, der gegen die Anwesenheit der Flüchtlinge demonstriert“, sagte er dem „Tagesspiegel“. Er sei „sehr froh, dass die Polizei so präsent“ sei, sagte Trittin. „Man muss klare Kante gegen Fremdenfeindlichkeit zeigen.“ Auch der Präsident des Zentralrats der Juden, Dieter Graumann, sagte, er müsse bei den Bildern aus Berlin-Hellersdorf an Rostock-Lichtenhagen und Hoyerswerda denken. Graumann äußerte in der „Bild“-Zeitung „Ekel“ über die fremdenfeindlichen Aktionen.

Nach den tagelangen Protesten will sich nun das Berliner Abgeordnetenhaus mit der Lage der Asylsuchenden befassen. Linke und Grüne wollen am Montag im Innenausschuss das Thema auf die Tagesordnung setzen. Die Berliner CDU-Spitzenkandidatin für die Bundestagswahl, Monika Grütters, mahnte ihre Partei, mit dem Thema Asyl offener umzugehen. Rechtsextreme Parteien redeten den Leuten ein, Asylbewerber würden ihnen etwas wegnehmen, sagte sie der Zeitung „BZ am Sonntag“. „Dabei haben wir das, was diese Menschen benötigen, im Überfluss: Geld, Sozialleistungen, Wohnraum, Jobs.“ Der Berliner Senat rechnet bis zum Jahresende mit noch mehr Platzbedarf für die Unterbringung von Flüchtlingen in der Hauptstadt, in Hellersdorf wie auch in anderen Bezirken.

Trotz der Proteste sei die Stimmung in der Bevölkerung gegenüber Flüchtlingen weniger aufgeladen als in den 90er-Jahren, als Zehntausende vor dem Jugoslawienkrieg nach Deutschland flüchteten, sagte der Politikwissenschaftler Bernd Ladwig der Nachrichtenagentur dpa. Anders als damals hätten jetzt auch alle etablierten Parteien klargemacht, dass die Flüchtlinge Respekt verdienen. „Das ist ein Fortschritt.“ An dem Protest gegen die Rechten beteiligten sich die Fraktionschefin der Grünen im Bundestag, Renate Künast, Bundestagsvizepräsidentin Petra Pau (Linkspartei) und Piraten-Politikerin Marina Weisband.

„Fremdenhass hat in Deutschland nichts zu suchen“ Philipp Rösler (FDP), Bundeswirtschaftsminister

Graphic

AFP/ODD ANDERSEN

Ultrarechte NPD-Demonstranten mit Deutschlandfahnen auf einer der Demonstrationen gegen das Heim in Hellersdorf

ODD ANDERSEN

Load-Date: August 26, 2013

NSA-Affäre: Snowden hat den Flughafen in Moskau verlassen. Und in den USA wächst die Kritik am Vorgehen der Geheimdienste; Russlands brisanter Neuzugang; Moskau gewährt dem ehemaligen US-Geheimdienstmann Edward Snowden Asyl für ein Jahr. Noch weiß keiner, was er tun wird - doch er hat schon sein erstes Jobangebot

Die Welt

Freitag 2. August 2013

Copyright 2013 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK; S. 4; Ausg. 178

Length: 1312 words

Byline: Julia Smirnova

Uwe Schmitt

Body

Moskau

Snowden Edward Joseph steht dort in kyrillischen Buchstaben geschrieben. Anatoli Kutscherena, der Anwalt des ehemaligen US-Geheimdienstmannes, hält eine Kopie des Passes in die Höhe, den die russischen Behörden soeben ausstellten. Die Fernsehteams und Fotografen, die seit Wochen rund um die Uhr am Moskauer Flughafen Scheremetjewo Stellung halten, dokumentieren den Existenznachweis des Gespenstes gierig. Denn Snowden selbst haben die Journalisten auch heute nicht zu Gesicht bekommen.

Einen Monat lang war das Phantom im Transitbereich von Scheremetjewo untergetaucht, und genauso unbeobachtet überquerte es die russische Grenze. Kutscherena erklärte vor den Kameras, dass sein Mandant den Flughafen bereits verlassen habe. Möglich war das, so der Anwalt, weil Russland Snowden vorläufiges **Asyl** für ein Jahr gewährt hat. Die Bescheinigung der russischen **Migrationsbehörden**, die er vorlegte, ist bis zum 31. Juli 2014 gültig. Später zeigte das russische Staatsfernsehen ein Foto, auf dem zu sehen ist, wie Snowden in ein Auto steigt. Er hat ein blaues Hemd an und trägt einen Rucksack. Wikileaks bestätigte auf Twitter, dass Snowden in Russland **Asyl** erhalten habe. Er werde von der Anwältin Sarah Harrison begleitet. Angeblich ist er mit einem Taxi weggefahren, wie sein russischer Anwalt Kutscherena mitteilte. „Er hat in Russland Freunde, Amerikaner, die sich um seine Sicherheit kümmern werden“, erklärte Kutscherena im russischen Fernsehen. Wohin der US-Spionage-Enthüller gefahren ist, bleibt ein Geheimnis. Sein Anwalt sagte nur, dass er an „einen sicheren Ort“ gebracht worden sei.

NSA-Affäre: Snowden hat den Flughafen in Moskau verlassen. Und in den USA wächst die Kritik am Vorgehen der Geheimdienste Russlands brisanter Neuzugang Moskau g....

„Er ist der meistgesuchte Mensch auf der Erde“, sagte Kutscherena der „Welt“. Es gebe kein Massenmedium, das sich nicht dafür interessieren würde, wo Edward Snowden wohne, so der Anwalt. „Edward und ich, wir glauben natürlich nicht, dass sie alle CIA-Agenten sind. Aber wir können die Informationen nicht bekannt geben, denn wir sehen, was passiert, und wir verstehen, dass seine Sicherheit bedroht ist.“

Snowden könne jetzt frei und selbst bestimmen, wo er in Russland wohnen wolle - von Wladiwostok bis Kaliningrad stehe ihm alles offen, sagte Kutscherena. „Er kann sich ein Hotelzimmer, eine Wohnung, ein Haus mieten oder in einer Strohütte wohnen, er ist absolut frei. Er hat tatsächlich nicht besonders viel Geld, aber genug, um sein Essen zu bezahlen.“ Dabei hat Snowden bereits sein erstes Jobangebot: Der Chef der russischen Version von Facebook, ein Portal namens Vkontakte, unterbreitete es. „Wir laden Edward nach Sankt Petersburg ein und würden uns freuen, wenn er sich unserem Programmierer-Team anschließen will“, schrieb Parel Durow auf seiner Seite. Ob Snowden weiß, das Vkontakte mutmaßlich mit den russischen Behörden zusammenarbeitet, wie eine Zeitung unlängst berichtete?

Im Transitbereich des Flughafens hat Snowden jedenfalls angefangen, die russische Sprache zu lernen, seinen Namen in den Papieren dürfte er deshalb bereits auf Kyrillisch lesen können. Kutscherena brachte ihm Bücher von Fjodor Dostojewski und Anton Tschechow, damit der Amerikaner durch die Lektüre der russischen Klassiker mehr über das Land erfährt. Von „Schuld und Sühne“ sei Snowden „begeistert“ gewesen, sagte der Anwalt. Außerdem interessiere er sich sehr für russische Geschichte. Snowden habe ein Buch des Historikers Nikolai Karamsin verschlungen und daraufhin um das Gesamtwerk gebeten. Doch die Zeit, um alle zwölf Bände zu lesen, war ihm nicht geblieben. Die russischen Behörden entschieden für ihre Verhältnisse ungewöhnlich schnell über sein Asyl. „Das war für ihn heute eine Überraschung“, bestätigte Kutscherena. Das vorläufige Asyl ist ein Status, der in Russland Flüchtlingsbewerbern für zwölf Monate gewährt wird, die aus humanitären Gründen nicht ausgewiesen werden dürfen. Es kann jedes Jahr verlängert werden. Nach fünf Jahren könnte Snowden eine russische Staatsbürgerschaft bekommen.

Die USA fordern von Russland die Auslieferung von Snowden, nachdem er Informationen über mehrere Ausspähprogramme enthüllte. Doch Moskau hat eine Auslieferung abgelehnt. Der IT-Spezialist war am 23. Juni in Moskau gelandet und hatte ursprünglich vor, weiter nach Lateinamerika zu reisen. Die US-Behörden erklärten seinen Pass für ungültig. Der russische Präsident Wladimir Putin hatte dann erklärt, Snowden könne in Russland bleiben, wenn er „unseren amerikanischen Partnern“ nicht weiter schadet. Es darf bezweifelt werden, dass Putin auf die Einhaltung dieser Bedingung beharrt. Schließlich hat die britische Zeitung „Guardian“ soeben neue brisante Informationen enthüllt, die Snowden dem Blatt geliefert hatte. Sein Anwalt erklärte, dass sich Snowden an sein Versprechen halte. „Ich kann ganz eindeutig sagen, dass er aus dem Flughafen keine Dokumente an Journalisten weitergegeben hat.“ Die Dokumente, die im „Guardian“ veröffentlicht wurden, habe er bereits in Hongkong übergeben.

Der Fall Snowden belastet die Beziehungen zwischen Russland und den USA, die ohnehin nicht im besten Zustand sind. Für September ist ein Besuch des US-Präsidenten in Moskau geplant, anschließend reist Barack Obama weiter zum G-20-Gipfelfreffen nach Sankt Petersburg. In den vergangenen Wochen spekulierten russische Medien darüber, dass Obama den Besuch in Moskau absagen könnte, falls Russland seine Position zu Snowden nicht verändere.

Der Kreml versucht nun, die Gewährung des Asyls für den US-Enthüller herunterzuspielen. Putins außenpolitischer Berater Juri Uschakow bezeichnete den Fall als eine „ziemlich unbedeutende Angelegenheit“. Es habe keine Hinweise, dass Obama seinen Besuch absagen werde. Doch US-Senator Robert Menendez, der dem einflussreichen Auswärtigen Ausschuss vorsteht, sprach von einem „Rückschlag“ für die Beziehungen mit Russland. Snowden gehöre eindeutig vor ein US-Gericht und verdiene kein Asyl in Russland.

Für Russland, das wegen Menschenrechtsverletzungen in der Kritik steht, stellt das Asyl für Snowden einen Propaganda-Erfolg dar. „Was heute passiert ist, ist sehr wichtig für uns alle. Russland hat gegenüber einem amerikanischen Staatsbürger seine humanitäre Pflicht erfüllt“, erklärte Kutscherena. „Wir müssen uns nicht vor möglichen Sanktionen fürchten. Es wäre schlimmer gewesen, wenn wir das Gesetz gebrochen hätten.“ Der Anwalt

NSA-Affäre: Snowden hat den Flughafen in Moskau verlassen. Und in den USA wächst die Kritik am Vorgehen der Geheimdienste Russlands brisanter Neuzugang Moskau g....

kümmert sich nun um eine Einladung für Snowdens Vater nach Russland. „Das ist sehr wichtig für Edward, ihr Verhältnis ist eng.“

Tausende Kilometer entfernt bekannte sich der Vater soeben noch einmal zu seinem Sohn. „Er weiß, dass er das Richtige getan hat“, sagte Lon Snowden, 52, der „Washington Post“. In seinem ersten Zeitungsinterview verriet Snowden senior, Beamte des FBI hätten ihn zwei Tage nach Edwards Flucht vier Stunden lang verhört und ihn zu einem baldigen Besuch in Moskau ermuntert. Aber Lon Snowden wollte sich nicht von den US-Behörden als Handlanger instrumentalisieren lassen und entschied sich dagegen.

Im Interview erzählt er, Edward sei in einer „patriotischen Familie“ in einem Vorort in Maryland aufgewachsen und „liebe dieses Land“. Was seinen Sohn bewog, Staatsgeheimnisse zu verraten, könne er nicht sagen. Edward habe bei Besuchen nie über seine Arbeit gesprochen, selbst seine Freundin nannte ihn „geheimnisvoll“. Edward sei ein „sanftes“, hochintelligentes Kind gewesen. Sein späterer jäher Aufstieg vom Wachmann in einer Universität zur Geheimdienstarbeit überraschte den Vater offenbar nicht. „Jemand muss in diesem brillanten 23 Jahre alten Mann etwas gesehen haben.“

Lon Snowden wünscht sich mittlerweile, dass Edward in Russland bleibt. „Wenn er in die USA zurückkehrt, wird man ihn schrecklich behandeln.“ Als Vater schmerze es ihn, was Edward auf sich genommen habe. Er wüsste, sein Sohn hätte im Paradies in Hawaii mit seiner schönen Freundin einfach von einem fetten Gehaltsscheck angenehm leben können: „Aber als amerikanischer Bürger bin ich absolut dankbar für das, was er getan hat.“

Graphic

REUTERS/GRIGORY DUKOR

Russische Polizisten bewachen den Eingang der venezolanischen Botschaft in Moskau - das südamerikanische Land hatte Edward Snowden Asyl angeboten

AP/APTN

Lon Snowden, der Vater des Ex-Geheimdienstmannes Edward Snowden

GRIGORY DUKOR

AZ JW**LON**

Load-Date: August 2, 2013

Ein Doppel-Pass hilft auch nicht immer; Die Koalition plant die doppelte Staatsbürgerschaft für hier geborene Türken. Ankara reicht das nicht. Und was ist mit der Wehrpflicht?

Die Welt

Freitag 29. November 2013

Copyright 2013 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK; S. 6; Ausg. 279

Length: 1346 words

Byline: Boris Kálnoky

Matthias Kamann

Body

Istanbul/Berlin

Die türkische Regierung gesellt sich zu deutschen Arbeitgebern und Verbänden: Auch Ankara ist unzufrieden mit dem Koalitionsvertrag von Union und SPD. Und das, obwohl die Koalitionäre einer alten türkischen Forderung entsprechen und sich vornehmen, in der kommenden Legislaturperiode das deutsche Staatsbürgerschaftsrecht zugunsten junger Deutschtürken zu ändern. Die entsprechende Formulierung im Koalitionsvertrag lautet: „Für in Deutschland geborene und aufgewachsene Kinder ausländischer Eltern entfällt in Zukunft der Optionszwang und die Mehrstaatigkeit wird akzeptiert.“

Beseitigt werden soll damit eine Vorschrift, über die sich besonders die türkische Regierung in der Vergangenheit immer wieder erregt hatte. Bisher nämlich müssen viele in Deutschland geborene **Migrantenkinder**, die mit der Geburt zunächst sowohl den deutschen als auch beispielsweise den türkischen Pass bekommen, sich bis zu ihrem 23. Geburtstag entscheiden („Optionszwang“), welche der beiden Staatsangehörigkeit sie behalten wollen. Sie müssen also zwischen der deutschen und der türkischen Staatsangehörigkeit wählen - und wenn sie das nicht tun, dann geht automatisch der deutsche Pass verloren.

Hiervon waren in diesem Jahr die ersten jungen Erwachsenen betroffen. Nach Angaben des Bundesinnenministeriums standen 2013 insgesamt 3400 Menschen vor der Wahl zwischen den beiden Pässen. Und mindestens 176 von ihnen kam der deutsche Pass durch die Regelung abhanden, weil sie die mit dem 23. Lebensjahr anstehende Wahlpflicht missachteten oder übersahen. Das aber soll künftig nicht mehr passieren: Die doppelte Staatsbürgerschaft bleibt den nach 1990 geborenen Menschen auf Dauer erhalten, wenn das von der

Ein Doppel-Pass hilft auch nicht immer Die Koalition plant die doppelte Staatsbürgerschaft für hier geborene Türken. Ankara reicht das nicht. Und was ist mit de....

großen Koalition geplante Gesetz beschlossen wird. In dieser Migrantengruppe kann man also bis ans Lebensende zwei Pässe besitzen.

Doch das ist der türkischen Regierung zu wenig. Denn CDU und CSU sorgten dafür, dass im Koalitionsvertrag noch ein weiterer Satz steht: „Im Übrigen bleibt es beim geltenden Staatsangehörigkeitsrecht.“ Das heißt, dass die doppelte Staatsbürgerschaft nur den hier geborenen und aufgewachsenen Migranten dauerhaft möglich ist. Wer hingegen nicht in Deutschland geboren und aufgewachsen ist, sondern erst im Erwachsenenalter zuwandert und dann den deutschen Pass haben möchte, muss bei der hiesigen Einbürgerung den ausländischen Pass abgeben. Ausnahmen gelten hierbei lediglich für EU-Bürger (was die Türken nicht sind), für Schweizer sowie Migranten aus Staaten, die sich weigern, ihre Bürger aus der eigenen Staatsbürgerschaft zu entlassen. Da die Türkei aber eine Aufgabe ihrer Staatsbürgerschaft erlaubt, können Türken, die nach Deutschland einwandern und rechtliche Deutsche werden wollen, auch weiterhin nicht die Pässe beider Staaten halten.

Zwar gibt es Lob aus der Türkei dafür, dass der Optionszwang bei den in Deutschland Geborenen entfallen soll: „Natürlich begrüßen wir das“, sagte der Sprecher des türkischen Außenamtes, Levent Gümrükcü, und die Zeitung „Vatan“ titelte gar: „Sieg der Türken.“ Aber der türkische Botschafter in Berlin, Hüseyin Avni Karsioğlu, sagte der Zeitung „Zaman“, die türkische Gemeinschaft in Deutschland sei enttäuscht von der Entscheidung. Man habe mehr erwartet, nämlich, dass alle langfristig in Deutschland lebenden Türken ein Recht auf doppelte Staatsbürgerschaft bekämen. Gar als „menschenrechtswidrig“ bezeichnete Vizeministerpräsident Bekir Bozdag nach Angaben der Nachrichtenagentur Anadolu die Verhinderung einer generellen Doppel-Pass-Freigabe. Die Abschaffung des Optionszwangs bei den jungen Deutschtürken nannte Bozdag einen zwar „positiven, aber halben Schritt“. Der müsse „vervollständigt werden, weil die doppelte Staatsbürgerschaft die wesentliche Forderung der Türken ist“.

Dieses Begehren liegt für die Türkei insofern nahe, als man dort ohne Weiteres zwei Staatsbürgerschaften besitzen kann, auch dann, wenn man erst als Erwachsener einwandert und sich dann dort einbürgern lassen will. Allerdings ist es dort schwerer, die türkische Staatsbürgerschaft überhaupt zu bekommen. Während Deutschland den erwachsenen Migranten den hiesigen Pass offensiv anbietet - auch wenn dann der türkische Pass verloren geht -, haben es Einbürgerungswillige in der Türkei deutlich schwerer.

Selbst Deutsche, die seit vielen Jahren in der Türkei leben, die mit Türken verheiratet sind und deren Kinder somit türkische Staatsbürger sind, müssen die türkische Staatsbürgerschaft erst einmal beantragen. Und entschieden wird darüber jeweils vom Ministerrat. Überdies gibt es in der Türkei kein automatisches Recht auf Staatsbürgerschaft für Ausländerkinder, die in der Türkei geboren wurden und aufwuchsen. Es existiert also kein Äquivalent dessen, was in Deutschland schon seit Jahren gilt, dass nämlich die im Inland geborenen Migrantenkinder erst einmal auch den inländischen Pass bekommen.

Wenn aber nun in Deutschland die hier geborenen und aufgewachsenen Deutschtürken lebenslang beide Pässe haben dürfen, stellt sich für die jungen Männer ein kniffliges Problem. Nämlich bei der Wehrpflicht, genauer: dass es die Wehrpflicht in Deutschland nicht mehr gibt. In der Türkei hingegen gibt es sie und wegen der Wehrpflicht-Abschaffung in Deutschland haben die Doppel-Pass-Deutschtürken nun nicht mehr die Möglichkeit, mithilfe der Bundeswehr oder des Zivildienstes der türkischen Armee zu entgehen.

Bisher war das möglich. Denn die Türkei erkennt bei jungen Türken mit einer zweiten Staatsbürgerschaft den im anderen Land geleisteten Wehrdienst als Abgeltung der türkischen Wehrpflicht an. Der Bundeswehrdienst also ersetzt den Dienst in der türkischen Armee. Da es jetzt aber in Deutschland keine Wehrpflicht mehr gibt, sind die jungen Deutschtürken mit Doppel-Pass verpflichtet, den türkischen, je nach Art sechs- bis 15-monatigen Dienst zu absolvieren. Jedenfalls dann, wenn sie nicht willens oder in der Lage sind, 6000 Euro zu bezahlen. Damit kann man sich in der Türkei vom Wehrdienst freikaufen.

Diese Regelung besteht seit Langem, die Summe wurde aber immer wieder geändert, zuletzt von der gegenwärtigen AKP-Regierung, die den Betrag von 5000 auf 10.000 Euro erhöhte, ihn dann aber wieder auf 6000 Euro senkte. Der Grund für diese Ermäßigung war, dass zu viele Auslandstürken lieber ihren türkischen Pass abgaben, als 10.000 Euro zu bezahlen. Es gibt in Ankara derzeit offenbar keine Pläne, etwas an der bestehenden

Ein Doppel-Pass hilft auch nicht immer Die Koalition plant die doppelte Staatsbürgerschaft für hier geborene Türken. Ankara reicht das nicht. Und was ist mit de....

Regelung zu ändern. Kein Wunder: Seit 1995, das ergab vor einiger Zeit eine parlamentarische Anfrage, sind auf diese Weise rund 1,2 Milliarden Euro in die Staatskasse eingezahlt worden.

Insofern ist es unwahrscheinlich, dass demnächst die Bundesregierung etwas am Wehrdienst-Freikauf in der Türkei ändern könnte. An sich muss Deutschland, wenn die doppelte Staatsbürgerschaft bei Deutschtürken um sich greift, mit der Türkei in Verhandlungen klären, wie man damit umgeht, dass es die Wehrpflicht in der Türkei gibt, in Deutschland aber nicht. Es ist aber kaum damit zu rechnen, dass die Türkei alle Doppel-Pass-Deutschtürken aus der Wehrpflicht entlässt und sich somit die für den türkischen Fiskus so lukrativen Einnahmen aus dem 6000-Euro-Freikauf entgehen lässt. Andererseits ist schwer vorstellbar, dass die Bundesrepublik es einfach hinnimmt, dass alle Doppel-Pass-Deutschtürken ohne 6000 Euro in die türkische Armee eingezogen werden.

Es gibt natürlich noch eine andere Möglichkeit: Die jungen männlichen Migranten, die in Deutschland geboren und aufgewachsen sind, entscheiden sich für nur eine Staatsangehörigkeit: die deutsche, um der türkischen Wehrpflicht zu entgehen. Damit rechnet Faruk Sen, Vorsitzender der türkischen Türkei-Europa-Stiftung (Tavak). Er glaubt angesichts der gegenwärtigen rechtlichen Lage, dass von den 30.000 Deutschtürken, die nach seinen Erhebungen vom neuen Recht auf doppelte Staatsbürgerschaft betroffen sind, bei den Männern nur ein kleinerer Teil am Ende wirklich beide Pässe behält. Um nicht von der Türkei in Sachen Wehrdienst abkassiert zu werden.

„Die Abschaffung des Optionszwangs ist nur ein halber Schritt“ Bekir Bozdag, türkischer Vizepremier

Graphic

dpa/Michael Kappeler

Die Grünen sind schon lange dafür: Parteichef Cem Özdemir (M.) und die Berliner Landesvorsitzende Bettina Jarasch demonstrierten Anfang November für den Doppel-Pass

Michael Kappeler

Load-Date: November 29, 2013

Zuwanderer machen Deutschland interessant; Eine Studie unterstellt den Bürgern große Skepsis gegenüber Migration. Dabei erweisen sie sich vor allem als problembewusst

Die Welt

Dienstag 18. Dezember 2012

Copyright 2012 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT

Section: POLITIK; S. 5; Ausg. 296

Length: 903 words

Byline: Thomas Vitzthum

Highlight: Die Altersgruppe zwischen 14 und 29 Jahren kann einem hohen Zuwandereranteil mehrheitlich Gutes abgewinnen

Body

Neukölln ist überall!,, Ja, wenn es doch nur so wäre. Für viele junge Berliner und solche, die Berliner werden wollen, klingt der Titel des Buches von Neuköllns Bürgermeister Heinz Buschkowsky überhaupt nicht nach einer Warnung. Sondern eher nach einer Verheißung. Neukölln, das verbinden sie nicht mit sozialem Brennpunkt, mit Bildungsprekariat und Banden arabischer Jugendlicher. Neukölln, das ist für sie ein Stadtteil bunter Lebensentwürfe, mit (noch) bezahlbaren Mieten, mit einem freundlichen Gemüsehändler an jeder Ecke. Urlaub vom Gewöhnlichen.

Neukölln ist auch in Frankfurt. Etwa in der Münchener Straße im Bahnhofsviertel. Wo ein DJ griechischer Herkunft im vergangenen Jahr mit dem "Plank" eine Bar zwischen den vielen oft von **Migranten** betriebenen kleinen Läden eröffnet hat. Schon tagsüber drückt sich viel junges, durchgestyltes Publikum auf den Hockern vor edlen grauen Wänden. Der Banker neben dem Studenten.

Es wäre reizvoll, wenn die Auftraggeber der aktuellen Studie über die Willkommenskultur in Deutschland einmal nur solche Stadtteile in den Blick nehmen würden, die für die einen Problemviertel, für die anderen Szenequartiere sind. Wahrscheinlich würde die Sicht auf die dort als Ureinwohner firmierenden Migranten gerade unter den jüngeren Befragten noch positiver ausfallen, als es ohnehin schon der Fall ist.

Eine Studie von TNS Emnid im Auftrag der Bertelsmann Stiftung hat ergeben, dass 85 Prozent der Bürger zwischen 14 und 29 Jahren finden, dass Zuwanderung das Leben in Deutschland interessanter macht. Unter den über 60-Jährigen meinen dies nur 61 Prozent. Damit offenbart die Generation, die in Ausländern nicht mehr den Gastarbeiter sieht, sondern den Klassenkameraden, Kollegen, Freund oder Nachbarn, ein bemerkenswert offenes Verhältnis zur Zuwanderung.

Zuwanderer machen Deutschland interessant Eine Studie unterstellt den Bürgern große Skepsis gegenüber Migration. Dabei erweisen sie sich vor allem als problembe....

59 Prozent der Jüngeren sind zudem überzeugt, die Zuwanderung könne helfen, den Fachkräftemangel auszugleichen (45 Prozent der über 60-Jährigen). Auch wenn es um Probleme geht, bleiben die Jungen gelassener. 56 Prozent fürchten die sogenannte Zuwanderung in die Sozialsysteme, also zusätzliche Belastungen bei Hartz IV und Arbeitslosenversicherung. 46 Prozent erkennen Probleme an den Schulen. Hier äußern sich hingegen 74 Prozent der Älteren skeptisch. Fast ebenso viele (72 Prozent) fürchten um die Sozialsysteme.

Ob allerdings aus diesen Werten eine generelle Skepsis der Deutschen gegenüber Zuwanderern abzuleiten ist, wie es die Macher der Studie tun, muss man infrage stellen. In der repräsentativen Untersuchung wurde nämlich gefragt, ob man etwa der Auffassung sei, Zuwanderung führe eben zu Problemen an Schulen, zu Konflikten zwischen Einheimischen und Einwanderern oder zu Belastungen bei Hartz IV. Jemandem zu unterstellen, Migration nicht gutzuheißen, nur weil er dies bestätigt, darf schon beinahe als tendenziös bezeichnet werden. Konflikte sind Realität, täglich wird über sie berichtet. Ebenso wie über Probleme an Schulen. Aber diese Probleme haben viele Gesichter, sie sehen auch so aus, dass Zuwandererkinder weniger gut und ehrlich bewertet werden als deutschstämmige Kinder. Statt eines Sammelsuriums von Phobien dokumentieren die Zahlen vielmehr das hohe Problembewusstsein der Deutschen im Hinblick auf die große Aufgabe der Integration.

Dazu passt, dass 70 Prozent der Befragten fordern, dass mehr für Toleranz vor allem in den Schulen getan werden muss. Unter den bis 29-Jährigen sind es sogar 72 Prozent, die hier Handlungsbedarf sehen. Von einer Aufnahmeverweigerung von deutscher Seite, die nicht willens ist, Zuwanderer als Teil ihrer Gesellschaft wahrzunehmen, kann in Anbetracht dieser Zahlen nicht die Rede sein. Die Bürger wünschen sich in vielen gesellschaftlichen Bereichen sogar noch mehr Migranten. Aus Sicht von lediglich 27 Prozent gibt es etwa genügend Erzieher mit ausländischen Wurzeln; 28 Prozent meinen, bei der Polizei reiche ihre Zahl schon aus, und auch in der Politik bleibt Luft nach oben (32 Prozent).

Als wichtigste Aufgabe der Gesellschaft nennen die Befragten, ein ausreichendes Angebot an Sprachkursen (86 Prozent) sowie Sprachförderung von Kindern von Anfang an sicherzustellen. Auch die Benennung von Ansprechpartnern für rechtliche Fragen und Fragen des täglichen Lebens unterstützt eine überwiegende Mehrheit. Offenbar sehen die Bürger die Behörden und staatlichen Stellen hier in einer Bringschuld und erwarten nicht von den Migranten, dass die sich um alles selbst kümmern.

Dass sie die vorhandenen Angebote allerdings wahrnehmen, wird schon erwartet. Mit 96 Prozent und damit weit vor allen anderen Anforderungen rangiert das Lernen der deutschen Sprache. Bei den Jüngeren sind es sogar 98 Prozent, die hier keine Kompromisse eingehen. Von einer Art Schaufensterpolitik halten die Bürger dagegen wenig. Einbürgerungsfeiern erachten nur 26 Prozent als wichtig, auch ein Willkommenspaket mit Gutscheinen erscheint nur 35 Prozent sinnvoll. Die derzeitigen Gesetze reichen nach Meinung der Bürger aus. Die doppelte Staatsbürgerschaft pauschal allen Zuwanderern zu ermöglichen, befürworten nur 41 Prozent, und eine einfachere Einbürgerung erwarten ebenfalls nur 44 Prozent. Das liegt vielleicht daran, dass die Bürger ihre Mitbürger nicht mehr so sehr danach beurteilen, welchen Pass sie haben. Nur 50 Prozent erwarten von Migranten, dass sie früher oder später die deutsche Staatsbürgerschaft annehmen.

Bürger wünschen sich mehr Polizisten und Erzieher mit ausländischen Wurzeln

Load-Date: January 26, 2013

Die Unpassenden; Selbstversuch mit Krätze: Fernsehreporter lebten vier Wochen unter Asylbewerbern

Die Welt

Donnerstag 13. September 2012

Copyright 2012 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: KULTUR; S. 26; Ausg. 215

Length: 617 words

Byline: Ralf Dargent

Body

Der Umgang Deutschlands mit seinen Asylbewerbern ist zum Krätzekrieg geworden. So lautet das Fazit eines Selbstversuchs, den ein Team des RBB-Politikmagazins „Kontraste“ für eine in der ARD laufende Reportage unternommen hat. Die Reporter Caroline Walter und Bertram von Boxberg zogen für vier Wochen in ein von gut 100 Flüchtlingsen bewohntes Asylbewerberheim in Alsbach-Hähnlein, einer hessischen Gemeinde nahe Darmstadt. Die böse juckende Krätze, die Walter sich dabei einfing, hat auch ihre übertragene Bedeutung.

1991 griff ein Mob in Hoyerswerda über Tage Asylbewerber an und setzte damit den Auftakt zu einer bundesweiten Serie von Angriffen. Infolge dieser Schandtaten wurde Ende 1992 das deutsche Asylrecht drastisch beschränkt - und mit der sinkenden Flüchtlingszahl sank auch die Zahl der Übergriffe. Seit dem „arabischen Frühling“ steigen die Asylbewerberzahlen wieder spürbar. Doch die Flüchtlinge kommen in ein Land, in dem sich wenig am gesellschaftlichen Klima geändert zu haben scheint.

So ist da im Film etwa Hamid aus Afghanistan, der seit zwei Jahren in dem überbelegten Heim lebt. Er flüchtete nach Deutschland, weil die Taliban seinen Schwager ermordeten. Und was macht er hier? „Immer das Gleiche, was du machst, immer essen, trinken, schlafen oder fernsehen.“ Weil er lange genug da ist, dürfte Hamid eigentlich arbeiten. Doch einen Job findet er nicht. Mal ist der Job schon weg, bis die Behörden ihr Okay gegeben haben. Mal gibt es einen deutschen Bewerber, der dann vom Gesetz her vorgezogen werden muss.

In diesem Herbst soll eine Regelung in Kraft gesetzt werden, die Asylbewerbern erlaubt, nach neun Monaten und nicht mehr wie bisher nach einem Jahr eine Arbeit aufzunehmen. Die EU-Kommission wollte Deutschland sogar dazu bringen, schon nach sechs Monaten eine Arbeitserlaubnis zu erteilen - so wie in anderen Ländern.

Es erscheint nicht abwegig, dass die höheren deutschen Hürden der negativen Stimmung in der Gesellschaft geschuldet sein könnten. „Sie sind und bleiben Außenseiter“, sagte etwa eine Nachbarin in dem Film über die Asylbewerber. „Die passen nicht in unser System“, so ein Mann aus dem Ort. Und ein anderer hat seine Meinung zur staatlichen Hilfe. „Die kriegen alles in den Arsch geschoben.“ Dabei hat das Bundesverfassungsgericht erst im

Die Unpassenden Selbstversuch mit Krätze: Fernsehreporter lebten vier Wochen unter Asylbewerbern

Juli das mit dem „in den Arsch schieben“ als Kokolores entlarvt. Die Karlsruher Richter bezeichneten die staatlichen Hilfen Deutschlands für Flüchtlinge als für ein menschenwürdiges Existenzminimum nicht ausreichend und ordneten eine deutliche Erhöhung an.

Verbreitet ist das Argument, dass es nicht reizvoll sein dürfe, nach Deutschland zu fliehen. Das mag sein - doch muss deshalb jedes Gefühl des Willkommenseins verhindert werden? Der Film zeigt den Fall des 14-jährigen Binjam, der aus Eritrea über Italien nach Deutschland kam. Der dunkelhäutige Junge suchte für seine Familie nach einer vom Staat bezahlten Wohnung. Erfolglos. Was für den Asylbewerberbetreuer vom Landkreis auch erklärbar ist. „Es ist schwierig für farbige Menschen, hier eine Wohnung zu finden, ja.“

Die Autoren blenden in dem Film nicht aus, dass nicht alle Probleme im Zusammenleben in Deutschland zu suchen sind. Da gibt es etwa die Lehrerin, die ehrenamtlich Deutschkurse anbietet - und von ihren Schülern versetzt wird. Und die lethargische Stimmung im Heim provoziert auch die Frage, warum die Asylbewerber nicht selbst stärker ihre Interessen organisieren.

Am Ende des Selbstversuchs sagt die Reporterin Walter, sie sei „jetzt irgendwie durch, körperlich und mental irgendwie auch“. Dabei weint sie - und ist froh, mit dem Auto in ihr altes Leben zurückkehren zu können.

„Vier Wochen Asyl. Ein Selbstversuch mit Rückkehrrecht“. ARD, Donnerstag 21.45 Uhr

Load-Date: January 12, 2013

Wissen Kompakt; Wahrnehmung: Ost-Ampelmännchen sind besser erkennbar ++ Medizin: Forscher entdecken fünf neue Migräne-Gene ++ Archäologie: 3350 Jahre alte Holztreppe wird verlegt ++ Wetter: Aerosole bremsen Stürme über dem Nordatlantik

Die Welt

Montag 24. Juni 2013

Copyright 2013 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT

Section: WISSENSCHAFT; Kompakt; S. 20; Ausg. 144

Length: 668 words

Body

Wahrnehmung

Ost-Ampelmännchen sind besser erkennbar

Gehen oder Stehen? Wenn es darum geht, welche Signale für Fußgänger leichter zu lesen sind, liegen die Ost-Ampelmännchen vorne. Das zeigt ein Studie in „Plos one“. Claudia Peschke und ihr Team von der Jacobs University in Bremen hatten die Wahrnehmung von Probanden getestet. Um die Testpersonen zu verwirren hatten die Forscher beispielsweise das laufende grüne Ampelmännchen in rot dargestellt, oder das stehende rote Ampelmännchen in grün. Die Probanden sollten nun entweder nur auf die Farbe oder nur auf die Gestalt der Männchen achten - und mit einem Knopfdruck schnell die jeweilige Bedeutung „stehen“ oder „gehen“ angeben. Bei den Ost-Ampelmännchen fiel es ihnen wesentlich leichter, richtig auf die Form zu reagieren, als bei der Westvariante. Sollten die Probanden nur auf die Farbe achten, so reagierten sie schneller auf die West-Männchen. Das Fazit der Forscher: Die Gestalt der Ost-Ampelmännchen ist offenbar visuell prägnanter und damit wirksamer als die der West-Männchen. Als Signale im Straßenverkehr seien sie damit besser geeignet.

Medizin

Forscher entdecken fünf neue Migräne-Gene

Etwa 14 Prozent der Erwachsenen leiden unter Migräne. Ein internationales Forscherteam hat nun neue genetische Risikofaktoren für die Krankheit entdeckt - und erhofft sich davon gezieltere Behandlungsansätze. Die Wissenschaftler identifizierten fünf neue Genregionen, die für die Entstehung der Krankheit mitverantwortlich sein sollen. Die Studie, die in „Nature Genetics“ veröffentlicht wurde, stützt sich auf die Untersuchung von über 100.000 Probanden. Die Gene seien für die Steuerung von Nervenbotenstoffen und der Nervenregulation im Gehirn funktionell bedeutsam, sagte Mitautor Hartmut Göbel vom Migräne- und Kopfschmerzzentrum der Schmerzklinik

Wissen Kompakt Wahrnehmung: Ost-Ampelmännchen sind besser erkennbar ++ Medizin: Forscher entdecken fünf neue Migräne-Gene ++ Archäologie: 3350 Jahre alte Holztr....

Kiel. „Auf dieser Grundlage kann nun gezielt die Entwicklung neuer Behandlungsmethoden erfolgen, die präzise in die Entstehungsmechanismen der Migräne eingreifen.“

Archäologie

3350 Jahre alte Holzterappe wird verlegt

Über 3350 Jahre ist die älteste Holzterappe der Erde alt. Wie das Magazin „Geo“ berichtet, steht sie noch immer im Salzbergwerk von Hallstatt, wo sie durch das Salz konserviert worden ist. Nun aber muss die Holzterappe ausgelagert werden, weil sich der Fels um sie herum verschoben hat. Schon die Erbauer haben ans Zerlegen gedacht und eine Art Baukastensystem verwendet - Einzelteile ließen sich so leicht austauschen. Im Rahmen der Ausräum-Aktion soll die Terappe gründlich untersucht werden: unter anderem auf Erbgut-Spuren der frühen Bergleute, die vermutlich barfuß die Terappe auf- und abgingen, vermutet Hans Reschreiter vom Naturhistorischen Museum in Wien.

Wetter

Aerosole bremsen Stürme über dem Nordatlantik

Die Menge von Schwebestoffen in der Luft kann die Anzahl tropischer Stürme über dem Atlantik stark beeinflussen. So habe der Mensch mit der heftigen Emission der Partikel im 20. Jahrhundert wahrscheinlich zur Verringerung der Sturmneigung beitragen, heißt es in „Nature Geoscience“. Die strengeren Umweltschutzaufgaben in Europa seit den 1990er Jahren haben den Ausstoß von Schwefelpartikeln oder Feinstaub aber wieder reduziert. Seitdem nimmt auch die Anzahl der Stürme wieder zu. Forscher aus dem britischen Exeter untersuchten in Klima-Modellrechnungen die meteorologischen Bedingungen, unter denen sich Wirbeltürme bilden können - für einen Zeitraum zwischen 1860 und 2050. Dabei beobachteten sie, dass sich die Sturmneigung unter dem Einfluss der Aerosole im 20. Jahrhundert signifikant veränderte: Je mehr Staub in der Luft, desto weniger Stürme. „In diesem speziellen Fall ist es also nicht uneingeschränkt gut, dass man die Aerosole reduziert hat“, sagt Johannes Quaas, Professor für Theoretische Meteorologie an der Universität Leipzig. „Wirtschaftlich gesehen sind weniger Stürme wahrscheinlich besser, weil auch weniger Schäden entstehen.“ Für die Umwelt und die Gesundheit sei es dagegen natürlich viel besser, dass die Maßnahmen zur Aerosol-Reduktion gegriffen hätten.

Load-Date: June 24, 2013

Leserbriefe

Die Welt

Freitag 17. Mai 2013

Copyright 2013 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT

Section: FORUM; Leserbriefe; S. 2; Ausg. 113

Length: 520 words

Byline: Til Biermann

Body

Wichtiger Appell

Zu: „Migranten, lernt Deutsch!“ vom 14. Mai

In fast 43 Jahren meiner Tätigkeit als Lehrerin und Leiterin einer großen Grundschule mit vielen Migrantenkindern habe ich Erfahrungen mit Kindern machen können, deren Muttersprache Türkisch bzw. Arabisch ist. Nach Jahren einiger Fortschritte haben sich in der letzten Zeit die deutschen Sprachkenntnisse wieder verschlechtert. Ob es daran liegt, dass immer mehr Kinder zu Hause nur noch ihre Muttersprache sprechen, und auch auf den Konsum von Fernsehsendungen in deutscher Sprache verzichtet wird? Daher ist der Appell „Migranten, lernt Deutsch!“ in hohem Maße angebracht. Meiner Meinung nach müssten die Eltern viel intensiver in die Sprachförderung der Migrantenkinder einbezogen werden, vor allem die Mütter. Vorschulische Maßnahmen eignen sich dazu ganz besonders. In dem Zusammenhang denke ich an die Vorbereitungsklassen für schulpflichtige Kinder mit unzureichenden oder gar fehlenden deutschen Sprachkenntnissen oder auch die Schulkindergärten für schulpflichtige, aber noch nicht schulreife Kinder. Diese Einrichtungen haben sich vor Jahren gut bewährt, wurden leider abgeschafft.

Gabriele Gottbrath, Gladbeck

Die Unglücklichen

Zu: „Legt das Kopftuch ab“ vom 13. Mai

Der ganze Unsinn und Krampf islamischer Verschleierung wird besonders offenbar in heißen Urlaubsländern wie Zypern oder Bahrain. Da saßen dann im Hotelrestaurant ein bis zwei Unglückliche herum mit ihren Kopftüchern zwischen hübsch gekleideten nicht islamischen Urlauberinnen. Ihre Macho-Männer waren den hohen Temperaturen entsprechend gekleidet.

Dieter Rakete, per E-Mail

Leserbriefe

Das Wort 'Islam' stammt aus der arabischen Wurzel s-l-m; seine Grundbedeutung lautet Unversehrtheit. Zu diesem Wortstamm gehören auch die arabischen Wörter für Heil, Sicherheit und Frieden. Islam bedeutet demnach 'Hingabe an Gott'. Was ich damit sagen möchte: Das Kopftuch ist nicht nur eine Form der Hingabe an Gott, sondern trägt darüber hinaus noch dazu bei, Sicherheit, Frieden und Ordnung zu gewährleisten. Aber ein aufgezwungenes Kopftuch ist kein richtiger Weg.

Anna Tariq, per E-Mail

Schwere Autos

Zu: „Wer bremst, verliert“ vom 10. Mai

Ich fahre stark motorisierte Autos. Gleichwohl ist es ein Vergnügen entspannt mit 120/130 km/h auf holländischen, belgischen oder französischen Autobahnen zu fahren. Den „Zeitverlust“, max. eine Stunde auf 500 km, kalkuliere ich ein. Es kommt immer nur Gefahr auf, wenn ein Raser meint, die ruhig fahrende Kolonne „aufmischen“ zu müssen. Ich bin für ein generelles Tempolimit. Warum überhaupt stark motorisierte Fahrzeuge? Einen gewissen Komfort und hohe passive Sicherheit bekommen Sie nur in schweren Fahrzeugen. Und die sind halt stark motorisiert.

Rüdiger Stobbe, Aachen

Das ist wieder typisch für die linken Parteien SPD und Grüne. Ideologisch verbrämter Unsinn statt Fakten. Fakt ist, dass bei Autobahnen mit Limit die Unfallzahlen höher sind, als bei solchen ohne. Fakt ist auch, dass der CO₂-Ausstoß von Autos keinerlei Einfluss auf die Klimaveränderung hat. Diese wird fast ausschließlich durch die Sonnenaktivitäten verursacht.

Herbert Gaiser, per E-Mail

Load-Date: May 17, 2013

Schallende Ohrfeige; Jedem steht das Existenzminimum zu. Auch Asylbewerbern

Die Welt

Donnerstag 19. Juli 2012

Copyright 2012 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: FORUM; Kommentar; S. 3; Ausg. 167

Length: 326 words

Byline: Stefan Von Borstel

Body

Ein bisschen hungern, dann gehen die schon" - dieses Motto könne es ja wohl nicht sein, hatte Verfassungsrichter Ferdinand Kirchhof schon im Juni bei der mündlichen Verhandlung über das Asylbewerbergesetz festgestellt. Das Urteil kann daher nicht überraschen: Die Leistungen für die Flüchtlinge liegen unter dem Existenzminimum und müssen erhöht werden. Dem Gesetzgeber gaben die Richter auf, eine Neuregelung zu treffen. Darüber hinaus erhalten die Flüchtlinge ab sofort einen an Hartz IV angelehnten Satz.

Für die Bundesregierung ist das eine schallende Ohrfeige. Die Differenz zwischen den Leistungen für Asylbewerber und dem amtlichen Existenzminimum, dem Hartz-IV-Regelsatz, liegt bei 40 Prozent. Spätestens nach dem Urteil der Verfassungsrichter zur Neuberechnung des Hartz-IV-Satzes hätte der Bundesregierung klar sein müssen, dass es nicht angeht, dass in diesem Land 100.000 Menschen unterhalb des menschenwürdigen Existenzminimums leben. Das Existenzminimum steht deutschen und ausländischen Staatsangehörigen gleichermaßen zu. Es ist erschreckend, dass die höchsten Richter den Gesetzgeber daran erinnern müssen.

Das Asylbewerberleistungsgesetz wurde 1993 mit dem Ziel verabschiedet, die Zahl der Flüchtlinge zu begrenzen. Gerade einmal das Nötigste sollten sie bekommen, kein Geld, sondern nur Sachleistungen. Zudem wurde das Grundgesetz geändert. Die Zeiten, in denen Hunderttausende nach Deutschland kamen und Asyl beantragten, sind seitdem vorbei. Es ist auch nicht damit zu rechnen, dass sich nun wieder Hunderttausende aufmachen werden, weil sie jetzt in Deutschland 111 Euro mehr bekommen. Im Übrigen bleibt den Ländern unbenommen, statt Geld Sachleistungen zu gewähren. Asyl-Missbrauch ist daher nicht zu erwarten. Sicher, die höheren Sätze werden dem Staat eine Menge Geld kosten. Doch das Existenzminimum darf nicht angetastet werden, nur um Flüchtlinge abzuschrecken. Das hat das oberste Gericht nun klargestellt.

stefan.v.borstel@welt.de

Load-Date: September 12, 2012

Schallende Ohrfeige Jedem steht das Existenzminimum zu. Auch Asylbewerbern

End of Document

Kaukasische Terroristen entdecken Deutschland; Die Zahl tschetschenischer Asylbewerber steigt. Unter ihnen sind islamistische Extremisten. Deutsche Behörden sind alarmiert

Die Welt

Freitag 9. August 2013

Copyright 2013 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT

Section: POLITIK; S. 5; Ausg. 184

Length: 1228 words

Byline: Florian Flade

Martin Lutz

Body

Anfang Juli tauchte im Internet ein islamistisches Propagandavideo aus Tschetschenien auf, das deutsche Sicherheitsbehörden aufhorchen ließ. Zu sehen: Doku Umarow, selbst ernannter Emir des Kaukasus und Anführer der Terrorgruppe Kaukasisches Emirat. Der bullige Tschetschene, oft betitelt als der „russische Bin Laden“, drohte in der Videobotschaft mit Terroranschlägen während der Olympischen Winterspiele im südrussischen Sotschi im Februar kommenden Jahres.

„Sie wollen die Olympischen Spiele auf den Knochen unserer Vorfahren austragen, auf den Knochen so vieler Muslime, die auf unserem Boden entlang des Schwarzen Meeres vernichtet und verbrannt wurden“, sagte Umarow. Als Mudschahed sei man verpflichtet, dies mit allen Methoden zu verhindern, die Allah erlaubt habe.

Den deutschen Verfassungsschutz versetzte der Aufruf Umarows gleich aus zwei Gründen in erhöhte Alarmbereitschaft: Schon heute leben nach Erkenntnissen des Inlandsgeheimdienstes in Deutschland rund 200 Anhänger des tschetschenischen Terroristenchefs. Darunter sind auch gewaltbereite Extremisten, die unter ständiger Beobachtung stehen. „Die führenden Köpfe des Kaukasischen Emirats in Deutschland sind beinahe allesamt vor nicht allzu langer Zeit als Asylbewerber ins Land gekommen“, sagte ein Verfassungsschützer der „Welt“. „Sie sammeln hier teilweise Spenden für den Kampf im Kaukasus oder werben Kämpfer an. Insgesamt agieren sie recht abgeschottet.“

Zugleich gehen die Experten davon aus, dass deren Zahl in Deutschland seit Jahresanfang kräftig gestiegen ist. Denn die Zuwanderung aus dem Kaukasus hat sich dramatisch verstärkt - und damit auch die Zahl der gewaltbereiten Islamisten, an die Umarow seine Botschaft richtete. Im vergangenen Jahr stellten rund 3200 russische Staatsbürger einen Asylantrag in Deutschland, davon schätzungsweise 70 Prozent aus Tschetschenien.

Kaukasische Terroristen entdecken Deutschland Die Zahl tschetschenischer Asylbewerber steigt. Unter ihnen sind islamistische Extremisten. Deutsche Behörden sind....

Bis Mitte Juli 2013 stieg die Zahl der Asylbewerber aus der Russischen Föderation schon auf mehr als 10.000. Bis zu 90 Prozent von ihnen sollen Tschetschenen sein.

„Wir müssen beim Zustrom von Asylbewerbern aus Tschetschenien wachsam sein“, sagte Bayerns Innenminister Joachim Herrmann (CSU) der „Welt“. „Unter ihnen können sich auch radikale Islamisten befinden, die nur unter dem Deckmantel des Asylrechts nach Deutschland einreisen. Diese Möglichkeit zu ignorieren wäre völlig naiv.“

Dabei geht es gleichermaßen um die Gefahr von Anschlägen in Russland und Deutschland. In den vergangenen Wochen gab es nach Informationen der „Welt“ mehrfach Gespräche zwischen russischen und deutschen Nachrichtendienstlern über mögliche Terrornetzwerke aus dem Kaukasus, die sich in Deutschland etabliert haben. „Keiner hat Interesse daran, dass ein Terroranschlag in Sotschi auf deutschem Boden geplant wird“, kommentiert ein ranghoher Verfassungsschützer diese Zusammenarbeit. Erst im Mai hatte der russische Inlandsgeheimdienst FSB die deutschen Sicherheitsbehörden vor möglichen Terroranschlägen durch Tschetschenen gewarnt. In abgehörten Telefonaten hatten Islamisten im Kaukasus und in Syrien in kryptischer Sprache über eine „Operation in Deutschland“ gesprochen.

Eine Person, die möglicherweise in einen solchen Anschlag involviert werden sollte, konnte der Verfassungsschutz schließlich identifizieren: einen 18-jährigen Asylbewerber aus Tschetschenien, der in Berlin-Kreuzberg wohnt. Der Mann wurde beim Besuch von US-Präsident Barack Obama in der Hauptstadt kurzfristig in Gewahrsam genommen.

Begonnen hat die aktuelle kaukasische Flüchtlingswelle mit einer Information, die Zeitungen im vergangenen Jahr in Tschetschenien streuten. Demnach würde jeder Asylbewerber in Deutschland ein „Begrüßungsgeld“ von bis zu 4000 Euro pro Person erhalten. Das Gerücht hält sich seitdem hartnäckig und hat offenbar Tausende Tschetschenen zur Auswanderung bewegt. „Wir beobachteten, dass professionelle Schleusernetzwerke entstanden sind, die ganze Familien innerhalb weniger Wochen in die Bundesrepublik bringen“, sagte ein Vertreter der Sicherheitsbehörden der „Welt“. In jeder Nacht kommen demnach 20 bis 40 kaukasische Flüchtlinge über die Grenze nach Deutschland.

„Seit diesem Januar beobachtet die Bundespolizei einen nicht unerheblichen Anstieg von unerlaubt eingereisten russischen Staatsangehörigen, die ganz überwiegend bereits ein Asylverfahren in Polen betreiben“, erklärte das Bundespolizeipräsidium Potsdam gegenüber der „Welt“. Im Halbjahresvergleich mit 2012 habe sich die Zahl dieser festgestellten illegalen Einreisen etwa verdreifacht.

Die Bundespolizei weiß genau, wie die Schleuserbanden ihre Schützlinge in die Bundesrepublik bringen. „Die Hauptreisroute verläuft mit der Bahn und Bussen über Moskau und Brest nach Terespol in Polen. Von dort erfolgt die Weiterfahrt in der Regel mit Kraftfahrzeugen, Taxis oder Bussen über Warschau nach Deutschland“, heißt es im Bundespolizeipräsidium. Vereinzelt beobachtet man auch Anreisen über die Tschechische Republik nach Bayern und Sachsen. Da zwischen Russland und Weißrussland keine Grenzkontrollen stattfinden, ist den Kaukasiern, die mehrheitlich einen russischen Pass besitzen, die Durchreise problemlos möglich. Anschließend werden die Flüchtlinge zum Beispiel in das angrenzende Brandenburg geschleust, wo sie häufig in Asylbewerberheimen unterkommen.

Mittlerweile wird auch beobachtet, dass die Schleuser verstärkt auf die sogenannte „südliche Route“ setzen. So gelangen Flüchtlinge vermehrt über die Ukraine, Moldawien, Rumänien oder Bulgarien bis nach Tschechien. Von dort geht die Reise dann nach Bayern.

Bei den Schleusern soll es sich mehrheitlich um Weißrussen handeln, die vom Ausland aus agieren und selbst letztlich nicht einreisen. „Die Strategie der Schleusernetzwerke ist es, die Flüchtlinge noch im Kaukasus auf das deutsche Asylverfahren vorzubereiten“, sagte ein Bundespolizist der „Welt“. Im polnisch-weißrussischen Grenzgebiet würden sie professionell für die Einreisebefragung in Deutschland geschult. „Es geht nicht wie bei anderen Schleusungen darum, die Polizeikontrollen oder die Festnahme zu vermeiden“, erläuterte ein Ermittler. „Sie arbeiten gezielt darauf hin, dass die Flüchtlinge auf deutschem Boden aufgegriffen werden.“ Ziel sei es

Kaukasische Terroristen entdecken Deutschland Die Zahl tschetschenischer Asylbewerber steigt. Unter ihnen sind islamistische Extremisten. Deutsche Behörden sind....

letztendlich, bei der Befragung durch die deutsche Polizei den Flüchtlingsstatus gemäß der Genfer Konvention zu erhalten.

Unter den Asylbewerbern befinden sich nach Erkenntnissen von Polizei und Verfassungsschutz aber nicht nur radikale Islamisten, sondern auch Mitglieder von Mafiabanden, die unter den Flüchtlingen neue Mitglieder anzuwerben versuchen - nicht selten mit Gewalt.

Schon werden radikale Ideen diskutiert, um des Problems zumindest ansatzweise Herr zu werden: Der Vorsitzende der Deutschen Polizeigewerkschaft, Rainer Wendt, fordert, dass gefährliche Flüchtlinge aus Tschetschenien in einem Hochsicherheitstrakt untergebracht werden. „In einer zentralen Unterkunft, die rund um die Uhr überwacht wird“, sagte Wendt der „Welt“. Er hält es aus Sicherheitsgründen für geboten, Gewalttäter von den friedfertigen Flüchtlingen abzutrennen. „In normalen Flüchtlingsunterkünften hätten sie sonst leichtes Spiel, Landsleute zu unterdrücken und junge Menschen für ihre verbrecherischen Missionen zu rekrutieren“, erklärte Wendt. Er warnt, die tschetschenischen Islamisten seien tickende Zeitbomben: „Die Kämpfer kommen aus einem Bürgerkrieg, wo sie das Töten buchstäblich von der Pike auf gelernt haben.“

Graphic

AFP

Doku Umarow, der Emir des Kaukasus, ist als „russischer Bin Laden“ gefürchtet

--

Load-Date: August 9, 2013

End of Document

Der Erfolg ist bunt; Migranten holen im Bildungssystem rasant auf und verbessern auch wirtschaftlich ihre Position. Doch Deutschland braucht einen gesellschaftlichen Kraftakt, damit Integration in Zukunft noch besser gelingen kann

Die Welt

Dienstag 26. Juni 2012

Copyright 2012 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT

Section: FORUM; Leitartikel; S. 3; Ausg. 147

Length: 1021 words

Byline: Dorothea Siems

Body

Integration ist kein Selbstläufer. Was alles schiefgehen kann, wenn Zuwanderung ungesteuert erfolgt, wenn das Bildungssystem auf ausländische Kinder nicht eingestellt ist und wenn der Sozialstaat die falschen Anreize setzt, hat Deutschland in den vergangenen Jahrzehnten schmerzhaft erfahren. Die Folgen der Fehler, die auf beiden Seiten gemacht wurden - mangelnder Wille zur Eingliederung bei vielen Zuwanderern und eine in Abwehrhaltung verharrende einheimische Gesellschaft -, sind bis heute spürbar.

Doch das ist nur die Kehrseite der Medaille. Der jüngste Integrationsbericht der Bundesregierung, der in dieser Woche vom Kabinett verabschiedet werden soll, zeigt auch die andere Seite - und die ist überaus erfreulich. Denn es häufen sich die Erfahrungen des Gelingens. Immer mehr Kinder mit ausländischen Wurzeln haben Erfolg in der Schule. Die intensiviert Sprachförderung schon ab dem Kindergarten macht sich bezahlt. Und auch in der Wirtschaft spielen Zuwanderer eine zunehmend wichtige Rolle. Häufiger als Deutsche wagen sie den Sprung in die Selbstständigkeit und schaffen somit neue Arbeitsplätze - für Ausländer und Deutsche. Überdies ändert sich die Zusammensetzung der Zuwanderung: Kamen früher vor allem Ungelernte, so wächst der Anteil derjenigen, die bei der Ankunft bereits über eine schulische oder berufliche Qualifikation verfügen. Statt des bildungsfernen Bauern aus Anatolien wandert heutzutage die Ingenieurin aus Russland ein.

Trotz dieser positiven Entwicklungen hat Deutschland jedoch den größten Teil des Weges zu einem erfolgreichen Einwanderungsland noch vor sich. Notwendig ist ein alle Bereiche umfassender gesellschaftlicher Kraftakt. Wir müssen lernen, die Zuwanderer in ihrer Andersartigkeit nicht als Bedrohung zu sehen oder als unwillkommene Konkurrenz, sondern als Bereicherung. Weil hierzulande der Nachwuchs rar ist, braucht Deutschland Migranten. Und als führende Exportnation profitieren wir besonders von den mehrsprachigen Einwandern, die in verschiedenen Kulturen zu Hause sind.

Der Erfolg ist bunt Migranten holen im Bildungssystem rasant auf und verbessern auch wirtschaftlich ihre Position. Doch Deutschland braucht einen gesellschaftli....

Gleichzeitig dürfen aber auch die hier zum Teil seit vielen Jahren lebenden Ausländer, die nicht voll integriert sind, nicht aufgegeben werden. Keiner kommt hierher, um im sozialen Netz zu leben. Und doch gibt es zu viele Menschen, die sich dauerhaft, oft über Generationen, in der staatlichen Fürsorge eingerichtet haben. Ganze Stadtviertel in Berlin, Köln oder Frankfurt sind mittlerweile davon geprägt. Arbeits- und Bildungsangebote an diese Klientel sind unabdingbar - aber auch mehr Druck, wenn die Förderung nicht angenommen wird. Denn der Job ist neben der Schule der Ort, der für die Integration entscheidend ist. Auch vor dem Hintergrund knapper werdender Fachkräfte muss es gelingen, die unter Ausländern noch immer überdurchschnittlich hohe Langzeitarbeitslosigkeit zu reduzieren. Es wäre fatal, wenn es den Betrieben in Zukunft an qualifiziertem Personal fehlte, während gleichzeitig die Gesellschaft eine unverändert hohe Zahl an Erwerbslosen alimentierte.

Es hat lange gedauert, bis sich in der Politik die Erkenntnis durchgesetzt hat, dass Deutschland ein Zuwanderungsland ist. In der einheimischen Bevölkerung aber überwiegt noch immer die Skepsis. Während die gut integrierten Migranten nicht auffallen, richten viele ihren Blick nur auf die problembehaftete Minderheit. Besorgte Eltern meiden für ihren Nachwuchs Schulen und Kitas mit hohem Ausländeranteil. Auch in den Wohngebieten nimmt die Abschottung zu. Doch Integration muss von der ganzen Gesellschaft gelebt werden, damit sie gelingt. Das klassische Einwanderungsland Kanada hat deshalb schon vor Jahrzehnten den Slogan „Wir lieben die Vielfalt“ zum nationalen Programm erklärt. In Vancouver oder Toronto, wo die Hälfte der Einwohner ausländische Wurzeln hat, leben die verschiedenen ethnischen Gruppen nicht nebeneinander her, sondern miteinander. Gemeinsam feiert man die Feste der unterschiedlichen Religionen. Weil die Sprache der Kern der Integration ist, werden Migranten bereits am Tag ihrer Ankunft in ein engmaschiges System intensiver Sprachförderung aufgenommen. Und erst wenn ein Kind ausreichende Englischkenntnisse erworben hat, kommt es an eine Regelschule. In Deutschland hingegen werden vielfach jugendliche Migranten, die kein Wort Deutsch können, in eine ganz normale Schulklasse ihrer Altersstufe gesetzt - und man wundert sich, dass diese Kinder binnen Kurzem hochgradig frustriert sind und als Schulversager enden.

Unter Hochqualifizierten in aller Welt ist die Bundesrepublik kein bevorzugtes Zielland. Zwar genießt die hiesige Wirtschaft ein hervorragendes Ansehen. Auch lockt der Wohlstand. Doch die deutsche Sprache ist ein nicht zu unterschätzendes Hindernis. Die fehlende Willkommenskultur ein anderes. Da werden Ingenieure händeringend gesucht, doch ihre Ehepartner dürfen sie nicht mitbringen. Junge Ausländer lässt man hier studieren - und dann wieder ziehen. Um im internationalen Wettkampf um die klügsten Köpfe mit den USA, Kanada oder Großbritannien mithalten zu können, muss Deutschland offener werden. Ein guter Ansatz sind die Werbeaktionen in den Euro-Krise-Staaten. Doch selbst innerhalb der Europäischen Union ist die Bundesrepublik trotz ihrer wirtschaftlichen Dominanz noch kein beliebtes Einwanderungsland. Dies könnte sich ändern, wenn die oft gut ausgebildeten Spanier, Italiener und Griechen, die in ihrer Heimat keinen Job finden und deshalb zu uns kommen, Erfolgsgeschichten nach Hause berichten können.

Unser Land wird in den nächsten Jahren und Jahrzehnten in jedem Fall bunter. Denn mehr als ein Drittel der Vorschulkinder stammt mittlerweile von Ausländern ab. In den Großstädten hat gar jeder zweite Sprössling einen Migrationshintergrund. Wie gut sie gesellschaftlich integriert sind, wird von entscheidender Bedeutung für unser aller Zukunft sein. Eine faire Chance steht ihnen zu. In der Fußballnationalmannschaft entscheidet auch nicht die Abstammung darüber, ob und wo jemand spielen darf. Es geht nur um die Leistung - und um das gute Zusammenspiel.

Statt des bildungsfernen Bauern aus Anatolien wandert heutzutage die Ingenieurin aus Russland ein

dorothea.siems@welt.de

Load-Date: September 12, 2012